

Demographischer Kollaps? Was die Schweiz und die Welt erwartet

Silvano Moeckli

Demographischer Kollaps?

**Was die Schweiz und
die Welt erwartet**

Rüegger Verlag

Für Simone Sibylle, geboren am 18. Januar 2011.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <https://portal.d-nb.de/> abrufbar.

© Rüegger Verlag • Glarus/Chur 2011
www.rueggerverlag.ch
info@rueggerverlag.ch

ISBN: 978-3-7253-0976-4
Gestaltung: Rüegger Verlag, Glarus, B. Gronemeier
Druck: Südostschweiz Presse und Print AG, Glarus

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	7
1	Einleitung	11
1.1	Zwei Lebenssituationen	11
1.2	Worin besteht die demographische Herausforderung?	13
1.3	Die richtigen Fragen stellen	16
1.4	Können wir die demographische Herausforderung bewältigen?	17
1.5	Gedankengang und Materialien	19
1.6	Begriffe: Wissen, worüber man spricht	22
2	Die Bevölkerungsentwicklung bis 2050/2060	25
2.1	Die Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik für die Schweiz	25
2.2	Die bisherige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz	27
2.3	Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz	34
2.3.1	Das Referenzszenario A-00-2010 für die Schweiz	34
2.3.2	Die Veränderung der Altersstruktur	37
2.3.3	Das Verhältnis «aktive»/»inaktive» Bevölkerungsteile	40
2.3.4	Die ausländische Wohnbevölkerung	45
2.3.5	Das Bildungsniveau der Bevölkerung	49
2.4	Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands	50
2.5	Die Bevölkerungsentwicklung Österreichs	53
2.6	Die weltweite Bevölkerungsentwicklung	56
2.6.1	Das Wachstum der Weltbevölkerung	56
2.6.2	Die weltweite Bevölkerungsentwicklung bis 2050	58
2.6.3	Die weltweite Entwicklung der Fertilität bis 2050	59
2.6.4	Die Alterung der Weltbevölkerung bis 2050	60
2.6.5	Die weltweite Migration bis 2050	62
2.6.6	Die Bevölkerungsentwicklung in hochentwickelten Weltregionen	63

2.6.6.1	Europa	63
2.6.6.2	USA	65
2.6.6.3	Japan	66
2.7	Die demographische Transition	69
3	Die Aussagekraft von «Prognosen»	73
4	Mögliche Konsequenzen	81
4.1	Der Faktor Demographie	81
4.2	Bevölkerungsschwund bremsst die Wirtschaft	86
4.3	Soziale Sicherungssysteme	93
4.3.1	Das schweizerische Sozialversicherungssystem	93
4.3.2	Die Perspektiven der Sozialversicherungen sind nicht düster	97
4.3.3	Exkurs: IDA FiSo 2 – die grosse Verwirrung	113
4.4	Gesundheits- und Pflegewesen	116
4.5	Betreutes statt kollektives Wohnen	121
4.6	Verkehr: Alters- und kostengerecht	128
4.7	Das zwiespältige Verhältnis zu Ausländern	129
4.8	Die meisten älteren Menschen «vermögen es»	136
4.9	Mehr «Bohnenstangenfamilien»	140
4.10	Drohen Generationenkonflikte?	141
4.11	Übermacht der älteren Stimmbürger?	144
4.12	Gerontokratie (Herrschaft der Alten)?	151
4.13	Schuldenlast und demographische Herausforderung	154
4.14	Junge arme gegen reiche alte Nationen?	158
5	Mögliche Politiken	163
5.1	Probleme angehen, nicht umgehen	163
5.2	Bevölkerungspolitik mittels Steigerung der Fertilität, Zuwanderung, Vertreibung und Völkermord	165
5.3	Umgang mit den im Land lebenden Ausländern	170
5.4	Sozialversicherungspolitik	172
5.4.1	Was kann man tun?	172

5.4.2	Finanzierungsseite	174
5.4.3	Leistungsseite	183
5.5	Schluss mit dem altersselektiven Personalmanagement	190
5.6	Kinder ausländischer Familien fördern	194
5.7	Solidarität auch zwischen älteren Menschen	195
5.8	Umwelt: Leben auf Kosten späterer Generationen	199
5.9	Minderheitenschutz für Jüngere?	202
5.10	Sich der Lebenslage anderer Altersgruppen bewusst sein	205
5.11	Finanz- und realwirtschaftliche Betrachtungsweise	206
6	Mögliche Chancen	211
6.1	Zwei Szenarien: «Horror» oder «Chance»?	211
6.2	Die Chancen der Herausforderung packen	212
6.3	Der Sozialstaat wirkt wirtschaftlich und sozial stabilisierend ...	213
6.4	Die Alten des 21. Jahrhunderts sind anders	215
6.5	Chancen für Unternehmer und Arbeitnehmer	218
6.6	Ran ans Internet	220
6.7	Die ältere Generation wird gebraucht	221
6.8	Die gemeinsamen Ziele	223
6.9	Der neue Gesellschaftsvertrag	225
6.10	Ein Kollaps droht nicht	227
7	Zusammenfassende Thesen	229
7.1	Thesen zur Analyse	229
7.2	Thesen zu den möglichen Auswirkungen	230
7.3	Thesen zu den möglichen Politiken	231
7.4	Thesen zu den Chancen	234
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	237
	Abkürzungsverzeichnis	240
	Literaturverzeichnis	241

*«Lebe jeden Tag so, als ob es dein letzter wäre.
Eines Tages wirst du Recht bekommen.»*

Vorwort

«In diesen Gegenstand bin ich hineingetreten, weil mich ein alter Freund darum gebeten.» Dieses leicht abgeänderte Zitat von Kurt Tucholsky erklärt, wie ich als Politikwissenschaftler dazu gekommen bin, mich mit der demographischen Entwicklung zu beschäftigen. Eher durch Zufall also. 1992 bat mich nämlich ein guter Freund um einen politikwissenschaftlichen Beitrag für das Buchprojekt «Hilfe – die Schweiz schrumpft!».

Der öffentliche Eintritt ins Forschungsgebiet im Jahre 1993, nämlich mit der Publikation meines Aufsatzes «Demographische Struktur und Volksabstimmungen», löste in der ganzen Schweiz ein unerwartet starkes Echo aus. Ein Echo, auf das ich entschlossenen Schrittes zugegangen bin. Seither habe ich zahlreiche Vorträge gehalten, viele Gespräche geführt, reichlich Materialien studiert und weitere Aufsätze geschrieben. 1999 erschien mein Buch «Die demographische Herausforderung. Chancen und Gefahren einer Gesellschaft lang lebender Menschen». Und je intensiver ich mich seither mit dem Gegenstand «demographische Entwicklung» und deren Konsequenzen beschäftigte, desto facettenreicher und spannender wurde er für mich. Es wird ja mit einigem Recht gesagt, im heutigen Gestrüpp demographischer Szenarien und Prognosen sowie sozialstaatlicher Normen, Leistungen, Beiträgen, Ansprüchen, Verpflichtungen habe niemand mehr den Überblick. Mein Anliegen ist es, dieses Dickicht zu durchdringen und freie Sicht auf das Wesentliche zu schaffen.

Bei diesem Buch handelt es sich um eine komplette Neubearbeitung des Buches von 1999. Materialien, Prognosen und der Kontext wurden auf den neuesten Stand gebracht. Insbesondere berücksichtigt wird ein neuer Kontextfaktor: die Finanzkrise und im Gefolge davon die wachsende Verschuldung vieler Staaten. Im Zentrum steht nach wie vor die demographische Entwicklung der Schweiz; neu wird aber der Entwicklung in Deutschland, Österreich und anderen Regionen der Welt mehr Platz eingeräumt.

Die Hauptbotschaft, die ich allen Generationen vermitteln möchte, ist die gleiche geblieben wie 1999, und sie ist nach wie vor im Tenor optimistisch: Die demographische Herausforderung ist gewaltig, aber in den kommenden vier Jahrzehnten ist sie bewältigbar. Die Schweiz steht nicht vor dem demographischen Kollaps. Mehr noch, die demographische Herausforderung ist – vor allem für die wachsende Zahl «junger Alter» in den hoch entwickelten Gesellschaften – eine Chance für ein sinnerfülltes Leben, und für die Gesellschaft ist sie eine Chance zur Revitalisierung der Solidarität.

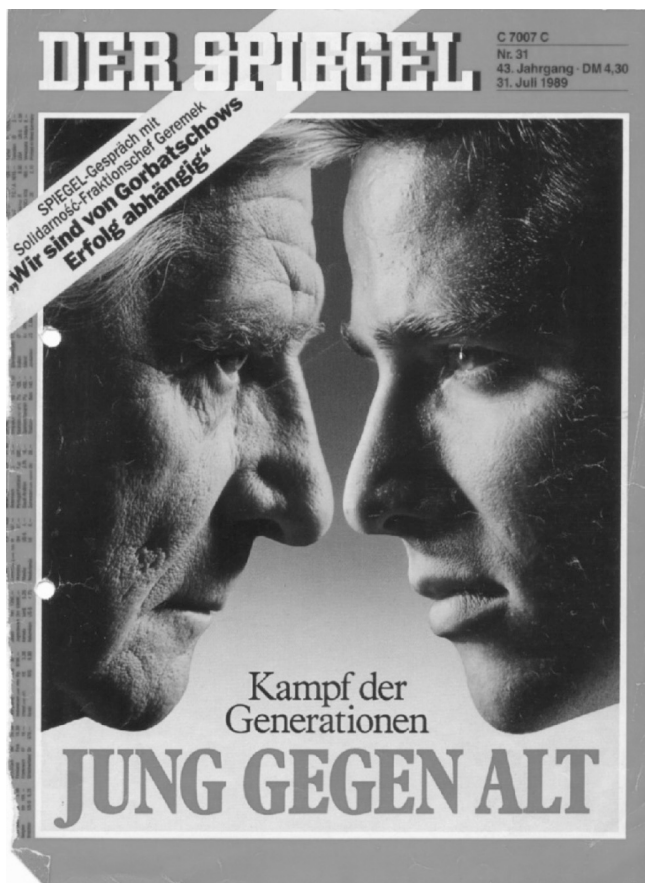


Abbildung 1: Spiegel-Titel 31/1989: Kampf der Generationen.

Aber auch für die Schweiz wird auf längere Frist ein Dilemma immer stärker spürbar: Stoppt die Zuwanderung, stehen die ökonomische Prosperität und die finanzielle Solidität der Sozialwerke auf dem Spiel. Geht sie ungebremst weiter, dann sind die natürlichen Lebensgrundlagen des Landes gefährdet.

Wenn wir auf die vergangenen zwanzig Jahre zurückblicken, so war die optimistische Sichtweise richtig. Alle vorausgesagten Katastrophenszenarien sind nicht eingetreten. 1989 titelte der «Spiegel»: «Kampf der Generationen» (Abbildung 1). Der Altersforscher Konrad Hummel wird mit dem Satz zitiert: «Es wird erbarmungslose Verteilungskämpfe geben.»¹ Davon ist bis heute nichts zu spüren. Mitte der 1990er-Jahre gab es in der Schweiz düstere Prognosen, was die Zukunft der Sozialversicherungen angeht, und es wurde schon für das Jahr 2010 vorausgesagt, dass die Mehrwertsteuer um fast sieben Prozent erhöht werden müsse. Als einer der wenigen habe ich damals auf die Unhaltbarkeit solcher Prognosen aufmerksam gemacht. Ein Prozent Mehrwertsteuererhöhung hat schliesslich genügt (Näheres dazu in Kapitel 4.3.3).

Wenn man sich mit der demographischen Herausforderung seriös auseinandersetzt, kommt man nicht darum herum, sich intensiv mit den Begriffen, den Statistiken und den Prognosen zugrundeliegenden Annahmen zu beschäftigen. Man muss beispielsweise das Sozialversicherungssystem eines Staates sehr gut kennen, sonst macht man Fehler bei der Erhebung und Interpretation der Daten.² Beschäftigt man sich nur oberflächlich mit der Materie und hat man vor allem eine knackige Schlagzeile im Visier³, so führt dies zu Horrormeldungen in den Medien, die dann wiederum die Politik und die Menschen beunruhigen. Ich möchte in diesem Buch mit einer sachlichen Beschreibung, Analyse und Bewertung des Problems einen Kontrapunkt setzen. Es ist richtig und wichtig, die Frage nach einem möglichen demographischen Kollaps zu stellen. Aber es gibt am Horizont keinen Abgrund, über den ganze Gesellschaften oder Staaten unausweichlich stürzen werden, und auch keine «Demographiefalle», die jemand aufgestellt hat.

¹ DER SPIEGEL 31/1989, S. 45.

² Dies ist auch der Grund, weshalb ich von den Verhältnissen in der Schweiz ausgehe. Nur diese kenne ich gut genug. Dieses Buch kann aber durchaus auch Lesern in anderen Staaten Erkenntnisgewinne verschaffen, wenn sie ihre Verhältnisse mit jenen in der Schweiz vergleichen.

³ Das «Empörungsmarketing» des Bundesbank-Vorstands Thilo Sarrazin ging im August 2010 voll auf. Sein Buch «Deutschland schafft sich ab» wurde sogleich zum Verkaufsschlager. Mehr als eine Million Exemplare gingen über die Ladentische.

1 Einleitung

1.1 Zwei Lebenssituationen

Die Schweizerin Klara macht sich Sorgen. Sie ist jetzt 55 Jahre alt, geschieden, und hat zwei erwachsene Kinder. Seit 15 Jahren arbeitet sie wieder in ihrem angestammten Beruf als kaufmännische Angestellte, aber erst seit fünf Jahren vollzeitlich. In jüngster Zeit kreisen ihre Gedanken immer öfter um die Zeit nach ihrer Pensionierung. Das wird schon in neun Jahren der Fall sein! Ein dickes finanzielles Polster konnte sie sich nicht anlegen, und auch sozialversicherungsmässig sieht es nicht glänzend aus. Auf eine AHV-Maximalrente wird sie wohl nicht kommen. Und obwohl ihr bei der Scheidung ein Teil des Pensionskassenguthabens ihres Ex-Mannes zugesprochen wurde, wird sie nur eine bescheidene Rente aus der zweiten Säule erhalten. Ans Sparen über die steuerprivilegierte freiwillige dritte Säule war nicht zu denken. In den letzten Jahren sind die Krankenkassenprämien ständig gestiegen. »Wenn das so weitergeht«, denkt Klara, »fressen mir die Prämien bald einen Zehntel meines Nettoeinkommens weg.« Erschrocken ist sie, als sie unlängst von den demographischen Prognosen des Bundesamtes für Statistik hörte. Demnach wird es im Jahr 2050 2,5 Millionen über 64-Jährige in der Schweiz geben, das wären dann fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. In der Zeitung hat Klara gelesen, dass alle Schweizer Sozialversicherungen zusammen 2008 Kapitalwertverluste von 104 Milliarden Franken erlitten hätten, und dass die Invalidenversicherung Schulden von 15 Milliarden Franken habe. Ein Arbeitskollege vertrat die Ansicht, dass als Folge des vielen Geldes, das die Nationalbank wegen der Finanzkrise ins Bankensystem gepumpt habe, früher oder später Inflation entstehen würde. Dann sei das Ersparte nicht mehr viel wert. »Werde ich in neun Jahren überhaupt noch eine Rente erhalten?«, fragt sich Klara. »Und was geschieht mit mir, wenn ich im Rentenalter chronisch krank oder pflegebedürftig werde?«

Pablo ist 18 Jahre alt und lebt in Burundi, einem der ärmsten Staaten der Welt. Er hat vier Geschwister, alle älter als er. Sein ältester Bruder würde dereinst den Bauernhof der Eltern übernehmen. Nach der obligatorischen Schule hat er keinen Job gefunden. Pablo schlägt sich mit Gelegenheitsarbeiten und manchmal auch mit Dealen durch. Er hat viele gleichaltrige Kollegen, denen geht es gleich wie ihm, denn die Gesellschaft Burundis ist sehr jung. 39 Prozent der Bevölkerung von acht Millionen sind unter 15 Jahre alt, nur drei Prozent sind über 65. Die Fertilität liegt bei 4,6 Kindern pro Frau. Die meisten Menschen in seinem Alter haben wie er keine Lebensperspektiven. Das

Land ist mit knapp 28 000 km² klein, das Bruttonationaleinkommen pro Einwohner beträgt 140 US-Dollar. Die Bevölkerung wächst unaufhaltsam und wird nach Prognosen der UNO, die Pablo gelesen hat, 2050 fast 15 Millionen betragen. Aus seiner Mikroperspektive wäre es ökonomisch sinnvoll, wenn er heiraten würde und selbst viele Kinder hätte, denn das ist die einzige Altersversicherung. Zusammen mit seinen vier Geschwistern, so will es die tief verwurzelte Tradition, wird er dereinst den Lebensabend der Eltern wirtschaftlich sicherstellen müssen. Doch wie sollte er das schaffen, wo er nicht einmal seine eigene Existenz sichern kann?

«Heiraten, wenn ich keine Perspektive habe und meinen Kindern erst recht keine bieten kann?», überlegt Pablo. Auswandern, das Glück anderswo versuchen, das scheint Pablo die einzige Option zu sein. In Europa, so wurde ihm in der Schule gesagt, gebe es wenig junge Menschen, und die Bevölkerung würde in den kommenden 40 Jahren schrumpfen. Da brauche es doch junge, vitale und tatendurstige junge Menschen wie ihn. Als er sich im Internet und auf verschiedenen Botschaften über die Möglichkeiten zur legalen Auswanderung erkundet, ist er ernüchtert. Er müsste schon über spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse als Fussballer, Künstler oder Fachexperte verfügen oder viel Geld haben, wurde ihm beschieden. Es bleibt ihm nur noch, über die Möglichkeiten der illegalen Migration nachzudenken.

Sowohl Klara wie Pablo müssen sich in ihren Lebenslagen zurechtfinden mit den Situationen und Strukturen, in die sie hineingeboren wurden, die sie nicht selbst gewählt haben. Sie sind auf unterschiedliche Weise betroffen von der demographischen Herausforderung. Klara in einer reichen, älter werdenden Gesellschaft, Pablo in einer armen, jungen und zahlenmässig wachsenden Gesellschaft. In einer globalisierten Welt sind ihre Schicksale nicht ganz unabhängig voneinander.

Wenn wir die vielen einzelnen Lebenssituationen aufaddieren und in einen Zusammenhang bringen, kommen wir auf die Ebene des Aggregats, der Gesamtgesellschaft. In diesem Buch möchte ich untersuchen, welche demographischen Veränderungen in den kommenden 40 Jahren bevorstehen und was die Folgen dieser Veränderungen sein werden, für die Schweiz, aber auch für andere Staaten und Weltregionen.

1.2 Worin besteht die demographische Herausforderung?

Eine soziale Altersproblematik stellt sich in jeder Gesellschaft im Grossen wie im Kleinen, ganz unabhängig von der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung. Sie lautet: Jüngere Menschen und die Gesellschaft spüren die Verantwortung für die älteren Menschen, sie haben aber Mühe, damit umzugehen und den älteren Menschen einen geeigneten Platz einzuräumen. Von dieser Problematik betroffen sind nicht nur die Alten, sondern am Rande auch die Alternden (siehe Höpflinger & Stuckelberger, 1999; Kaufmann, 1960, S. 501). Die Intensität der Altersproblematik verschärft sich für die Gesellschaft aber dann, wenn sich das zahlenmässige Verhältnis der jüngeren zu den älteren Generationen markant ändert. Man spricht dann von «demographischer Alterung». Solange die Rentner im Verhältnis zu den Erwerbstätigen eine kleine Gruppe ausmachen, stellen sich volkswirtschaftlich kaum Probleme. Dieses Verhältnis hat sich indessen in den letzten Jahrzehnten ständig zuungunsten der Erwerbstätigen verschoben: Heute leben absolut und anteilmässig mehr ältere Menschen auf der Erde als je zuvor in der Geschichte. Wenn wir auf der Strasse, in einem Park, im Betrieb, im Einkaufszentrum, im Zug oder sonst wo anderen Menschen begegnen, wird es uns kaum bewusst: Mittlerweile sind zum Beispiel in der Schweiz 1,3 Millionen Menschen über 64 Jahre alt. Das sind 16 Prozent der Gesamtbevölkerung oder fast jeder Sechste. In 40 Jahren könnten es 2,5 Millionen oder jeder Vierte sein.

Aus der gesamtgesellschaftlichen Perspektive gibt nicht die Gegenwart zu Besorgnis Anlass, sondern die Zukunft. Die hochentwickelten Staaten stehen vor einer demographischen Herausforderung, wie sie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte bestanden hat: *die Stagnation oder sogar Schrumpfung der Bevölkerung bei gleichzeitigem Ansteigen des Anteils älterer Menschen*. Ganz anders präsentiert sich die Situation in vielen Staaten Afrikas und Asiens: Die Bevölkerung wächst weiter, sie ist relativ jung und perspektivlos. Wie gesagt: Nicht die absolute Zahl der alten Menschen stellt ein Problem dar, sondern die Bevölkerungsentwicklung und das Verhältnis der älteren zu den jungen Menschen. Es ist keine Frage, dass die demographische Entwicklung Staaten, Gesellschaften und Volkswirtschaften einer grossen Belastungs- und Bewährungsprobe aussetzen wird, und dies in einer Phase, in der die meisten Staaten bereits hohe Schulden aufgehäuft haben.

Das Älterwerden und Altsein als unvermeidlich zu akzeptieren sind sowohl für das Individuum wie für die Gesellschaft schwierig. Für das Individuum kommt das Akzeptieren der Endlichkeit der eigenen Existenz hinzu. Altern bedeutet: «Abnahme des Unbestimmten und Zunahme des Festgelegten» (Kaufmann, 1960, S. 233) sowie das

allmähliche Schwinden der körperlichen und geistigen Kräfte. Angesichts des Unabwendbaren reagieren Individuum und Gesellschaft zunächst ganz ähnlich: durch Verdrängung. «Jeder weiss, dass wir alle immer älter werden. Aber die wenigsten kümmern sich darum.»⁴ Der Prozess verläuft stumm, aber unaufhaltsam. Die Konsequenzen treten nicht plötzlich ein; die Zeit legt Schicht auf Schicht aufeinander, bis ein Problemumfang erreicht ist, den niemand mehr umgreifen kann. «Obgleich die Fachleute schon seit geraumer Zeit auf die verhängnisvollen Veränderungen in der Altersstruktur aufmerksam machten, kümmerte sich jahrelang fast niemand darum», mahnte Carl Brüscheiler schon 1940 (Brüscheiler, 1940/41, S. 59). Wenn das lange Verdrängte dann plötzlich sichtbar gemacht wird, kommt Katastrophenstimmung auf.

Umfragedaten zeigen indessen, dass die Bevölkerung schon lange ein Gespür hat für die Ernsthaftigkeit der demographischen Veränderungen. Gemäss einer UNIVOX-Umfrage vom September 1996 (II E-96) schätzten die Befragten die Zukunft unserer Sozialversicherungssysteme eher düster ein. Am schlechtesten schnitten dabei AHV und Arbeitslosenversicherung ab. Zwei Jahre später (1998) antworteten 80 Prozent der Befragten auf die Frage, ob ihrer Meinung nach das finanzielle Gleichgewicht der AHV in der Zukunft bedroht sei, mit «ja/wahrscheinlich». Zehn Jahre zuvor hatten lediglich 49 Prozent diese Frage mit «ja/wahrscheinlich» beantwortet. Interessanterweise gehörte aber gemäss dem Sorgenbarometer der Crédit Suisse 2010 die AHV nur noch für 45 Prozent der Befragten zu den Hauptsorgen, während es 2003 noch fast 60 Prozent waren. An der Spitze der genannten Sorgen steht die Arbeitslosigkeit. Dies deutet darauf hin, dass in den 1990er-Jahren die Zukunft der Sozialversicherungen besonders stark diskutiert wurde.

Ähnliche Ergebnisse erbrachte schon 1994 eine Umfrage in Deutschland, durchgeführt vom Institut für Demoskopie in Allensbach. Auf die Frage «Glauben Sie, dass die Renten auch in Zukunft gesichert sind, oder haben Sie da Zweifel?» antworteten 63 Prozent, sie hätten Zweifel. In der gleichen Umfrage sagten 74 Prozent, die demographische Entwicklung sei ein ernsthaftes Problem. 42 Prozent meinten, es werde deswegen zu sozialen Spannungen kommen. Gemäss einer Umfrage in den USA bezweifelten 47 Prozent der Wähler, dass sie im Alter überhaupt noch auf eine staatliche Leistung zählen können.⁵ Diese demoskopischen Befunde reflektieren auf der einen Seite pessimistische Zukunftsbilder, welche über die Medien transportiert wurden. Auf der anderen Seite werden die Meinungen geprägt von spürbaren Fakten: Einschnitten

4 Das Parlament, 1. März 1996, S. 6.

5 Neue Zürcher Zeitung vom 18. Januar 1994, S. 31.

bei den sozialstaatlichen Leistungen, höhere Sozialversicherungsabzüge und Steuern, höheres Rentenalter und neuerdings, als Folge der Finanzkrise, die hohe Verschuldung vieler Staaten. Kein Zweifel: Die demographische Herausforderung löst auf der Mikro- wie der Makroebene Sorgen und Ängste aus. Fragen, die schon an mich herangetragen wurden, lauten: Wird die Schweiz zum »Altersheim«? Werden die Renten noch finanzierbar sein? Wird die Schweiz »überfremdet«? Wird die Schweiz ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit verlieren? Werden die Gesundheitskosten ins Unermessliche steigen? Drohen neue demographiegetriebene Kriege? Steht ein »demographischer Winter«⁶ bevor?

Es stellen sich in der Tat drängende Fragen nach den Konsequenzen der demographischen Entwicklung; auf der Makroebene⁷ für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, auf der Mikroebene für jeden von uns, ungeachtet unserer gegenwärtigen Lebenslage. Wer bereits Rente bezieht oder bald zu den Rentnern gehört, mag sich fragen, ob die Rentenleistungen auch in zehn Jahren noch den selben Lebensstandard sichern werden. Menschen in der Lebensmitte mögen sich sorgen, ob ihre materielle Sicherheit im Alter gewährleistet sein wird. Arbeitnehmer beschäftigt, ob ihre Lebensarbeitszeit verlängert wird. Produzenten und Dienstleister stellen Überlegungen an über den Markt der Zukunft mit viel mehr älteren Konsumentinnen und Konsumenten. Gesundheitsexperten prognostizieren den Bedarf an Ärzten, Spitälern, Pflegeheimen und spitalexternen Diensten in einer Gesellschaft, die im Durchschnitt älter ist. Sozialversicherungsexperten rechnen Modelle durch, wie unsere sozialen Sicherungssysteme in diesem Jahrhundert zu finanzieren sind. Eine wachsende Zahl von Finanzmanagern versucht, die immensen angesparten Kapitalien der persönlichen Altersvorsorge möglichst rentabel und sicher anzulegen. Politiker liebäugeln mit dem Gedanken, die Sicherung im Alter – wie im 19. Jahrhundert – wieder vermehrt der Selbstvorsorge zu überlassen. In internationalen Organisationen ist man beunruhigt über das immer noch wachsende Ungleichgewicht der Bevölkerungsentwicklung in den reichen und den ärmeren Staaten der Erde. Innenpolitisch ist das Anpacken der demographischen Herausforderung ein Minenfeld. Wer über den kommenden Wahltermin hinausieht und zum Beispiel eine Erhöhung des Rentenalters, die Kürzung bestimmter Sozialversicherungsleistungen, die Rationierung der Medizin, Reformen bei der Migrationspolitik oder eine stärkere Beteiligung gut situerter Rentner an der Finanzierung des Sozialstaates fordert, riskiert damit eine Skandalisierung in den Medien und die Wiederwahl.

6 Auf www.demographicwinter.com/index.html ist ein düsterer Videoclip zu sehen.

7 Damit ist die Ebene eines Kollektivs gemeint.

Die demographischen Probleme werden in den Industrie- und Dienstleistungsstaaten in aller Schärfe nur etwa für 30 Jahre auftreten, bis sich die Bevölkerungsstruktur ausbalanciert hat. Ich werde darlegen (Kapitel 2.7), weshalb Stagnation der Bevölkerung und das Ansteigen des Anteils älterer Menschen notwendige, unausweichliche Folgen einer hochentwickelten Gesellschaft sind.

1.3 Die richtigen Fragen stellen

Wenn man an ein Problem herangeht, ist es wesentlich, die richtigen Fragen zu stellen. Ich gehe in diesem Buch vier Fragestellungen nach:

- ◆ Wie werden sich Grösse und Struktur der Bevölkerung der Schweiz, Deutschlands, Österreichs und der Welt bis 2050/2060 entwickeln?
- ◆ Welches werden die möglichen Konsequenzen der demographischen Veränderungen sein? Kommt es zu einem Kollaps?
- ◆ Welche Politiken sollen wir verfolgen, um unerwünschte Entwicklungen zu korrigieren?
- ◆ Worin liegen die Chancen der demographischen Entwicklung?

Entlang dieser vier Fragestellungen ist das Buch aufgebaut. Es ist nicht immer einfach, messerscharf zwischen Entwicklung, Konsequenzen und Politiken zu unterscheiden. Einige Überschneidungen sind deshalb unvermeidlich. Vorangestellt sind im nächsten Kapitel fünf Thesen, die für die Darstellung und Analyse sowie meine eigene Wertung wegleitend sein werden.

Kapitel 2 umfasst eine Problemanalyse. Wie werden sich die Bevölkerungen der Schweiz, Deutschlands und Österreichs mutmasslich entwickeln? Welche Umschichtungen im Bevölkerungsaufbau wird es geben? Welches sind die Ursachen dieser Entwicklung? Wie steht es um das Verhältnis von Einheimischen und Ausländern? Schliesslich werfe ich auch einen Seitenblick auf die weltweite Bevölkerungsentwicklung. Das anschliessende Kapitel 3 über die Aussagekraft von Prognosen erläutert, dass Szenarien und Prognosen stets von bestimmten Annahmen ausgehen müssen und deshalb keine simplen Vorhersagen der Zukunft sind. Im Kapitel über die Konsequenzen (4) behandle ich zunächst die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsstruktur sowie Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Ich stelle einige Überlegungen an über das Verhalten der Menschen in einer durchschnittlich älteren Gesellschaft. Auf

der Makroebene versuche ich, Auswirkungen zu eruieren auf die Arbeit, den Konsum, die Produktion und die Investitionen. Es folgen Unterkapitel zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Gesundheitswesen, zu Wohnen und Raumnutzung, zu Verkehr und Umwelt und zum Verhältnis Ausländer/Einheimische. Welche Belastungen kommen auf den Staat zu, und wie kann er sie finanzieren? Welcher Belastungsprobe wird die Wirtschaft ausgesetzt? Schliesslich untersuche ich die Konsequenzen für die Politik und frage insbesondere, ob mit Generationenkonflikten zu rechnen sei und ob eine Herrschaft der Alten (Gerontokratie) drohe. Eine neue Fragestellung ist jene nach dem Zusammenhang von Schuldenlast und demographischer Entwicklung. Ein Seitenblick gilt wiederum den Konsequenzen der weltweiten Bevölkerungsentwicklung.

Im Kapitel über die möglichen Politiken (5) zeige ich zunächst auf, dass die demographische Entwicklung nur ein Bestimmungsfaktor der künftigen Entwicklung sein kann. Ich erörtere Vorschläge zur Abfederung der Folgen der negativen Seiten der demographischen Entwicklung in verschiedenen Politikbereichen, so in der Sozialpolitik, der Familienpolitik, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Umweltpolitik, der Ausländerpolitik. Dem Kapitel «Mögliche Chancen» (6) unterlege ich meine These, dass die demographische Entwicklung auch eine Chance darstellt. Ich plädiere für eine aktive Beteiligung älterer Menschen an Wirtschaft und Gesellschaft. Das Buch wird schliesslich abgerundet durch zusammenfassende Thesen.

1.4 Können wir die demographische Herausforderung bewältigen?

Zur Beantwortung der Frage, ob und wie wir die demographische Herausforderung bewältigen können, möchte ich sechs Thesen formulieren und sie kurz kommentieren. Thesen sind vermutete bzw. – wenn sie wertend sind – postulierte Zusammenhänge zwischen verschiedenen Faktoren.

1. In vielen hochentwickelten Staaten wird die Bevölkerung in den kommenden 50 Jahren stagnieren oder gar schrumpfen und der Anteil der älteren Menschen markant steigen. Diese Entwicklung ist unabwendbar.

Bevölkerungsstagnation unter gleichzeitigem Anstieg des Anteils älterer Menschen ist der einzige Weg, um eine Bevölkerung grössenmässig zu stabilisieren, eine unausweichliche Phase in der Bevölkerungsentwicklung einer hochentwickelten Gesellschaft, ein langfristiger Übergangsprozess. In der Schweiz und in Österreich wird die Bevölkerung dank markanter Zuwanderung weiter wachsen.

2. Die demographische Entwicklung stellt uns vor grosse Herausforderungen. Aber für die kommenden vier Jahrzehnte ist sie bewältigbar, ja sie ist sogar eine Chance.

Wir sollten die demographische Situation und deren Perspektiven weder verharmlosen noch in Panik machen. Die Probleme, die auf uns zukommen, sind immens, aber sie sind lösbar, ja sie sind sogar eine Chance, nämlich für ein sinnerfülltes Leben im Alter. Wir sollten die Herausforderung ernst nehmen und annehmen, nicht verdrängen. Das Bewusstsein für die demographische Herausforderung und ihre Bewältigung ist schon heute zu schärfen. Wegen der anhaltenden Zuwanderung junger Menschen verschieben sich die demographischen Probleme der Schweiz und Österreichs weiter in die Zukunft. Der Preis dafür ist ein ständiges Bevölkerungswachstum und eine entsprechende zusätzliche Beanspruchung der natürlichen Ressourcen. Irgendwann wird das Bevölkerungswachstum aber zum Stillstand kommen müssen, und jene Generationen, welche die demographische Alterung ohne Zuwanderung meistern müssen, werden es nicht leicht haben.

3. Die Konsequenzen der demographischen Entwicklung sollten vorausgedacht werden, damit unerwünschte Entwicklungen frühzeitig erkannt und durch geeignete Massnahmen korrigiert werden können. Ziele und Massnahmen in allen Politikbereichen müssen auf ihre Verträglichkeit mit der demographischen Entwicklung geprüft werden.

Weil die Konsequenzen für viele Politikbereiche absehbar sind, ist schon heute zu überlegen, mit welchen Massnahmen wir den Herausforderungen begegnen und welche Korrektive wir anwenden, um unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden.

4. Es genügt nicht, zur Sicherung des Sozialstaates möglichst viel Geld anzuhäufen. Die beste Sozialversicherungspolitik ist, für eine leistungsfähige Realwirtschaft zu sorgen. Auf der Inputseite muss der Sozialstaat finanziert werden. Aber auf der Outputseite müssen finanzielle Transfers in realwirtschaftlichen Konsum umgesetzt werden können: Es muss eine Infrastruktur bereitstehen, Güter und Dienstleistungen müssen erworben werden können. Das Geld wird die Menschen im Jahr 2040 nicht pflegen können. Es braucht dazu Heime, Spitäler, Spitex und Pflegepersonal.
5. Ein Gesellschaftsvertrag muss den Generationenvertrag ablösen.

Oft ist vom »Generationenvertrag« die Rede, wonach die Jungen den Älteren Solidarität schulden. Beim anhaltenden Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg kam dieser »Generationenvertrag« aber überhaupt

nie zum Tragen, der Tatbeweis der Solidarität musste also nicht erbracht werden. Noch jede Rentnergeneration in den hochentwickelten Staaten hat seit der Einführung der Altersversicherung weit mehr Leistungen erhalten, als sie selbst während ihrer »aktiven Zeit« beigesteuert hatte, und diese Leistungen konnten zumeist ohne Mühe erbracht werden. Der Tatbeweis wird in Zukunft wohl eingefordert werden, allerdings nicht allein als Solidarität zwischen den Generationen; vielmehr geht es um die Solidarität zwischen Leistungsfähigen und nicht Leistungsfähigen. Es bedarf der Solidarität zwischen wirtschaftlich Starken und wirtschaftlich Schwachen, ungeachtet ihres Alters. Dies schliesst Solidarität zwischen wirtschaftlich gut situierten und wirtschaftlich schwachen älteren Menschen ein. Der fiktive »Vertrag« zwischen den Generationen muss abgelöst werden durch einen allgemeinen Gesellschaftsvertrag.

6. Das weltweite Bevölkerungsproblem ist (vorläufig) unlösbar.

Die weltweite Entwicklung ist weit besorgniserregender als die nationale. Es muss freimütig eingestanden werden, dass, im Unterschied zur demographischen Entwicklung in der Schweiz und Europas, die weltweite Entwicklung wohl kaum in den Griff zu bekommen ist. Es wird vermutlich die Dritte Welt sein, die einmal mehr die Hauptlasten tragen wird. Zwar ist in Asien und Lateinamerika ein markanter Rückgang der Fertilität zu verzeichnen. Auf der anderen Seite werden diese Kontinente mit einiger Verzögerung eine schnelle demographische Alterung erfahren. Die absolute Zahl älterer Menschen steigt in den Staaten der Dritten Welt schneller als in den hochentwickelten Staaten. Es gibt für sie keine Vierte Welt, aus der sie dereinst junge Menschen rekrutieren könnten. Auch wenn diese Probleme momentan unlösbar scheinen, bedeutet dies nicht, dass man keine Massnahmen ergreifen sollte, um akute Probleme wenigstens zu lindern.

1.5 Gedankengang und Materialien

Fragestellungen und Thesen bestimmen den Aufbau des Buches und sind wegleitend für das Vorgehen: Auf die Problemanalyse folgt die Erörterung der Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten, daraus werden Schlussfolgerungen abgeleitet.

Dieses Buch stellt aber nicht nur nüchtern Fakten, Szenarien und Handlungsmöglichkeiten dar; es bezieht auch Position. Die Thesen beinhalten Wertungen hinsichtlich des Problemlösungsansatzes. Mein Anliegen ist es, zum Denken anzuregen über Pro-

bleme, die uns alle angehen und von denen wir alle betroffen sind oder sein werden. Implizit möchte ich auch das Bewusstsein schärfen für das möglicherweise schwieriger werdende Verhältnis zwischen den Generationen, für Solidarität zwischen Generationen, wirtschaftlichen Gruppen und Weltregionen plädieren und präventive Massnahmen anregen, die dazu beitragen, drohende Konflikte gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Ein paar Worte zu den verwendeten Materialien. Die Literatur zu den Themen Bevölkerungsentwicklung, demographische Herausforderung und Zukunft der Sozialversicherungen ist schon heute fast uferlos. Immer wichtiger werden die Internetquellen und Datenbanken. Es war unmöglich und mit Bedacht auf die Herausarbeitung der Hauptentwicklungslinien auch gar nicht wünschbar, alle neueren Daten, Studien und Werke zu berücksichtigen. Ich verzichte auf umfangreiche Zitate, gebe aber natürlich in den Verweisen an, wenn ich mich auf Daten und Gedanken anderer Autoren stütze. Etliche Zahlen, Statistiken und Voraussagen werden notwendigerweise erwähnt werden müssen, aber ich möchte die Leserschaft nicht mit Zahlenbeigen erschlagen. Oft sind deshalb die Daten in Tabellen und Abbildungen verdichtet und übersichtlich dargestellt. Zuweilen übernehme ich bereits vorhandene grafische Darstellungen von anderen Autoren oder von Institutionen, denn es ist weder nötig noch effizient, vorzugaukeln, man habe alles selbst neu «erfunden». Im Literaturverzeichnis am Schluss findet sich weiterführende Literatur. Der Gegenstand »demographische Entwicklung« lässt sich nicht einfach einer Disziplin zuordnen. Es werden deshalb Theorien und Konzepte aus der Bevölkerungslehre, der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Geographie, der Geschichte, der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft herangezogen.

Dieses Buch richtet sich an eine breite Leserschaft. Was die Darstellung angeht, so bemühe ich mich um verständliche Formulierungen ohne allzu viele Fachwörter. Die wichtigsten Begriffe werden in Kapitel 1.6 erläutert. Zur Illustration füge ich zahlreiche konkrete Beispiele an. Eine klare Strukturierung erleichtert die Übersicht. Diese Anliegen stehen allerdings manchmal in Konflikt mit dem Ziel, nicht zu sehr zu vereinfachen und neue Missverständnisse zu vermeiden.

Mein Bestreben ist das Aufzeigen von Zusammenhängen, nicht das Anhäufen von Fakten. Um Zusammenhänge in der Zukunft aufzuzeigen, ist es unabdingbar, Annahmen zu treffen über künftige Sachverhalte und Entwicklungen. Prognosen oder Szenarien sind jedoch keine Fakten. Deshalb wäre es völlig verfehlt, bei Prognosen, die in Zahlen ausgedrückt werden, Exaktheit vorzutäuschen, beispielsweise zu sagen, die Schweiz habe im Jahr 2030 genau 8,923 Millionen Einwohner. Ich werde den Rechen-

schieber nicht zum Hauptwerkzeug meiner Darstellung machen; gleichwohl ist es unabdingbar, auch einige Zahlenreihen zu präsentieren. Diese Zahlen bedürfen der richtigen Interpretation. Wir müssen stets im Hinterkopf behalten, dass Szenarien keine Vorhersagen sind und nur dann eintreten, wenn die Annahmen, die ihnen zugrunde gelegt sind, auch tatsächlich eintreffen (zur Aussagekraft von Prognosen vgl. Kapitel 3). Szenarien sind mögliche Entwicklungen, deren Vorhersage auf einer Wenn-dann-Aussage beruhen, also «wenn sich diese Annahme bewahrheitet, dann wird folgendes eintreten...». Je weiter wir in die Zukunft blicken, desto unsicherer wird eine Prognose.

Wenn jemand im Jahr 2050 dieses Buch hervorheben sollte (auch das wiederum eine Annahme), dann wird sie oder er zweifellos und hoffentlich nicht ohne Amüsement feststellen, dass viele der hier als möglich aufgezeichneten Entwicklungspfade und Zustände nicht eingetreten sind bzw. sich völlig neue, im Jahr 2011 nicht voraussehbare Entwicklungen ergeben haben. Mir ist es jedenfalls so ergangen, als ich die demographische Diskussion in den 1930er-Jahren nachgelesen habe. Diese Feststellungen lassen nicht notwendigerweise auf eine ungenügende Arbeit der Autoren schließen, die sich damals oder heute mit den demographischen Problemen befasst haben oder befassen. Wenn wir heute über die Gestaltung unserer Zukunft nachdenken, so versuchen wir auch, sich abzeichnende unerwünschte Entwicklungen zu korrigieren bzw. gar nicht erst eintreten zu lassen. Wenn wir durch unser Nachdenken und Handeln mitgeholfen haben, nachteilige Entwicklungen zu vermeiden, dann deutet das eher auf die ursprüngliche Richtigkeit als auf die Falschheit unserer Prognose hin. Man spricht dann von einer »sich selbst zerstörenden« Prognose, weil sie uns alarmiert und zum Handeln veranlasst hat.

1.6 Begriffe: Wissen, worüber man spricht

Die meisten der hier verwendeten Begriffe werden auch im Alltag gebraucht und bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Einige zentrale Begriffe seien gleichwohl hier näher umrissen, denn oft führt auch die falsche Definition bzw. der falsche Gebrauch von Begriffen zu Missverständnissen.

Altersquotient	Zahl der über 64-Jährigen im Verhältnis zu den 20–64-Jährigen
Am wenigsten entwickelte Staaten (least developed countries)	49 Staaten (englischsprachige Bezeichnung): Afghanistan, Angola, Bangladesh, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Burundi, Cambodia, Central African Republic, Chad, Comoros, Democratic Republic of the Congo, Djibouti, Equatorial Guinea, Eritrea, Ethiopia, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Kiribati, Lao People's Democratic Republic, Lesotho, Liberia, Madagascar, Malawi, Maldives, Mali, Mauritania, Mozambique, Myanmar, Nepal, Niger, Rwanda, Samoa, São Tomé and Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Solomon Islands, Somalia, Sudan, Timor-Leste, Togo, Tuvalu, Uganda, United Republic of Tanzania, Vanuatu, Yemen, Zambia.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Im Inland im Laufe eines Jahres erbrachte Wertschöpfung (Güter und Dienstleistungen), bewertet zu Marktpreisen.
Ersatzniveau (Reproduktionsrate)	Durchschnittliche Fertilität, die notwendig ist, um eine Bevölkerung stabil zu halten. Das Ersatzniveau liegt in den entwickelten Staaten bei 2,1. Jede Frau muss sich selbst ersetzen und einen Mann. Da aber nicht jede Frau das gebärfähige Alter erreicht oder gebärfähig ist, liegt die Zahl höher als 2.
Fertilität	Durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau, wenn die Fertilität während ihrer Lebenszeit gleich bliebe. Man spricht auch von der «totalen Fertilitätsrate» (TFR) oder der «zusammengefassten Geburtenziffer (ZGZ)».
Geburtenrate/rohe Geburtenziffer	Anzahl Lebendgeburten, die in einem bestimmten Kalenderjahr verzeichnet werden, bezogen auf die ständige Wohnbevölkerung in der Jahresmitte. Das Ergebnis wird allgemein je 1000 Einwohner ausgedrückt.
Migranten	Menschen, die ihr Ursprungsland verlassen haben, dauerhaft ausserhalb ihrer Herkunftsstaaten leben und ihre ursprüngliche Nationalität beibehalten.
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Sitz in Paris.

Ökologischer Fussabdruck	Zeigt auf, inwieweit der Mensch die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Umwelt ausschöpft. Er misst den Verbrauch an natürlichen Ressourcen und rechnet ihn in produktive Flächeneinheiten (globale Hektaren) um.
Sozialausgabenquote	Die Sozialausgaben in einem Staat im Verhältnis zum BIP
Sozialeinnahme- quote	Die Sozialeinnahmen in einem Staat im Verhältnis zum BIP
Soziallastquote	Anteil des BIP, welcher für die Finanzierung der Sozialversicherungen aufgewendet werden müsste. Diese ist tiefer als die Sozialausgabenquote, weil nicht alle Sozialausgaben darin enthalten sind und nur die obligatorischen Teile berücksichtigt werden.
Sozialleistungsquote	Die Sozialleistungen in einem Staat im Verhältnis zum BIP
Sterblichkeit	Anzahl Verstorbener, die in einem bestimmten Kalenderjahr verzeichnet werden, bezogen auf die ständige Wohnbevölkerung in der Jahresmitte. Das Ergebnis wird allgemein je 1000 Einwohner ausgedrückt.

2 Die Bevölkerungsentwicklung bis 2050/2060

2.1 Die Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik für die Schweiz

Seit 1984 macht das Bundesamt für Statistik Bevölkerungsszenarien für die Schweiz. So gab es 1995 Szenarien, die bis ins Jahr 2050 reichten, 2000 sogar Szenarien bis ins Jahr 2060. Die neuesten Szenarien wurden 2010 erstellt, wiederum bis ins Jahr 2060.⁸ Gewöhnlich werden drei Grundszenarien erstellt: «mittel» (A), «hoch» (B), «tief» (C). Dazu kommen verschiedene Varianten. Das mittlere Szenario schreibt gewöhnlich den Trend fort, das hohe Szenario geht von eher optimistischen Annahmen aus und sagt ein starkes Bevölkerungswachstum voraus, das tiefe Szenario setzt pessimistische Annahmen und prognostiziert dementsprechend einen Bevölkerungsschwund. Die Bevölkerungsvorausschätzung beruht auf Annahmen über drei Variablen: Fertilität, Sterblichkeit und Migration. Unter Fertilität (zusammengefasste Geburtenziffer) versteht man die Zahl der Kinder pro Frau, unter Sterblichkeit die Anzahl Verstorbener in einem Kalenderjahr im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, und unter Migration die Zahl der Zuwanderer und Auswanderer (Immigration gleich Zuwanderung, Emigration gleich Auswanderung). Geburtenrate ist nicht das gleiche wie Fertilität, denn die Geburtenrate misst, wie viele Neugeborene es auf Tausend Menschen in einem Staat jährlich gibt. Die drei Hauptvariablen hängen wiederum von der Entwicklung anderer Variablen ab, so beispielsweise die Migration von der Personenfreizügigkeit mit der EU und dem Wirtschaftswachstum. Zusätzlich zu diesen drei Grundszenarien wurden 2010 zwei Alternativszenarien und 13 Varianten des Referenzszenarios berechnet.

In der nachfolgenden Tabelle sind die wichtigsten Hypothesen für das mittlere Szenario A-00-2010 zusammengefasst. Die Fertilität von Frauen ausserhalb des EWR-Raums bleibt höher. Die Lebenserwartung nimmt weiter zu. Auch in Zukunft wandern mehr Personen schweizerischer Nationalität aus als ein. Die jährliche Nettozuwanderung wird auf 30 000 Personen geschätzt, die Zahl der Einbürgerungen auf jährlich 35 000. Es wird also davon ausgegangen, dass die sehr hohen Wanderungssaldi der Jahre 2007 bis 2009⁹ aus dem EWR-Raum «Ausreisser» nach oben waren. «Aufgrund

⁸ Siehe http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/03/blank/key/ent_erw.html

⁹ 2009 schrumpfte das Schweizer BIP um 1,9 Prozent. Die Nettozuwanderung bei den Ausländern betrug gleichwohl 79 000 Personen.

einer gewissen sozioökonomischen Konvergenz mit den europäischen Ländern verliert die Schweiz an Attraktivität. Aus den Nicht-EWR-Ländern immigrieren nur hochqualifizierte Personen in die Schweiz. Diese sind sehr mobil und bleiben in der Regel nur einige Jahre in der Schweiz.» (Kohli, Bläuer Herrmann, & Babel, 2010, S. 17)

Tabelle 1: Hypothesen des mittleren Szenarios A-00-2010 für die Schweiz

Hypothesen	Nationalität	Fruchtbarkeit	Sterblichkeit			Einwanderung	Auswanderung	Einbürgerungen
			ZGZ	Ø-Alter	e0 männl. weibl.			
Mittlere	Schweiz	1.45	31.5	86.0	90.0	23 000	30 500	+35 000
	EWR	1.55	31.0	87.0	91.0	57 000	42 000	–10 000
	Nicht-EWR	2.10	29.0	87.5	91.5	40 000	25 000	–25 000

EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

ZGZ = Zusammengefasste Geburtenziffer (Anzahl Kinder je Frau)

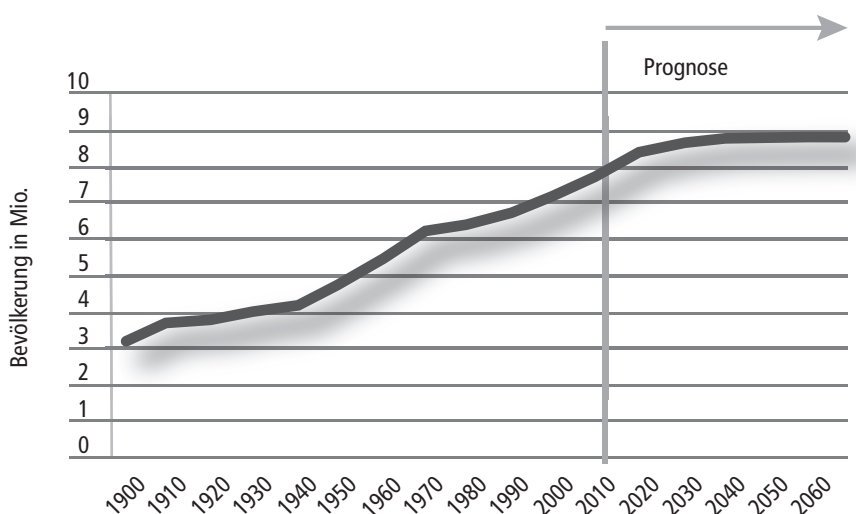
Ø-Alter = Durchschnittsalter der Frau bei der Geburt des Kindes (in Jahren)

e0 = Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)

2.2 Die bisherige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

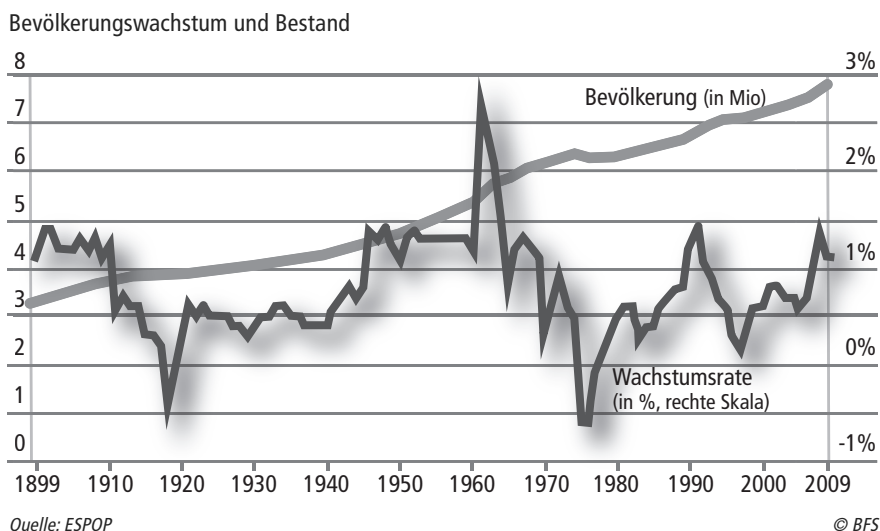
Bevor wir in die Zukunft schauen, ist es hilfreich, einen Blick zurückzuwerfen. Betrachten wir zunächst die tatsächliche Entwicklung der Wohnbevölkerung der Schweiz seit 1900 gemäss den Daten der Volkszählungen und fügen die Daten der möglichen Entwicklung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts gemäss dem neuen mittleren Szenario A-00-2010 des Bundesamtes für Statistik an.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der Schweiz seit 1900 und Prognose bis 2060



Im groben Überblick zeigt sich, dass die Bevölkerung der Schweiz seit 1900 fast kontinuierlich gewachsen ist, mit einer kleinen Abschwächung in den 1970er-Jahren. Der Wachstumstrend wird sich gemäss den neuesten Bevölkerungsszenarien bis 2040 fortsetzen. Erst dann wird die Bevölkerung stagnieren. Diese Abbildung sagt freilich nichts aus über die Treiber des Bevölkerungswachstums. Nachstehende Abbildung zeigt die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen 120 Jahre etwas genauer, weil zusätzlich eine Kurve der Wachstumsrate eingezeichnet ist. Anhand dieser Abbildung wollen wir die Ursachen der Bevölkerungsentwicklung näher betrachten.

**Abbildung 3: Absolutes und relatives Wachstum der Bevölkerung der Schweiz
1899 bis 2009**



Werfen wir zunächst einen Blick auf das absolute Bevölkerungswachstum (linke Skala). 1900 lebten 3,3 Millionen Menschen in der Schweiz, 1950 waren es 4,7 Millionen. Innert 50 Jahren nahm die Bevölkerung also um rund 42 Prozent zu. Im Jahr 2000 betrug die Bevölkerungszahl 7,3 Millionen, was eine weitere Zunahme von 55 Prozent innert 50 Jahren bedeutete. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung der Schweiz also mehr als verdoppelt. Die Kurve zeigt deutlich das stürmische Bevölkerungswachstum in den 1960er-Jahren (840 000 Personen innert zehn Jahren) und die Stagnation nach der Wirtschaftskrise von 1975. Die 1980er- und 1990er-Jahre waren wieder durch einen kräftigen Zuwachs der Bevölkerung gekennzeichnet.

Nun zum relativen Bevölkerungswachstum (Wachstumsrate, rechte Skala). Deutlich wird die Abnahme der Wachstumsrate durch den Ersten Weltkrieg. Die tiefe Wachstumsrate von rund 0,5 Prozent zwischen den beiden Weltkriegen zeigt eine demographische Depression an, nämlich tiefe Fertilität kombiniert mit relativ bescheidener Zuwanderung. 1920 hielten sich über 400 000 Ausländer in der Schweiz auf. 1945 waren es noch 192 000. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte dann eine starke Zuwanderung ein, und kombiniert mit einer hohen Fertilität führte dies in den 1960er-Jahren

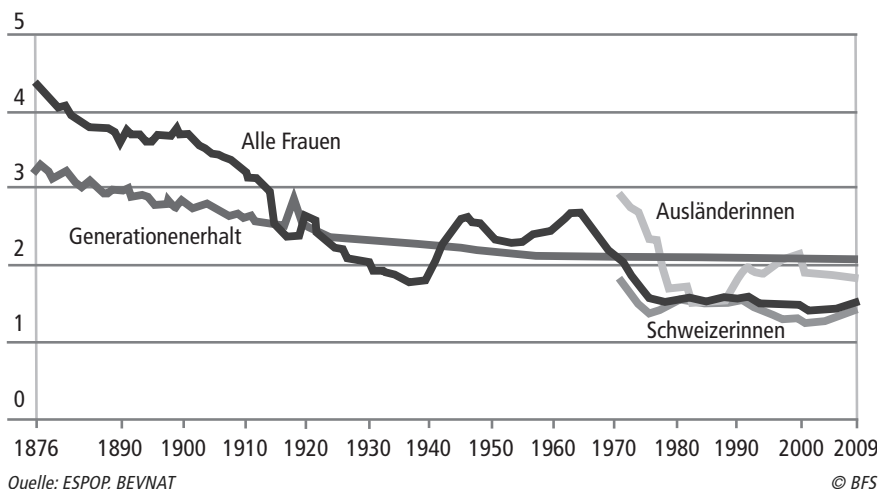
zu einer Wachstumsrate bis drei Prozent. Diese geriet dann Mitte der 1970er-Jahre in den negativen Bereich, weil sowohl die Fertilität sank als auch ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen war. Ein Teil der zugewanderten Menschen aus Südeuropa verliess die Schweiz, weil es keine Arbeit mehr gab. Dasselbe Phänomen stellte sich aber in der Rezession Mitte der 1990er-Jahre nicht ein. Die Zuwanderer der zweiten Welle aus Exjugoslawien verliessen die Schweiz nicht. Im Gegenteil, aufgrund der kriegesischen Ereignisse auf dem Westbalkan flüchteten die Menschen dorthin, wo sie Bekannte und Verwandte hatten (sog. Kettenmigration). Derselbe Mechanismus stellte sich nochmals nach dem Kosovo-Krieg 1999 ein, als vorübergehend mehr als ein Zehntel der Bevölkerung des Kosovo in der Schweiz weilte.

Das Bevölkerungswachstum der Schweiz in den vergangenen 60 Jahren beruht zur Hauptsache auf der Zuwanderung. 2008 war die Immigration für 90 Prozent des Bevölkerungswachstums verantwortlich. Die Wachstumsrate der Bevölkerung darf deshalb nicht mit der Fertilität verwechselt werden. Nicht zu vernachlässigen ist freilich die Abwanderung, sowohl von Schweizern wie von Ausländern. Ende 2009 lebten 685'000 Schweizer Bürger im Ausland (viele von ihnen sind freilich Doppelbürger). Jeder zehnte Schweizer Akademiker lebt im Ausland (Müller-Jentsch, Haug, & Avenir Suisse, 2008, S. 31, Beiheft). Bis etwa 1890 überstieg in der Schweiz die Abwanderung die Zuwanderung. Die Schweiz war noch im 19. Jahrhundert ein relativ armer Agrar- und Industriestaat, und wie die heutigen Migranten suchten viele Schweizer ihr wirtschaftliches Glück in der Fremde. Der Wanderungssaldo der Schweiz war von 1872–1888 und von 1911–1930 negativ. Vor dem ersten Weltkrieg befanden sich 220 000 Deutsche in der Schweiz (2010 sind es rund 250 000). 1910 betrug der Ausländeranteil 14,7 Prozent.

Die Lebenserwartung hat sich in den vergangenen 130 Jahren verdoppelt. Hatte ein Mann in der Schweiz um 1880 noch eine Lebenswartung von gut 40 Jahren, so sind es 2010 80 Jahre. Die Lebenswartung der Frauen lag stets um einige Jahre höher als jene der Männer (2010 knapp 85 Jahre).

Abbildung 4: Fertilität in der Schweiz 1876 bis 2008

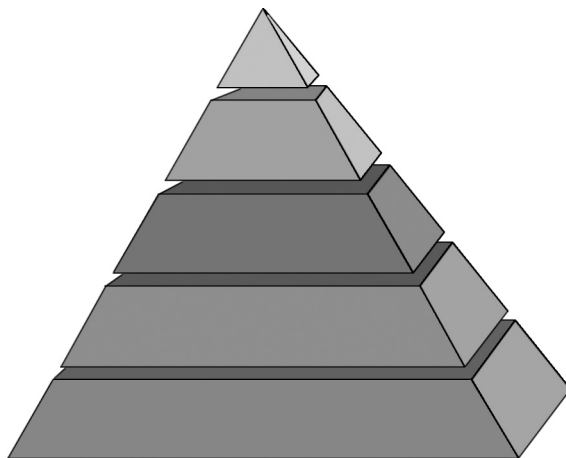
Durchschnittliche Kinderzahl je Frau



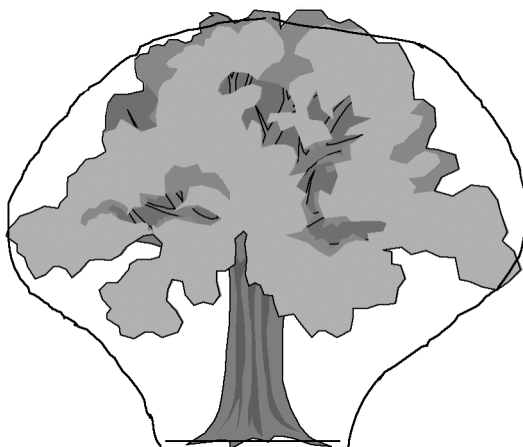
Wegen der geringen Kindersterblichkeit in den hochentwickelten Staaten ist heute in den hochentwickelten Staaten für den Generationenerhalt eine Fertilität von mindestens 2,1 erforderlich. Wie obige Abbildung zeigt, waren für den Generationenerhalt um 1890 noch drei Kinder pro Frau nötig. Noch um 1900 lag die Fertilität bei fast vier Kindern pro Frau. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass nach 1970 die für den Generationenerhalt erforderliche Fertilität nicht mehr gegeben ist, und dass die Fertilität der Ausländerinnen in der Schweiz höher ist als jene der Schweizerinnen. Der Anteil der bei der Geburt des Kindes nicht verheirateten Mütter betrug 2008 17,1 Prozent, was im europäischen Vergleich ein tiefer Wert ist. In der EU beträgt dieser 33 Prozent, in Frankreich gar 52 Prozent. Aus der Abbildung ist auch zu ersehen, dass die Fertilität der Schweizerinnen in den vergangenen Jahren leicht angestiegen ist. Ob diese Entwicklung nachhaltig ist, lässt sich nicht beurteilen, denn zum Teil dürfte es sich um «aufgeschobene» Mutterschaften handeln. Teilt man die Bevölkerung in Altersgruppen ein, so spricht man von Altersstruktur. «In der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung begegnen sich sozusagen unsere demographische Vergangenheit und unsere demographische Zukunft.» (F. Höpflinger in: Blanc, 1995, S. 14) Ohne Migration wird die Zahl der älteren Menschen durch Stärke und die Fertilität vorausgehender Generationen bestimmt. Die älteren Generationen wiederum sind für die Zahl der Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter verantwortlich und diese wiederum bestimmen die Stärke der künftigen Generationen. Man spricht von einem «Pythoneffekt», weil

eine Generation sozusagen durch die Zeit «hindurchwandert» und dies je nach zahlenmässiger Stärke der Generation in der äusseren Gestalt des Altersaufbaus einer Bevölkerung unterschiedlich sichtbar wird. Würden Mitglieder einer Generation sukzessive sterben, so würde ihr Umfang stufenweise kleiner, während von unten zahlenmässig stärkere Generationen nachrücken. Dies ergäbe die klassische Pyramidenform.

Abbildung 5: Die klassische Bevölkerungspyramide



Betrachten wir allerdings die tatsächliche Häufigkeitsverteilung der Variable «Alter» in einer Bevölkerung und stellen diese graphisch dar, so ergeben sich ganz unterschiedliche Formen. Jede Altersgruppe wird entsprechend ihrer Grösse als horizontaler Balken gezeichnet, und diese Balken werden wie bei einer Pyramide zentriert aufeinandergelegt. Die klassische Dreiecks- oder Pyramidenform zeigt eine junge und rasch wachsende Bevölkerung an. Die breite Basis und die schmale Spitze veranschaulichen, dass diese Gesellschaft viele junge Menschen im produktions- und reproduktionsfähigen Alter in ihren Reihen hat, und dass die Zahl der zu versorgenden alten Menschen im Verhältnis zu den jungen gering ist. Demgegenüber veranschaulicht die «Urnenform» eine Bevölkerung mit wenig jungen Menschen und vielen Menschen im mittleren und hohen Alter. Da die Basis schmal ist, wird die Bevölkerungszahl allmählich sinken, sofern keine Zuwanderung erfolgt.

Abbildung 6: Baumförmiger Bevölkerungsaufbau**Abbildung 7: Altersaufbau der Schweizer Bevölkerung 1900 und 2008**

Altersaufbau der Bevölkerung, in 1000

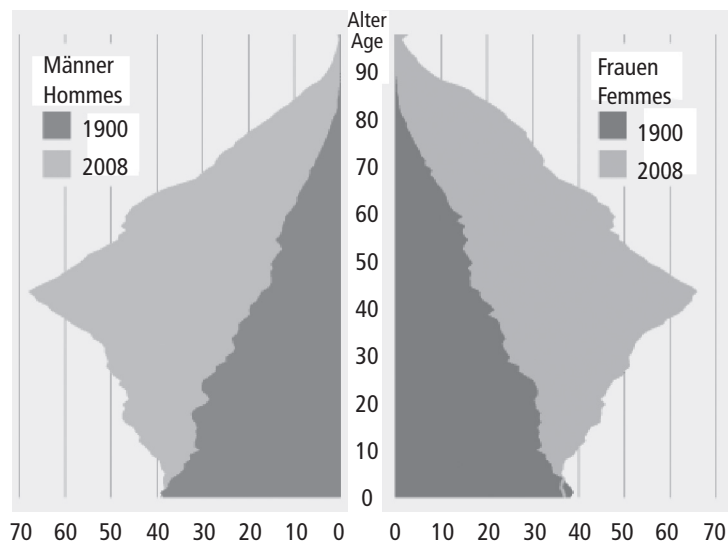


Abbildung 7 zeigt den Altersaufbau der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung in den Jahren 1900 und 2008. Links sind die Männer, rechts die Frauen dargestellt. Jede Zeile bedeutet einen Jahrgang. Die Gesamtfläche widerspiegelt die absolute Zahl der Einwohner. Der Vergleich der Altersstruktur der Wohnbevölkerung der Schweiz 1900 und 2008 zeigt, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Tat eine «Pyramidenform» gegeben war. 2008 ergab sich zwar noch keine «Urnenform», aber zumindest die Form eines «Baums» mit schmaler Basis, weit ausladenden Ästen unten und relativ breiter Krone. Diese «Baumform» (Abbildung 6), die 2008 eher einem Tannenbaum als einem Obstbaum glich, wird sich in den kommenden 50 Jahren ergeben.

Um das Jahr 1900 hatte der Bevölkerungsaufbau der Schweiz also noch die Form einer Pyramide. Es gab viele junge und wenig ältere Menschen. Der Anteil der Jungen (unter 20 Jahren) betrug 40,7 Prozent (2004 22,1 Prozent). Je weiter man in der Altersgruppe nach oben geht, desto schwächer werden die Altersgruppen. Über 64-jährig waren 5,8 Prozent, über 79-jährig bloss 0,5 Prozent (2005 15,8 bzw. 4,4 Prozent). Die Lebenserwartung lag bei knapp 50 Jahren. Auf der horizontalen Achse sieht man, dass 1900 je etwa 40 000 Knaben und Mädchen geboren wurden.

Nun zum Altersaufbau im Jahr 2008. Es fällt auf, dass sie nicht mehr pyramiden-, sondern eher tannenförmig ist. Es besteht ein «Stamm» der 0- bis 30-Jährigen, dann folgen die «ausladenden Äste» der zahlenmässig umfangreicheren Generation der 30- bis 60-Jährigen. Nach oben gibt es zwar eine Spitze, aber die erstreckt sich weiter als im Jahr 1900, bis über das Alter von 90 hinaus. Die Grösse der Fläche gibt zudem an, dass es in absoluten Zahlen viel mehr Menschen über 80 gibt. Was die Zahl der Neugeborenen angeht, so fällt auf, dass diese 2007 kleiner war als 1900 – bei einer Bevölkerung, die insgesamt mehr als doppelt so gross ist.

Die Jahrgänge 1946 bis 1964 waren zahlenmässig stark. Am meisten Kinder wurden 1964 geboren, nämlich 112 900. 2008 waren die damals Geborenen 44 Jahre alt – und dies zeigt sich in obiger Grafik in der maximalen horizontalen Ausdehnung der «Tanne». Ab diesem Jahr ging die Zahl der Geburten ständig zurück und verharrte etwa ab 1975 auf einem tiefen Niveau. Bei Altersaufbau müssen natürlich auch die Wanderungsbewegungen mitberücksichtigt werden – und diese waren wie erwähnt gerade in den 1960er-Jahren stark. Damals wie heute kamen insbesondere junge Menschen ins Land, und die dürften mittlerweile ungefähr im Pensionsalter sein – und zum Teil das Land wieder verlassen haben. Der Wanderungssaldo mit Spanien und Italien war bis zur Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU 2007 lange Zeit negativ. Auch bei den Menschen über 64 Jahren ist der Wanderungssaldo bei den Ausländern negativ (2009 minus 1 368).

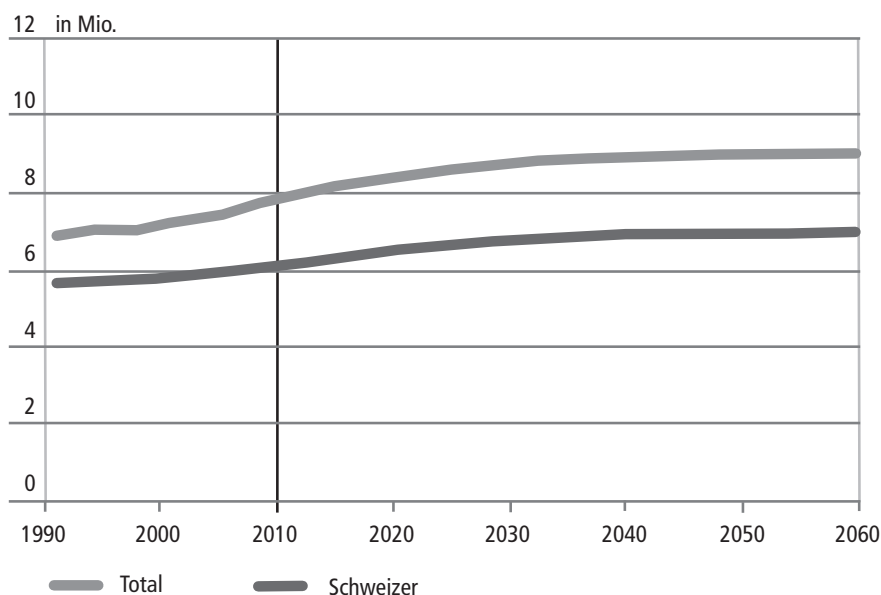
Die sog. «Babyboomers», die Jahrgänge 1946 bis 1964, kommen nun allmählich ins Pensionsalter. Schon erwähnt wurde der «Pythoneffekt»: Die Beute im Körper einer Python wird bei der Verdauung nach aussen hin als «wandernder Buckel» sichtbar. Die Generationen der «Babyboomers» «wandern» durch die Zeit hindurch und waren im Altersaufbau zunächst ganz unten sichtbar – was den Bau vieler Schulen auslöste –, dann in der Mitte – was den Bedarf an Arbeitsplätzen, Wohnraum und Infrastruktur erhöhte – und sind bald ganz oben – was mehr Rentenzahlungen und Ausbau des Pflege- und Betreuungswesens bedeutet. Die unterschiedliche Stärke der Generationen löst wie oben festgestellt Jahrzehnte später sog. Echos aus. Ein Echo zeigt sich auch darin, dass eine zahlenmässig schwache Generation im fortpflanzungsfähigen Alter auch weniger Nachkommen haben wird. Die Zahl der Neugeborenen hängt sowohl von der zahlenmässigen Stärke einer Generation (oder genauer: den Frauen im gebärfähigen Alter) als auch von der Fertilität ab. Tatsächlich war die Fertilität der Boomgeneration extrem tief, und nur dank ihrer zahlenmässigen Stärke kam es nicht zu einem absoluten Geburtenrückgang. Historisch gesehen hatten die Babyboomers sehr viel Glück. Sie lebten in Europa fast überall ohne Krieg und ohne grosse Seuchen. Einzig für die letzte Lebensphase droht jetzt Ungemach, weil die nachrückenden Generationen kleiner sind. Das haben sie freilich mitverursacht.

2.3 Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

Fahren wir nun fort mit der Beantwortung unserer ersten Frage: Wie werden sich Grösse und Zusammensetzung der Schweizer Bevölkerung bis in Jahr 2060 entwickeln?

2.3.1 Das Referenzszenario A-00-2010 für die Schweiz

Gemäss dem Referenzszenario A-00-2010 wächst die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis im Jahr 2055 an (vgl. nachstehende Abbildung). Sie steigt von 7 857 000 Personen im Jahr 2010 auf 8 992 000 Personen, was einem Zuwachs um 14 Prozent entspricht. Dies ergibt eine durchschnittliche Zunahme von knapp 0,3 Prozent pro Jahr. Ab dem Jahr 2055 stabilisiert sich die Bevölkerung bei einem Stand von knapp neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Abbildung 8: Bevölkerungsentwicklung der Schweiz bis 2060

Quelle: BFS/Szenarien

© BFS

Obige Abbildung gibt die Bevölkerungsentwicklung nach dem mittleren Szenario wieder. In der nachstehenden Tabelle sind auch die Ergebnisse des hohen und des tiefen Szenarios dargestellt. Nach dem hohen Szenario hätte die Schweiz 2060 11,3 Millionen Einwohner, nach dem tiefen 6,8 Millionen.

Tabelle 2: Drei Szenarien der Entwicklung der Schweizer Wohnbevölkerung bis 2060
Wohnbevölkerung am Jahresende, in Tausend

	2010	2015	2020	2030	2040	2050	2060
«Mittleres» Szenario	7856.6	8155.1	8401.9	8738.5	8906.5	8983.0	8987.2
«Hohes» Szenario	7878.5	8329.2	8765.5	9533.0	10167.9	10769.0	11315.4
«Tiefes» Szenario	7833.1	7958.6	7996.1	7888.3	7599.4	7203.2	6758.2

Quelle: BFS

Andere Institutionen gehen nicht von denselben Annahmen aus. Die Prognosen der UNO von 2008 sagen für die Schweiz eine Bevölkerung von 8,5 Millionen im Jahr 2050 voraus. Das U.S. Census Bureau rechnet gar mit einer Schrumpfung der Bevölkerung der Schweiz auf 7,3 Millionen im Jahr 2050. Eurostat prognostiziert für die Schweiz 9,2 Millionen Einwohner im Jahr 2060.¹⁰ Zu anderen Ergebnissen kamen auch frühere Szenarien des Bundesamtes für Statistik, wie Tabelle 3 zeigt. Das Szenario «Trend» aus dem Jahr 1995 rechnete beispielsweise mit 7,4 Millionen Einwohnern für 2010, 7,6 Millionen für 2030 und 7,4 Millionen für 2050.

Betrachten wir die Unterschiede zwischen den Szenarios des Bundesamtes für Statistik aus den Jahren 2005 und 2010 etwas näher. Nach dem Szenario A-00-2005 wächst die Bevölkerung bis 2036 auf 8,2 Mio. und sinkt bis 2050 auf 8,1 Millionen, das sind für das Jahr 2050 fast 0,9 Millionen oder ein Zehntel weniger als nach dem Szenario 2010. In der folgenden Tabelle sind die Unterschiede der beiden Szenarien anhand weiterer Indikatoren dargestellt.

Tabelle 3: Demographische Daten Schweiz 2010 und 2050

	2010	2050 (Prognose 2005)	2050 (Prognose 2010)
Bevölkerung insgesamt	7,8 Millionen	8,1 Millionen	9 Millionen
unter 20-Jährige	1,6 Millionen	1,4 Millionen	1,6 Millionen
20 bis 64-Jährige	4,9 Millionen	4,4 Millionen	4,9 Millionen
über 64-Jährige	1,3 Millionen	2,2 Millionen	2,5 Millionen
über 79-Jährige	381 000	942 000	1 060 000
Erwerbsbevölkerung	4,5 Millionen	4,1 Millionen	4,6 Millionen
Fertilität	1,5	1,4	1,5
Altersquotient*	27,5	51	51
Medianalter**	41,7 Jahre	46,8 Jahre	47,1 Jahre
Lebenserwartung Männer	79,7 Jahre	85,0 Jahre	86 Jahre
Lebenserwartung Frauen	84,4 Jahre	89,5 Jahre	89 Jahre

Quelle: Bundesamt für Statistik

* Anzahl der über 64-Jährigen auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64

** Das Medianalter teilt die Bevölkerung in zwei gleich grosse Gruppen

¹⁰ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>

Gegenüber der Prognose 2005 rechnet die Prognose 2010 mit einer stärkeren Zuwanderung und einer noch höheren Lebenserwartung. Die Bevölkerung im Jahr 2050 wird deshalb gemäss der neuesten Prognose um einen Zehntel grösser und insgesamt älter sein. Die Zahl der über 79-Jährigen steigt auf über eine Million oder fast zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung.

Schon die Entwicklung bis 2010 zeigt, dass das Szenario A-00-2005 die Zuwanderung, die Fertilität der Schweizerinnen und die Lebenserwartung der Männer unterschätzt hat. Richtig vorausgesehen wurde die Entwicklung der Altersstruktur.

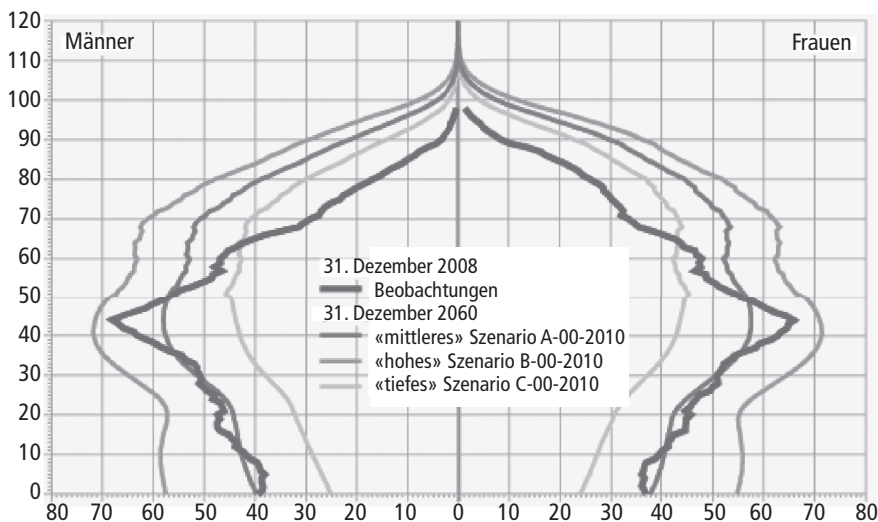
2.3.2 Die Veränderung der Altersstruktur

Es ist weniger die Entwicklung der Bevölkerung in den kommenden 50 Jahren, die ein Problem darstellt. Es ist vielmehr die bereits erwähnte Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, die hier noch etwas näher dargestellt werden soll.

Die demographische Herausforderung bis 2060 wird in folgender Abbildung noch deutlicher. Die Babyboomers rücken in der Alterspyramide nach oben. 2060 werden nur noch wenige des Jahrgangs 1946 am Leben sein, aber noch etliche des Jahrgangs 1964. Im Jahr 2030 werden aber die meisten der Babyboomers Renten und Leistungen des Gesundheitswesens beziehen. Diese grosse Zahl von Rentnerinnen und Rentnern wird indessen von Generationen «getragen» die zahlenmässig sehr viel schwächer sind. Betrachten wir in untenstehender Abbildung nur das Szenario A-00-2010, das mittlere Szenario. Der Abstand der Kurve dieses Szenarios zur fetten Kurve «Beobachtungen 2008» zeigt uns, dass es 2060 sehr viel mehr Menschen über 50 und sehr viel weniger unter 50 Jahren geben wird als 2008. Die Zahl der Neugeborenen wird etwa gleich gross sein. Die «Spitze» bei den Menschen im Alter zwischen 40 und 50 ist nicht mehr vorhanden, obwohl diese nach wie vor die stärkste Altersgruppe bilden. Die eigentliche «demographische Herausforderung» wird sich aber 2060 abgeschwächt haben. Die Alterung der Bevölkerung wird insbesondere zwischen 2025 und 2035 markant sein, wenn die gesamte «Spitze» im Rentenalter sein wird und die Phase der Hochaltrigkeit erreicht.

Abbildung 9: Der Altersaufbau der Bevölkerung der Schweiz 2008 und 2060

Nach den 3 Grundszenarien, in Tausend



Quelle: SZENARIO

© BFS

Deutlich sichtbar auf obiger Abbildung ist die zunehmende Lebenserwartung der Menschen. Immer mehr erreichen bis 2060 ein Alter von über 100 Jahren.

Nachstehende Abbildung zeigt nochmals die Entwicklung bei den Altersgruppen. Die Zahl der 0- bis 19-Jährigen bleibt mit 1,6 Millionen praktisch konstant, ebenso jene der 20- bis 39-Jährigen mit rund zwei Millionen. Stark zunehmen werden die Altersgruppen über 64 Jahre. 2060 werden voraussichtlich 2,5 Millionen Menschen über 64 sein – fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Rechnet man die absoluten Zahlen um auf die prozentualen Anteile der einzelnen Altersgruppen, so zeigt die graphische Darstellung, dass seit 1900 der Anteil der bis 19-Jährigen markant abgenommen hat und sich auf tiefem Niveau stabilisiert. Der Anteil der jüngsten Altersgruppe betrug 1900 40,5 Prozent, im Jahr 2050 wird er gerade noch 20 Prozent betragen. Die Gruppe der 20- bis 39-Jährigen machte anteilmässig 1900 bis 1990 stets etwa 30 Prozent der Bevölkerung aus. Im Jahr 2010 werden es noch 26 Prozent sein, im Jahr 2050 25 Prozent. Die Gruppe der 40- bis 64-Jährigen machte anteilmässig von 1900 bis 1930 etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus,

von 1941 bis 1990 etwa 30 Prozent. Bis ins Jahr 2010 wird der Anteil auf 34 Prozent steigen und sich danach um 2030 wieder bei 30 Prozent einpendeln. 1900 waren 5,3 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung zwischen 65 und 79 Jahre alt, 0,5 Prozent über 79 Jahre. Der Anteil der über 64-Jährigen nimmt seit Beginn des 20. Jahrhunderts ständig zu, und seit etwa 1970 auch der Anteil der 80-Jährigen und Älteren. 1990 betrug der Anteil der 65- bis 79-Jährigen 10,7 und jener der über 79-Jährigen 3,7 Prozent. Im Jahr 2030 dürfte der Anteil der 65- bis 79-Jährigen 16,2 Prozent und jener der über 79-Jährigen 7,5 Prozent betragen.

Tabelle 4: Altersgruppen in der Schweizer Bevölkerung 1900–2060

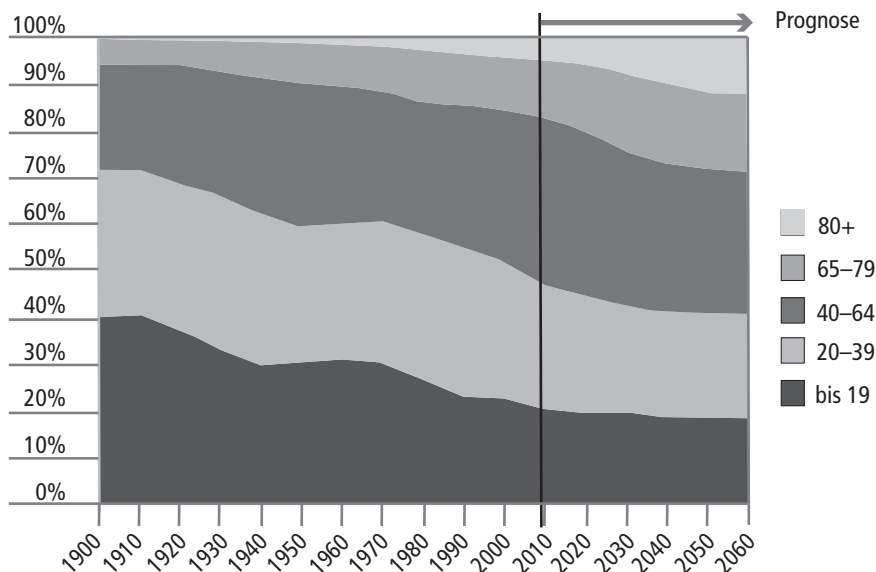
Jahr	bis 19	20 – 39	40 – 64	65 – 79	80+	Total
1900	1344.0	1031.1	747.1	176.2	17.1	3 316
1910	1529.8	1166.3	839.4	196.6	21.1	3 753
1920	1470.2	1197.3	985.8	202.2	24.8	3 880
1930	1361.4	1337.0	1088.1	251.0	28.8	4 066
1940	1284.1	1365.3	1251.3	325.8	39.5	4 266
1950	1438.5	1371.9	1451.3	397.6	55.6	4 715
1960	1702.1	1574.1	1598.7	470.1	84.2	5 429
1970	1917.2	1905.0	1733.1	603.2	111.3	6 270
1980	1733.3	1951.5	1799.2	711.5	170.4	6 366
1990	1581.5	2221.5	2081.7	734.4	254.5	6 874
2000	1665.7	2141.1	2362.3	820.1	298.9	7 288
2010	1635.1	2081.7	2796.5	961.6	381.7	7 856.6
2020	1664.8	2105.9	2944.2	1199.7	487.5	8 401.9
2030	1705.7	2024.7	2893.2	1429.5	685.4	8 738.5
2040	1657.8	2021.8	2835.9	1526.9	864.1	8 906.5
2050	1638.6	2054.4	2798.9	1430.4	1060.6	8 983.0
2060	1652.1	2016.3	2775.7	1472.2	1071.0	8 987.2

In Tausend

Quellen: Statistisches Jahrbuch der Schweiz; ab dem Jahr 2010 Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

Anteilmässig sehen die Veränderungen bei den Altersgruppen von 1900 bis 2060 wie folgt aus:

**Abbildung 10: Anteile der Altersgruppen an der Schweizer Bevölkerung
1900 bis 2060**



Man sieht auf den ersten Blick die Veränderungen bei der untersten und der obersten Altersgruppe. Anteilmässig halbiert sich die Zahl der bis 19-Jährigen. 1900 hatte es in der Schweiz 1,3 Millionen Menschen im Alter von 0 bis 19 gegeben und bloss 17 100 Menschen im Alter von über 79. Dies bei einer Gesamtbevölkerung von 3,3 Millionen. Mit Blick auf die vergangenen 110 Jahre sind die über 79-Jährigen gewissermassen eine neue Altersgruppe. Aber auch der Anteil der 65- bis 79-Jährigen nimmt stark zu, während die Veränderungen bei den beiden mittleren Altersgruppen nicht so stark sind.

2.3.3 Das Verhältnis «aktive» / «inaktive» Bevölkerungsteile

Setzen wir nun die verschiedenen Altersgruppen in der schweizerischen Gesellschaft zueinander in Beziehung. Welches Alter wir dabei als «jung» und welches als «alt» betrachten, ist eine rein definitorische Frage. Gewöhnlich gruppiert man die Bevölkerung in die unter 20-Jährigen, die 20- bis 64-Jährigen und die über 64-Jährigen, ausgehend von der Vorstellung, dass die über 64-Jährigen Rente beziehen («inaktiv»

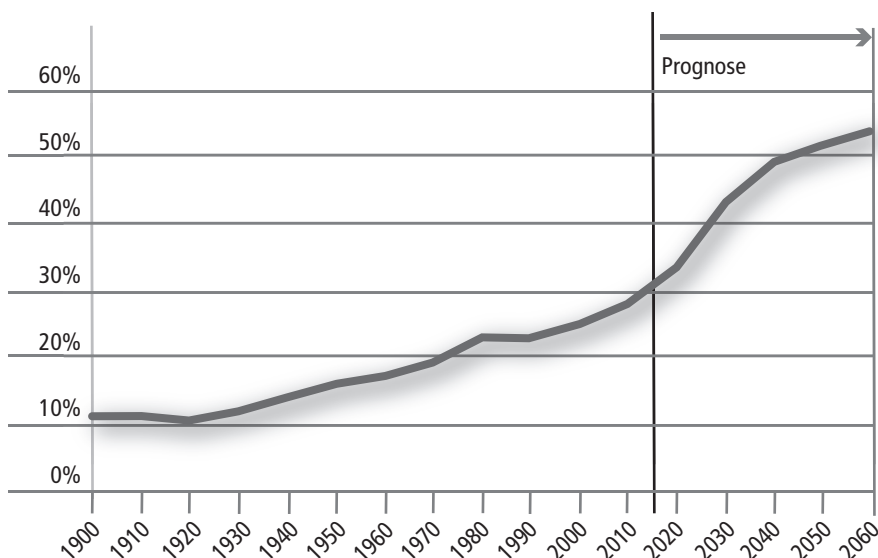
sind) und die 20- bis 64-Jährigen produktiv («aktiv») tätig sind. Der *Altersquotient* wird wie folgt definiert (linke Spalte; in der rechten Spalte in untenstehender Tabelle ein Rechenbeispiel für das Jahr 2010):

Tabelle 5: Definition des Altersquotienten

Definition Altersquotient	Rechenbeispiel für 2010
Zahl der über 64-Jährigen x 100	1 343 300 x 100
Zahl der 20- bis 64-Jährigen	4 878 200
	= 27,5

Der Altersquotient sagt also aus, wie viel Prozent «Inaktive» im Verhältnis zu den «Aktiven» es gibt. Impliziert wird, dass die Aktiven für die Inaktiven aufkommen. 1910 lag der Altersquotient bei 11 – d. h. auf 100 20- bis 64-Jährige kamen 11 über 64-Jährige –, 1950 bei 16, 2010 beträgt er 27. Nach dem mittleren Szenario erhöht sich der Altersquotient in der Schweiz auf 43 im Jahre 2030 und steigt dann bis 2060 auf über 50 an (siehe untenstehende Abbildung). Dies heisst: auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen 53 Personen im Rentenalter.

**Abbildung 11: Altersquotient in der Schweiz 1900 bis 2060
(ab 2010 Szenario A-00-2010)**



Wie der Begriff «Altersquotient» (auch: Alterslastquotient) andeutet, wird davon ausgegangen, dass die jüngeren Personen die «Last» der über 64-Jährigen tragen. Die Aktiven tragen indessen nicht nur die älteren Menschen, sondern auch Kinder und junge Menschen in der Ausbildung. Der «Jugendquotient» sagt aus, wie viel Prozent die unter 20-Jährigen im Verhältnis zu den 20- bis 64-Jährigen ausmachen. 2010 liegt dieser bei 33,5. Im «Gesamtquotient» werden Alters- und Jugendquotient zusammengezählt. Dieser Gesamtquotient war 1900 mit 86,5 wesentlich höher als 2010 mit 61. Im Jahr 2060 wird der Gesamtquotient 87,5 betragen und damit etwa gleich hoch sein wie 1900. Man könnte also argumentieren, die Gesamtlast werde für die aktive Generation in 40 Jahren etwa gleich sein wie jene für die aktive Generation um 1900. Die Verhältnisse von 1900 können jedoch nicht mit jenen im Jahr 2060 verglichen werden. Um 1900 lag wohl der Jugendquotient bei 75,6, aber ein grosser Teil der Jugendlichen arbeitete in den Fabriken und verursachte keine hohen Ausbildungskosten. Im Gegenteil: Sie waren für die Eltern eine Einnahmequelle.

Sowohl Alters- wie Jugendquotient geben nur sehr rudimentäre Hinweise auf die tatsächliche volkswirtschaftliche Belastung; nicht Menschen im erwerbsfähigen Alter oder in einem Anstellungsverhältnis sind massgebend, sondern die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Leistungen oder Kosten. Hausfrauen sind zwar oft nicht oder nur teilerwerbstätig und deshalb nicht in der «Erwerbsquote» enthalten, für das Funktionieren einer Volkswirtschaft sind sie aber genauso unverzichtbar wie die Erwerbstätigen, deren notwendiges Komplement. Dasselbe gilt für die Freiwilligenarbeit der über 64-Jährigen, einmal abgesehen davon, dass viele Rentner noch teilerwerbstätig sind und damit Sozialabgaben leisten. Es ist auch bei den Erwachsenen nicht so, dass alle 20- bis 64-Jährigen erwerbstätig sind, und es stimmt auch nicht, dass alle über 64-Jährigen nichts mehr zur Leistung einer Volkswirtschaft beitragen. Denken wir etwa an die 2009 146 000 (registrierten) Arbeitslosen im erwerbsfähigen Alter. Oder denken wir an einen therapiebedürftigen Drogenabhängigen, der keineswegs die «Alterslast» mittragen hilft, sondern ganz im Gegenteil den Staat und die Wirtschaft weit mehr kostet als ein Rentner.¹¹ Das Gleiche gilt für Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge, deren es beispielsweise in den USA fast zwei Millionen und in Russland 920 000 gibt (Schweiz 6000). Alte Menschen verursachen also in bestimmten Bereichen geringere Kosten als jüngere. Die Jugendlichen kosteten wie erwähnt um 1900 die Volkswirtschaft wesentlich weniger, da Kinderarbeit weit verbreitet war und

¹¹ Gemäss Schätzungen gibt es in der Schweiz 30 000 Heroin- und Kokainabhängige. Allein die Repressionskosten belaufen sich auf eine halbe Milliarde Franken jährlich. Dazu kommen schätzungsweise 300 000 Alkoholabhängige und rund 120 000 Spielsüchtige.

die Ausbildungszeiten erheblich kürzer waren.¹² Der hohe Jugendquotient der 1950er-, 60er- und 70er-Jahre indessen verursachte beträchtliche Aufwendungen für die Erziehung und Ausbildung der Kinder. 2008 gab es in der Schweiz rund 287 000 Bezüger von Invalidenrenten, 100 000 davon aufgrund von psychischen Erkrankungen. Das sind Menschen im sog. «aktiven Alter».

Der Altersquotient ist also für die Beurteilung der demographiebedingten volkswirtschaftlichen Belastung nur begrenzt aussagekräftig. Gleichwohl sind Alterspyramide und Altersquotient einfache Indikatoren, anhand derer sich die Tendenzen aufzeigen lassen. Sicher kann man sagen, dass in den kommenden 50 Jahren die Zahl der Leistungsempfänger der Sozialversicherungen rapid steigen und die Zahl der Beitragszahler nur leicht zunehmen wird. Damit steigt der Anteil an der Produktion, der für «Nichtaktive» aufgewendet wird, und diese Produktion wird auch in Zukunft zur Hauptsache von Erwerbstätigen im mittleren Alter erwirtschaftet. Der Jugendquotient wird sich zwar auf dem tiefen Niveau von etwa 34 stabilisieren; dies heisst aber nicht, dass sich die Ausbildungskosten nicht erhöhen werden. Vielmehr werden immer mehr junge Menschen eine höhere Ausbildung absolvieren und auch später ins Erwerbsleben eintreten. Vermutlich wird aber das Rentenalter erhöht werden, wie das in verschiedenen Staaten schon eingeleitet wurde.

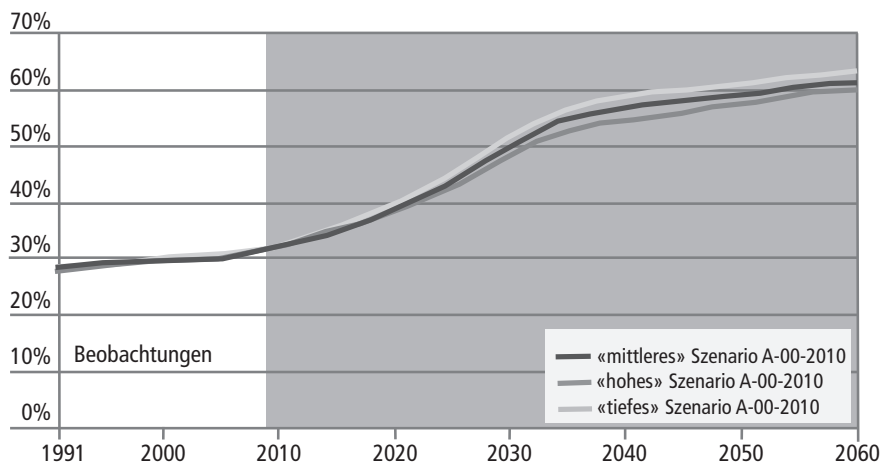
In einem Bericht hatte die OECD (OECD, 1997) festgehalten, dass in Zukunft in den meisten hochentwickelten Staaten die Zeitspanne, die ein Mensch ohne Erwerbsarbeit verbringt, länger ist als die Zeitspanne, während der er einer Erwerbsarbeit nachgeht. In Deutschland betrug 1995 die Lebenserwartung für einen Mann 73 Jahre. Davon verbrachte er 36 Jahre mit und 37 Jahre ohne Erwerbsarbeit. Für Schweden lauten die Zahlen: 37 Jahre mit Erwerbsarbeit, 39 Jahre ohne Erwerbsarbeit. Die Gründe für diese Entwicklung liegen in der längeren Ausbildungszeit, der höheren Lebenserwartung und dem früheren faktischen Pensionsalter (Peterson, 1999, S. 129). Noch im Jahre 1975 hatte ein Deutscher 42 Jahre mit Erwerbsarbeit verbracht und lediglich 27 ohne. 2004 betrug in Deutschland das durchschnittliche Renteneintrittsalter für Männer 63 Jahre. Dafür hat man das Unwort «Frühverrentung» geprägt. In der Schweiz ist die Frühpensionierung ein neueres Phänomen, das wohl mit dem Ausbau der zweiten Säule und finanziellen Anreizen der Unternehmungen zusammenhängt.

12 Noch 1930 waren 80 Prozent der 15- bis 19-Jährigen Männer berufstätig. Bei den Frauen waren es in der gleichen Altersgruppe 46 Prozent. 1911 waren 14 Prozent der Fabrikarbeiterinnen in der Schweiz unter 19 Jahre alt. Vgl. (Renggli, 1937, S. 183).

Ein besserer Indikator als der Altersquotient ist das Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-jährigen Erwerbspersonen. Dieses Verhältnis wird sich von 32 im Jahr 2010 auf 61 im Jahr 2060 erhöhen (vgl. nachstehende Abbildung). Auch diese Zahlen bedürfen eines Kommentars. Zunächst zum Begriff «Erwerbsbevölkerung». Dieser umfasst nicht nur die Erwerbstätigen, sondern auch die unfreiwillig erwerbslosen Personen im Alter von 20 bis 64. Die Zahl der Erwerbspersonen ist nicht zu verwechseln mit der Zahl der Vollzeitstellen, da insbesondere viele Frauen nur teilzeitig arbeiten. Die Erwerbsbevölkerung der Schweiz betrug 2010 4,5 Millionen und wird nach der Vorausschätzung 2060 etwa gleich viele Menschen umfassen. Umgerechnet in Vollzeitstellen betrug die Erwerbsbevölkerung aber 2010 3,9 Millionen. Auch umgerechnet in «Vollzeitäquivalente» wird die Erwerbsbevölkerung leicht zunehmen und 2060 etwa wieder den heutigen Stand erreichen. Nicht berücksichtigt ist das Erwerbspotenzial der über 64-Jährigen Personen, das man ohne Zweifel in den kommenden 50 Jahren besser ausschöpfen wird.

Abbildung 12: Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-jährigen Erwerbspersonen 1991 bis 2060

Nach den 3 Grundszenarien



Quelle: SAKE, SZENARIO

© BFS

2.3.4 Die ausländische Wohnbevölkerung

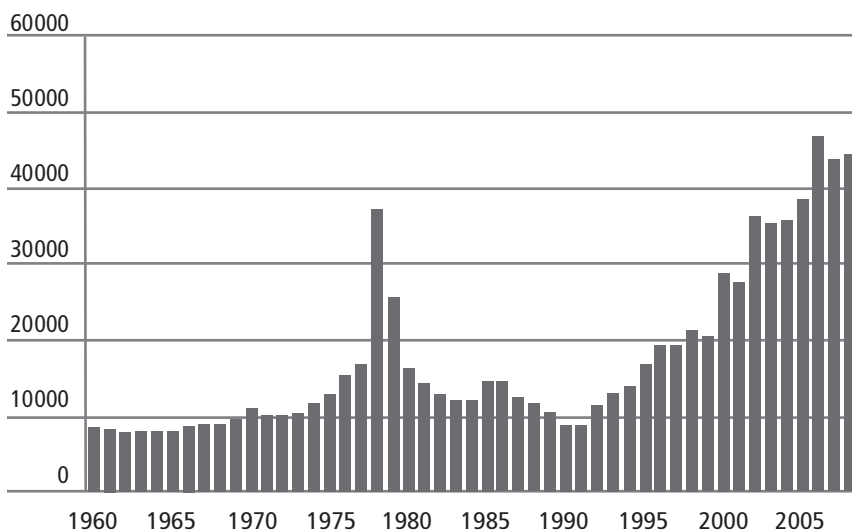
Die Zuwanderung, die Fertilität der Ausländerinnen in der Schweiz und Einbürgerungen waren seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine bedeutende Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Das Wachstum der Wohnbevölkerung seit 1980 beispielsweise ist hauptsächlich durch den Einwanderungsüberschuss bedingt. Von 1980 bis 1994 ist der Ausländeranteil in der Schweiz um 46 Prozent angestiegen. Gemäss dem Szenario Trend wird sich der Ausländeranteil in der Schweiz bis 2010 leicht auf 21,9 Prozent (absolut: 1,7 Millionen) erhöhen und bis ins Jahr 2050 anteilmässig auf diesem Niveau verharren (absolut: 2 Millionen).

Schon seit längerer Zeit wächst der schweizerische Teil der Bevölkerung nur noch dank Einbürgerungen. Der Erwerb der schweizerischen Staatsbürgerschaft ist relativ häufig bei Personen, die in der Schweiz geboren und eingeschult worden sind. Etwa zehn Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung von sechs Millionen sind Eingebürgerte. Zwischen 1960 und 1992 wurden nur in den Jahren 1978 und 1979 mehr als 20 000 Personen verzeichnet, die das Schweizer Bürgerrecht erwarben.¹³ Seit Beginn der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Einbürgerungen pro Jahr vervierfacht. 1996 waren es 19 200, 2006 44 000, was 2,8 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung entspricht. Dabei dürften die seit 1992 mögliche erleichterte Einbürgerung¹⁴ und die seither von verschiedenen EU-Staaten zugelassene doppelte Staatsbürgerschaft eine Rolle gespielt haben. Im westeuropäischen Vergleich bleibt die Einbürgerungsquote in der Schweiz gleichwohl tief. Bis 2060 würde die Bevölkerung schweizerischer Nationalität um 994 000 abnehmen, wenn dies nicht durch 1,8 Millionen Eingebürgerte mehr als kompensiert würde (Kohli, et al., 2010, S. 21).

Interessant ist auch das Heiratsverhalten in Bezug auf die Nationalität. 2008 wurden nur noch 51 Prozent der 41 534 Ehen zwischen Schweizerinnen und Schweizern geschlossen, während es 1993 noch 64 Prozent waren. 12 Prozent der Eheschliessungen erfolgen unter Ausländerinnen und Ausländern, 20 Prozent zwischen einem Schweizer und einer Ausländerin und 16 Prozent zwischen einer Schweizerin und einem Ausländer. Die relative Mehrheit der Schweizer Männer bevorzugt als Heiratspartnerin übrigens eine Deutsche, während Schweizer Frauen Italiener präferieren. Die «Schweizer» Wohnbevölkerung wächst also wie gesagt nur noch dank der «Blut-

¹³ Der vorübergehende Anstieg der Einbürgerungen stand im Zusammenhang mit der nachträglichen Zuerkennung des Schweizer Bürgerrechts an Kinder von Schweizer Frauen, die mit einem ausländischen Staatsbürger verheiratet waren.

¹⁴ Im Jahr 1992 trat eine Revision des Bürgerrechtsgesetzes in Kraft. Seither können sich ausländische Ehegatten einer Schweizerin oder eines Schweizers erleichtert einbürgern lassen.

Abbildung 13: Erwerb des Schweizer Bürgerrechts

Quelle: BFS/PETRA

© BFS

auffrischung» ausländischen Ursprungs! Ich nehme als Beispiel die Zahlen für das Jahr 2008, welche die Tendenz für die vergangenen zehn Jahre wiedergeben:

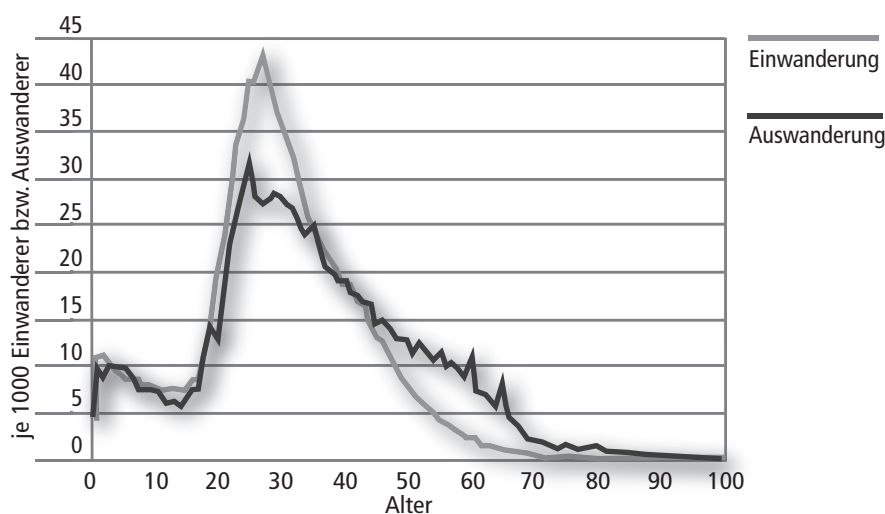
Tabelle 6: Schweizerischer Bevölkerungsteil 2007/2008 (ohne Ausländer)

Schweizer Wohnbevölkerung 31.12.2007	5 991 000
– Todesfälle	56 471
– Wanderungssaldo	5 196
+ Geburten	57 086
+ Einbürgerungen	44 440
Schweizer Wohnbevölkerung 31.12.2008	6 030 859

Ohne die Einbürgerungen wäre der schweizerische Bevölkerungsteil 2008 um 4 581 Personen geschrumpft. Von 1981 bis 2008 wuchs der schweizerische Bevölkerungsteil dank der Einbürgerungen von 5,4 auf 6 Millionen, während die Gesamtbevölkerung von 6,4 auf 7,7 Millionen zunahm.

2008 wanderten 161 629 AusländerInnen ein, 58 266 Personen ausländischer Herkunft verliessen das Land, was einen Wanderungssaldo von 103 363 ergab. Bei den Schweizern war dieser Saldo, wie aus obiger Tabelle ersichtlich, negativ. Wenn die Schweiz, anders als klassische Einwanderungsländer wie die USA oder Australien, auch eine hohe Ab- bzw. Rückwanderung hat, dürfte dies mit der Kleinheit des Staates und der zentralen Lage in Westeuropa zusammenhängen. Es wandern hauptsächlich jüngere Menschen im Alter von 20 bis 39 Jahren ein (siehe die folgende Abbildung). 2008 waren es 67 443 in dieser Altersgruppe. Bei den über 64-Jährigen ergab sich ein Auswanderungsüberschuss von 1 203 Personen. Dies mindert die Alterung der Gesamtbevölkerung in der Schweiz. Auf der Abbildung sind die «Auswanderungsspitzen» im Alter von 60 und 65 zu erkennen (Quelle: Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, Bericht 2008, S. 23).

Abbildung 14: Ein- und Auswanderung der ausländischen Wohnbevölkerung 2007 nach Alter



inkl. Statutenwechsel und Übertritte aus dem Asylprozess
Quelle: PFS/PETR

© Bundesamt für Statistik(BFS)

Unter den AusländerInnen in der Schweiz gab es 2009 4 940 Todesfälle – anteilmässig wesentlich weniger als beim Schweizer Bevölkerungsteil (57 536 Todesfälle), weil das Durchschnittsalter bei den Ausländern viel tiefer liegt. Lediglich 7,6 Prozent der 1,7 Millionen AusländerInnen in der Schweiz waren 2008 über 65 Jahre alt (bei den Schwei-

zern waren es 19,1 Prozent). 2009 lebten 371 600 über 79-jährige Personen in der Schweiz; davon waren lediglich 21 100 oder 5,7 Prozent Ausländer. Auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 entfallen bei den Ausländern deren 13, die über 64-jährig sind. Bei den Schweizern sind es 38. Anteilsmässig gibt es unter der ausländischen Wohnbevölkerung insbesondere viel mehr junge Männer als unter der schweizerischen. Wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen liegt die Erwerbsquote entsprechend höher. Die Fertilität der Ausländerinnen – vor allem bei jenen, die nicht aus dem EWR-Raum stammen – liegt deutlich höher als jene der Schweizerinnen: Sie gebaren 2009 20 081 von 78 286 Babys. Es darf darüber hinaus angenommen werden, dass eingebürgerte Frauen oder Paare mit einem ursprünglich ausländischen Elternteil mehr Kinder haben als Paare rein schweizerischen Ursprungs. Zwei von fünf Neugeborenen haben mindestens einen ausländischen Elternteil. So erhärtet sich die These: die Schweiz braucht die AusländerInnen nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch um zu verhindern, dass die Zahl der Neugeborenen schrumpft! Die AusländerInnen tragen zur Verjüngung der Gesamt- und der Erwerbsbevölkerung bei und erhöhen die Fertilität.

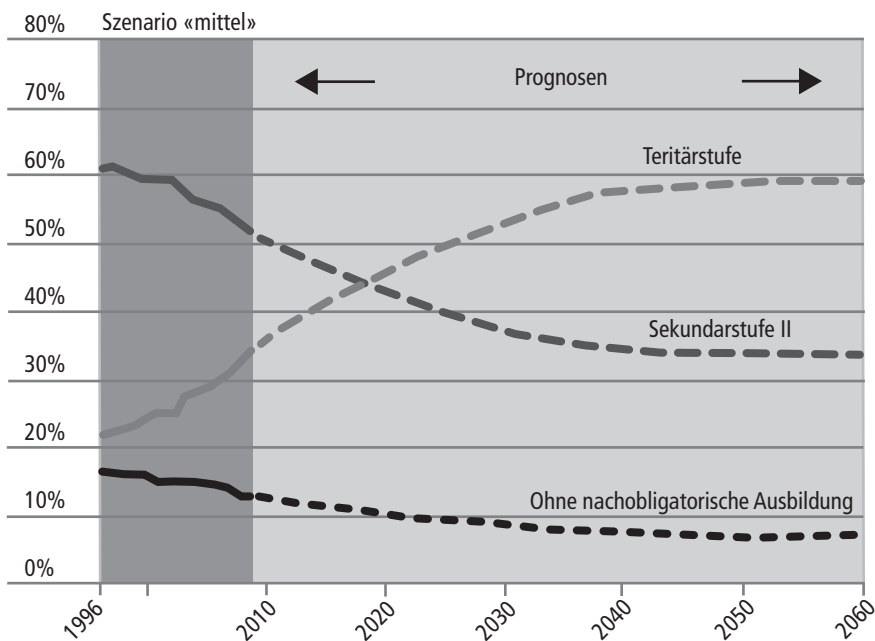
Was die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz nach Nationalitäten angeht, so sind seit 1980 grosse Veränderungen feststellbar. 1980 waren fast die Hälfte der AusländerInnen italienische Staatsangehörige, elf Prozent waren spanischer und zehn Prozent deutscher Nationalität. Ende 1996 stellten die Italiener nur mehr 26 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung, die Spanier und Deutschen machten je sieben Prozent aus. Dafür betrug der Anteil der Menschen aus Ex-Jugoslawien bereits 23 Prozent und jener der Portugiesen zehn Prozent. Seit 2007 die Kontingente abgeschafft wurden und zwischen der Schweiz und der EU/EFTA volle Personenfreizügigkeit herrscht, hat die Zahl der Menschen aus dem EWR-Raum stark zugenommen. Die Deutschen machten 2008 14,1 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung aus (235 000), die Portugiesen 17,5 Prozent und die Italiener noch 17,5 Prozent. Menschen aus Serbien und Montenegro stellten 11,1 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung. Ganz allmählich erfolgt eine Verschiebung in Richtung geografisch weiter entfernter Herkunftsländer. Der Anteil der Staatsangehörigen eines aussereuropäischen Landes ist seit 1980 um 7 Prozentpunkte auf 13,5 Prozent gestiegen. Keine Widerspiegelung finden diese Zahlen bei den Einbürgerungen. Es sind momentan die aus Ex-Jugoslawien zugewanderten Menschen, welche die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen. 40 Prozent der 2008 eingebürgerten Personen stammten aus Ex-Jugoslawien (1998 waren es noch 15,6 Prozent).

Veränderungen sind auch beim Aufenthaltsstatus festzustellen. 1964 waren nur 187 443 der 818 316 Ausländer in der Schweiz im Besitz einer Niederlassungsbewilligung. Die grosse Mehrheit der Ausländer hatte lediglich eine jährlich bzw. jede Saison zu erneuernde Aufenthaltsbewilligung. 2008 hatten 1,1 Millionen oder knapp zwei Drittel eine unbefristete Niederlassungsbewilligung. Verdoppelt hat sich in den vergangenen rund 30 Jahren die Zahl der Grenzgänger, von 106 000 1981 auf 220 000 im Jahr 2009.

2.3.5 Das Bildungsniveau der Bevölkerung

Für das wirtschaftliche Potenzial kommt es nicht nur auf die Zahl der Köpfe und ihr Lebensalter an, sondern auch darauf, was ihnen steckt, also das Bildungsniveau. Wissen und Können ist eine vermehrbare Ressource, die an die nachfolgenden Generationen weitergereicht werden kann. Das Bildungsniveau hat sich in den vergangenen 50 Jahren bereits beträchtlich erhöht und wird sich in den kommenden 50 Jahren weiter erhöhen, insbesondere bei den Frauen. «1996 verfügten noch rund 33 % aller Frauen zwischen 45 und 64 Jahren über keine nachobligatorische Ausbildung (gegenüber weniger als 15 % bei den gleichaltrigen Männern). 2009 hat sich dieser Anteil auf 21 % verringert (11 % bei den Männern) und in 20 bis 30 Jahren dürfte die Schwelle von 10 % erreicht sein.» (Kohli, et al., 2010, S. 44)

Das Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz im Alter von 25 bis 64 wird ungeachtet des berücksichtigten Szenarios zunehmen. Im Jahr 2045 werden gemäss dem mittleren Szenario nahezu 60 Prozent dieser Altersgruppe eine tertiäre Ausbildung absolviert haben (2009: 35 Prozent). Der Unterschied zwischen Männern und Frauen wird sich verringern. Der Anteil der Personen ohne nachobligatorische Ausbildung wird bis im Jahr 2060 auf 7 Prozent sinken (2009: 13 Prozent). Unter der ausländischen Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren halbiert sich der entsprechende Anteil, von 28 Prozent 2009 auf 14 Prozent 2060.

Abbildung 15: Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz 1996 bis 2060

Erwerbspersonen mit höherer Bildung werden in der Lage sein, mehr und bessere Güter zu produzieren und Dienstleistungen zu erbringen, und sie werden höhere Löhne haben. Das höhere Bildungsniveau wird sich aber nicht nur im formellen Wirtschaftssektor positiv auswirken (dazu später).

2.4 Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

Nur in Grundzügen seien hier die demographische Entwicklung Deutschlands dargestellt und die wesentlichen Unterschiede zur Schweiz herausgearbeitet. Dazu wollen wir, wie im Fall der Schweiz, vom Ist-Zustand ausgehen und die Bevölkerungsvorausschätzungen ansehen. Ich stütze mich dabei auf Daten des Statistischen Bundesamtes Deutschland (12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 2009). Im Gegensatz zur Schweiz schrumpft die Bevölkerung Deutschlands seit 2003. Ende 2008 hatte Deutschland rund 82 Millionen Einwohner. Das waren 216 000 weniger als im Jahr davor. Der Bevölkerungsrückgang in 2008 ist auf ein Geburtendefizit von 162 000 Personen (mehr Sterbefälle als Geburten) in Kombination mit einem Abwanderungsverlust

von 56 000 Personen zurückzuführen. Seit der Wiedervereinigung hat es in Deutschland jedes Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. Die Spannweite der Prognose für 2060 beruht auf zwei Annahmen: Die untere Grenze rechnet mit einem Wanderungssaldo von 100 000 Personen jährlich, die obere Grenze mit einem Anstieg des Wanderungssaldos auf 200 000 bis 2020 und anschliessender Konstanz.

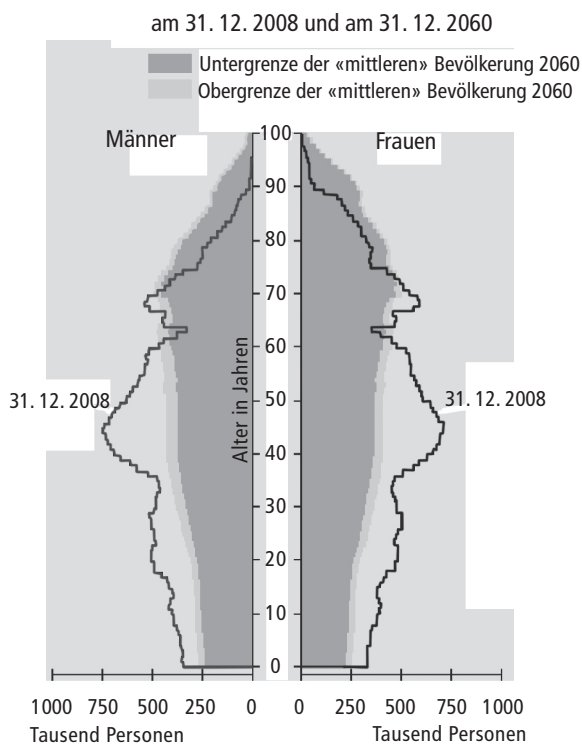
Tabelle 7: Demographische Daten Deutschland

	2008	2060 (Prognose 2009)	2050 (Prognose UNO 2008)
Bevölkerung insgesamt	82 Millionen	64–70 Millionen	70,5 Millionen
unter 20-Jährige	15,6 Millionen	10–11 Millionen	11,9 Millionen
20 bis 64-Jährige	49,6 Millionen	32–36 Millionen	35,6 Millionen
über 64-Jährige	16,7 Millionen	22–23 Millionen	22,9 Millionen
über 79-Jährige	4,06 Millionen	9 Millionen	9,9 Millionen
Fertilität	1,4	1,4	1,7
Altersquotient	33	63–67	64
Medianalter	43	52	51,7
Lebenserwartung Männer	77,4 Jahre	85	81,8
Lebenserwartung Frauen	82,7 Jahre	89	87

In Deutschland gibt es anteilmässig mehr Personen über 64 als in der Schweiz (20,1 Prozent gegenüber 16,4 Prozent), weniger Geburten pro 1 000 Einwohner (8,3 gegenüber 10,1 Prozent) und insbesondere keinen positiven Wanderungssaldo. Der Ausländeranteil ist wesentlich tiefer (8,8 gegenüber 21,1 Prozent in der Schweiz). Die Lebenserwartung ist für Männer (77,4 Jahre) und Frauen (82,7 Jahre) etwa zwei Jahre tiefer als in der Schweiz. Die Fertilität ist mit 1,38 Kindern je Frau leicht tiefer als in der Schweiz (1,5). Der Historiker Michael Stürmer formulierte das Problem der tiefen Fertilität und steigenden Lebenserwartung so: «Dass die Deutschen erst keine Kinder zeugen und dann nicht sterben wollen.»

Die Bevölkerung Deutschlands wird, anders als jene in der Schweiz, schrumpfen. Dies heisst auf der anderen Seite, dass sich die demographische Alterung langsam abschwächen wird. Die Zahl der über 79-Jährigen wird 2050 10 Millionen betragen und geht bis 2060 auf 9 Millionen zurück. Die Schweiz bezahlt die starke Zuwanderung also in weiterer Zukunft damit, dass sich die demographische Alterung nicht abschwächt, wenn die Babyboomgeneration gestorben sein wird, denn die Zuwanderer werden ja auch älter. Aus untenstehendem Altersaufbau kann man ablesen, dass 2008 genauso ein «Bauch» der 40- bis 55-Jährigen vorhanden ist wie in der Schweiz. Deutlich sichtbar ist der Einschnitt bei den knapp über 60-Jährigen – eine Folge der tiefen Fertilität nach dem Zweiten Weltkrieg. Die kleine Ausbuchtung im Jahre 2060 bei den 65- bis 80-Jährigen ist auf frühere Zuwanderungen zurückzuführen. Der Stamm der «Pinie» wird nach unten immer schmaler. 2060 werden über 500 000 mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden.

Abbildung 16: Altersaufbau in Deutschland 2008 und 2060



Ein besonderes Problem in Deutschland, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann, ist die Zweiteilung in Schwund- und Boomregionen (dazu Kröhnert, Klingholz, & Medicus, 2006): Demographischer und ökonomischer Schwund vor allem im Osten, Boom im Süden und zum Teil im Westen. Allein zwischen 1990 und 2005 sind netto 1,5 Millionen Menschen von Osten nach Westen gewandert. Sorge bereitet die Entleerung und Überalterung von Räumen im Osten. Die Stadt Halle zum Beispiel hatte 1990 309 000 Einwohner; 2009 waren es noch 230 000. Schätzungsweise 1,1 Millionen Wohnungen standen 2005 im Osten leer, so dass oft ganze Plattenbausiedlungen aus den 1970er- und 1980er-Jahren abgebrochen werden.

2.5 Die Bevölkerungsentwicklung Österreichs

Die folgenden Daten sind zur Hauptsache von «Statistik Austria» (Bundesanstalt Statistik Österreich) übernommen.¹⁵ Begriffsbildung und Einteilungskategorien unterscheiden sich zum Teil von der Schweiz, was den Vergleich erschwert. So erfasst die Kategorie «ältere Menschen» schon jene ab 60 Jahren (das Pensionsalter für Frauen liegt derzeit noch bei 60). Dessen ungeachtet lässt sich sagen, dass sich die demographischen Entwicklungen Österreichs und der Schweiz ziemlich ähnlich sind. In beiden Staaten ist die Fertilität tief, aber die Bevölkerung wird in den kommenden 40 Jahren gleichwohl wachsen – wegen der positiven Wanderungsbilanz. Gerechnet wird mit einem jährlichen Wanderungsgewinn von rund 30 000 Personen. Beide Staaten werden eine starke Alterung der Bevölkerung erleben. Die Zahl der über 75-Jährigen Menschen in Österreich steigt von 662 000 auf über eine Million bis 2030 und 1,6 Millionen bis 2050. Bis zum Jahr 2050 steigt der Anteil der über 60-Jährigen in der Bevölkerung auf 34,2 Prozent an.

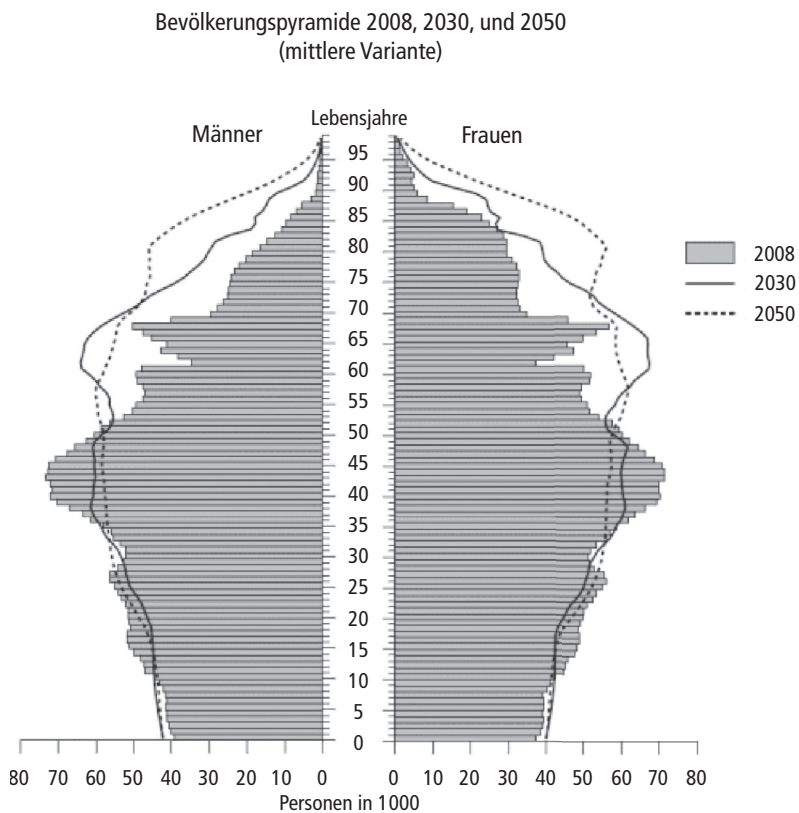
¹⁵ <http://www.statistik.at>

Tabelle 8: Demographische Daten Österreich

	2008	2060 (Prognose 2009)	2050 (Prognose UNO 2008)
Bevölkerung insgesamt	8,4 Millionen	9,5 Millionen	8,5 Millionen
unter 15-Jährige	1,3 Millionen	1,3 Millionen	1,2 Millionen
15 bis 59-Jährige	5,2 Millionen	5 Millionen	4,2 Millionen
über 60-Jährige	1,9 Millionen	3,2 Millionen	3 Millionen
über 75-Jährige	0,7 Millionen	1,6 Millionen	1,7 Millionen
Fertilität	1,4	1,5	1,7
Durchschnittsalter	41,1 Jahre	46,9 Jahre	48,5 Jahre*
Lebenserwartung Männer	77,4 Jahre	86 Jahre	82,8 Jahre
Lebenserwartung Frauen	82,9 Jahre	90 Jahre	87,2 Jahre

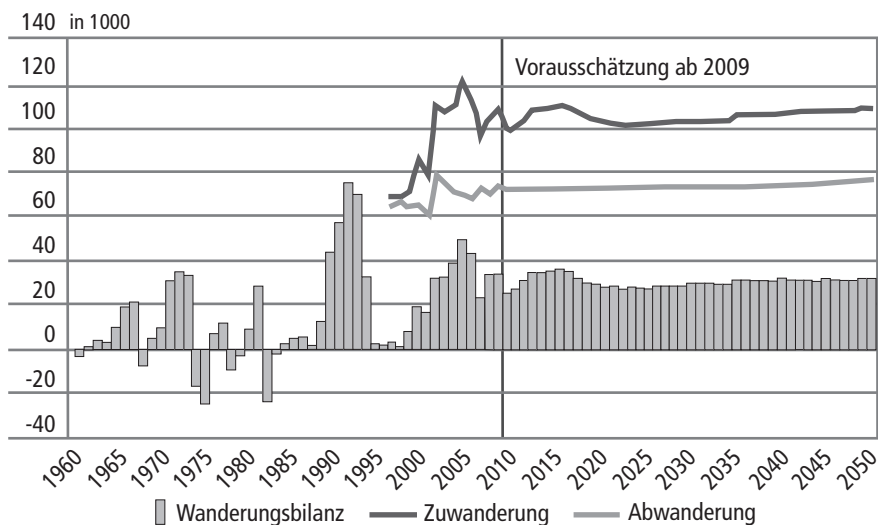
* Medianalter

Nachstehender Bevölkerungsaufbau präsentiert sich ziemlich ähnlich wie jener der Schweiz, sowohl was den Ist-Zustand wie auch die mögliche Form 2050 angeht. Im Altersaufbau 2008 sieht man die «ausladenden Äste» der Boomgeneration. Die Linie für das Jahr 2050 zeigt die stark gealterte Bevölkerung, aber auch die Auffüllung der Generationen im erwerbsfähigen Alter durch die Zuwanderung sowie die anhaltend tiefe Fertilität.

Abbildung 17: Bevölkerungsaufbau Österreichs 2008, 2030 und 2050

Quelle: Statistik Austria. Erstellt am 01. 10. 2009.

In der Tendenz, nicht aber im Umfang, sieht die Migration in Österreich über die Zeit betrachtet ähnlich aus wie in der Schweiz. Wie nachstehende Abbildung zeigt, war die Zuwanderung in der Vergangenheit stark von der Wirtschaftslage abhängig: Eine positive Wanderungsbilanz Anfang der 1960er-, 1970er-, 1990er- und 2000er-Jahre, Einbrüche Mitte der 1970er- und 1990er-Jahre. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 erfolgte nach einer Rezession. In den kommenden 40 Jahren wird wie erwähnt mit einem anhaltenden Wanderungsüberschuss von etwa 30 000 gerechnet.

Abbildung 18: Wanderungsbilanz Österreichs 1961 bis 2050

Quelle: Statistik Austria. Erstellt am 01. 10. 2009.

2.6 Die weltweite Bevölkerungsentwicklung

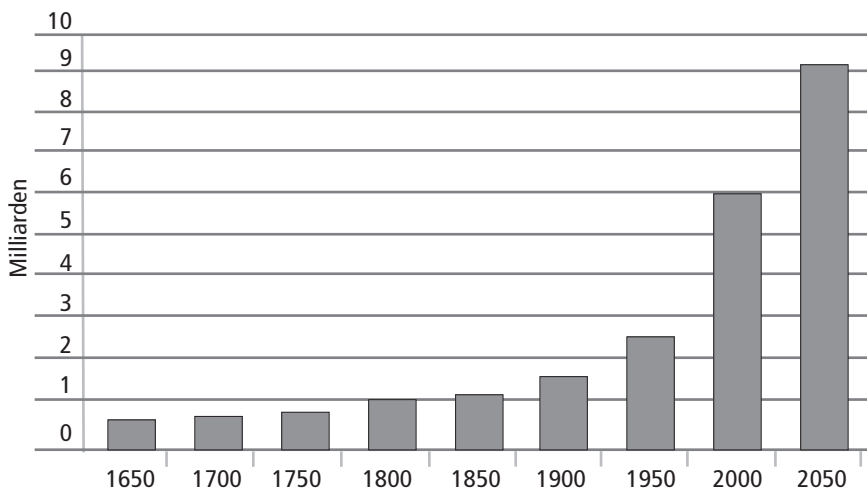
2.6.1 Das Wachstum der Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung insgesamt entwickelt sich momentan noch gegenläufig zu jener in den hochentwickelten Staaten, zumindest was das Wachstum angeht. Die demographische Herausforderung, die sich für die Schweiz, Deutschland oder Österreich national stellt, ist fast belanglos, wenn man sie an der weltweiten Bevölkerungsentwicklung misst. Das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt hat sich zwar verlangsamt, hält aber an. Die Bevölkerung in vielen hochentwickelten Staaten stagniert oder schrumpft. Die Altersstruktur in den ärmeren Staaten hat immer noch die Form einer «Pyramide», obwohl auch dort die Zahl älterer Menschen wächst. 2010 gab es weltweit 739 Millionen Menschen, die über 60 Jahre alt waren (siehe Kapitel 2.6.4). Diesen stehen 1,2 Milliarden Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahre gegenüber – das sind so viele wie nie zuvor in dieser Altersgruppe. Dies heisst, dass es viele Frauen im gebärfähigen Alter gibt, die in den wenig entwickelten Staaten darüber hinaus eine

hohe Fertilität haben. Eine Afrikanerin bringt durchschnittlich 4,6 Kinder zur Welt, eine Frau in Europa 1,5. Wer in Entwicklungsländern viele Kinder zeugt, handelt für sich alleine durchaus rational, weil dies zur eigenen Existenz- und Alterssicherung beiträgt.

Zu Beginn unserer Zeitrechnung lebten schätzungsweise 200 bis 250 Millionen Menschen auf der Erde. Um 1000 waren es 250 bis 320 Millionen, um 1650 470 bis 545 Millionen. Die erste Milliarde war um 1800 erreicht. Diese Zahl verdoppelte sich bis zum Jahr 1930. Bis 1960 kam eine weitere Milliarde hinzu, und bis zur Verdoppelung dieser drei Milliarden Menschen vergingen lediglich 40 Jahre. Damit hat sich die Weltbevölkerungszahl im 20. Jahrhundert nahezu vervierfacht – ein in der Geschichte der Menschheit einmaliger Vorgang. 2012 wird die Grenze von sieben Milliarden Menschen überschritten sein. Gemäss der neuesten Projektion 2008 der United Nations Population Division wird die Erdbevölkerung 2027 die Zahl von acht Milliarden erreichen. Im Jahr 2050 werden voraussichtlich 9,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben.¹⁶ Täglich wächst die Weltbevölkerung um 376 000 Personen. Dies sind 4,4 Babys in jeder Sekunde. Der Bevölkerungszuwachs von zwei Milliarden in den kommenden 40 Jahren wird zur Hauptsache in den ärmeren Ländern Afrikas und Asiens stattfinden.

Abbildung 19: Die Entwicklung der Weltbevölkerung 1650 bis 2050



¹⁶ United Nations (2009), Department of Economic and Social Affairs. World Population Prospects, The 2008 Revision, Highlights, New York 2009. Diese «mittlere Variante» geht von der Annahme aus, dass die Fertilität bis zum Jahr 2050 auf 2,02 sinkt.

2.6.2 Die weltweite Bevölkerungsentwicklung bis 2050

In untenstehender Tabelle sind die Szenarien der «World Population Prospects» der UNO aus dem Jahr 2009 wiedergegeben (United Nations, 2009).¹⁷

Tabelle 9: Die Weltbevölkerung 1950 bis 2050 nach Daten und Prognosen der UNO

Regionen	Bevölkerung (Mio.)			Bevölkerung 2050 (Mio.)			
	Jahr			Varianten			
	1950	1975	2009	Tief	Mittel	Hoch	Konstant
Welt	2 529	4 061	6 829	7 959	9 150	10 461	11 030
Entwickelte Regionen	812	1 047	1 233	1 126	1 275	1 439	1 256
Weniger entwickelte Regionen	1 717	3 014	5 596	6 833	7 875	9 022	9 774
Am wenigsten entwickelte Regionen	200	357	835	1 463	1 672	1 898	2 475
Andere weniger entwickelte Staaten	1 517	2 657	4 761	5 369	6 202	7 123	7 299
Afrika	227	419	1 010	1 748	1 998	2 267	2 999
Asien	1 403	2 379	4 121	4 533	5 231	6 003	6 010
Europa	547	676	732	609	691	782	657
Lateinamerika und Karibik	167	323	582	626	729	845	839
Nordamerika	172	242	348	397	448	505	468
Ozeanien	13	21	35	45	51	58	58

Quelle: (United Nations, 2009)

Wie aus obenstehender Tabelle (mittlere Variante) hervorgeht, wird das Bevölkerungswachstum bis 2050 fast ausschliesslich in Entwicklungsländern stattfinden, von 5,6 im Jahr 2009 auf 7,9 Mrd. Menschen 2050. In den 49 am wenigsten entwickelten Ländern der Welt wird sich die Bevölkerung bis 2050 von 0,8 auf 1,7 Mrd. Menschen mehr

¹⁷ Am 3. Mai 2011 hat die Population Division des UN Department of Economic and Social Affairs vorläufige Daten einer aktualisierten Prognose publiziert. Diese unterscheiden sich jedoch nur unwesentlich von jenen der in vorstehender Fussnote zitierten Publikation. Die Weltbevölkerung des Jahres 2050 wird auf 9,3 Milliarden geschätzt. Neu wird eine Prognose bis ins Jahr 2100 gewagt. Demnach sollen in 89 Jahren 10,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben.

als verdoppeln. In Afghanistan, Burkina Faso, Niger, Somalia, Timor-Leste und Uganda wird die Bevölkerung bis 2050 um 150 Prozent oder mehr zunehmen. Die Hälfte des Weltbevölkerungszuwachses wird in neun Staaten erfolgen: Indien, Pakistan, Nigeria, Äthiopien, USA, Kongo, Tansania, China und Bangladesch. In den entwickelten Regionen der Welt bleibt die Bevölkerung mit 1,2 Milliarden ungefähr konstant. In Europa wird die Bevölkerung schrumpfen, von 732 auf 691 Millionen, in Nordamerika und Ozeanien zunehmen. Die Bevölkerung von 45 Staaten – darunter Deutschland, Italien, Japan, Russland – wird 2050 kleiner sein als heute. Voraussichtlich 2028 wird Indien China als bevölkerungsreichster Staat ablösen. Innerhalb der Staaten mit starkem Bevölkerungswachstum gibt das Problem der urbanen Konzentration zu schaffen. Ab dem Jahr 2007 leben erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Land (3,3 Milliarden). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg von 30 Prozent 1950 auf 47 Prozent 2000 und wird bis 2050 voraussichtlich 70 Prozent betragen. 2010 lebten ca. eine Milliarde Menschen in städtischen Slums; 2050 werden es wahrscheinlich drei Milliarden sein. Schon heute gibt es 20 Megastädte mit mehr als 10 Mio. Einwohnern.

2.6.3 Die weltweite Entwicklung der Fertilität bis 2050

Die Fertilität beträgt heute im weltweiten Durchschnitt 2,56. 27 Staaten haben immer noch Raten von 5 und mehr (Niger gar 7). 25 entwickelte Staaten haben Raten von unter 1,5 (sehr tiefe haben Weissrussland, Ukraine und Polen). Nach der mittleren UN-Prognose beträgt die Fertilität weltweit im Jahr 2050 2,02. Damit würde sie unter das sog. Ersatzniveau von 2,1 sinken, was längerfristig einen Rückgang der Weltbevölkerung bedeutet. In den entwickelten Staaten steigt sie leicht an, von 1,64 auf 1,8 im Jahr 2050. In Europa steigt sie von 1,5 auf 1,8 im Jahr 2050. In den am wenigsten entwickelten Staaten sinkt die Fertilität von heute 4,39 auf 2,41.

Als einziger Staat der Welt hat bisher China Mitte der 1970er-Jahre die sog. Ein-Kind-Politik beschlossen. Damals betrug die Fertilität 5,8, heute liegt sie bei 1,8. Die demographische Transformation lief damit in China viel schneller ab als in Europa. Die strenge Durchsetzung der Ein-Kind-Politik führte dazu, dass 2005 auf 100 Mädchen 118 Knaben geboren wurden («natürlich» wäre ein Verhältnis von 100 zu 105), weil vor allem Söhne gewünscht sind. In einzelnen Regionen ist das Verhältnis gar 100 zu 130. Viele Knaben werden im Erwachsenenalter Probleme haben, eine Frau zu finden.

Tabelle 10: Fertilität 1970 bis 2050 nach Daten und Prognosen der UNO

Fertilität	2045–2050					
	Jahr		Varianten			
Regionen	1970–1975	2050–2010	Tief	Mittel	Hoch	Konstant
Welt	4.32	2.56	1.54	2.02	2.51	3.24
Entwickelte Regionen	2.17	1.64	1.31	1.80	2.30	1.73
Weniger entwickelte Regionen	5.18	2.73	1.56	2.05	2.53	3.40
Am wenigsten entwickelte Regionen	6.74	4.39	1.93	2.41	2.90	5.04
Andere weniger entwickelte Staaten	4.97	2.46	1.44	1.93	2.42	2.84
Afrika	6.69	4.61	1.91	2.40	2.90	5.06
Asien	4.76	2.35	1.41	1.90	2.40	2.68
Europa	2.19	1.50	1.30	1.80	2.29	1.52
Lateinamerika und Karibik	5.01	2.26	1.32	1.82	2.32	2.41
Nordamerika	2.07	2.04	1.35	1.85	2.35	2.05
Ozeanien	3.29	2.44	1.49	1.98	2.48	2.79

Quelle: (United Nations, 2009)

2.6.4 Die Alterung der Weltbevölkerung bis 2050

Nun zur Variable Alter. Bis 2050 wird sich weltweit die Anzahl von Personen über 60 Jahren von 739 Mio. auf zwei Milliarden fast verdreifachen. 65 Prozent der über 60-Jährigen leben bereits heute in Entwicklungsländern; 2050 werden es 79 Prozent sein (1,6 Milliarden). In den entwickelten Staaten wird der Anteil der über 60-Jährigen von 22 auf 33 Prozent im Jahr 2050 steigen (von 269 auf 416 Millionen). Heute sind weltweit 106 Millionen über 79 Jahre alt; 2050 werden es voraussichtlich 395 Millionen sein. Die Hälfte dieser Hochaltrigen lebt heute in Entwicklungsländern; 2050 werden es 69 Prozent sein. Das Medianalter der Weltbevölkerung steigt bis 2050 von 28 auf 38,4 Jahre.

Die Lebenserwartung betrug 1950 weltweit 47 Jahre. 2009 waren es 68 Jahre, und 2050 werden es voraussichtlich 76 Jahre sein. In den entwickelten Staaten steigt nach den Prognosen der UNO die Lebenserwartung von heute 77 auf 83 Jahre 2050, in den weniger entwickelten Staaten von 66 auf 74 und in den am wenigsten entwickelten Staaten von 56 auf 69. In Moldawien, Russland und Ukraine ist die Lebenserwartung der Männer in den vergangenen 20 Jahren gesunken. Sie beträgt in Russland heute 60 Jahre.

Schon heute ist die Lage der älteren Menschen in der Dritten Welt prekär, und die Perspektive ist sowohl auf der Makro- wie der Mikroebene düster: Es gibt kaum kollektive soziale Sicherungssysteme. Die Dritte Welt wird alt, bevor sie reich wird. Eigene Kinder bieten keine Sicherheit im Alter mehr. In Indien, wo es nach Schätzungen der UNO im Jahr 2050 221 Millionen über 64-Jährige geben soll, lebten 2005 mehr als 30 Prozent der Alten allein, 40 Prozent von ihnen unter der Armutsgrenze. Bis 2020 wird sich der Anteil der Chinesen, die älter als 60 Jahre sind, von 11 auf 16 Prozent oder 234 Millionen Menschen erhöhen. 2050 wird die Zahl der über 64-Jährigen nach den Prognosen der UNO 331 Millionen betragen. Der Altersquotient steigt von heute 12,8 auf 41,5 im Jahr 2050. China kann zwar in den kommenden 40 Jahren mit Wirtschaftswachstum rechnen. Aber die beschworenen engen Familienbande lösen sich langsam auf. Die «Strategie», sich durch viele Nachkommen eine Altersversorgung zu sichern, kann nicht verfolgt werden. China verfügt über keine obligatorische staatliche Altersversicherung. Die Regierung plant, bis zum Jahr 2020 220 Millionen Einwohner zu versichern, doch ist fraglich, ob sich China dies leisten können.

Mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa 50 Jahren werden sich die demographischen Probleme der heutigen Dritten Welt ähnlich stellen wie jene, mit denen die hochentwickelten Staaten in den kommenden Jahrzehnten konfrontiert sind. Aber die Staaten der Dritten Welt werden dereinst Bedingungen vorfinden, die weit schwieriger sind als heute. Die hochentwickelten Staaten haben heute und für die kommenden Jahrzehnte zumindest die Option, auf das Potenzial der jungen Menschen in der Dritten Welt zurückzugreifen. Wenn diese Dritte Welt aber selbst in die dritte Phase der demographischen Entwicklung kommt – Rückgang der Fertilität, Zunahme des Anteils der älteren Menschen –, dann gibt es für sie keine «Vierte Welt», aus der sie arbeitsfähige Menschen für die Erbringung von Dienstleistungen rekrutieren könnten. Und selbst wenn es sie gäbe: In eine «arme Welt» kämen sie nicht. Die Pull-Faktoren (siehe dazu das nächste Kapitel) fehlen.

2.6.5 Die weltweite Migration bis 2050

Für die Migration gibt es auf der Makroebene Push-Faktoren (vom Herkunftsland aus) und Pull-Faktoren (vom Zielland aus), also Faktoren, welche die Menschen aus bestimmten Gebieten hinausdrücken und solche, die sie anziehen. Darüber hinaus gibt es Brems-Faktoren (Hinderungsgründe), etwa Sprache, Kultur, Familie, soziale Verankerung, geographische Distanz, welche die Migration hemmen. Es können Individuen, Familien oder Gruppen migrieren, aber im Laufe der Geschichte ist es immer wieder vorgekommen, dass ganze Stämme oder Völker ihre angestammten Wohngebiete dauerhaft verlassen haben bzw. verlassen mussten. Das war der Fall bei den Völkerwanderungen im 2. bis 5. Jahrhundert oder bei den Zwangsumsiedlungen Stalins in der Sowjetunion. Auf der Mikro- wie der Makroebene kann die Migration freiwillig oder erzwungen sein. Migration kann für das Individuum eine Investition in sein Humankapital bedeuten, den Erwerb von beruflichen und Sprachkenntnissen. Es hat abzuwägen zwischen Einkommensgewinnen und den Kosten der Migration.

Aus ökonomischer Sicht hat Migration im Zielland den Vorteil, dass sie Knappheiten beseitigt. Für die Inländer ergibt sich der Nachteil, dass sie verdrängt werden können. Aus der Sicht des Staates besteht der Vorteil, dass Migranten Steuern und Abgaben bezahlen. Dem steht der Nachteil gegenüber, dass sie öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen.

Nach Daten der UNO haben weltweit rund eine Milliarde Menschen ihre angestammte Heimat verlassen. Geschätzte 740 Millionen von ihnen sind Binnenmigranten, d.h. sie bleiben innerhalb der Landesgrenzen. Von den weltweit ca. 214 Millionen internationalen Migranten – also solche, welche die Landesgrenze überschritten haben – zogen laut dem Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung weniger als 70 Millionen von den Entwicklungsländern in entwickelte Länder (United Nations Development Programme, 2009).

Nach den Prognosen der UNO wird es von 2010 bis 2050 96 Millionen internationale Migranten geben (jährlich 2,4 Mio.). Der Migrantenstrom wird sich zur Hauptsache von den wenig entwickelten in die entwickelten Länder bewegen und für entwickelte Länder den Sterbeüberschuss von 58 Millionen ausgleichen, insbesondere in Österreich, den Kanalinseln, Kroatien, Tschechien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Portugal und Russland. In der Zeitspanne von 2010 bis 2050 werden die meisten Migranten in folgende Staaten strömen: USA (1,1 Millionen jährlich), Kanada (214 000), Grossbritannien (174 000), Spanien (170 000), Italien (159 000), Deutschland (110 000), Australien (100 000) und Frankreich (100 000). Die Herkunftsstaaten

dieser Migranten werden nach den Prognosen der UNO zur Hauptsache sein: Mexiko (-334 000 jährlich), China (-309 000), Indien (-253 000), Philippinen (-175 000), Pakistan (-161 000), Indonesien (-156 000) und Bangladesch (-148 000).

Viele Migranten schicken einen Teil ihres Verdienstes zur Unterstützung ihrer Angehörigen in ihr Heimatland. Weltweit betrug die Summe dieser Rücküberweisungen im Jahr 2007 nach Schätzungen der Weltbank rund 337 Milliarden US-Dollar; davon flossen 251 Milliarden US-Dollar in Entwicklungsländer. Dieser Betrag ist deutlich höher als die internationale Entwicklungshilfe und spielt somit eine wichtige Rolle bei der Armutsbekämpfung und Entwicklung in den Herkunftsländern. Nach Schätzungen des Weltbevölkerungsberichts 2006 des UNO-Bevölkerungsfonds (United Nations Population Fund, 2006) leben 2,5 Millionen Menschen als Opfer von Menschenhandel in sklavenähnlichen Verhältnissen. 600 000 bis 800 000 Frauen, Männer und Kinder werden jährlich verkauft. 80 Prozent davon sind Frauen und Mädchen. Der Menschenhandel bringt jährlich zwischen 7 und 12 Milliarden Dollar ein. Die verschleppten Menschen bringen nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation einen zusätzlichen jährlichen Profit von 32 Milliarden Dollar, welcher zur Hälfte in den hochentwickelten Staaten und zu einem Drittel in Asien generiert wird.

Migration bedeutet oft einen «Brain Drain» (Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften) von den wenig entwickelten zu den entwickelten Staaten. Es sind gewöhnlich nicht die unteren sozialen Schichten oder die am schlechtesten ausgebildeten Menschen, welche freiwillig im Ausland ihr Glück versuchen, vielmehr die Mittelklasse: Unternehmer, Händler, Künstler, Akademiker. Wenn die ökonomischen und demographischen Unterschiede grösser werden, wird die Migration sich weiter verstärken.

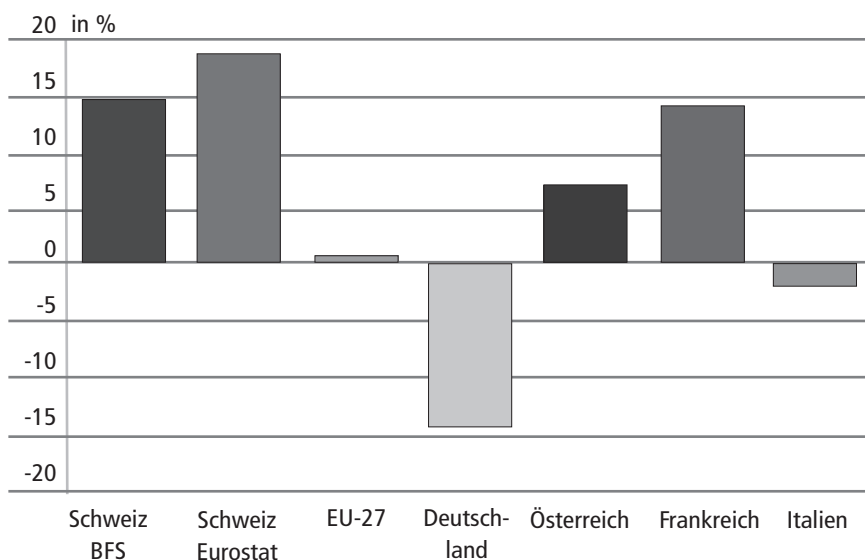
2.6.6 Die Bevölkerungsentwicklung in hochentwickelten Weltregionen

2.6.6.1 Europa

Europa droht eine demographische Alterung mit niedrigem Bevölkerungswachstum, ja gar die Stagnation und Schrumpfung der Bevölkerung. Die europäische Bevölkerung wird sich voraussichtlich nach dem Jahr 2015 vermindern. Hans-Ulrich Klose konstatierte, die EU sei eine «Vereinigung alternder Gesellschaften». Der Anteil der Menschen über 64 Jahre beträgt europaweit wie in der Schweiz rund 16 Prozent. Heute besteht in Frankreich, Irland und den Niederlanden ein Geburtenüberschuss, in Deutschland und Italien ein Geburtendefizit. In Schweden, Dänemark, Frankreich und

Grossbritannien sind mehr als 40 Prozent der Lebendgeborenen nicht ehelich. Die höchsten positiven Wanderungssaldi hatten zwischen 1995 und 2001 Irland und Spanien. Ein genauer Blick auf Europa zeigt indessen, dass die mutmassliche Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Staaten und Regionen recht unterschiedlich ist. Nach den Berechnungen von Eurostat stagniert die Bevölkerung der 27 Mitgliedstaaten der EU bis 2060 auf dem heutigen Niveau von 500 Millionen (siehe die folgende Abbildung). In Irland, Luxemburg, Grossbritannien, Schweden, Zypern, Österreich und Frankreich wird die Bevölkerung zunehmen, in Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Deutschland und Italien wird sie schrumpfen (Kohli, et al., 2010, S. 35). Für die Schweiz sagt Eurostat ein stärkeres Bevölkerungswachstum voraus als die Prognosen des Bundesamtes für Statistik.

Abbildung 20: Bevölkerungswachstum/-schrumpfung 2010 bis 2060 in EU-Staaten und in der Schweiz



Quelle: (Kohli, et al., 2010, S.35)

Spannend wird die demographische Entwicklung rund um das Mittelmeer werden. 1950 lebten 140 Millionen Menschen im Norden des Mittelmeers, rund 70 Millionen im Süden. In Nordafrika waren es 2000 mehr als 150 Millionen, und im Jahre 2025 werden es voraussichtlich 300 Millionen sein, während die Bevölkerung im Norden kaum wächst. Wenn die ökonomischen und demographischen Unterschiede grösser

werden, wird die Migration sich verstärken. Schon heute ist Nordafrika ja nicht bloss eine Ursprungsregion der illegalen Migration, sondern eine Transitzone von Menschen, die von weiter herkommen, insbesondere aus Zentralafrika. Dabei wirken Push- und Pull-Faktoren, d.h. Faktoren in den wenig entwickelten Staaten, welche die Menschen aus bestimmten Staaten «wegdrücken», und Faktoren, welche die Menschen nach den hochentwickelten Staaten hinziehen (siehe S. 62).

Obwohl die illegale Einwanderung in konkreten Einzelfällen in Europa und den USA immer grösste Medienaufmerksamkeit findet, sind diese Einwanderungsströme – gemessen am Bevölkerungspotenzial in der Dritten Welt – gering. Die grösste freiwillige und unfreiwillige Migration findet innerhalb und zwischen den Staaten der Dritten Welt statt. Den schrumpfenden und alternden Bevölkerungen der Staaten Europas wird auf mittlere Frist gar nichts anderes übrig bleiben, als jenen Weg einzuschlagen, auf dem sich die Schweiz seit einem halben Jahrhundert befindet. Wie oben ausgeführt, wäre die schweizerische Wohnbevölkerung schon längst geschrumpft, wenn es keine jungen Menschen aus anderen Staaten gäbe, die in der Schweiz arbeiten, in der Schweiz Kinder gebären, sich in der Schweiz integrieren und schliesslich das Schweizer Bürgerrecht erwerben. Hinzu kommt eine beträchtliche Anzahl Menschen, die eine Schweizerin oder einen Schweizer heiratet. Die Staaten Europas können gar von Glück reden, dass sie die Option haben, junge Menschen aus anderen Weltregionen in ihre Gesellschaften einzugliedern. Es ist sicher klüger, eine beständige Einwanderungspolitik zu verfolgen, als dereinst gezwungen zu sein, abrupt das Tor weit zu öffnen und damit die Integrationskapazität einer Gesellschaft zu überfordern.

Einzuräumen ist freilich, dass in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Rezession eine gezielte Einwanderungspolitik äussert schwierig zu betreiben ist. Je drängender die demographischen Probleme sich stellen werden, desto geringer wird der Widerstand gegen eine solche Politik sein. Es ist viel Aufklärungsarbeit zu leisten, um die breite Bevölkerung von der Notwendigkeit vorausschauender demographischer Massnahmen zu überzeugen.

2.6.6.2 USA

Die USA können zwar in den kommenden 40 Jahren mit einem Bevölkerungswachstum rechnen, stehen aber wie Europa vor dem Problem des wachsenden Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung. Situation und Perspektiven sind wie folgt: 1999 hatten etwa 38 Millionen Amerikaner das 65. Lebensjahr überschritten. Weil vom Jahre 2008 an die Schar der 76 Millionen «Babyboomers», also der geburtenstarken

Jahrgänge 1946 bis 1964, nach und nach die Altersgrenze erreicht, wird um das Jahr 2030 mit etwa 73 Millionen über 65-Jährigen zu rechnen sein (rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung). Dabei nimmt die Zahl jener, die das 79. Altersjahr überschreiten, besonders schnell zu; 2000 waren es etwa 9,5 Millionen, um 2030 herum werden es wahrscheinlich 20 Millionen sein und 2050 31,5 Millionen. Werden in drei Jahrzehnten ganze Landesgegenden so aussehen wie der «Seniorenstaat» Florida oder die «Rentnerstadt» Sun City bei Phoenix in Arizona (siehe S. 125)?

Die USA haben bezüglich Einwanderung ein gewaltiges Absorptionspotenzial. Jährlich wandern etwa eine Million Menschen legal ein (etwa 200 000 wandern aus). Zusätzlich kommen nach Schätzungen eine halbe Million Menschen jährlich illegal ins Land. Insgesamt leben in den USA mehr als zehn Millionen illegale Einwanderer. Die beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffenen Migranten werden umgehend wieder nach Mexiko abgeschoben, denn es wäre viel zu teuer, sie an der Grenze zu inhaftieren. Ein über 1 000 Kilometer langer Sicherheitszaun an der südlichen Grenze zu Mexiko verfehlt die beabsichtigte Wirkung. Die Regierung Clinton wollte als eine der ersten der Welt den Konsequenzen der demographischen Entwicklung auf die Altersversicherung frühzeitig Rechnung tragen. In seiner Adresse zur Lage der Nation vom 20. Januar 1999 kündigte Präsident Clinton an, er wolle von den Haushaltsüberschüssen der nächsten 15 Jahre von voraussichtlich 4 400 Milliarden Dollar rund zwei Drittel oder 2 700 Milliarden in den Treuhandfonds der Altersversicherung fließen lassen. Davon soll rund ein Viertel in den Aktienmarkt investiert werden, wo man sich eine höhere Rendite versprach. Doch daraus ist nichts geworden. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise macht der US-Haushalt Rekorddefizite. Für 2010 wird ein solches von 1,6 Billionen Dollar erwartet, was 11,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts entspricht.

Gegenüber Europa haben die USA den Nachteil, dass die Menschen etwa zweieinhalb Jahre weniger lang in guter Gesundheit leben (Stand 2005, EU-15-Länder).¹⁸ Realwirtschaftlich gesehen ist das ein Potenzial, das Europa ausschöpfen könnte.

2.6.6.3 Japan

Das wohl spannendste Beispiel einer demographischen Transition ist Japan, da der Prozess in diesem ostasiatischen Staat schon etwa fünf Jahre weiter fortgeschritten ist als in Europa. Japan legt hohen Wert auf seine ethnische Homogenität und versteht sich nicht als Einwanderungsland. Es ist interessant zu beobachten, wie Japan mit der demographischen Herausforderung umgeht und umgehen wird. Im Lauf der letzten 25

¹⁸ NZZ vom 26. April 2007, S. 29.

Jahre hat sich die Zahl der Hundertjährigen von weniger als 1 000 auf fast 30 000 erhöht. 21 Prozent der Gesamtbevölkerung oder 26,7 Millionen Menschen waren 2007 älter als 64. Ab 2007 geht Japans Babyboom-Generation von sieben Millionen in Rente.

Die Lebenserwartung ist hoch – und steigend. Hoch ist auch die Sparquote. Die Staatsverschuldung von mehr als 200 Prozent des BIP kann zur Hauptsache auf dem heimischen Finanzmarkt gedeckt werden.

Angesichts der besorgniserregenden demographischen Perspektiven wurde in Japan im November 1994 ohne grosses Aufheben eine Rentenreform verabschiedet. Das Rentenalter für Angestellte wurde im Zeitraum 2001 und 2013 schrittweise von 60 auf 65 Jahre erhöht. Das Rentenalter der Frauen wurde schon bis 1999 von 57 auf 60 Jahre und später ebenfalls auf 65 Jahre erhöht. Der Beitragssatz für die Altersversicherung wurde in zwei Schritten von 14,5 Prozent auf 17,35 Prozent heraufgesetzt.

Eine Studie des Japanischen Instituts für Arbeitsmarktpolitik hat ergeben, dass 52 Prozent der Männer und 34,7 Prozent der Frauen im Alter zwischen 65 und 69 weiterhin voll erwerbstätig sind.¹⁹ Als Motiv gaben die meisten an, sie brauchten das Geld, um ihren Lebensstandard zu sichern. Von der Familie könnten sie keine Unterstützung erwarten. Ein weiteres Motiv ist die konfuzianische Tradition, so lange zu arbeiten, wie es gesundheitlich geht, und damit auch in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein. Für die Ehe scheint dies Spannungen wie auf Seite 85 geschildert vermeiden zu können. Ein japanisches Sprichwort sagt: «Ist der Ehemann nicht zu Hause, ist es gut.» Ein weiterer Grund dürften die eher engen Wohnverhältnisse in Japan sein. Was soll man da den ganzen Tag zu Hause machen?²⁰

Aber nicht unter den älteren, auch unter den jüngeren Erwerbstätigen ist ein zu geringer Verdienst zunehmend ein Problem. Mehr als die Hälfte der arbeitenden Japaner zwischen 15 und 34 Jahren verdienen durch Arbeit offenbar nicht genug, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.²¹ Seit zwei Jahrzehnten stagniert die Wirtschaft, die Löhne sinken. Elf Prozent der 15- bis 24-Jährigen waren im Juni 2010 ohne Arbeit. Es besteht also auch in der alternden Gesellschaft Japans noch ein beträchtliches unausgeschöpftes Arbeitskräftepotenzial.

¹⁹ Siehe NZZ vom 25. August 2010, S. 22.

²⁰ In dieser Beziehung bestehen in anderen reichen Staaten andere Anreizstrukturen. Man hat viel in ein geräumiges Haus, eine schöne Eigentumswohnung oder eine Zweitwohnung investiert und kann das Heim wegen der beruflichen Belastung gar nie auskosten. Dann vertröstet man sich auf die (vorzeitige) Pensionierung. Ähnliches gilt für ausländische Arbeitnehmer in der Schweiz, die sich in ihrem Heimatstaat ein Haus bauen.

²¹ NZZ vom 6. September 2010, S. 18.

Im internationalen Vergleich ist der Ausländeranteil mit 1,6 Prozent in Japan sehr gering, obwohl er in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen ist. Insbesondere japanischstämmigen Brasilianern und anderen Südamerikanern wurde der Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit erlaubt. Mittlerweile sind die fast 300 000 Brasilianer die drittgrösste Gruppe registrierter Ausländer nach den Koreanern und Chinesen. Ausserdem lässt man philippinische Krankenschwestern ins Land.

Das Produkte- und Dienstleistungsangebot stellt sich in Japan auf die ältere Kundschaft sein. Japan ist weltweit führend bei der Automatisierung und der Nutzung von Robotern. Es liegt nahe, dass in Japan diese Mittel auch zur Bewältigung der demographischen Herausforderung eingesetzt werden. So sind Staubsaugroboter in Japan so selbstverständlich wie in Europa Geschirrspüler. Die demographische Entwicklung hat auch Auswirkungen auf die Haltung und Lebenserwartung von Haustieren.²² Senioren halten sich gerne Haustiere, kinderlose Frauen oft ein «Schosshündchen». Mittlerweile gibt es in Japan 19,2 Millionen Hunde und Katzen, mehr als Kinder unter 15 Jahren. Die Lebenserwartung von Katzen hat sich innert zehn Jahren auf 9,9 Jahre verdoppelt. In immer mehr noblen Restaurants dürfen Haustiere neben dem Tisch dinieren. Es besteht ein Trend zu qualitativ hochstehender Tiernahrung. Immobilien werden auf die Bedürfnisse von Haustieren ausgerichtet.

Ein anderes Phänomen, das sich auch in Westeuropa zeigt, ist die Zunahme älterer Menschen, die straffällig werden.²³ Die Polizei ermittelte in Japan 2008 fast 50 000 Mal gegen Männer und Frauen über 65 – vier Mal mehr als noch vor zehn Jahren. Inzwischen ist jeder zehnte Strafgefangene über 60 Jahre alt. Die offizielle Erklärung für das Phänomen: Einsamkeit mache viele Senioren zu Kriminellen. Ein Justizbeamter meinte: «Wir sollten verhindern, dass Gefängnisse zu Altersheimen umfunktioniert werden müssen.»

Noch nicht absehbar ist, welches die Folgen der Natur- und technischen Katastrophen sein werden, welche Japan Mitte März 2011 schwer getroffen haben. Neben den zu beklagenden Opfern an Menschenleben werden durch die Schäden im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi viele Menschen gesundheitliche Nachteile erleiden. Die Staatsverschuldung wird weiter ansteigen, die Engpässe bei der Energieversorgung werden die Volkswirtschaft beeinträchtigen. Alle diese Probleme kommen zu den bereits beste-

²² NZZ vom 23. Dezember 2004, S. 27.

²³ Im September 2010 hielt der Rentner Peter Kneubühl (67) in Biel ein Grossaufgebot der Polizei in Atem. Obwohl sein Haus von Spezialeinheiten umstellt war, gelang ihm die Flucht. Dabei schoss er auf die Einsatzkräfte und verletzte einen Polizisten schwer. Erst nach einer Woche konnte ihn die Polizei festnehmen. – Am 27. September 2001 erschoss der 56-jährige Friedrich Leibacher im Zuger Kantonsparlament 14 Politikerinnen und Politiker.

henden Problemen der demographischen Entwicklung und der Staatsverschuldung hinzu. Die Katastrophen können aber auch eine Chance sein, die schon vorher bestehenden Probleme energisch anzupacken. Sollten Japans Volkswirtschaft und die Staatsfinanzen in Turbulenzen geraten, wären davon auch Schweizer Pensionskassen betroffen. Gemäss der Beratungsgesellschaft PPCmetrics haben Schweizer Pensionskassen zwischen fünf und zehn Prozent ihrer Gelder in Japan investiert.²⁴

2.7 Die demographische Transition

These 1 lautet, dass die Bevölkerungsstagnation und der Anstieg des Anteils älterer Menschen längerfristig unvermeidlich sind. Dies gilt für alle hochentwickelten Staaten. Sie befinden sich in der vierten Phase der Bevölkerungsentwicklung. Die erste, vorindustrielle Phase war gekennzeichnet durch hohe Fertilität, hohe Sterblichkeit und eine tiefe durchschnittliche Lebenserwartung. In der zweiten Phase war die Fertilität unvermindert hoch, gleichzeitig ging die Sterblichkeit zurück und die Lebenserwartung stieg. Dies führte zu einem starken Bevölkerungswachstum. In der dritten Phase geht die Fertilität zurück, und Sterblichkeit bleibt anhaltend tief. Die Bevölkerung wächst aber weiter, weil es noch viele Frauen im gebärfähigen Alter gibt. In der vierten und letzten Phase sind Fertilität und Sterblichkeit tief und gleichen sich an. Die Bevölkerung bleibt konstant oder schrumpft sogar. Diese vierte Phase kann nicht umgangen werden. Sie ist die einzige Möglichkeit, das Bevölkerungswachstum zu stoppen und zu einem neuen Gleichgewicht zu gelangen. Sie kann allenfalls durch verstärkte Zuwanderung hinausgeschoben werden – so lange es ein Potenzial für die Zuwanderung gibt.

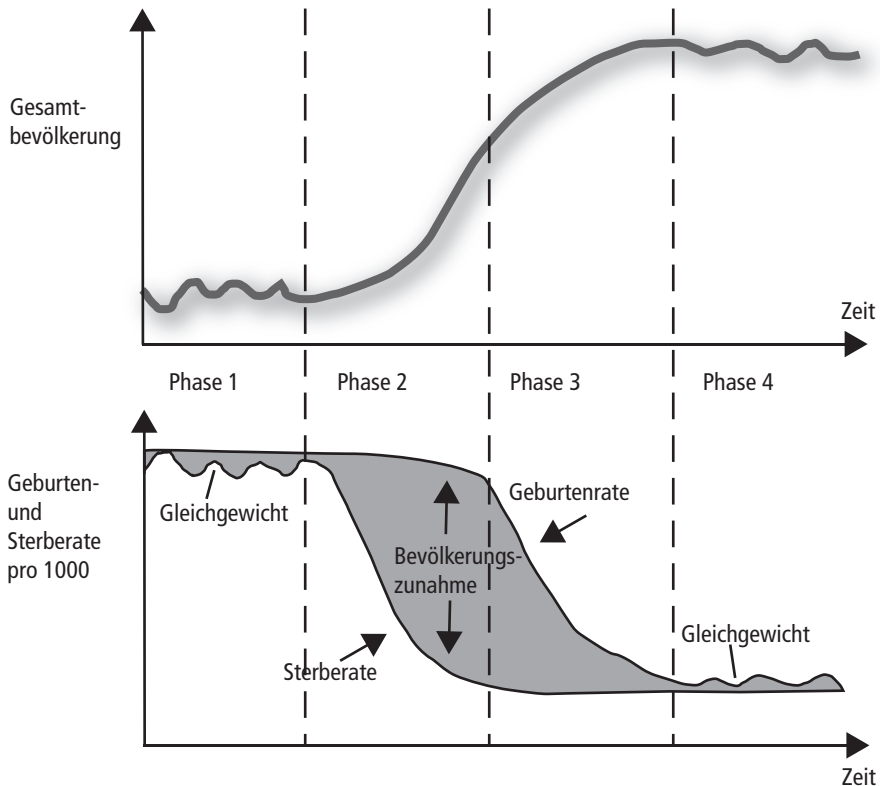
Tabelle 11: Die Veränderung der demographischen Variablen im Transitionsprozess

	1. Phase	2. Phase	3. Phase	4. Phase
Fertilität	hoch	hoch	sinkend	tief
Sterblichkeit	hoch	sinkend	tief	tief
Bevölkerungswachstum	gering	hoch	mässig	keines oder negativ
Merkmal	Kindersterblichkeit	Wachstum	Wachstum	Stagnation, Alterung

²⁴ NZZ vom 25. März 2011, S. 30.

Graphisch wird dies sehr gut dargestellt im Modell der demographischen Transition. Allerdings wird hier die Migration nicht berücksichtigt.

Abbildung 21: Vier-Phasen Modell der demographischen Transition



Ursachen der Schrumpfung und demographischen Alterung sind also tiefe Fertilität, tiefe Säuglings- und Kindersterblichkeit und eine hohe Lebenserwartung. Sowohl das Leben der Erwachsenen wurde verlängert wie auch mehr Geborene wurden erwachsen und alt. Hochentwickelte Staaten sind in einer Phase des beschleunigten Umbruchs der Altersstruktur, der gleichzeitig von unten (tiefe Fertilität) wie von oben (Rückgang der Sterblichkeit) erfolgt. Der wachsende Anteil älterer Menschen ist momentan noch ein Phänomen hochentwickelter Gesellschaften. Schon in wenigen Jahrzehnten werden aber auch die weniger entwickelten Staaten davon betroffen sein. Wie die Bevölkerungsentwicklung lässt sich der demographische Alterungsprozess in charakteris-

tische Phasen einteilen. In der ersten Phase bleibt die Altersquote noch konstant. In der zweiten Phase nehmen sowohl Erwachsenen- wie Altersquote zu, während die Kinderquote weiter abnimmt. In der dritten Phase stabilisiert sich die Kinderquote auf tiefem Niveau. Bei niedriger Kinderquote gibt es in einer nächsten Phase weniger potenzielle Eltern. Die Bevölkerung kann sich nicht mehr erneuern, sie schrumpft.

Tabelle 12: Die Phasen des demographischen Alterungsprozesses

	1. Phase	2. Phase	3. Phase
Kinderquote	abnehmend ↘	abnehmend ↘	konstant →
Erwachsenenquote	zunehmend ↗	zunehmend ↗	abnehmend ↘
Altersquote	konstant →	zunehmend ↗	zunehmend ↗
Zeitspanne in Europa	1880 bis 1910/20	bis etwa 1940	bis etwa 2050

Um die Erneuerung der Generationen zu gewährleisten, müssten in den hochentwickelten Staaten 100 Frauen 210 Kinder gebären. Noch um 1850 kamen in der Schweiz auf 100 Frauen 400 Kinder.²⁵ Nach 1870 sank die Geburtenziffer (vgl. Abbildung 4: Fertilität in der Schweiz 1876 bis 2008). 1937 erreichte sie mit 180 Kindern pro 100 Frauen einen Tiefstand. Vom Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 60er-Jahre betrug die «Reproduktionsrate» 250 Kinder pro 100 Frauen. Die hohe Fertilität während dieser Zeitspanne kam unerwartet und entspricht nicht obigem Phasenschema. Nach 1965 freilich sank die Fertilität bis 1975 rapid und verharrte auf dem tiefen Niveau von etwa 150. Der neueste Wert beträgt 149 (1,37 Kinder je Schweizerin, 1,71 Kinder je Ausländerin). 1997 wurden in der Schweiz 80 600 Kinder geboren. 2005 waren es 72 903, und seither ist ein leichter Anstieg auf 76 691 (2008) zu verzeichnen. Die anhaltend tiefe Fertilität bedeutet, dass die Generationen aus eigener Kraft nur zu drei Vierteln erneuert werden. Gegenläufig zum Rückgang der Fertilität ist eine Zunahme des Durchschnittsalters der Frauen bei der Erstheirat (1997 27,5 Jahre, 2008 29,1 Jahre) und bei der Erstgeburt (2008 29,9 Jahre bei den verheirateten Müttern)²⁶ festzustellen.

²⁵ (Mackenroth, 1953, S. 354) schreibt: «Im Jahre 1866 hatte ein höherer Jurist, von Kirchmann, in einem Berliner Arbeiterverein einen Vortrag gehalten, in dem er auf die Gefahren eines übermässigen Bevölkerungswachstums hinwies und für eine Arbeiterfamilie zwei Kinder für zumutbar erklärte. Er wurde seines Amtes enthoben und seiner Pension verlustig erklärt.»

²⁶ Interessanterweise lag das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt schon zur Zeit der demographischen Depression der 1930er-Jahre bei etwa 30 Jahren. Bis 1975 sank es kontinuierlich auf unter 28 Jahre und stieg seither wieder an.

Wo liegen die Ursachen für die tiefe Fertilität seit dem Ende des Babybooms Ende der 1960er-Jahre? Zunächst ist festzuhalten, dass der Trend in allen hochentwickelten Staaten gleich verläuft. Es müssen also gesellschaftliche und ökonomische «Tiefenströmungen» wirksam sein. Eine Ursache ist der Rückgang der Kindersterblichkeit. Eine zweite Ursache dürfte die veränderte Lebenssituation der Frauen sein. Die Frauen verfügen heute über ganz andere Lebensoptionen als noch vor dem Zweiten Weltkrieg. Ihr Ausbildungsniveau ist höher, womit ihnen anspruchsvolle Berufspositionen offenstehen. Qualifizierte und gutbezahlte Erwerbsarbeit ist in hochentwickelten Gesellschaften für Frauen attraktiver als das Aufziehen von Kindern, das gerade in reichen Gesellschaften hohe Opportunitätskosten verursacht – Kosten, die man in Kauf nehmen muss, weil man keine erwerbswirtschaftliche Tätigkeit ausüben kann. Oft stehen Frauen in einem Konflikt zwischen Mutterschaft und beruflicher Karriere, ohne dass die Option besteht, beide Wünsche zu kombinieren. Kommt hinzu, dass in reichen Gesellschaften Kinder hohe Kosten verursachen, während sie in armen Gesellschaften eine Einkommensquelle sein können.²⁷

Eher positiv wirkt sich aus, dass in hochentwickelten Gesellschaften die Grosseltern im Pensionsalter bei relativ guter Gesundheit einen Teil der Kinderbetreuung übernehmen können. Dies ist freilich ein Phänomen, das auch bei einem Volk von Jägern und Sammlern beobachtet werden kann. Bei der noch fast steinzeitlich lebenden Volksgruppe Hadza im Norden Tansanias – sie besteht nur mehr noch aus etwa 1 000 Personen – leisten die Frauen die Hauptarbeit bei der Nahrungssuche. Wie aber sollen sie gleichzeitig die Funktion der Kindererziehung wahrnehmen? Hier springen die Grossmütter ein. Dies hat Anthropologen zu der Grossmütter-Hypothese gebracht: die Frauen sind für ein Lebensalter weit über ihre fruchtbaren Jahre «programmiert», damit sie helfen können, die Kinder ihrer Töchter zu versorgen und damit den Fortbestand des Stammes zu sichern. Auf moderne Gesellschaften übertragen: die Grosseltern ermöglichen es den Töchtern und Schwiegertöchtern, parallel zur Mutterschaft eine Berufskarriere zu verfolgen. Mittlerweile gibt es auch «Leihgrosselftern».

²⁷ «Die Kinder waren in der alten vorindustriellen Bauern- und Handwerkerfamilie schon in sehr frühem Lebensalter einsatzfähig. ... Für den Fabrikarbeiter sind damit Kinder bis zum 14. Lebensjahr ein reines Kostenelement.» (Mackenroth, 1953, S. 368)

3 Die Aussagekraft von «Prognosen»

Der Begriff «Szenario» stammt aus der Bühnensprache. Es ist die Ausstattung eines Bühnenstücks, die Infrastruktur, die Rollenverteilung. Im Zusammenhang mit Voraussagen umschreibt er eine längerfristige Entwicklung. «Szenarien beschreiben hypothetisch eine Abfolge von Ereignissen mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit für Kausalbeziehungen zu wecken und auf Entscheidungen hinzuwirken» (Hermann Kahn). Szenarien sollen quantifiziert sein. Es sind Wirkungsmodelle mit ausgewählten Variablen. Die Prognosen sind dann die Resultate der Szenarien, beruhend auf bestimmten Kombinationen von Hypothesen. Das Szenario ist also das Modell, die Prognose das Ergebnis.

Wie bereits ausgeführt, sind Bevölkerungsprognosen keine «Prophezeiungen». Sie zeigen Entwicklungen auf, die eintreten, falls bestimmte zugrunde gelegte Annahmen sich als richtig erweisen. Bevölkerungsprognosen müssen Annahmen treffen, insbesondere über die Fertilität, die Lebenserwartung und die Zu- und Abwanderung. Annahmen können sich als falsch erweisen. Sollten die Annahmen durch die tatsächliche Entwicklung überholt werden, so werden auch die Bevölkerungsprognosen sich als nicht zutreffend erweisen. Heute ist es üblich, «Szenarien» auszuarbeiten, das heisst man erstellt mehrere Prognosen unter Variierung der Annahmen.»²⁸

Was die bereits jetzt in der Schweiz lebende Bevölkerung angeht, so sind relativ sichere Voraussagen möglich. Wer im Jahre 2050 in Rente gehen wird (Jahrgang 1985), war 2010 bereits 25 Jahre alt und seit sieben Jahren stimmberechtigt. Die Lebenserwartung ist relativ gut vorherzusagen. Sie beträgt, wie oben erwähnt, heute in der Schweiz bei Geburt 79,5 Jahre für Männer und 84,4 Jahre für Frauen, mit einer leicht steigenden Tendenz.²⁹ Es kann also ziemlich genau gesagt werden, wie viele Personen, die 1985 in der Schweiz geboren wurden, im Jahr 2050 tatsächlich Rente beziehen werden.

28 Wie zu Beginn von Kapitel 2 ausgeführt, hat das Bundesamt für Statistik zur Prognostizierung der Bevölkerungsentwicklung der Schweiz drei Szenarien ausgearbeitet, nämlich «tief», «mittel» und «hoch». Zusätzlich wurden «Szenarivarianten» formuliert, nämlich Szenarien unter Variierung einer Variablen. Ganz ähnlich verfährt die UNO.

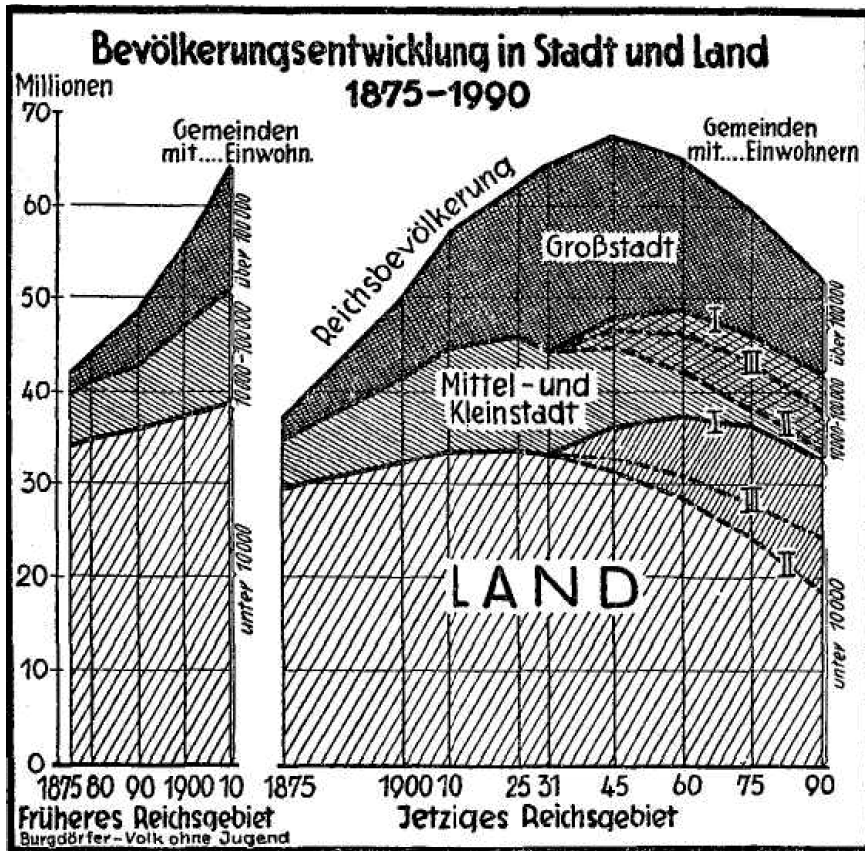
29 1880 hatte ein Mann eine durchschnittliche Lebenserwartung von etwa 46 Jahren. Eine Frau lebte knapp 50 Jahre lang.

Schwieriger sind Prognosen, was neu hinzukommende Bevölkerungsteile angeht, also über die Neugeborenen und die Zuwandernden. Dazu sind zusätzliche Annahmen über kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklungen zu treffen. Diese Entwicklungen wiederum sind viel unsicherer als die Bevölkerungsentwicklung. Beispiele: Ob die Schweiz in naher Zukunft der EU beitreten wird oder nicht, wird Auswirkungen auf die Zu- und Abwanderung haben. Dies spürt sie schon heute mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU. Die Schaffung von mehr Teilzeitstellen für Frauen in Kaderpositionen wird sich auf die Fertilität auswirken. Bewaffnete Konflikte, massive Verletzung der Menschenrechte oder Naturkatastrophen verursachen Flüchtlingsströme, was die Zahl der Asylsuchenden stark erhöht. Gerade kriegserische Ereignisse in oder nahe Europa können unvermittelt starke Wanderungsbewegungen auslösen, wie die Krisen in Ex-Jugoslawien in den 1990er-Jahren wieder gezeigt haben. Weltweit gibt es schätzungsweise 21 Millionen Menschen, die innerhalb ihres Landes vertrieben worden sind, und zwölf Millionen, die ins Ausland geflüchtet sind. Allein im Sudan gibt es sechs Millionen Binnenvertriebene. Über zwei Millionen Menschen sind aus dem Irak geflohen, die meisten von ihnen in Nachbarstaaten. Die meisten Flüchtlinge befinden sich weiterhin auf dem afrikanischen oder asiatischen Kontinent; es müssen aber auch Szenarien durchgedacht werden, nach denen eine grosse Zahl dieser Menschen ins nahe Westeuropa drängt.

Per Zufall bin ich in der Bibliothek auf ein Buch gestossen, das sich in Nazi-Deutschland mit der künftigen Bevölkerungsentwicklung befasste.³⁰ Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wurde 1935 wie folgt prognostiziert:

³⁰ Burgdörfer, Friedrich. (1935). Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers; ein Problem der Volkswirtschaft – der Sozialpolitik – der nationalen Zukunft. 3. A. Berlin-Grunewald: Vowinkel.

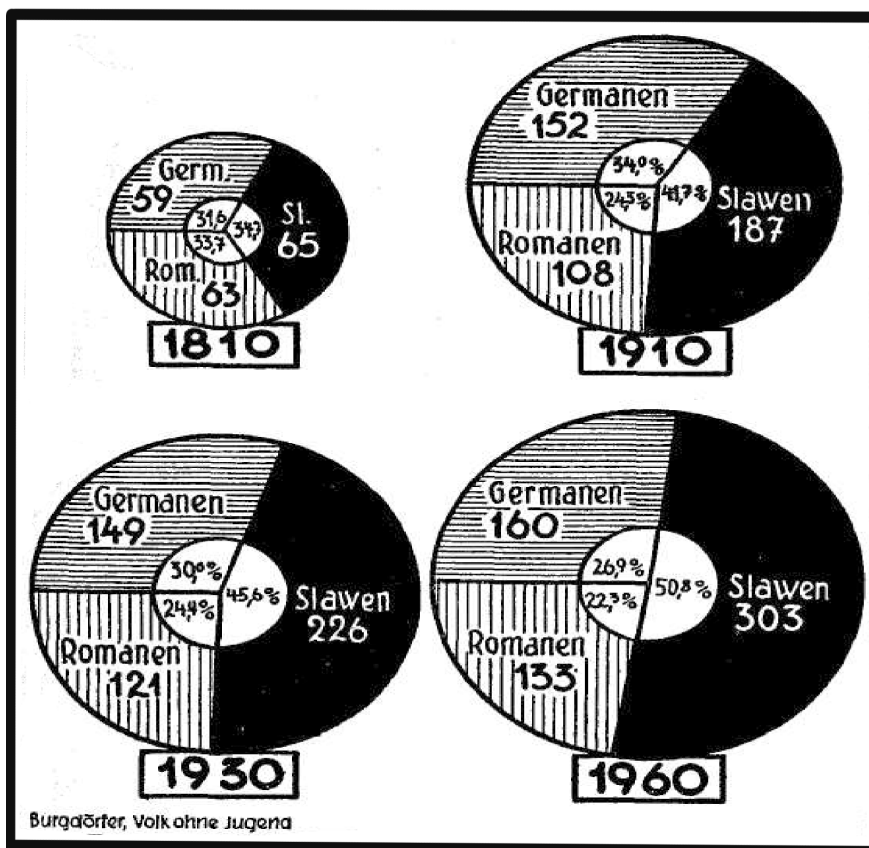
Abbildung 22: Bevölkerungsprognose 1935 für Deutschland bis 1990



Die Bevölkerung des deutschen Reiches wäre demnach bis 1945 auf etwa 68 Millionen gewachsen und danach bis 1990 auf 52 Millionen geschrumpft. Der Autor warnt auf Seite 223, im Jahr 2000 könnten 16,7 der Bevölkerung Deutschland über 65 Jahre alt sein. «Wir werden ein Volk der Alterspensionäre und Altersrentner werden.» Das ist heute so! Im Schlusskapitel auf Seite 490 formuliert er drastisch: «Unser Volk steht in Lebensgefahr.» Und auf Seite 493 steht fast schon prophetisch: «Nicht für Volk und Vaterland zu sterben ist unsere erste Aufgabe, sondern zu leben, d.h. fortzuleben in unserem Volk, für unser Volk.»

Schlimmer sahen die Perspektiven aus der Sicht der deutschen Nationalsozialisten bezüglich der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in Europa aus:

Abbildung 23: Prognose von 1935 für die Anteile der Rassen in Europa bis 1960



Der Anteil der Germanen in Europa wäre gemäss dieser Prognosen von 30 Prozent 1930 auf 26,9 Prozent 1960 zurückgegangen, der Anteil der Slawen von 45,6 Prozent auf 50,8 Prozent gestiegen. Wie müssten die Slawen und Romanen in Europa heute auf die Bevölkerungsprognosen bis 2050 reagieren, wenn sie in ähnlichen Kategorien dächten?

Ein Abstimmungsinsert gegen die Einbürgerungsvorlagen vom 26. September 2004 in der Schweiz prognostizierte, dass im Jahr 2040 72 Prozent der Bevölkerung der

Schweiz Muslime sein werden, wenn sich der Trend so fortsetzt. «Denn während 1990 nur 152'200 Muslime in unserem Land lebten, waren es im Jahr 2000 bereits mehr als 310'000. Auch hier: Eine Verdoppelung innerhalb von nur zehn Jahren. Geht das so weiter, sind Muslime bald in der Mehrheit. Denn die Geburtenrate ist in islamischen Familien wesentlich höher als in anderen Familien.» Es ist freilich höchst unwahrscheinlich, dass die Muslime in der Schweiz je in der Mehrheit sein werden. Ausserdem gibt es «die Muslime» ebenso wenig wie «die Christen». Im Islam sind genauso wie im Christentum unterschiedliche Glaubensrichtungen vorhanden, und viele in Europa lebende Muslime praktizieren – wie heute die Christen – ihren Glauben kaum.

Bevölkerungsprognosen stossen immer dann auf reges Interesse, wenn sie eine «Krise» oder «Katastrophe» vorhersagen. Dies war auch der Grund dafür, weshalb die Schrift «Über die Bedingungen und Folgen der Volksvermehrung» (1798) des Briten Thomas Robert Malthus so viel Aufsehen erregte. Das «Malthussche Bevölkerungsgesetz» besagte nämlich, dass die Bevölkerung tendenziell schneller wächst als der Bodenertrag. Eine Hungerkatastrophe wäre demnach unausweichlich. Tröstlich mag sein, dass seit Malthus immer wieder von einer demographischen Krise die Rede war, auch in der Schweiz. Schon in den 1930er-Jahren sprach man wegen der damaligen tiefen Fertilität von einer drohenden Vergreisung. 1937 hielt P. Renggli, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, an der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft in Langenbruck ein Referat zum Thema «Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Überalterung» (Renggli, 1937). Die damaligen Berechnungen ergaben, dass die Wohnbevölkerung der Schweiz auf 4,2 Millionen im Jahr 1940 anwachsen und danach in den folgenden 20 Jahren leicht schrumpfen werde. In der Diskussion fand A. Studer-Auer aus Solothurn starke Worte: «Die Schweiz ist eines der kinderärmsten Länder der Welt, und dies scheint mir ... nicht ein Zeichen des Fortschritts und der höheren Kultur, sondern ein Zeichen des Verfalles. ... Ein Volk, dessen Lebenskraft nicht ausreicht, um sich zu erhalten und zu erneuern, ist reif für den Untergang.»

Tabelle 13: Bevölkerungsprognosen von 1938 für die Schweiz und tatsächliche Entwicklung

Jahr	Prognose (Millionen)	tatsächliche Bevölkerungszahl (Millionen)
1940	4,2	4,2
1950	4,2	4,7
1960	4,1	5,4

Erörtert wurde damals auch die Frage, ob die Schweiz wegen ihrer Kleinheit und dem Mangel an natürlichen Ressourcen mehr als fünf Millionen Menschen verkraften könne. In der Diskussion kritisierte Max Weber den an der Tagung vorherrschenden Pessimismus: «Es wurde die Frage erhoben: Kann die Schweiz vier Millionen Menschen ernähren? Man hat das verneint und gesagt, wir hätten zu wenig Lebensraum. In offiziellen Dokumenten der Landesregierung ist das zum Ausdruck gekommen. Ist es dann logisch, wenn wir auf der anderen Seite pessimistisch sind, weil die Bevölkerungszunahme nicht weitergeht? Ich halte die These allerdings für unrichtig, dass wir die vier Millionen nicht ernähren können. Die Schweiz könnte meines Erachtens 4,4 bis 5 Millionen Menschen ernähren. Eine andere Frage ist die, ob das zu wünschen ist.»

Tatsächlich betrug die Bevölkerung der Schweiz 1960 dann 5,4 Millionen.³¹ Nicht bestätigt hat sich auch eine Vermutung im Werk von Franz Xaver Kaufmann: «Von 1985 an ... ist der eigentliche demographische Alterungsprozess abgeschlossen, und die dann zu beobachtenden Schwankungen der Altersverteilung dürften vor allem eine Folge der kurz- und mittelfristigen Schwankungen der Fruchtbarkeit in jüngster Vergangenheit und in Zukunft sein» (Kaufmann, 1960, S. 175).

Notorisch sind auch die Fehlprognosen bezüglich der Entwicklung der Sozialversicherungen oder gar des «Kollaps des Sozialstaates». In der Schweiz wurden der Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV in den vergangenen 30 Jahren periodisch happige Defizite vorausgesagt. Sie sind niemals im prognostizierten Umfang eingetreten. Eine Fehlprognose bezüglich der beruflichen Vorsorge in der Schweiz war, dass diese im Jahr 2010 ein Vermögen von 1'000 Milliarden Franken haben werde. Nicht glücklich ist der Begriff «Demographiefalle». Als ob jemand mit Absicht im Jahre 2030 eine Falle aufstellen würde! Deplatziert ist auch ein Titel wie «Methusalem-Komplott». Niemand hat ein Komplott gegen alte Menschen oder für eine ungünstige demographische Entwicklung geschmiedet. Aber für eine Vermarktungsstrategie eignet sich ein solcher Titel allemal.

Neben diesen Fehlprognosen gab es auch Entwicklungen, die niemand vorhergesagt hat. Den Babyboom zwischen 1940 und 1946 sowie zwischen 1955 und 1964 hatte niemand prognostiziert, ebenso wenig den Rückgang der Fertilität nach 1970. Niemand hat den Zusammenbruch der Sowjetunion vorausgesagt, der wiederum weitreichende Folgen für die Fertilität in Osteuropa, die Osterweiterung der EU, das Wirt-

31 Auch P. Renggli (1937) war sich «wohl bewusst, dass in dieser Vorausberechnung für die nächsten 30 Jahre ein erhebliches Unsicherheitsmoment steckt; denn es können natürlich während der künftigen drei Jahrzehnte ganz neue Faktoren wirksam werden, welche die vorausberechneten Zahlen stören» (S. 171).

schaftswachstum und damit die Wanderungsbewegungen in Europa hatte. Bevor die Finanzkrise 2007 ausbrach, war dies unter Experten kein Thema. Ebenso konnte sich 2009 noch kaum jemand den Sturz der Regime in Tunesien und Ägypten vorstellen. Das grösste Problem liegt in der Vorausschätzung von Trendbrüchen. Wie lässt sich eine Prognose, die beispielsweise mit einer steigenden Fertilität in Europa rechnet, vernünftigerweise begründen?

Soll man wegen dieser Unsicherheiten besser auf Prognosen verzichten?³² Gewiss nicht. Prognosen und Szenarien müssen mit dem heute verfügbaren Wissen arbeiten. Wie soll man sonst über die Zukunft nachdenken, wenn nicht unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen über mögliche Entwicklungen? Über eines freilich muss man sich immer im Klaren sein: Optimistische (pessimistische) Annahmen führen zu optimistischen (pessimistischen) Prognosen. Man muss sich davor hüten, zuerst ein erwünschtes Ergebnis zu formulieren und sich die Annahmen dann so zurechtzulegen, dass dieses Ergebnis erzielt wird. Insofern empfiehlt es sich, stets die Ersteller von Prognosen einer kritischen Prüfung zu unterziehen und zu fragen, ob das Prognoseergebnis möglicherweise den Interessen des Erstellers dient. Es ist eine Gratwanderung: Kurzfristige Dramatisierungen sind ebenso wenig am Platz wie die Hoffnung, dass sowieso alles anders kommen werde. Sicher lehren uns bisherige Prognosen Bescheidenheit im Umgang mit Vorausschätzungen.

«Szenarien zeigen nicht, wie die Zukunft sein wird, sie leisten vielmehr einen Beitrag zur Diskussion über die Zukunft» (Bundesamt für Statistik, 1996, S. 7). Prognosen können sich auch selbst zerstören. Weil man eine unerwünschte Entwicklung voraussieht, beginnt man zu handeln, die Voraussetzungen ändern, und die unerwünschten Folgen treten nicht ein (vgl. S. 21). Ein Beispiel dafür waren 1972 die auf einem Weltmodell beruhenden Prognosen des «Club of Rome» im Buch «Grenzen des Wachstums» (Meadows, 1972). Von diesem Buch sind über 30 Millionen Exemplare in 30 Sprachen verkauft worden. Der aufgezeigte Kollaps ist bislang nicht eingetreten, aber das Buch war gewissermassen «die Schrift an der Wand», welche zum Nachdenken und Handeln anregte. Das Aufzeigen des Handlungsbedarfs ist ja genau ein Zweck der Erstellung von Prognosen. Prognosen bieten Orientierungswissen. Sie sind Grundlage für eine

32 Der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher meinte in einem Referat Anfang November 2008 in Zürich, es sei vielleicht besser, wenn man von Makroökonomie und Prognosen nichts verstehe und sich auf Erfahrung und Intuition verlasse und verwies auf die menschliche Schwäche, in guten Tagen übermütig und masslos zu werden. NZZ vom 3. November 2008, S. 9. Oder man stellt auf Orakel ab, wie bei der Fussballweltmeisterschaft 2010 auf den Kraken «Paul», der für alle Spiele die richtigen Tipps hatte. «Pulpo Paul» wurde zum Ehrenbürger der spanischen Gemeinde Carballiño ernannt.

Diskussion, stellen Fragen, bieten selbst aber keine Antworten und Lösungen. Prognosen haben Einfluss auf unser Verhalten, unsere Einstellungen und auf politische Entscheide. Weil aber niemand die Zukunft voraussagen kann, ist es besser, im Zweifelsfall von einer positiven Entwicklung auszugehen, denn wer pessimistisch an eine Sache herangeht, steckt damit auch andere an, und die Wahrscheinlichkeit, dass es dann auch schlecht herauskommt, ist höher, als wenn man die Sache optimistisch angepackt hätte. Wir sollten uns nicht mit allen Sorgen beladen, die wir je gehabt haben, plus jenen, die wir in Zukunft allenfalls haben könnten (dazu Carnegie, 1994).

Eine Prognose, die sicher stimmt, kann man machen: Die Bevölkerungsentwicklung bis ins Jahr 2060 wird nicht genauso verlaufen wie vorhergesagt. So hatten beispielsweise die Bevölkerungsszenarien für die Schweiz aus den Jahren 1991 mit einem zu niedrigen Wachstum der ausländischen Bevölkerung gerechnet. Ausserdem wurde die Rückkehr von im Ausland lebenden schweizerischen Staatsangehörigen überschätzt. Auch die Prognosen des Jahres 2006 hatten die Zuwanderung unterschätzt. Die Bevölkerungsprognose der UNO von 1958 indessen hat sich als sehr gut erwiesen.

Ein Fazit kann man ziehen, wenn man die bisherigen Bevölkerungsprognosen für die Schweiz mit der tatsächlichen Entwicklung vergleicht: Die Bevölkerungszahl ist immer stärker gestiegen als vorausgesagt. Mit einer Ausnahme: In den 1960er-Jahren gab es Prognosen, wonach die Schweiz im Jahr 2000 zehn Millionen Einwohner haben werde. Etliche Gemeinden haben dementsprechend Zonen- und Verkehrsplanungen vorgenommen. Die sechziger Jahre waren die Zeit planerischer Höhenflüge. Die Fehlprognose hat also reale Auswirkungen gehabt.

4 Mögliche Konsequenzen

4.1 Der Faktor Demographie

Wir haben uns in Kapitel 2 mit dem Verlauf und den Bestimmungsgründen der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt. In diesem Teil geht es nun um die Auswirkungen bzw. Folgen dieser Entwicklung. Welche negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen das demographische Altern haben könnte, hat Franz Xaver Kaufmann schon 1960 zusammengestellt und diskutiert.³³ Es liegt mir freilich fern, in sämtlichen zu analysierenden Bereichen ein «worst case Szenario» aufzuzeichnen, d.h. überall die schlimmstmöglichen Folgen auszumalen. Solche Resultate ergäben sich, wenn man durchwegs sehr pessimistische Annahmen zugrunde legen würde. Gehen wir aber einmal davon aus, dass die Bevölkerungsentwicklung im Trend so verlaufen wird, wie das in Kapitel 2 aufgrund bestimmter Annahmen geschildert wurde. Dann stellen sich Fragen nach den Konsequenzen dieser Entwicklung.³⁴ Diese Konsequenzen sind allerdings noch viel schwieriger zu eruieren als die Bevölkerungsentwicklung selbst, weil die Zusammenhänge komplex sind. Gewiss haben Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung Veränderungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zur Folge. Die Wirkungen gehen aber nicht nur in eine Richtung. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen dem Bevölkerungswachstum (bzw. der Bevölkerungsstruktur) und der Entwicklung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Gleichwohl betrachte ich im folgenden die Bevölkerungsentwicklung als «unabhängige Variable» (Ursache), die Auswirkungen hat auf die «abhängigen Variablen» Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.³⁵ Ich wähle dieses Vorgehen, weil man sonst im Gestrüpp der Zusammenhänge rasch die Übersicht verliert. Wir müssen uns aber immer bewusst sein, dass Rückkopplungsprozesse bestehen, und dass die demographische Entwicklung nur *ein* Bestimmungsfaktor unserer Zukunft ist.

Die «unabhängige Variable» Bevölkerungsentwicklung kann in zwei Komponenten aufgespalten werden: Bevölkerungsgrösse und Bevölkerungszusammensetzung. Zu

33 Einige Stichworte: Senkung des durchschnittlichen Lebensstandards, Zunahme der Staatsquote, Sparüberhang, strukturelle Arbeitslosigkeit, Lähmung des Fortschritts, Vorherrschaft der Alten, Verminderung des politischen Gewichts Europas in der Welt.

34 Wie ich später ausführen werde, sind die Auswirkungen nicht nur negativ. Sie bergen auch Chancen.

35 Die «unabhängige Variable» ist ein Faktor, der, wenn er sich verändert, zur Veränderung eines anderen Faktors (der «abhängigen Variablen») führt. Die «Ursache» wäre also hier eine Veränderung in der Bevölkerung, die «Wirkung» eine Veränderung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

fragen ist einerseits nach den Konsequenzen einer Stagnation oder Zunahme der Bevölkerung, dann nach den Konsequenzen der altersmässigen Umschichtungen innerhalb der Bevölkerung.

Tabelle 14: Übersicht über die Folgewirkungen der Bevölkerungsentwicklung

	unabhängige Variablen (Ursachen)	Abhängige Variablen (Wirkungen)
	Bevölkerungsgrösse	Auf der Makroebene ◆ Wirtschaft ➤ Arbeitsmarkt ➤ Innovationen ➤ Kapital ➤ Konsum ➤ Produktion ◆ Soziale Sicherungssysteme ◆ Gesundheits- und Betreuungswesen ◆ Raumnutzung, Verkehr und Umwelt ◆ Gesellschaft ➤ Ausländer in der Schweiz ➤ Soziale Beziehungen generell ➤ Generationenkonflikte ➤ Vermögensverteilung ➤ Kollektive Mentalitätsänderung ➤ Migration ◆ Politisches System ➤ Gerontokratie
Bevölkerungs- entwicklung	Bevölkerungs- zusammensetzung ➤ Geschlecht ➤ Nationalität ➤ Ausbildung ➤ Kaufkraft	Auf der Mikroebene ◆ Individuum ◆ Partnerschaften ◆ Familie ◆ Soziale Gruppen

Die «abhängigen Variablen» wiederum können aufgeteilt werden in solche auf der Makroebene und solche auf der Mikroebene. Zur Makroebene gehören beispielsweise die Volkswirtschaft, die Sozialversicherungen, das politische System, die Raumordnung, das Gesundheitswesen. Zur Mikroebene zählen die Konsequenzen, die sich ganz konkret für die Individuen, Familien und sozialen Gruppen ergeben. Es ist für die folgende Darstellung indessen schwierig, stets genau zwischen den Konsequenzen auf

der Makro- und Mikroebene zu unterscheiden. Ich konzentriere mich auf die Makroebene und ergänze das mit einigen Bemerkungen zur Mikroebene.

Bevor ich zu den abhängigen Variablen im einzelnen komme, stelle ich einige allgemeine Überlegungen zur unabhängigen Variable «Bevölkerungszusammensetzung» an. Menschen haben verschiedene Merkmale. Sie unterscheiden sich nach Alter, Leistungsfähigkeit, Aktivitäten, Bedürfnissen, Interessen, Verhalten, Werthaltungen usw. Fasst man Menschen mit gleichen Merkmalen zu (theoretischen) Gruppen zusammen, so spricht man von «Aggregaten». Das Alter ist gewiss ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal von Menschen, das wiederum andere Merkmale beeinflusst, wenngleich es auch Merkmale gibt, die vom Alter unabhängig sind (wie das Geschlecht).

Ein Menschenleben kann in verschiedene Altersphasen unterteilt werden, deren Übergänge freilich im Einzelfall fließend sind. Jeder Altersphase kann ein Set von typischen Merkmalen zugeordnet werden. Merkmale der Jugend können Ausbildung, hohe Mobilität und die Abhängigkeit von den Eltern und der Gesellschaft sein. Die mittleren Jahre können gekennzeichnet sein durch Erwerbstätigkeit, Ehe, Kindererziehung, ein dichtes soziales Beziehungsnetz und Betreuung der betagten Eltern. Merkmale der späteren Jahre sind der Rückzug aus dem Erwerbsleben, Sesshaftigkeit, ein dünnes soziales Beziehungsnetz, das Angewiesensein auf Transferzahlungen und Pflegeleistungen. Wenn also Menschen in einer bestimmten Altersgruppe sich hinsichtlich Lebenssituation, Bedürfnissen und Aktivitäten von Menschen in anderen Altersgruppen unterscheiden, dann ändert sich selbst bei einer unveränderten Bevölkerungszahl mit der Umschichtung in den Altersgruppen auch die Gesamtmenge von bestimmten Bedürfnissen, Interessen und Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft. Beispiele: Mehr Kinder rufen nach mehr Kinderkrippen, Schulen und Ausbildungsplätzen, mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter nach mehr Arbeitsplätzen, mehr Rentnerinnen und Rentner verursachen Mehrausgaben für die Sozialversicherungen und schaffen das Bedürfnis nach mehr altersgerechten Wohnungen und Pflegeplätzen. Die Altersstruktur einer Gesellschaft ist somit mitbestimmend für den Umfang und die Verteilung der staatlichen Lasten und Leistungen, für die Nachfrage, die Produktion und das wirtschaftliche Potenzial.³⁶

³⁶ Im Erholungspark Polvoranca in einem Madrider Vorort wurde Spaniens erster «Spielplatz für Senioren» eingerichtet. Mittlerweile gibt es solche auch in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz. Die politisch korrekte Bezeichnung für die ursprünglich aus China stammende Idee muss noch gefunden werden. «Mehrgenerationenplatz» oder «Generationenpark» wäre dann geeignet, wenn Senioren und ihre Enkel auf dem gleichen Platz spielen können.

Es geht aber nicht allein um Güter, es geht auch um den Geist einer Gesellschaft. Generationen werden in ihrer Grundhaltung und ihren Werten geprägt von gemeinsam erlebten Erfahrungen und Ereignissen. Die demographische Struktur hat auch Einfluss darauf, inwiefern Trends lanciert oder übernommen werden. Wir erwarten eher, dass Trends aus jüngeren Gesellschaften kommen. Nach dem Generationenkonzept (Siegmund, 1995, S. 125) werden Werte vor allem in der Jugendphase geprägt. Da diese Erfahrungen je nach Generation verschieden sind, werden sie in der letzten Lebensphase, trotz ähnlicher Bedürfnisse, unterschiedliche Verhaltensweisen zeigen. Die «68er-Generation» wird sich im Rentenalter vermutlich anders verhalten als die ehemalige «Aktivdienstgeneration». Wenn sich die Stärkeverhältnisse der Generationen ändern, widerspiegelt sich das auch im Umfang der in einer Gesellschaft vorhandenen Werthaltungen.

«Ältere Menschen zeichnen sich aus durch Erfahrung, Geduld, Weisheit und Weitsichtigkeit; die Jüngeren stehen für Energie, Unternehmungsgeist, Enthusiasmus, Lern-, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit. Es scheint demzufolge möglich, dass eine Gesellschaft, in welcher sich der Anteil der jüngeren Menschen vermindert, gefährlich konservativ werden und bezüglich intellektuellem und künstlerischem Fortkommen hinter andere zurückfallen wird. Dies ist ein weiterer Fall, wo die tatsächlichen Perspektiven schwierig abzuschätzen sind. ... Unserer Meinung nach ist die Gefahr des Verlustes der Qualitäten, welche zum Fortschritt beitragen, genug real, um ernsthafte Überlegungen anzustellen.»³⁷

Die Frage stellt sich, ob der Wandel der Bevölkerungsstruktur zu einer kollektiven Mentalitätsänderung führen wird. Die Werte der älteren Generation werden wegen der anteilmässigen Zunahme an der Gesamtbevölkerung mehr Gewicht innerhalb des Kollektivs haben. Und die Gesamtwerte sind wiederum prägend für die Sozialisation der Jugend. Wie obiges Zitat zeigt, hat man sich bereits in den 1940er-Jahren mit dieser Fragestellung beschäftigt. Da dann aber die Bevölkerungsentwicklung anders verlaufen ist als damals angenommen, gibt es heute keinen «Beweis» für die diskutierte Hypothese. Es ist umstritten, inwieweit die Kindheit und Jugend heute für die Sozialisation von Werten allein prägend sind. Darüber hinaus finden in einer Gesellschaft Mentalitätsänderungen auch ohne Änderung der Altersstruktur statt. Ursachen dafür können Katastrophen, kriegerische Ereignisse, Wirtschafts- und Finanzkrisen, Veränderungen in einem bedeutenden Nachbarstaat, im Land lebende

³⁷ Royal Commission on Population, Report presented to Parliament by Command of His Majesty, London 1949, S. 121, zitiert nach Kaufmann (1960, S. 408), übersetzt von S.M.

Ausländer usw. sein. Eine fundamentalistische Religion kann einen viel grösseren Einfluss auf die Mentalität einer Gesellschaft haben als die Altersstruktur.

Als Beispiel für die Konsequenzen auf der Mikroebene seien hier die Paarbeziehungen erwähnt. Wenn die Menschen länger leben, dauern die Beziehungen zwischen Mann und Frau länger und sie können potenziell mehr Beziehungen eingehen. Mehr Scheidungen können die Folge sein. In der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 13. September 2006 stand ein Artikel über ältere Ehefrauen in Japan, die Männer «als Sperrmüll» vor das Haus stellen. Im Artikel heisst es: «Mit den Firmenkollegen wird nicht nur die Arbeitszeit geteilt, sondern ebenso der Feierabend beim Umtrunk oder das Wochenende beim Golfspiel. Nicht selten verbringt man selbst die wenigen Ferientage – sofern diese eingezo-gen werden – mit Mitarbeitern, derweil die Ehefrau mit Freundinnen umherreist.» Mit der Pensionierung des Mannes löst sich auch dessen soziales Beziehungsnetz auf, wäh-rend sich die Frau ihr aufgebautes Netz weiter zu Nutze machen kann. Eine gemeinsame Erlebnisswelt der Ehepartner gibt es nicht. Viele Männer seien nicht in der Lage, «das maskuline Ehevokabular über die drei klassischen Imperative «Bad! Essen! Bier!» hinaus zu erweitern». Deshalb häufen sich in Japan die Scheidungen unter pensionierten Ehe-paaren – fast immer auf Antrag der Ehefrau. Bei Paaren mit einer mindestens 30 Jahre langen Ehegeschichte ist eine Vervielfachung der Scheidungszahlen zu beobachten.

Nicht vergessen wollen wir indessen, dass Alter nur *ein* spezifisches Merkmal eines Menschen ist. Weitere Merkmale führen dazu, dass nicht alle Menschen im gleichen Alter «gleich» sind. Es gibt progressive alte Menschen und militant konservative junge Menschen. Die Menschen werden im Alter ungleicher, nicht gleicher. So werden sie mit zunehmendem Alter ungleicher bezüglich Gesundheitszustand und Lebenssitua-tion. Es sind die Summen der Individuen einer bestimmten Altersgruppe, die Aggre-gate, die sich unterscheiden. So geht zum Beispiel die berufliche Mobilität nach dem Lebensalter 35 stark zurück, die meisten Strafgefangenen sind unter 40 Jahre alt oder die meisten Menschen in Altersheimen sind über 80.

Wie schon bei den Bevölkerungsprognosen selbst wird versucht, die Konsequenzen in verschiedenen Bereichen zu quantifizieren. Dies kann nur mit Modellen geschehen, was bezüglich der Entwicklung der Wirtschaft und der Sozialversicherungen durchaus sinnvoll ist, bei den Bereichen Gesundheitswesen, Wohnen, Verkehr und Umwelt jedoch zunehmend schwieriger wird, weil man immer mehr Variablen miteinbeziehen und mehr Annahmen treffen muss. Am nächsten bei der Zukunft bleibt man vermut-lich, wenn man bestehende Trends aufspürt, sie in die Zukunft extrapoliert und davon absieht, mit Quantifizierung eine Scheingenauigkeit vorzugaukeln.

4.2 Bevölkerungsschwund bremst die Wirtschaft

Zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum besteht zweifelsohne eine Wechselwirkung (dazu Kaufmann, 1960, S.366 ff.). Stagniert die Konjunktur, wenn die Bevölkerung nicht wächst, und wird die Konjunktur bei Bevölkerungswachstum angeregt? Zumindest in Volkswirtschaften, die über ausreichend Kapital verfügen, können diese Zusammenhänge angenommen werden. In der heutigen Situation erhält die «Theorie der säkularen Stagnation» von Alwin Hansen (Hansen, 1939), die nach dem wirtschaftlichen Boom der Nachkriegszeit mit dem Vermerk «falsch» schubladisiert wurde, neue Aktualität. Nach Hansen ist das Wirtschaftswachstum von Neuinvestitionen abhängig, die wiederum ausgelöst werden durch a) die Entdeckung und Erschliessung neuer Territorien und natürlicher Hilfsquellen, b) das Bevölkerungswachstum und c) Erfindungen. Die Auslöser a) und b) fallen in hochentwickelten Staaten zunehmend fort, bleibt also nur noch c). Eine im Durchschnitt ältere Bevölkerung spart mehr und bietet auch weniger Investitionsmöglichkeiten, weil mit zunehmendem Alter mehr Dienstleistungen als materielle Konsumgüter nachgefragt werden.³⁸ Wachstumsstimulierend kann natürlich das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt sein, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass diese Menschen über Kaufkraft verfügen.

Die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert spricht für die Theorie Hansens. Auslöser a) war in der Schweiz nie vorhanden, wohl aber Auslöser b). Nach dem Zweiten Weltkrieg verzeichneten sowohl Konjunktur wie Bevölkerung bis in die 1970er-Jahre ein stürmisches Wachstum. Die Rezession in den 1970er-Jahren ging einher mit einer Stagnation der Bevölkerung. Das gleiche Phänomen zeigt sich in den 1990er-Jahren. Eine Stagnation oder gar Schrumpfung der Bevölkerung in der Schweiz in den kommenden 50 Jahren würde bedeuten, dass, wenn Kaufkraft bzw. Konsumneigung nicht steigen, im Inland keine wesentliche Erhöhung der Nachfrage erwartet werden kann. Damit bestünde die Gefahr, dass Ersatz- und Neuinvestitionen teilweise ausbleiben. Eine weitere Gefahr ist, dass die Konsumneigung sinkt, wenn das Vertrauen der Erwerbstätigen in die staatliche Rentenversicherung schwindet. Immer mehr Menschen sehen sich dann veranlasst, privat vorzusorgen. Der Perspektivstab der Bundesverwaltung stellt die Frage nach einer «demographischen Wachstumsbremse», gelangt aber zum Schluss, dass das Wachstumspotenzial durch

³⁸ Pessimistisch ist (Peterson, 1999, S. 197 f.): «The aging of the developed world will be accompanied by far-reaching economic changes. Among these changes will be a rapid deceleration in aggregate economic growth and, for some countries, a chronic decline of the national output of goods and services.»

die Standortattraktivität und die internationale Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen bestimmt werde (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 51). Positiv zu Buche schlägt, dass die Schweiz zu jenen Volkswirtschaften zählt, in denen ein hoher Anteil der Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungsbereich tätig ist. Dies ist die Grundlage für eine hohe Wertschöpfung und künftiges Wachstum.

Arbeitsmarkt: Bei den Prognosen 1995 war man noch davon ausgegangen, dass ab 2005 mehr Erwerbstätige aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als neu eintreten werden. Dies wird nach dem mittleren Szenario A-00-2010 erst 2021 der Fall sein. Das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen wird sich erhöhen, aber auch ihre berufliche Qualifikation. Es könnte ein Arbeitskräftemangel eintreten. Allerdings: Wenn weiterhin die gleichen Produktivitätsfortschritte erzielt werden wie in den vergangenen 20 Jahren, sinkt der Bedarf an Arbeitskräften. Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen würde dann zur Reduktion der Zahl der Arbeitslosen beitragen. Die abnehmende Zahl der Erwerbstätigen könnte auch durch eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote kompensiert werden. Der Anteil der Frauen in der Erwerbsbevölkerung erhöht sich nach dem mittleren Szenario A-00-2010 leicht von 46,2 Prozent im Jahr 2009 auf 46,8 Prozent im Jahr 2060. Es kommt aber, wie gesehen, nicht nur auf die Erwerbsquote an, sondern auch auf das Erwerbspensum der Frauen. Ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten bleibt der Anteil der Frauen in der Erwerbsbevölkerung jedoch bescheiden (gemäss dem mittleren Szenario A-00-2010 41,3 Prozent im Jahr 2060 gegenüber 38,8 Prozent 2009) (Kohli, et al., 2010, S. 66). Eine höhere Erwerbsquote der Frauen würde bedeuten, dass die Haushalts- und Erziehungsarbeit neu verteilt werden muss.

Eine altersselektive Personalrekrutierung, wie sie heute betrieben wird, dürfte nach dem Jahr 2020 kaum mehr zu realisieren sein, weil die Zahl der über 40-jährigen Erwerbstätigen anteilmässig grösser sein wird, sofern man nicht die Einwanderung jüngerer Arbeitskräfte aus dem Ausland in grossem Stil zulässt. Schon heute sollte man gegen die weitverbreitete Altersdiskriminierung bei Stelleninseraten Massnahmen ergreifen, wie beispielsweise ein Verbot, Altersgrenzen anzugeben.

Mobilität: Die gängige Hypothese lautet, dass mit fortschreitendem Alter die berufliche und örtliche Mobilität der Erwerbstätigen abnimmt. In der Tat geht die berufliche Mobilität, wie erwähnt, nach dem 35. Altersjahr stark zurück. Die Arbeitsplatzmobilität kommt bei den über 50-Jährigen fast zum Stillstand (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 47). Mehr Erwerbstätige im mittleren Alter würden also für die Wirtschaft mehr Immobilität bedeuten. Unabhängig vom Alter ist beispielsweise innerhalb der EU die örtliche Mobilität der Arbeitskräfte eher gering, wenn man sie am gesamten

Arbeitskräftepotenzial misst. Hoch ist sie dort, wo die sprachlichen Barrieren tief sind oder der Anreiz besteht, eine Weltsprache zu erlernen.³⁹ Örtlich mobil – weil grösseren Zwängen unterworfen – sind hingegen grosse Teile des Arbeitskräftepotenzials der Dritten Welt, doch weist dieses meist nicht die für die hochentwickelten Volkswirtschaften notwendigen Qualifikationen auf. Berufliche Mobilität und anhaltende Fort- und Weiterbildung sind heute von jüngeren wie älteren Arbeitnehmern gefordert. Die Perspektiven der Weiterbildungsbranche sind entsprechend gut. Die jüngeren Arbeitnehmer werden diese Fähigkeit zur Anpassung ins mittlere und höhere Lebensalter mitnehmen. Wenn Menschen keine oder weniger Kinder haben, ist ihre Mobilität eher höher. Ein zweiter «Mobilitätsschub» ist seit längerem bei Eintritt ins Pensionsalter feststellbar. Wenn man bei der Pensionierung noch 20 Jahre vor sich hat, ändert sich die Lebensperspektive. Viele Migranten verlassen nach der Aufgabe der Erwerbstätigkeit die Schweiz. Mit den Leistungen der Schweizer Altersversicherung können sie in ihrem Herkunftsland gut leben. Aber auch Schweizer ziehen bei Erreichen des Pensionsalters nochmals um, sei es innerhalb des Landes in die Berge oder ins Tessin, oder über die Landesgrenzen hinaus an die Costa Blanca, auf die Kanarischen Inseln oder nach Thailand (siehe S. 124).

Innovation: Eine Frage, die oft gestellt wird: Werden die durchschnittlich älteren Erwerbstätigen im 21. Jahrhundert weniger innovations-, investitions- und risikofreudig sein als die heutigen Erwerbstätigen (dazu Siegmund, 1995)? Falls ja: Wird dadurch die Investitionsneigung sinken und die Volkswirtschaften Europas im internationalen Vergleich an Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit einbüßen? Ein Zusammenhang zwischen dem Durchschnittsalter der Erwerbstätigen und der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist nicht erwiesen. Japans Innovationskraft zum Beispiel ist immer noch gegeben. Belegt hingegen ist der Zusammenhang zwischen Ausbildungsstand und der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft (Klose, 1993, S. 24), und auch zwischen Ausbildungsstand und Innovationsfähigkeit kann ein Zusammenhang angenommen werden. Wenn die Schweiz das hohe Bildungsniveau beibehält, berufliche Mobilität herrscht, die Erwerbstätigen ständige Fort- und Weiterbildung betreiben und der Arbeitsmarkt wie bisher offen bleibt für hochqualifizierte Ausländer, dann dürfte die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft nicht gefährdet sein. Die Bevölkerungen der Schweiz, Deutschlands und Österreich sind ja schon in den vergangenen 40 Jahren gealtert, ohne dass sich dies nachteilig auf die Innovationsfreudigkeit ausgewirkt hat. Inno-

³⁹ Dies gilt beispielsweise für die Migration von Rumänen nach Italien oder von Polen nach Grossbritannien und Irland. Gegen eine Million junge Polen haben nach dem EU-Beitritt ihr Glück in diesen beiden Staaten gesucht.

vationen und Investitionen werden auch dringend geboten sein, um die höheren Sozialleistungen durch Produktivitätsfortschritte zu finanzieren. Vieles deutet auch darauf hin, dass eine multikulturelle Gesellschaft ein guter Nährboden für Innovationen ist. Das zeigen etwa die Beispiele Kalifornien und Florida. Die Schweiz verdankt gerade innovativen ausländischen Unternehmern viel. Zwei Beispiele: 1891 gründeten der Brite Charles E. Brown und der Deutsche Walter Boveri die nach ihnen benannte Unternehmung (BBC, heute ABB), aus der sich ein weltweit tätiger Elektrotechnik-Grosskonzern entwickelte. Der libanonstämmige Nicolas Hayek (1928–2010) verlieh in den 1980er-Jahren mit der günstigen elektronischen Qualitätsuhr «Swatch» der schwächelnden schweizerischen Uhrenindustrie neue Energie.

Investitionen: Nach der Theorie von Hansen schrumpfen mit der Bevölkerung die Ersatz- und Neuinvestitionen. Nicht nur eine Verminderung der Bevölkerung, schon eine Verminderung des Bevölkerungswachstums zieht eine Verminderung der Neuinvestitionen nach sich (Kaufmann, 1960, S. 365). Dadurch gerät die Wirtschaft in eine strukturelle Anpassungskrise. Genau dies dürfte in der Schweiz in den 1930er-, 70er- und 90er-Jahren passiert sein. Da gemäss den neuesten Prognosen die Bevölkerung der Schweiz in den kommenden 50 Jahren wächst, wird sich dies nicht wiederholen. Wenn die Kaufkraft weiter steigt, werden auch die Bauinvestitionen nicht zurückgehen. Mehr Investitionen dürften im Gesundheits- und Pflegebereich sowie im öffentlichen Verkehr getätigt werden. Der prognostizierte Bevölkerungsschwund in Deutschland hingegen könnte sich als Investitionsbremse erweisen.

Kapital: Eine andere Frage ist, ob in 30 bis 40 Jahren genügend Kapital für Investitionen zur Verfügung stehen wird. Schon seit mehreren Jahrzehnten erfolgt in der Schweiz mit dem Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule und dem freiwilligen Sparen der dritten Säule eine immense Kapitalbildung. Allein das Kapital der beruflichen Vorsorge in der Schweiz betrug 2010 rund 600 Milliarden Franken. Dieses muss zum Teil im Ausland angelegt werden. Ein Teil davon wird in den kommenden Jahrzehnten «konsumiert» werden. Jeder Rentner beeinflusst als «Nur-Konsument» das Verhältnis zwischen Produktion und Konsum. Er entspart (Kaufmann, 1960, S. 247). Da es bedeutend mehr Rentner geben wird, die zudem länger leben, wird mehr Kapital aufgelöst werden müssen. Dieses Kapital steht in 30 Jahren nicht mehr für Investitionszwecke zur Verfügung. Diese Dynamik entspricht zumindest dem Konzept der Altersversicherung: Sparen während der Erwerbsphase, entsparen im Ruhestand. Die Renten aus den staatlichen und privaten Altersversicherungen haben indessen mittlerweile einen solchen Umfang angenommen, dass immer mehr Rentner ihr Vermögen gar nicht aufbrauchen müssen. Die «Asset-Meltdown»-Hypothese (das Schmelzen der

Altersvermögen) lässt sich empirisch (vorläufig) nicht erhärten. Im Gegenteil: Das Vermögen nimmt nach dem Pensionsalter sogar noch zu. Es kommt hinzu, dass die heutigen Erwerbstätigen höhere Löhne versichern. Also wird der Kapitalstock eher noch grösser. Es findet eher eine Eigentumsübertragung als ein Verzehr an Kapital statt. Eine weitere These besagt, dass Kapital vermehrt ins Ausland abwandern wird, weil es in den «jüngeren Volkswirtschaften» eine höhere Rendite gibt. Gegen diese These spricht, dass Volkswirtschaften mit einer jüngeren Bevölkerung ein höheres Risiko für Kapitalanlagen bergen können.

Konsum: Die zusätzlichen Mittel, die in den kommenden Jahrzehnten für Sozialleistungen aufgewendet werden müssen, verschwinden nicht, sie werden umverteilt und fliessen zum grossen Teil in den wirtschaftlichen Kreislauf zurück. Mehr ältere Menschen mit Kaufkraft bedeutet auch mehr Rücksichtnahme auf deren Bedürfnisse bei der Herstellung von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen. Es ist für die Stabilität einer Volkswirtschaft wichtig, die recht konstante Konsumnachfrage der älteren Menschen zu erhalten. Viele ältere Menschen dürften im 21. Jahrhundert über ein beträchtliches finanzielles Potenzial verfügen, sowohl was ihre Einkünfte wie auch ihr Vermögen angeht. Man spricht von WOOPIES (well-off older people) und einem «Silbermarkt». In vielen Marketingabteilungen von Unternehmungen wird seit Langem darüber nachgedacht, wie an das Geld dieser WOOPIES heranzukommen ist.

Was das konkrete Konsumverhalten angeht (vgl. Gaube, 1994), so ist davon auszugehen, dass ältere Menschen die wichtigsten langlebigen Konsumgüter schon angeschafft haben. Allerdings kaufen sie sich durchaus Statussymbole. Ein 75-jähriger St. Galler Unternehmer bezahlte im August 2010 31 050 Franken für das Nummernschild «SG 66». Als «Accessoire» kaufte er sich gleich noch einen Jaguar XKR für 150 000 Franken. Die Story in der Zeitung gabs kostenlos. Eine französische Studie besagt, dass die über 50-Jährigen nahezu die Hälfte aller Autokäufe tätigen (und drei Viertel jener im oberen Preissegment). Eine höhere Nachfrage wird es nach Produkten und Dienstleistungen mit einem hohen Convenience-Grad geben. Dazu gehören Hauslieferungen, Erleichterungen im Haushalt, einfach zu bedienende technische Geräte, komfortable öffentliche Verkehrsmittel, Kommunikations- und Überwachungssysteme, Fertigmahlzeiten usw. (dazu Gassmann & Reepmeyer, 2006). Besonders gesund müssen Mahlzeiten nicht sein, auch ältere Menschen wollen geniessen. Bekannt ist auch, dass ältere Menschen, zumindest heute noch, die Printmedien den elektronischen vorziehen. Hier liegt also, zumindest in naher Zukunft, durchaus ein Potenzial für die um Leserschaft kämpfenden Bezahlzeitungen. Spätere Rentnergenerationen, die sich schon an elektronische Medien, iPad und Gratiszeitungen

gewöhnt haben, werden aber kaum mehr umsatteln. Weil sich die Menschen beim Eintritt ins Rentenalter im Allgemeinen einer guten Gesundheit erfreuen, hat das bereits den Reisemarkt belebt. Bis zum Alter von etwa 75 Jahren sehnen sich die Menschen nämlich keineswegs nach Ruhe und Passivität. Was sich beim Reisemarkt gezeigt hat – dass man nämlich nicht Produkte als «speziell für Ältere» anpreisen sollte – gilt wohl auch für andere Märkte. Wohl wünschen sich ältere Menschen am Feriort Komfort und ruhige Aufmerksamkeit, auf keinen Fall aber ein «Rentnerghetto». In der Werbung sind die präsentierten Personen generell jünger als das eigentliche Zielpublikum. Als Faustregel könnte man formulieren: Produkte und Dienstleistungen müssen altersgerecht, dürfen aber nicht altersdeklariert sein (siehe Kapitel 6.5).

Die demographische Alterung verheißt für die Reisebranche günstige Perspektiven. Es gibt Touristen, die haben viel Zeit und wenig Geld, und es gibt solche, die haben wenig Zeit und viel Geld. Gut situierte Rentnerinnen und Rentner haben beides. «Es wird viele Leute geben, die mehr Geld und mehr Zeit haben und ihre Genuss- und Konsumorientierung und die erhöhten Freizeitwerte in die Tat umsetzen. ... Die alten Menschen werden keine Randgruppe mehr sein, sondern zu einer Macht als Wähler und Verbraucher werden» (Artho, 1996, S. 298). Die Senioren geben mehr Geld für den Konsum aus, verlangen aber neben Qualität die Vermittlung eines Erlebnisses und Lebensgefühls (Artho, 1996, S. 209). Profitieren werden sowohl der individuelle Tagestourismus als auch Fernreisen in Gruppen. Mit Senioren können Kapazitäten ausserhalb der Hochsaison besser genutzt werden. So gibt es bereits Angebote zum «Überwintern» an der Costa Blanca oder in der Südtürkei – eine attraktive Alternative zur Auswanderung.

Eine andere Frage ist, ob die älteren Menschen innovative Produkte eher meiden werden, was wiederum einen Einfluss hätte auf die Innovationsfreudigkeit der Wirtschaft. Generationen, die sich gewohnt waren, immer das Neueste zu haben – und auch die entsprechende Kaufkraft –, werden diese Gewohnheit wohl auch ins Alter mitnehmen.

Nach der Pensionierung steigen bis zu einem Alter von 75 Jahren die in einem Haushalt erbrachten Eigenleistungen sowie unentgeltlich erbrachte Leistungen (Bundesamt für Konjunkturfragen, 1994, S. 39). Mit der wachsenden Zahl der Menschen im Pensionierungsalter wird also auch das Volumen der in einer Volkswirtschaft erbrachten Eigenleistungen zunehmen. Diese Eigenleistungen vermindern aber nicht notwendigerweise den Konsum. Ganz im Gegenteil: Der Konsum kann dadurch auch steigen. Denn diese Eigenleistungen verlangen nach Komplementärgütern, die erworben werden, beispielsweise Güter für Haushalt, Hobbies und Garten. «Die Zeiten, wo mit

dem Pflanzen und Einmachen eigener Nahrungsmittel die Konsumausgaben gesenkt wurden, sind schon lange vorbei» (Bundesamt für Konjunkturfragen, 1994, S. 39). Die Aussichten für Bau- und Hobbymärkte sind also gut.

Neben der Frage, was konsumiert wird, stellt sich jene nach dem «Wie?». Im deutschen Bad Füssing gibt es seit 2005 Bayerns ersten Supermarkt speziell für Senioren («Neukauf 50+»). Die Parkplätze sind besonders geräumig, die Gänge im Laden sind breit, die Regale niedrig, die Etiketten sind gut lesbar. «Als Kommunikationstreff dient eine Ruhezone mit Trinkwasserspender und einem Blutdruckmesser für den schnellen Gesundheitscheck», wie es in einer Medienmitteilung hiess. Die Ladenkette «Coop» in der Schweiz hat 2008 die Einkaufswagen mit Lupen ausgerüstet, damit das Kleingedruckte besser gelesen werden kann.⁴⁰ In einem Migros-Markt in St. Gallen gab es vor einigen Jahren einmal einen Versuch mit einer «Langsamkasse» (als Gegenpol zur Schnellkasse, wo nur sieben Artikel zugelassen sind). Dieser Versuch wurde schon nach kurzer Zeit abgebrochen. Da ältere Menschen genug Zeit zum Einkaufen haben und oft auch soziale Kontakte und Einkaufserlebnisse suchen, werden sie diese Form der Produktebeschaffung bevorzugen. Das Online-Shopping wird aber für jene, die nicht mehr so gut zu Fuss sind, keine Lasten tragen können oder eher abgelegen wohnen, zu einem attraktiven Einkaufskanal werden. «Kaffeefahrten», bei denen die Senioren über den Tisch gezogen werden, werden wohl nie ganz aussterben.

Produktion: Das Pendant des Verbrauchs ist die Produktion. Wie beim Konsum erwähnt, werden die Unternehmungen ihre Produkte und Dienstleistungen vermehrt auf die Bedürfnisse der älteren Bevölkerungsgruppen ausrichten müssen. Die Tertiärisierung der Volkswirtschaften wird sich dadurch verstärken, d.h. es erfolgt eine weitere Verschiebung hin zur Bereitstellung und Erbringung von Dienstleistungen. «Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der demographischen Alterung sind recht gering», folgern André Müller und Renger van Nieuwkoop in einer Studie über die Branchenentwicklung (Bundesamt für Konjunkturfragen, 1994, S. 14). Die Autoren gehen davon aus, dass der technische Fortschritt und das Wachstum die «demographisch induzierte Wachstumsbremse» bei Weitem kompensieren. Industriebranchen würden unterdurchschnittlich, Dienstleistungsbranchen überdurchschnittlich wachsen. Die Bauwirtschaft, die wegen der anhaltenden Zuwanderung die Wirtschaftskrise nach 2007 kaum gespürt hat, wird ihre Kapazität zurückfahren müssen, sobald die Zuwanderung gebremst wird. Die internationale Position der Schweiz, Deutschlands und Österreichs wird kaum schlechter.

⁴⁰ Nach einigen Brandlöchern bei Sonnenbestrahlung wurden die meisten Leselupen wieder entfernt.

4.3 Soziale Sicherungssysteme

4.3.1 Das schweizerische Sozialversicherungssystem

Zum schweizerischen Sozialversicherungssystem gehören die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die Invalidenversicherung (IV), die berufliche Vorsorge (BV), die Arbeitslosenversicherung (ALV), die Erwerbsersatzordnung (EO), die Militärversicherung und die Familienzulagen. Nicht zum Sozialversicherungssystem, aber zur sozialen Sicherung, gehören die Ergänzungsleistungen und die Sozialhilfe. Die nachstehende Tabelle (S.94 und 95) gibt einen Überblick über die wichtigsten Zweige der Sozialversicherung.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung steht insbesondere die künftige Entwicklung der Altersversicherung im Brennpunkt des öffentlichen Interesses.⁴¹ Die Schweiz kennt seit 1972 bei der Altersversicherung das sog. Drei-Säulen-System. Die 1. Säule besteht aus der AHV und der Invalidenversicherung. Sie soll den Existenzbedarf sichern. Finanziert wird die 1. Säule durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie Beiträge der öffentlichen Hand. Der Beitragssatz betrug 2010 je 4,2 Prozent des Erwerbseinkommens für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (plus je 0,7 Prozent für die IV). Das System der AHV/IV beruht auf dem Umlageverfahren: Was heute an Beiträgen eingezahlt wird, wird an die heutige Rentnergeneration ausgezahlt. Es gibt indessen einen Ausgleichsfonds, in dem 2010 28 Milliarden Franken lagen. Bedürftige AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentner können Ergänzungsleistungen beantragen. 2009 machten 271 300 Personen davon Gebrauch (164 100 zur AHV, 103 900 zur IV, 3 300 zur Hinterlassenenversicherung).

Die 2. Säule ist die sog. Berufliche Vorsorge (BV). Deren Leistungen sollen «die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» ermöglichen. Die 2. Säule ist gesetzlich geregelt, wird aber von rund 2 400 privaten und öffentlichen Pensionskassen getragen. Die komplizierte Organisationsstruktur verursacht hohe Verwaltungs- und Durchführungskosten: 2008 waren es 2,5 Milliarden Franken. Die 2. Säule beruht auf dem Kapitaldeckungsverfahren: Es werden individuelle Kapitalien angehäuft und verzinst, die bei Erreichen des Pensionsalters in eine Rente umgewandelt werden. Der Satz, mit dem dies geschieht, wird «Umwandlungssatz» genannt. Der

⁴¹ Die «Kostenexplosion» ist zwar im Gesundheitswesen höher, doch werden hier die steigenden Kosten zum grossen Teil jährlich «automatisch» über Krankenkassenprämien und Direktzahlungen für nicht versicherte Leistungen auf die Haushalte überwältigt. Allein zwischen 1985 und 1995 haben sich die Kosten des schweizerischen Gesundheitswesens verdoppelt. Sie betrugen 1995 35,6 Milliarden Franken oder knapp zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts. 2009 waren es 61 Milliarden Franken oder 11,4 Prozent des BIP.

Tabelle 15: Zweige der schweizerischen Sozialversicherung

Zweig	Kranken- versicherung	Unfall- versicherung	Alters- versicherung	Invaliden- versicherung	Berufliche Vorsorge	Arbeitslosen- versicherung
Zweck	Deckung von Krankheitskosten und Erwerbsausfall, Prävention	Deckung von Unfallkosten und Erwerbsausfall, Unfallverhütung	Sicherung des Existenzbedarfs im Alter und bei Tod des Versorgers (BV 112)	Sicherung des Mindestbedarfs bei Erwerbsunfähigkeit; Wiedereingliederung	Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung (BV 113); mit AHV 60 % des zuletzt bezogenen Lohns	Sicherung gegen Teil- und Ganzarbeitslosigkeit, Umschulung, Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit
Versicherte/ Anspruchsberechtigte	obligatorische Grundversicherung	für Arbeitnehmer obligatorisch seit 1984	obligatorisch für die ganze Wohnbevölkerung	obligatorisch für die ganze Wohnbevölkerung	seit 1985 oblig. für Arbeitnehmer, freiwillig für Selbständige	obligatorisch für Arbeitnehmer; freiwillig für Selbständige
Organisation	87 anerkannte Krankenversicherer, Risikoausgleich	SUVA, private Versicherer, Krankenversicherer	Ausgleichskassen, Zentrale Ausgleichsstelle	AHV-Ausgleichskassen, kantonale IV-Stellen	Vorsorgeeinrichtungen (2 400) Sicherheitsfonds, Auffangeinrichtung	AHV-Ausgleichskassen, Verbands-, kantonale Kassen, Ausgleichsfonds, Regionale Arbeitsvermittlungszentren

Fortsetzung Tabelle 15:

Zweig	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Altersversicherung	Invalidenversicherung	Berufliche Vorsorge	Arbeitslosenversicherung
Finanzierung	Prämien der Versicherten, Selbstbehalt, Prämienverbilligung, Subventionen	Arbeitgeber (BU) und -nehmer (NBU), Prämie nach Branche unterschiedlich	Lohnprozente je 4,2 %, Subventionen, Zinsen, MwSt, Spielbanken, Alkohol- und Tabaksteuer	Lohnprozente je 0,7 %, Subventionen, MwSt	Lohnprozente, Arbeitgeber mindestens die Hälfte	Lohnprozente je 1,1 %, Arbeitgeber die Hälfte
Leistungen	Krankenpflege, ambulant und stationär, Krankengeld	Heilung, Taggeld, Rente, Integritäts-, Hilflosenentschädigung	Alters-, Witwen-, Waisenrente, Zusatzrente, Ergänzungsleistungen	Invalidenrente, Hilflosenentschädigung, Eingliederung, Hilfsmittel, Taggelder, Schulung	Alters-, Witwen-, Waisenrente, Splitting bei Scheidung	Taggeld, Kurzarbeit, Insolvenz-, Schlechtwetterentschädigung

Nicht aufgeführt: Erwerbsersatzordnung, Militärversicherung, Familienzulagen.

Merkmale der Sozialversicherung:

- Die ganze Bevölkerung bzw. alle Erwerbstätigen sind obligatorisch versichert
- Rechtsanspruch auf Leistungen
- Beiträge der Versicherten und des Staates bzw. der Arbeitgeber
- Öffentliches Recht

Mindestumwandlungssatz beträgt zurzeit 7 Prozent für Männer und 6,95 Prozent für Frauen. Er wird bis 2014 schrittweise auf 6,8 Prozent gesenkt. Eine weitergehende Senkung auf 6,4 Prozent haben die Stimmberechtigten der Schweiz am 7. März 2010 mit 72,7 Prozent Nein-Stimmen wuchtig verworfen. Versichert wird nur der «koordinierte Lohn», d. h. der durch die AHV abgedeckte Einkommensteil ist nicht rentenbildend. Dies benachteiligt insbesondere Kleinverdiener und Teilzeitarbeitende, denn Jahreslöhne unter 20880 Franken sind nicht versichert. Der Versicherte kann verlangen, dass ihm ein Viertel seines Altersguthabens als einmalige Kapitalabfindung ausgerichtet wird.

Die 3. Säule besteht aus der freiwilligen gebundenen Selbstvorsorge. Individuelles Alterssparen in Form von Geld oder Eigentum wird bis zu einem bestimmten Betrag steuerlich bevorzugt. Diese Ersparnisse sind bis zum Eintritt des Versicherungsfalles gesperrt.

Die Säule 2 und 3 sind demographieunabhängig, aber sensitiv gegenüber dem Kapitalmarkt und der Inflation. Die Säule 2 ist aber auch sensitiv gegenüber der Performance der Manager der Pensionskassengelder.

Zurzeit steht das schweizerische Sozialversicherungssystem im internationalen Vergleich sehr gut da. Zwar verfügen alle hochentwickelten Staaten über ausgebaute soziale Sicherungssysteme. Das schweizerische Dreisäulensystem der Altersversicherung hat indessen gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise seine Robustheit bewiesen. Im «Melbourne Mercer Global Pension Index» 2010 kam die Schweiz nach den Niederlanden bei einem Vergleich unter 14 Staaten auf Platz zwei.

Global gesehen verfügt indessen ein grosser Teil der Weltbevölkerung über keine oder nur eine unzureichende kollektive soziale Sicherheit, wie eine neue Studie der Internationalen Arbeitsorganisation aufzeigt. «Worldwide, nearly 40 per cent of the population of working age is *legally* covered by contributory old-age pension schemes» (International Labour Organization, 2010, S. 45). Tatsächlich geschützt sind aber bloss 26 Prozent. Ein gesetzlicher sozialer Schutz bei Arbeitslosigkeit ist nur in 78 der 184 untersuchten Staaten vorhanden. Oft ist aber nur eine Minderheit der Erwerbsbevölkerung geschützt. Fast ein Drittel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen.

4.3.2 Die Perspektiven der Sozialversicherungen sind nicht düster

Eine der brisantesten Fragen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung ist sicher jene nach den Zukunftsperspektiven der Sozialversicherungen. Ist die Finanzierung der Sozialwerke in diesem Jahrhundert noch gesichert? Können deren Leistungen aufrechterhalten werden? Ein Sozialversicherungssystem ist ja immer ein Transfersystem (Wechsler & Savioz, 1993, S. 18). Beitragspflichtige leisten Abgaben, damit werden Geld- und andere Leistungen an Empfangsberechtigte ausgerichtet. In den kommenden 50 Jahren wird, wie gezeigt worden ist, nicht die Zahl der Beitragspflichtigen stagnieren, aber die Zahl der Leistungsberechtigten stark ansteigen. Wegen der immer noch steigenden Lebenserwartung wird die Dauer der Bezugsberechtigung zunehmen. Generell kann man sagen, dass die Leistungen nur dann aufrechterhalten werden können, wenn Produktivitätsfortschritte erzielt werden und das Arbeitsvolumen ausgedehnt wird, sofern nicht die Erwerbstätigen eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen.

In der öffentlichen Diskussion wie auch in der wissenschaftlichen Literatur herrschen Pessimismus vor, was die Perspektiven der Sozialversicherungen in den hochentwickelten Staaten angeht, und zwar nicht erst seit der Jahrtausendwende. Hier eine Auswahl von Buchtiteln:

- Der Sozialstaat vor dem Offenbarungseid? (Schlecht u.a. 1996)
- Sozialfall Sozialstaat (Sper 1996)
- Sozialstaat wohin? (Schönig 1996)
- Der Sozialstaat in der Krise? (Boll 1984)
- Sozialstaat in der Krise (Dierkes 1996)
- Aufstieg und Fall des Sozialstaates (Calliess 1999)
- Herausforderungen des Sozialstaates (Kaufmann 1998)
- Krise und Reform des Sozialstaates (Lampert 1997)
- Ist der Sozialstaat noch zu retten? (Fisch 1996)
- Standortrisiko Wohlfahrtsstaat (Borchert 1997)
- Wohlfahrtsstaat ade? (Pettersson 1997)
- Sozialstaat Schweiz am Ende? (Rechsteiner 1998)
- Der deutsche Sozialstaat. Vom Bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall (Metzler 2003)
- Krise und Zukunft des Sozialstaates (Butterwegge 2006)
- Die Krise des Sozialstaats (Sabrow 2007)

An warnenden Stimmen und Mahnern, Skeptikern und Zweiflern, Pessimisten und Schwarzsehern, Aposteln und Propheten besteht also kein Mangel. Es ist ja auch durchaus richtig, dass man eine Entwicklung zunächst ganz dramatisch ausmalen muss, um

sich überhaupt Gehör zu verschaffen. Sehr oft stehen die verwendeten Zukunftsszenarien in einem nicht zu übersehenden Zusammenhang mit den politischen Interessen, die man vertritt.

Wenn im Diskurs unter Experten und in den Medien Pessimismus vorherrscht, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich dies auf die Bevölkerung überträgt. Nach einer Univox-Umfrage aus dem Jahr 2006 wurde die Lage der AHV auf einer Skala von 1 (dramatisch) bis 5 (hervorragend) mit 2,8 bewertet. Die zukünftige Lage wurde schlechter eingestuft.

AHV und IV basieren, wie erwähnt, auf dem sog. Umlageverfahren. Was heute von den Erwerbstätigen, den Arbeitgebern und dem Staat einbezahlt wird – 2009 waren es 36,8 Milliarden Franken –, wird an die heutigen Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Die berufliche Vorsorge, die 2007 ein Einnahmevermögen von 58,5 Milliarden und ein Vermögen von 607 Milliarden Franken⁴² aufwies, beruht zwar auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Dieses Zwangssparen, genauso wie das freiwillige private Sparen, wird gewiss spätere Generationen von Erwerbstätigen entlasten. Ökonomisch gesehen ist aber jedes Finanzierungsverfahren ein auf Gütern beruhendes Umlageverfahren von den Erwerbstätigen zu den Rentnern.⁴³ Diese Aussage ist dahingehend zu präzisieren, dass zwar die Leistungen in der Gegenwart erbracht werden müssen, die Finanzierung aber durchaus aus Erspartem früherer Perioden erfolgen kann. Man kann in späterer Zeit mit dem Ersparten auch im Ausland Güter und Dienstleistungen erwerben. Allein Geld auf die hohe Kante zu legen reicht aber nicht aus. Es gibt auch Güter und Dienstleistungen, die nur im Inland erworben werden können, und dafür braucht es die notwendige Ausstattung und das entsprechende Personal. Zudem müssen die wachsenden Konsumbedürfnisse der Rentner durch entsprechenden Konsumverzicht des aktiven Teils der Bevölkerung kompensiert werden, wenn eine inflationäre Entwicklung vermieden werden soll (Kaufmann, 1960, S. 513). Unerwünscht wäre aber auch, wenn zwar genügend Produktions- und Dienstleistungskapazität vorhanden wäre, die Rentner aber nicht über die finanziellen Mittel verfügen würden, um Güter und Dienstleistungen zu erwerben. Die Frage stellt sich, ob es in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ausreichende finanzielle Mittel sowie eine genügende Produktionskapazität mit den erforderlichen Arbeitskräften und Betreuungspersonen geben wird, um die wachsende Nachfrage im Gesundheitswesen und im Pflegebereich zu befriedigen.

42 Wie erwähnt verminderte sich wegen der Finanzkrise das Vermögen 2008: Minus 70 Milliarden Franken. Der Kapitalertrag betrug 2007 15,5 Milliarden Franken. Dies entspricht 36 Prozent der Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber zur beruflichen Vorsorge. 1995 hatte dieses Verhältnis noch 70 Prozent betragen.

43 (Wechsler & Savioz, 1993, S. 137). Näheres zur Unterscheidung von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft in Kapitel 5.11).

Die durchschnittlich ältere Gesellschaft der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird einen grösseren Teil der gesamten Wirtschaftsleistung für die Sozialversicherungen und insbesondere für das Gesundheitswesen aufwenden müssen. Lässt sich der Umfang dieser Aufwendungen quantifizieren? Es gibt dazu verschiedene Studien, die je nach getroffenen Annahmen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Wer optimistische Wachstumsprognosen zugrundelegt, wird zu günstigen Ergebnissen kommen. Gerade wegen des markanten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums hat das Umlageverfahren bislang gut funktioniert. Noch jede Rentnergeneration hat seit Einführung der AHV 1948 mehr erhalten, als sie selbst eingezahlt hat. Wie wir auch mit Annahmen jonglieren, die Tendenz für die kommenden 50 Jahre ist klar vorgezeichnet: Die Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme werden erheblich steigen, und sie werden einen grösseren Teil der gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes beanspruchen. Umstritten in der Diskussion sind nur die Höhe der Mehraufwendungen sowie die Beschaffung der Mittel zur Deckung der Finanzierungslücke. Die Antwort auf die erste Frage hängt von den getroffenen Annahmen ab, jene auf die zweite Frage vom politischen Standort. Die politische Antwort auf die Frage, woher die Mittel kommen sollen, lautet meist: Von den andern.

Bevor ich auf neuere Berechnungen eingehe, möchte ich zunächst auf zwei Studien aus den 1990er-Jahren eingehen. Dies ist nicht ohne Reiz, kann man doch die Treffsicherheit dieser Prognosen mehr als zehn Jahre später etwas besser beurteilen.

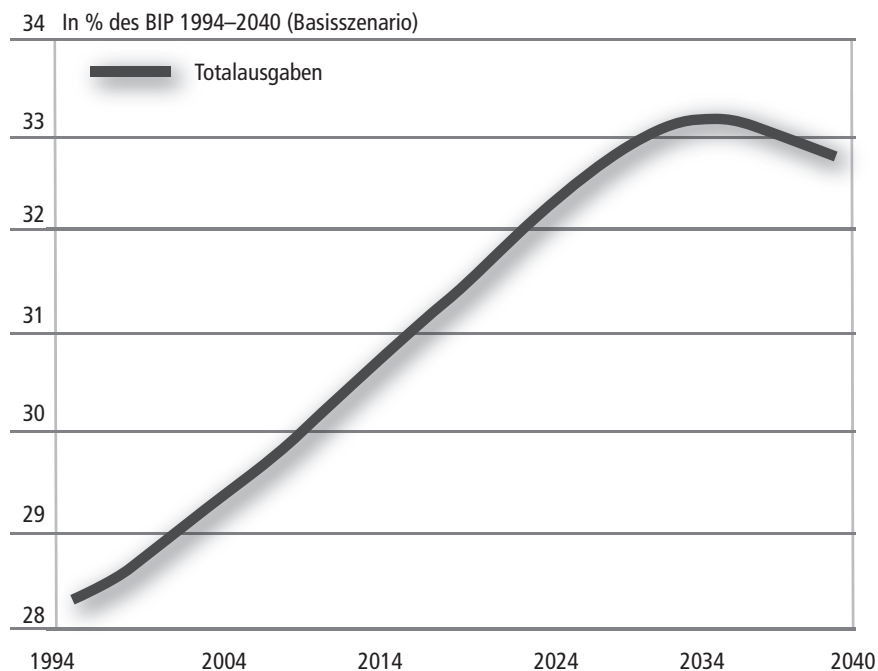
Grosse Beachtung gefunden und Kontroversen ausgelöst (Gilliand, 1994) hat eine Studie aus dem Jahr 1993 der Basler Ökonomen Martin Wechsler und Marcel Savioz, die Prognosen und Szenarien über die finanziellen Perspektiven der Sozialversicherungen in der Schweiz bis ins Jahr 2040 erstellt haben. Die Hauptergebnisse der Basisvariante, die ich hier zusammenfasse, sind in kompakter Form in einer Broschüre der damaligen Schweizerischen Bankgesellschaft wiedergegeben. Demnach werden die Gesamtaufwendungen⁴⁴ für die Sozialversicherungen von 25,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 1989 (Basisjahr) auf 32,8 Prozent im Jahre 2040 steigen.⁴⁵ Dies entspricht einer relativen Zunahme um 28 Prozent. In absoluten Zahlen ist das ein

44 Die Autoren trennen nicht zwischen Sozialleistungen, Sozialausgaben und Sozialeinnahmen der Sozialversicherungen, was die Ergebnisse dramatischer erscheinen lässt. 1995 betrug die Sozialausgabenquote in der Schweiz 25,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Sozialleistungsquote aber nur 18,2 Prozent. Die Differenz zwischen beiden Quoten ergibt die Kapitalbildung (abzüglich Verwaltungskosten). Im internationalen Vergleich lag und liegt die Sozialausgabenquote der Schweiz im Mittelfeld. Der Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten betrug 1995 27,6 Prozent (bei 15 Mitgliedstaaten) und 2007 26,2 Prozent (bei 27 Mitgliedstaaten).

45 Methodisch fragwürdig ist, die Einnahmen der beruflichen Vorsorge in die Rechnung miteinzubeziehen, insbesondere die Einnahmen aus der vor- und überobligatorischen Vorsorge. Letztere machen heute mehr als die Hälfte aus.

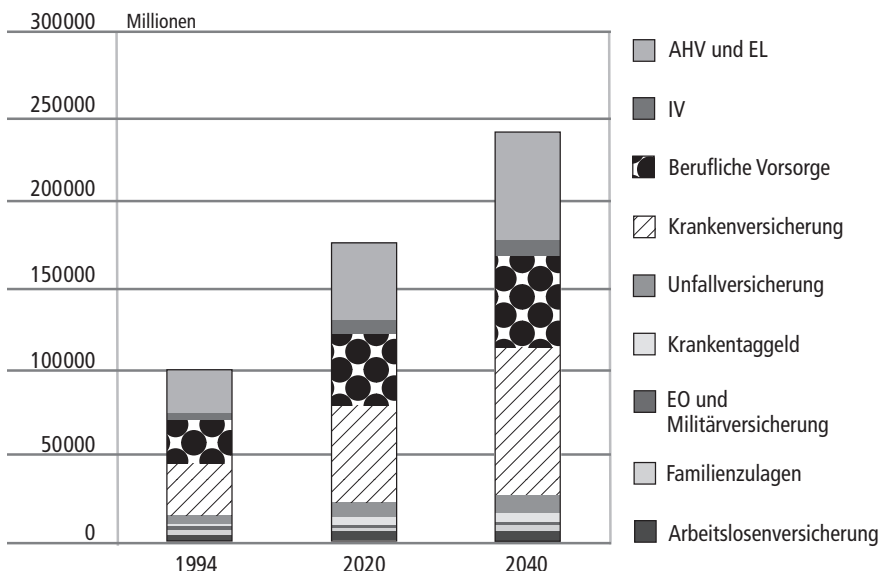
Sprung von 75 auf 241 Milliarden Franken. Allein die Kosten der Krankenversicherung klettern bis ins Jahr 2040 auf 86 Milliarden oder zwölf Prozent des BIP. Leider wurde zur graphischen Veranschaulichung dieser Entwicklung eine vertikale Achse gewählt, die nicht bei null, sondern bei 28 beginnt (Schweizerische Bankgesellschaft, 1993, S. 16, siehe die folgende Abbildung). So dargestellt, sieht die Kurve über die Jahre 1994 bis 2040 recht dramatisch aus, obwohl die Gesamtausgaben in Prozent des BIP nur um 5,1 Prozentpunkte steigen.

Abbildung 24: Darstellung der Gesamtausgaben der Sozialversicherungen bis 2040 (Wechsler/Savioz)



Ich wähle für meine graphische Darstellung nicht die relativen, sondern die absoluten Zahlen, und die vertikale Achse beginnt bei null.

**Abbildung 25: Die Prognose für die Sozialausgaben von Wechsel/Savioz 1993
(Szenario Kontinuität)**



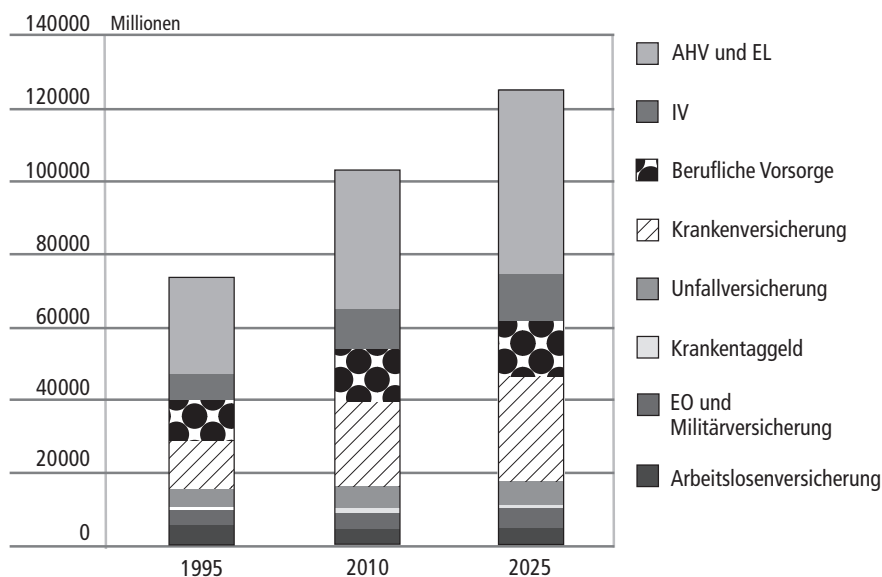
Als Folge der demographischen Entwicklung werden sich gemäss der Studie Wechsel/Savioz vor allem bei der AHV/IV und bei der Krankenversicherung Probleme ergeben, während die Entwicklung bei den übrigen Versicherungszweigen «normal» verläuft. Der Anteil, welchen die AHV/IV – eingeschlossen die Ergänzungsleistungen – am Bruttoinlandprodukt beanspruchen werden, steigt von 8,25 Prozent (29 Milliarden Franken) im Jahre 1994 kontinuierlich auf 10,31 Prozent (67 Milliarden) im Jahr 2032 an und sinkt dann wieder leicht.⁴⁶ Der Anteil der Krankenversicherung, 1994 8,34 Prozent des BIP oder 29,4 Milliarden, wird auf 11,78 Prozent (86,4 Milliarden) im Jahre 2040 klettern. Der Anteil der Ausgaben aller Sozialversicherungszweige für die über 62/65-Jährigen steigt von zehn Prozent des BIP 1994 auf 15 Prozent im Jahre 2040 (Wechsler & Savioz, 1993, S. 105). Für die über 80-Jährigen verdoppeln sich im gleichen Zeitraum die Sozialausgaben nahezu (von 2,9 auf 5,3 Prozent des BIP). Legt man das Bevölkerungsszenario «Stabilisierung» von 1992 zugrunde – das so genannt wird, weil es von einer Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung ausgeht –, dann beträgt der Anteil der AHV/IV am BIP im Jahre 2040 10,7 Prozent und jener der Krankenversicherung 12,4 Prozent. Der Anteil für alle Sozialversicherungszweige beträgt

⁴⁶ Zum Vergleich: Die Leistungen für Alte und Hinterbliebene betrug 1995 im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten 12,1 Prozent des BIP.

34,3 Prozent oder 219 Milliarden Franken. Den Szenarien liegt ein Wachstum der Arbeitsproduktivität von jährlich 1,6 Prozent zugrunde. Das bedeutet z. B. beim Szenario «Kontinuität», dass das BIP von 352 Milliarden Franken im Jahre 1994 auf 733 Milliarden im Jahre 2040 steigt. «Damit alleine die demographisch bedingten Ausgabenzunahmen getragen werden können, ist ein beträchtliches Wirtschaftswachstum erforderlich.»⁴⁷ Bei einem wirtschaftlichen Nullwachstum würden die Sozialausgaben im Jahre 2040 fast 36 Prozent des BIP betragen.

Im Juni 1996 legte eine interdepartementale Arbeitsgruppe des Bundes einen Bericht vor (Interdepartementale Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo), 1996). Demnach steigen die Ausgaben für die Sozialversicherungen bis ins Jahr 2010 von 73 um 30 Milliarden Franken auf 103 Milliarden und bis 2025 gar auf 125 Milliarden. Die Einnahmen steigen bis ins Jahr 2010 von 72 auf 98 Milliarden. Dem Referenzszenario liegt ein «vorsichtiges» (optimistisches?) Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 Prozent bis ins Jahr 2010 und von 0,5 Prozent für

Abbildung 26: Sozialausgaben 1995 bis 2025 nach Modell IDA FiSo (1996)



47 Wechsler/Savioz (1993, S. 104). – Andere Studien, die damals im Auftrag des Bundesamtes für Konjunkturforschung ausgearbeitet worden sind, kamen zum Schluss, dass die Kosten des Anstiegs des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung tragbar sein werden, sofern auch inskünftig Produktivitäts- und Einkommenssteigerungen erzielt werden. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21.10.1994, S. 23.

den Zeitraum von 2011 bis 2025 zugrunde. Im Bericht 1996 wurde eine heillose Verwirrung über einen angeblichen «Mehrbedarf» im Jahr 2010 von 14 Milliarden Franken angerichtet (vgl. den «Exkurs»).

Reizvoll ist nun, die Ergebnisse der Modelle Wechsler/Savioz und IDA FiSo einander gegenüberzustellen.

Tabelle 16: Gegenüberstellung der Prognosemodelle Wechsler/Savioz und IDA FiSo

Jahr	Wechsler/Savioz (Basismodell) ^e		IDA FiSo (Referenzszenario)	
	Gesamtausgaben ^c Mia	davon AHV/IV/EL	Gesamtausgaben ^d Mia	davon AHV/IV/EL
2005	125,7 ^a	36,4 ^a	91,8	43,1
2010	143,6	42,7	102,9	48,9
2025	188,6 ^b	58,0 ^b	125,0	63,2

^a 2004

^b 2024

^c Bei der beruflichen Vorsorge: Einnahmen

^d Bei der beruflichen Vorsorge und Unfallversicherung: Beiträge

^e Inkl. Krankentaggeldversicherung

Das IDA FiSo-Modell hat den Vorteil der «späteren Geburt», da es auf Preisen von 1995 basiert. Das Modell Wechsler/Savioz beruht auf Daten von 1989. Darüber hinaus ergeben sich die Differenzen aus verschiedenen Konzepten und verschiedenen Annahmen. Die höheren Gesamtausgaben bei Wechsler/Savioz resultieren u.a. aus dem Einbezug der Krankentaggeldversicherung (2010 3,2 Mia Franken) und dem Einbezug des vor- und überobligatorischen Bereichs der beruflichen Vorsorge. Die Einnahmen der Pensionskassen machten 1992 im obligatorischen Bereich 13,5 Milliarden Franken aus. Zählt man den vor- und überobligatorischen Bereich hinzu, waren es 42 Milliarden. Recht nahe kommen sich die Berechnungen bei den Ausgaben für die AHV/IV und die Ergänzungsleistungen im Jahr 2025. Der Ausgabenzuwachs ist bei Wechsler/Savioz viel stärker, weil sie auch Ausgaben bzw. Einnahmen einrechnen, die nicht durch das Sozialversicherungssystem bedingt sind. Sicher ist es falsch zu sagen, die Quote der Sozialerinnahmen hätte 1989 25,7 Prozent betragen. Der Bundesrat beziffert sie mit 21,1 Prozent.⁴⁸ Die Quote der Sozialleistungen betrug im selben Jahr 14,1 Prozent.

⁴⁸ Antwort des Bundesrates auf die Interpellation von Nationalrat Rudolf Strahm (94.3110).

Schon im Dezember 1997 folgte ein weiterer Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe IDA FiSo mit dem Titel «Analyse der Leistungen der Sozialversicherungen». Während beim Bericht von 1996 die Finanzierungsseite im Vordergrund gestanden hatte, beleuchtet dieser Bericht vor allem die Leistungsseite. Der Bundesrat legte einen Finanzierungsrahmen bis ins Jahr 2010 für drei Szenarien fest, zwischen einem «Mehrbedarf» von neun Milliarden (Szenario «gezielter Abbau») und einem solchen von 18 Milliarden Franken (Szenario «gezielter Ausbau»). Leider wurde auch in diesem Bericht unglücklich mit Mehrwertsteuerprozenten jongliert. Es ist von «Mehrausgaben» für das Jahr 2010 in einer Bandbreite zwischen vier und acht Mehrwertsteuerprozenten die Rede. Immer wieder taucht im Bericht der «Mehrbedarf» von 6,7 Mehrwertsteuerprozenten oder 14 Milliarden Franken auf, der angeblich zur Sicherung des Status quo bis ins Jahr 2010 nötig ist. Dieser «Mehrbedarf» stellt, wie ich gleich ausführen werde, eine völlig falsche Ausgangslage dar (vgl. Exkurs: IDA FiSo 2 – die grosse Verwirrung). Es sind mittlerweile elf Jahre vergangen, seit ich diese Kritik angebracht habe, und da wir nun das Jahr 2011 schreiben, sind die damaligen Behauptungen nicht nur logisch, sondern auch empirisch widerlegt.

Nach diesem Rückblick wollen wir uns dem Ist-Zustand und neueren Prognosen widmen. Betrachten wir zunächst die neuesten Zahlen bezüglich der Ausgaben für soziale Sicherheit in der Schweiz. Diese Angaben beruhen auf der Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (GRSS), welche im Unterschied zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch Subventionen berücksichtigt. Die GRSS ist international vergleichbar, da sie auf dem «Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik» beruht.

Tabelle 17: Gesamtausgaben für soziale Sicherheit in der Schweiz 2005 bis 2007

Zu laufenden Preisen, in Mio. Fr.	2005	2006	2007
Gesamtausgaben	135 719	137 273	142 478
Sozialleistungen	125 753	127 496	132 364
Nicht bedarfsabhängige	117 408	118 835	123 664
– Geldleistungen	84 919	85 977	89 589
– Sachleistungen	32 490	32 858	34 076
Bedarfsabhängige	8 345	8 660	8 700
Übrige Ausgaben	9 965	9 778	10 114
davon Durchführungskosten	6 515	7 010	7 491

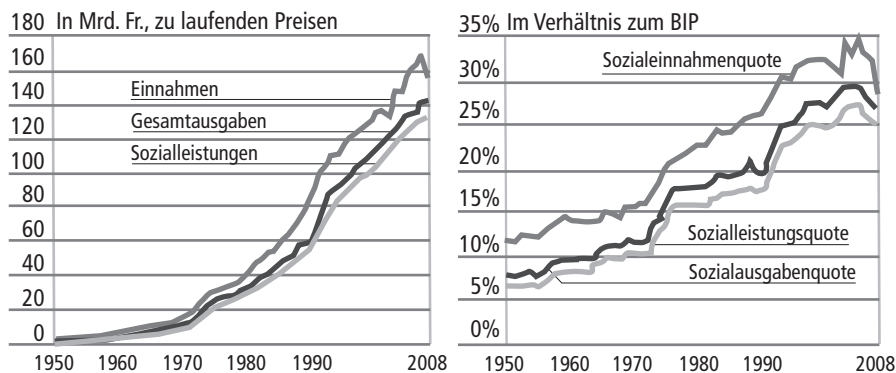
Aus dieser Tabelle können wir schon ein paar wichtige Dinge ableiten. Zunächst muss man begrifflich Sozialausgaben von den Sozialleistungen und den Sozialeinnahmen unterscheiden. Sozialleistungen sind Geld- und Sachleistungen für Anspruchsberechtigte. Die Gesamtausgaben sind höher als die Sozialleistungen, denn ein eingenommener Franken entspricht nicht einer Leistung von einem Franken. Die Einnahmen müssen gesammelt, gelagert, angelegt, wieder verteilt werden, Millionen von Versicherten müssen administriert werden. Die Durchführungskosten machten 2007 7,5 Milliarden Franken aus. Wie wir gleich aus der nächsten Abbildung sehen werden, sind die Sozialeinnahmen in der Schweiz höher als die Sozialausgaben, weil insbesondere die berufliche Vorsorge viel höhere Einnahmen als Ausgaben hat. Sehen wir uns jetzt die Einnahmen an:

Tabelle 18: Gesamteinnahmen für soziale Sicherheit in der Schweiz 2006/2007

Millionen Franken	2006	2007	2007; %
Gesamte Einnahmen	161 582	167 290	100.0
<i>Sozialbeiträge</i>	84 320	90 986	54.4
Arbeitgeber	46 180	50 310	30.1
Arbeitnehmer	35 621	38 059	22.8
Selbständige	2 519	2 616	1.6
<i>Kopfprämien</i>	15 926	16 209	9.7
<i>Staatsbeiträge</i>	36 186	38 898	23.3
Bund	16 496	18 006	10.8
Allgemein	11 634	13 015	7.8
Zweckgebunden:	4 862	4 991	3.0
Tabaksteuer	2 161	2 186	1.3
Alkoholsteuer	223	235	0.1
Mehrwertsteuer	2 072	2 121	1.3
Spielbankenabgabe	407	449	0.3
Kantone	15 077	16 029	9.6
Gemeinden	4 612	4 862	2.9
<i>Übrige Einnahmen</i>	25 150	21 197	12.7
Vermögenserträge	23 793	19 886	11.9
Übrige Einnahmen	1 357	1 311	0.8

Aus obiger Tabelle ersehen wir, dass es keineswegs so ist, dass alle Einnahmen direkt von den Versicherten kommen. Die Staatsbeiträge machen rund einen Viertel aus. Natürlich müssen diese auch wieder über Steuern finanziert werden, welche Steuerpflichtige und Unternehmungen belasten. Es ist also auch bei der Altersversicherung nicht so, dass sämtliche Einnahmen von den Erwerbstätigen stammen. Die Jungen zahlen nicht einfach für die Alten. In Dänemark beispielsweise wird die Volkspension voll über die Steuern finanziert. In Chile wiederum wurde das Rentensystem unter Pinochet vollständig privatisiert und kapitalgedeckt. Arbeitnehmer zahlen 13 Prozent ihres Gehalts in einen Pensionsfonds.⁴⁹

Abbildung 27: Sozialeinnahmen, Sozialausgaben und Sozialleistungen in der Schweiz 1950–2008



Quelle: GRSS

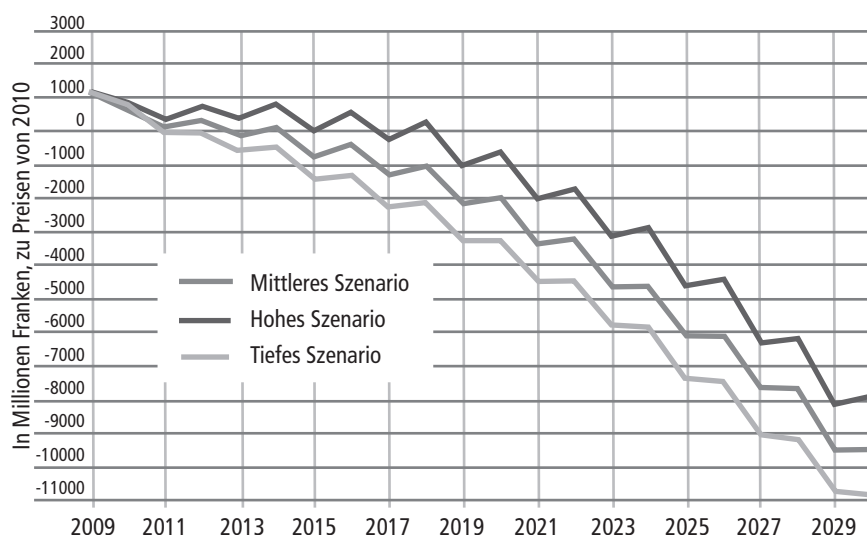
Obenstehende Abbildung zeigt uns nochmals, dass die Sozialausgaben höher sind als die Sozialleistungen und die Sozialeinnahmen höher als die Sozialausgaben. Interessant ist ein Blick auf die Entwicklung seit 1950, in absoluten Zahlen auf der linken Seite, relativ zum Bruttoinlandprodukt (BIP) auf der rechten Seite (Quoten). Absolut gesehen haben die Ausgaben seit 1990 stark zugenommen (von 64,8 Milliarden 1990 auf 142,4 Milliarden). Relativ zum BIP setzte schon Mitte der 1970er-Jahre eine starke Steigerung ein. Ursachen dafür sind der schrittweise Ausbau des Sozialstaates, die Zunahme der Zahl der Versicherten und ihrer Einkommen sowie wirtschaftliche Krisen, während denen mehr Personen auf Sozialleistungen angewiesen sind. Und natürlich ist die Zahl der Rentnerinnen und Rentner gestiegen.

⁴⁹ Mit der Reform von 2008 wurde freilich eine Art erste Säule eingeführt.

Der Knick bei den Einnahmen nach dem Jahr 2001 erklärt sich durch die sinkenden Kapitalerträge nach dem Börseneinbruch. In der Periode 2001/2002 ist das zusammengefasste Finanzkapital der Sozialversicherungen um gesamthaft 46 Milliarden Franken geschrumpft. 2007 ging die Sozialausgabenquote zurück, obwohl die Sozialausgaben absolut zunahmen. Die Erklärung dafür ist das starke Wirtschaftswachstum. 2008 und 2009 werden sich bei den Sozialeinnahmen wiederum die Auswirkungen des Börseneinbruchs zeigen. 2008 kam es zu Kapitalwertverlusten von 104 Milliarden Franken.

Widmen wir uns nun den neuesten Szenarien und Prognosen bezüglich der Zukunft der Sozialversicherungen in der Schweiz. Hier die Prognosen des Bundesamtes für Sozialversicherungen aus dem Jahre 2009.

Abbildung 28: AHV-Finanzhaushalt bis 2030 gemäss Prognose des Bundesamtes für Sozialversicherungen 2009



Selbst das optimistische «hohe Szenario» rechnet 2030 mit einem Defizit von acht Milliarden Franken. Das Kapitalkonto der AHV würde 2030 beim mittleren Szenario ein Minus von 27 Milliarden Franken schreiben.

Auf ein Postulat von Nationalrat A. Baumann hat der Bundesrat am 17. März 2006 einen «Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote» publiziert. Nationalrat Baumann hatte in seinem Vorstoss den Bundesrat

eingeladen, eine Gesamtschau über die Entwicklung der Sozialversicherungen bis 2010 bzw. 2025 auszuarbeiten und verlangt, eine tragbare und langfristig stabile Soziallastquote festzulegen. Die Festlegung der Soziallastquote auf ein willkürliches Niveau könne kein wirtschaftspolitisches Ziel als solches darstellen, schreibt der Bundesrat in seiner Antwort (Bericht S. 20).

Im Bericht werden neue Begriffe eingeführt, nämlich «Finanzierungsbedarf» und «Soziallast» bzw. «Soziallastquote». In Fussnote 26 steht: «Der Finanzierungsbedarf wird aber neu in Prozenten des BIP und nicht mehr in MWSt-Prozentpunkten dargestellt.» Das ist positiv, denn neue Verwirrungen konnten damit vermieden werden. Der Finanzierungsbedarf der Sozialversicherungen entspricht der Geldsumme, welche für die Finanzierung der Leistungen in einem bestimmten Jahr benötigt wird. Der Finanzierungsbedarf wird für die *Leistungen* jedes Sozialversicherungszweigs berechnet. Einzig bei den ganz oder teilweise auf Kapitaldeckung beruhenden Versicherungszweigen (berufliche Vorsorge und Unfallversicherung) werden demgegenüber die *Beiträge* (ohne Kapitalerträge) anstatt die Leistungen betrachtet, und zwar bei der beruflichen Vorsorge nur der obligatorische Teil (S. 15 des Berichts). Die Begriffsbildung ist nicht ganz konsequent. Man wäre besser von den Ausgaben ausgegangen und nicht von den Leistungen, denn die Verwaltungskosten müssen natürlich auch finanziert werden.

Im Modell hat man folgende Hypothesen verwendet:

Tabelle 19: Annahmen über demografische und wirtschaftliche Entwicklung ab 2010

	Ungünstige Entwicklung	Grundszenario	Günstige Entwicklung
Demografie	Verstärkte Alterung (D-00-2000)	Trend (A-00-2000)	Abgeschwächte Alterung (E-00-2000)
Lohnzuwachsraten ab 2010 (real)	0.5 %	1.0 %	1.5 %
Zuwachsraten KV (OKP)*	Trend + 0.9 %	Trend	Trend - 0.9 %
Arbeitslosenquote ab 2010	3.2 %	2.6 %	2.2 %
Lohnzuwachsraten (nominal)	2.5 %	3.0 %	3.5 %
Preiszuwachsraten (nominal)	2.0 %	2.0 %	2.0 %

Quelle: (Bundesrat, 2006)

* KV: Krankenversicherung; OKP: obligatorische Krankenpflegeversicherung

Wirtschaftswachstum und Demographie sind Variablen, die sich politisch nur sehr begrenzt steuern lassen. Sie sind auch stark von internationalen Veränderungen abhängig. Kein Wunder deshalb, dass ein ständiger Glaubensstreit darüber besteht, von welchen Veränderungsraten man bei den Berechnungen ausgehen soll.

Und das sind die Ergebnisse der Modellrechnung gemäss Grundszenario:

Tabelle 20: Finanzierungsbedarf der obligatorischen Teile der Sozialversicherungen

Jahr	AHV	IV	EL	EO	BVG*	UV*	KV	FZ	ALV*	Total
2005	31 656	11 559	3 001	901	16 316	5 080	19 886	4 792	7 185	100 376
2015	40 404	13 658	4 254	1 385	17 856	5 574	25 148	4 790	6 008	119 077
2030	53 118	14 931	6 218	1 506	18 735	6 028	30 422	5 510	6 080	142 548

In Millionen Franken zu Preisen von 2005

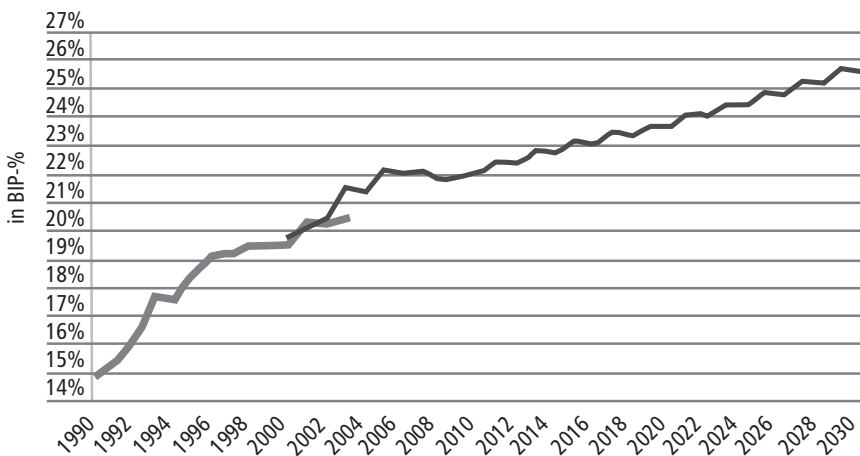
* Die Beiträge sind zu finanzieren (Kapitalertrag nicht berücksichtigt)

Quelle: (Bundesrat, 2006)

Die Einnahmen der beruflichen Vorsorge betrugen 2005 50,7 Milliarden Franken. Richtigerweise werden aber nur die obligatorischen Beiträge berücksichtigt, denn aus freiwilligen Zahlungen ergeben sich keine Verpflichtungen des Staates. So betreffen beispielsweise die Diskussionen um den Umwandlungssatz und den Mindestzinssatz nur den obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge. Beim überobligatorischen Teil sind die Pensionskassen frei. Bei der Krankenversicherung ist nur die obligatorische Grundversicherung berücksichtigt.

Nun zum Finanzierungsbedarf im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP. Die Soziallastquote misst den «Anteil» des BIP, welcher für die Finanzierung der Sozialversicherungen aufgewendet werden müsste.

Abbildung 29: Entwicklung der Soziallastquote der obligatorischen Sozialversicherungen 1990 bis 2030

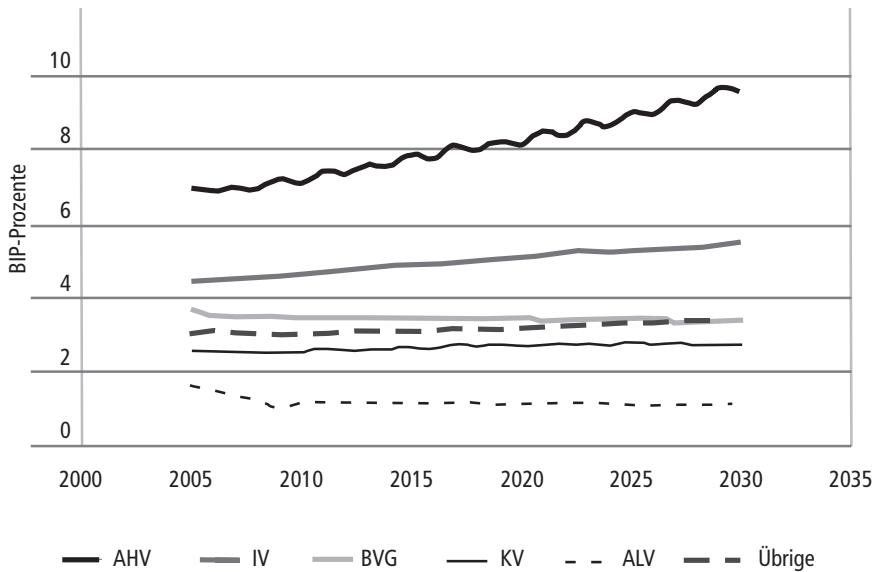


Quelle: (Bundesrat, 2006)

Man sieht im Vergleich zu Abbildung 27 sofort, dass die Soziallastquote tiefer ist als die Sozialausgabenquote: 22,2 Prozent im Jahr 2005 (Sozialausgabenquote 29,3 Prozent). Dies beruht darauf, dass in der Soziallastquote nur die Ausgaben für die obligatorischen Sozialversicherungen berücksichtigt sind, während in der Sozialausgabenquote auch die Ausgaben für Sozialhilfe, Wohnen, das Asylwesen, Spitäler usw. enthalten sind. Im Unterschied zur Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit sind Subventionen berücksichtigt. «Last» ist als Begriff nicht so glücklich. Man hätte besser «Sozialversicherungsquote» gesagt.⁵⁰

Aus obiger Abbildung ergibt sich eine interessante Feststellung bezüglich der Entwicklungstendenz über die gesamte betrachtete Zeitspanne von 1990 bis 2030. Die Kurve verläuft von 1990 bis 2006 steiler als von 2008 bis 2030. Die Zuwachsraten sinken also. Der relative Finanzierungsbedarf steigt von 22,2 Prozent 2005 auf 25,6 Prozent 2030 (plus 3,4 Prozent). Zwischen 1990 und 2005 war er indessen um 10,6 Prozent gestiegen. Man beachte in obiger Abbildung, dass die vertikale Achse nicht bei 0, sondern erst bei 14 Prozent beginnt, was die Kurve steiler erscheinen lässt.

⁵⁰ Nicht optimal sind auch die im Bericht verwendeten Begriffe «Bedarf» und «Mehrbedarf», weil mit diesen Begriffen assoziiert werden könnte, es seien zur Deckung des Bedarfs neue Steuern nötig. Das gilt aber nur teilweise. Wenn die berufliche Vorsorge 2030 einen «Bedarf» von 18,7 Milliarden Franken haben wird, wird dieser über Lohnabzüge und Arbeitgeberbeiträge automatisch gedeckt. Man würde besser mögliche Defizite ins Zentrum stellen, wie sie bei der AHV auftreten können.

Abbildung 30: Finanzierungsbedarf der Sozialversicherungen 2000 bis 2030

Quelle: (Bundesrat, 2006)

Ein Blick auf die einzelnen Sozialversicherungszweige zeigt, dass sich insbesondere bei der AHV und bei der Krankenversicherung ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf ergeben wird. Gemessen in BIP-Prozenten hängt der Bedarf allerdings stark von der Wirtschaftsentwicklung ab. Ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent jährlich heisst, dass das BIP in 30 Jahren 80 Prozent höher sein wird, d.h. entsprechend mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt werden als heute. 0,5 Prozent weniger Wachstum bedeutet, dass Mehreinnahmen von 0,5 Mehrwertsteuer-Prozenten oder 1,3 Milliarden gebraucht werden. Man muss sich auch über die Wechselwirkungen der Vorausschätzungen im Klaren sein: Die Vorausschätzung des Finanzierungsbedarfs rechnet bereits mit einem realen Lohnzuwachs von einem Prozent jährlich.

Experten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes haben für die AHV eigene Szenarien-Rechnungen angestellt (Lampart & Mattmann, 2010). Da die Autoren bezüglich Zuwanderung (jährlicher Überschuss von 37'500 Personen) und Lohnentwicklungen (Reallohnzuwachs 1,2 Prozent) von optimistischeren Annahmen ausgehen als das Bundesamt für Sozialversicherungen, kommen sie zum Ergebnis, dass die AHV in den nächsten 15 Jahren auch ohne Reformen auf soliden finanziellen Füßen steht. Dem

Bundesamt für Sozialversicherung wurde vorgerechnet, dass es bei seinen bisherigen Szenarien immer von zu pessimistischen Annahmen ausgegangen sei. Die Botschaft kam an. Am 4. Mai 2011 präsentierte das Bundesamt für Sozialversicherungen neue Szenarien für die Finanzierung der AHV. Das neue mittlere Szenario basiert auf einer jährlichen Nettozuwanderung von 40 000 Personen. Die Finanzierung der AHV sieht man deshalb bis ins Jahr 2020 als gesichert an.

Lassen wir komplizierte Zahlenspielereien einmal beiseite und formulieren wir einige Fragen aufgrund einfacher Überlegungen. Schon 1999 waren 1,4 Millionen Menschen AHV-rentenberechtigt (2009 1,9 Millionen). An sie wurden 31 Milliarden Franken ausbezahlt (2009 35,6 Milliarden). Zu berücksichtigen ist, dass rund 450 000 Rentenberechtigte im Ausland wohnen (darunter auch Schweizer). Die Zahl der rentenberechtigten Personen steigt bis 2025 auf 2,3 Millionen und bis 2050 noch stärker an. Die Bezugsdauer der Renten verlängert sich. Gleichzeitig stagniert die Zahl der potenziell Erwerbstätigen. Dies ist eine Entwicklung, die auch aus heutiger Sicht mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten wird. Eine Schlussfolgerung können wir ziehen: Der «aktiven» erwerbstätigen Bevölkerung wird in Zukunft eine grössere intergenerative Solidaritätsleistung abverlangt. Die viel kleineren Generationen nach 1970 werden die Renten der starken «Boomgeneration» finanzieren müssen. Welche Finanzierungsquellen man auch anzapfen möchte, der politische Widerstand gegen neue Steuern und Abgaben ist vorprogrammiert. Falls Wirtschaft und Produktivität nicht wachsen und damit die bestehenden Einnahmequellen «automatisch» reichlicher sprudeln, wird man die lohnprozentualen Abgaben erhöhen müssen. Dies würde zur Senkung der realen Einkommen der Erwerbstätigen und zur Erhöhung der Lohnnebenkosten führen. Werden die Jüngeren ihrer Steuerlast und den Sozialabgaben durch ein Abtauchen in die Schattenwirtschaft ausweichen und so die Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen untergraben? Werden die Unternehmen den steigenden Lohnnebenkosten durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und mehr Kapitaleinsatz zu entinnen suchen? Wird es zu Verteilungskämpfen zwischen den Generationen kommen, bei denen die Erwerbstätigen ihre wirtschaftliche und die Rentner ihre politische Macht einsetzen? Die Rentnerinnen und Rentner dieses Jahrhunderts werden zu Recht ihre Ansprüche auf Sozialversicherungsleistung geltend machen, da sie ja selbst über Jahrzehnte Beiträge eingezahlt und damit intergenerative Solidarität geübt haben.

Allerdings: Die Zahl der Menschen im Rentenalter und der Altersquotient sind bereits in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen, ohne dass die Altersversicherung in grosse Turbulenzen gekommen ist. Von 1975 bis 2000 ist die Zahl der AHV-Rentner

stark gewachsen, um etwa 500 000. Wenn man bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 gesagt hätte, die Zahl der AHV-Bezüger würde gut 60 Jahre später fast zwei Millionen betragen, wäre es schwierig gewesen, die Versicherung zu realisieren. Trotzdem funktioniert sie heute! Es kommt eben wie erwähnt nicht nur auf die Zahl der Beitragspflichtigen und Rentenberechtigten an, sondern auch auf das Lohnvolumen und das Rentenvolumen. Wenn wir bei der Bemessung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht vom BIP, sondern vom Bruttosozialprodukt (BSP) oder Bruttonationaleinkommen ausgehen, sieht die Sache noch weniger dramatisch aus. Das BSP liegt in der Schweiz gewöhnlich etwa zehn Prozent höher als das BIP, weil darin auch die Einkünfte der Inländer aus dem Ausland inbegriffen sind (das Jahr 2008 war wegen der Finanz- und UBS-Krise eine Ausnahme). Diese Einkünfte sind potenziell auch Steuersubstrat.

Massnahmen, die denkbar sind, um dieser Herausforderung zu begegnen, werden uns in Kapitel 5.4 beschäftigen.

4.3.3 Exkurs: IDA FiSo 2 – die grosse Verwirrung⁵¹

Wie heikel der Umgang mit Szenarien ist, hat die interdepartementale Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo) gleich selbst demonstriert. Im zweiten Bericht von 1997, der sich mit der Leistungsseite befasst, geht sie nämlich von der völlig falschen Voraussetzung aus, die Erhaltung des Status quo bedinge im Jahr 2010 einen «Mehrbedarf» von 14 Milliarden Franken oder 6,7 Mehrwertsteuer-Prozentpunkten. Dabei ist im ersten Bericht nirgends von diesen 14 Milliarden die Rede. Diese 14 Milliarden wurden auch von den Medien übernommen, und seither war die Meinung weit verbreitet, es drohe bis 2010 eine happige Mehrwertsteuererhöhung, womit sich die Schweiz dem Mehrwertsteuerniveau der EU annähern würde.

Wie kam man auf diese obskuren 14 Milliarden Franken? Die ganze Verwirrung dürfte wegen der im Bericht 1996 verwendeten komplizierten Begrifflichkeit entstanden sein. Es war von absolutem, von relativem Mehrbedarf und von Finanzierungslücke die Rede. Schon der Begriff «Mehrbedarf» ist verwirrend. Wenn bis 2010 «automatisch» sowohl die Ausgaben (von 73 auf 103 Milliarden) wie die Einnahmen (von 72 auf 98

⁵¹ An dieser Stelle wird aufgezeigt, dass man im zweiten Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo) von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Die «Beweisführung» ist relativ komplex und stellt hohe Anforderungen an die Leserin/den Leser. Für das Verständnis der nachfolgenden Kapitel ist die Lektüre dieses Exkurses nicht erforderlich. – In der medialen Öffentlichkeit wollte damals niemand etwas von diesen Überlegungen wissen. Die NZZ druckte einen entsprechenden Artikel von mir nicht ab.

Milliarden) steigen, dann «bedarf» es eben nicht 30 Milliarden und auch nicht 15 Milliarden Franken, um die Lücke zu stopfen. Man hätte besser von Ausgabensteigerung und «Defizit» gesprochen. Stets klarzumachen ist, auf welche Grösse die Mehrausgaben oder das Defizit ins Verhältnis gesetzt werden («relativ» ist): auf die gesamte volkswirtschaftliche Leistung, auf die Gesamtausgaben der Sozialversicherungen oder auf die Gesamtausgaben des Bundes bzw. der Kantone. Der «relative Mehrbedarf» setzt die Ausgabensteigerung ins Verhältnis zu einer gesamtwirtschaftlichen Grösse wie dem Bruttoinlandprodukt, der Lohnsumme, den Verbrauchsausgaben usw.

Die im Bericht 1996 auf Seite 72 fett gedruckte Warnung, dass es beim relativen Mehrbedarf nur um eine Veranschaulichung der Ausgabensteigerung in Bezug auf diese wirtschaftlichen Grössen gehe, scheint nicht viel genützt zu haben. Man wollte sagen: Die Ausgaben aller Sozialversicherungszweige von 73 Milliarden Franken entsprechen 1995 42,5 Mehrwertsteuer-Prozenten. Die Ausgaben im Jahr 2010 von 103 Milliarden Franken werden dannzumal 49,2 Mehrwertsteuer-Prozenten entsprechen. Das sind 6,7 Mehrwertsteuer-Prozentpunkte mehr. Hätte man 1998 und 2010 die gesamten Sozialausgaben über Mehrwertsteuer-Prozente gedeckt, müsste man die Steuer im Lauf dieser Zeitspanne sukzessive auf 49,2 Prozent anheben. Da die Mehrwertsteuer aber nur einen kleinen Teil der Einnahmen ausmacht und man nur das Defizit, nicht die Mehrausgaben zu decken braucht, *war es völlig verfehlt zu glauben, man müsse bis ins Jahr 2010 die Mehrwertsteuer um 6,7 Prozentpunkte erhöhen.* In unzulässiger Weise wurde der relative Mehrbedarf – wie viel machen die Gesamtausgaben in Mehrwertsteuerprozenten aus – zu einem absoluten Mehrbedarf umgerechnet. Die Rechnung lautete: Der relative Mehrbedarf beträgt im Jahr 2010 6,7 Prozentpunkte. Ein Mehrwertsteuer-Prozent macht im Jahr 2010 2,1 Milliarden Franken aus. Also fehlen im Jahr 2010 $6,7 \times 2,1$ Milliarden = 14 Milliarden Franken! Dies ist eine Rechnung, die in doppelter Hinsicht falsch ist. Weder werden im Jahr 2010 alle Ausgaben über die Mehrwertsteuer gedeckt noch ist es zulässig, die Ausgabensteigerung zwischen 1995 und 2010 als «Differenz» zu deklarieren, die es über die Mehrwertsteuer-Prozente zu decken gelte.

Die falsche Botschaft des «Mehrbedarfs» und der angeblich notwendig werdenden Mehrwertsteuererhöhung war angekommen und hatte sich in den Köpfen festgesetzt. In einer Mitteilung der Wirtschaftsförderung vom 9. Februar 1998 hiess es: «Zur Erhaltung des Status quo der Sozialwerke braucht es bis zum Jahr 2010 rund sieben MwSt-Prozente mehr, was auf eine Verdoppelung des MwSt-Satzes innerhalb von nur zehn Jahren hinausläuft.» Ähnliche Interpretationen fand man auch in der Presse. Die «Neue Zürcher Zeitung» vom 14. Juni 1996 titelte «Alarmierende Verteuerung der Sozial-

werke. Ungedeckter Mehrbedarf von 14 Milliarden bis 2010». Der «Tages-Anzeiger» berichtete am 10. Juni 1996 unter dem Titel «Soziales: Finanzierungslücke wird grösser»: «Im Jahr 2010 werden zusätzliche 6 bis 7 Mehrwertsteuer-Prozent nötig sein, um den heutigen Standard der sozialen Absicherung bei Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu halten.» Im «Tages-Anzeiger» vom 30. Dezember 1997 wurde nachgedoppelt: «Sollen die Sozialwerke auch im Jahr 2010 Bestand haben, muss der (Mehrwert)Steuersatz in den nächsten 10 bis 12 Jahren mehr als verdoppelt werden.» Ein Artikel der NZZ vom 23. Dezember 1997 trug den Untertitel: «Selbst ein Leistungsabbau kommt teuer zu stehen.» Sogar im Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1998 war zu lesen: «Gemäss dem Grundszenario und unter Voraussetzung der Beibehaltung des Leistungsniveaus ist mit einem zusätzlichen Finanzbedarf der Sozialversicherungen von umgerechnet insgesamt 5,2 Lohnprozenten (AHV-Löhne) oder von 6,8 Mehrwertsteuerprozenten zu rechnen.»⁵²

Modellrechnungen, wie sie die IDA FiSo und Wechsler/Savioz angestellt haben, sind ohne Zweifel sinnvoll und notwendig. Bei der Kommunikation mit der Öffentlichkeit gibt es aber das Problem, dass hauptsächlich die Ergebnisse transportiert und zur Kenntnis genommen werden, während sich kaum jemand mit den Annahmen, Begriffen und Konzepten beschäftigt, die den Berechnungen notwendigerweise zugrunde liegen. Einfache «Messages» werden kritiklos übernommen und weitergereicht. Wenn dann noch unterschiedliche «Prognosen» in die politische Diskussion einfließen, schafft das mehr Konfusion als Klärung. Wie anspruchsvoll das Erstellen und Interpretieren von Szenarien ist, hat die IDA FiSo selbst eindrücklich belegt, indem der zweite Bericht kritiklos die Mär vom «Mehrbedarf» von 6,7 Mehrwertsteuer-Prozenten übernahm.⁵³ Man kann von Glück sagen, dass sich der Bundesrat nicht für eines der drei von der IDA FiSo aufgezeichneten Szenarien entschieden hat. Die Landesregierung hat vielmehr im April 1998 richtig gehandelt, als sie beantragt hat, die Mehrwertsteuer bis 2006 zugunsten der AHV um anderthalb Prozentpunkte und für die IV im Jahre 2003 um einen Prozentpunkt zu erhöhen.⁵⁴ Diese insgesamt 2,5 Prozent-

52 Ähnliche Töne waren nach der Volksabstimmung über die 11. AHV-Revision am 16. Mai 2004 (68 Prozent Nein-Stimmen) zu hören. Ein Interview mit dem damaligen Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung in der «Sonntags-Zeitung» trug den Titel: «Der Altersversicherung droht schon 2011 der Kollaps».

53 Der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Hans-Ulrich Bigler, operiert in einem NZZ-Artikel vom 26. Mai 2010 (Sonderbeilage, S. 9) mit Mehrwertsteuerprozenten. «Zeitbombe Sozialversicherungen» heisst der Titel, «Die nicht finanzierten Leistungen der nächsten zehn Jahre entsprechen sechs Mehrwertsteuerprozenten» der Untertitel.

54 Der Steuersatz von 6,5 Prozent wurde 1999 für die Finanzierung der AHV um ein MWST-Prozent erhöht (gemäss der Kompetenz in Artikel 130,3 der Bundesverfassung). In der Volksabstimmung vom 27. September 2009 wurde eine befristete Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 7,6 auf 8 Prozent zugunsten der Finanzierung der IV gutgeheissen.

punkte entsprachen dem prognostizierten «Defizit». Zusätzliche fünf Milliarden Franken waren für die schweizerische Volkswirtschaft verkraftbar. Man rufe sich in Erinnerung, dass die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung von 1990 bis 1995 von 0,5 auf 6,1 Milliarden Franken gestiegen sind. Die Wirtschaft wurde deswegen, trotz Rezession, nicht ruiniert; ganz im Gegenteil, die Ausgaben haben wohl eher stabilisierend gewirkt.⁵⁵

Meine Überlegungen hatte ich 1998 dem damaligen Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, Otto Piller, in einem Schreiben übermittelt. In seinem Antwortschreiben vom 10. August 1998 hiess es: «Ihrer Interpretation der Zahlen aus dem Bericht der IDA FiSo kann ich mich grundsätzlich anschliessen... Ich stimme Ihnen zu, dass die Verwendung der Begriffe «absoluter Mehrbedarf», «relativer Mehrbedarf» und «Finanzierungslücke» hohe Anforderungen an die Leserinnen und Leser des Berichts der IDA FiSo stellt.» Am 4. September 1998 bot ich verschiedenen Zeitungen einen Artikel mit dem Titel «Heillose Verwirrungen um Mehrwertsteuer-Prozente. Sozialwerke bis ins Jahr 2010 solide» an. Im Vorspann schrieb ich: «Seit die interdepartementale Arbeitsgruppe «Finanzierung der Sozialversicherungen» (IDA FiSo) im Juni 1996 ihren Bericht über die Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen vorgelegt hat, geht das Schreckgespenst einer happigen Mehrwertsteuer-Erhöhung um. Die Lesart ist, dass im Jahr 2010 bei den Sozialwerken eine Finanzierungslücke von 15 Milliarden klaffen wird, die durch eine Mehrwertsteuererhöhung von 6,7 Prozentpunkten oder eine Erhöhung der lohnprozentualen Abgabe um 5,2 Prozentpunkte aufgefangen werden müsse. Schon ist die Rede davon, dass der schweizerische Mehrwertsteuersatz bald das EU-Mindestniveau von 15 Prozent erreichen werde. Eine solche Interpretation ist unzutreffend.» Keine Zeitung hat diesen Artikel abgedruckt.

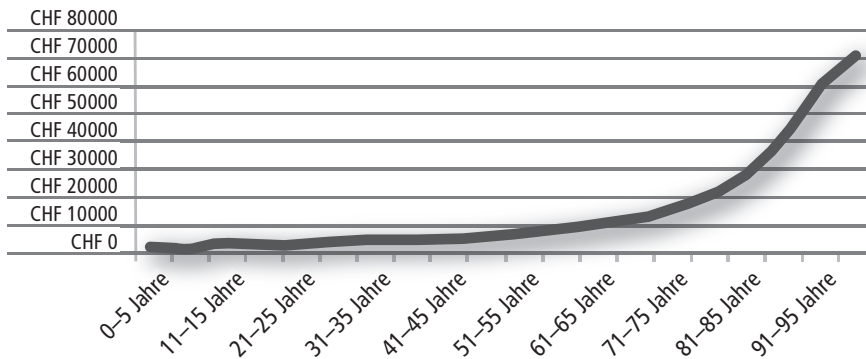
4.4 Gesundheits- und Pflegewesen

Die starke Zunahme der Zahl der Betagten und Hochbetagten wird Konsequenzen für den Gesundheits- und Pflegesektor und die damit zusammenhängenden Kosten haben, insbesondere nach dem Jahr 2026, wenn die Babyboomers in die Phase der Hochaltrigkeit kommen. Die Krankheitskosten steigen mit dem Lebensalter. 2007 verursachte die Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen pro Kopf Krankheitskosten von 3 495 Franken. Bei der Altersgruppe der 86- bis 90-Jährigen betrugen sie 42 218 Franken. Über den Risikoausgleich der Krankenkassen zahlten 2008 die unter 60-Jährigen

⁵⁵ Allerdings betrug die abzutragende Schuld des ALV-Ausgleichsfonds Ende 1996 4,8 Milliarden Franken.

5,3 Milliarden Franken an die Älteren. Im Gegenzug subventioniert der Staat die Jungen: 82 Prozent der 2,2 Millionen Menschen, die Prämienverbilligung erhalten, sind unter 60 Jahre alt.⁵⁶

Abbildung 31: Krankheitskosten 2007 in der Schweiz nach Altersgruppen



Die Zahl der chronisch Kranken und der Hospitalisierten in der Endphase des Lebens dürfte steigen. Die Studie Wechsler/Savioz rechnete damit, dass sich für die über 80-Jährigen die Sozialausgaben im Verhältnis zum BIP von 2,9 auf 5,3 Prozent erhöhen (vgl. die Abbildung in Schweizerische Bankgesellschaft, 1993, S. 14). Der Schluss, mehr und im Durchschnitt ältere Betagte würden in den kommenden Jahrzehnten rapid steigende Krankheitskosten zur Folge haben, liegt auf der Hand. Hier gibt es freilich einen Einwurf. Die Zürcher Ökonomen Stefan Felder und Peter Zweifel haben die wichtige Feststellung gemacht, dass nicht das Lebensalter, sondern die Restlebenszeit entscheidend ist für die Höhe der anfallenden Krankheitskosten. Nicht das Kalenderjahr, sondern die Nähe zum Tod treibt die Gesundheitskosten nach oben (sog. «Kompressionsthese»). Nicht unbedingt das Alter, das Sterben ist teuer. «Auf die Gesamtbevölkerung übertragen, dürften die Ausgaben für die Betreuung von Personen im letzten Lebensjahr zwischen 10 % und 15 % der Gesamtkosten im Gesundheitswesen ausmachen, wobei ein Grossteil auf das letzte Quartal vor dem Tod entfällt.»⁵⁷ Nach neueren Schätzungen dürften die Krankheitskosten für Menschen im letzten Lebensjahr gar 25 bis 30 Prozent der Gesamtkosten ausmachen. Damit stellen sich schwierige ethische Fragen am Ende des Lebens für Pflegepersonal und Angehörige: Wie wägt man Kosten gegen die Dauer und Qualität des Lebens ab?

⁵⁶ NZZ am Sonntag vom 31. Mai 2009, S. 9

⁵⁷ NZZ vom 10. Dezember 1996, S. 26.

Die Alterung der Bevölkerung ist somit nur zum Teil verantwortlich für die höheren und steigenden Gesundheitskosten der Bevölkerung. Es fallen nicht mehr Kosten für die ältere Bevölkerung an, sondern die hohen Kosten vor dem Lebensende fallen in einem höheren Alter an. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung sind chronisch krank. Unter den alten Menschen sind es nicht sehr viel mehr. Hinzufügen muss man freilich, dass mit dem höheren Lebensalter auch die Zahl der Jahre steigt, während denen man Leistungen des Gesundheitswesens beansprucht. Wenn zudem gewisse chronische Krankheiten ab einem höheren Lebensalter verstärkt eintreten – wie zum Beispiel der Verlust der Sehfähigkeit –, dann steigen mit der Lebenserwartung auch die Krankheitskosten. Mit dem Alter erhöht sich auch das Risiko, demenzkrank oder invalid zu werden. Unter den über 85-Jährigen sind 30 bis 40 Prozent von einer Demenz betroffen. Die Zahl der Demenzkranken dürfte von heute 100 000 auf 150 000 im Jahr 2020 steigen.⁵⁸ Die jährlichen volkswirtschaftlichen Kosten für Demenzerkrankte beliefen sich 2009 in der Schweiz auf fast sieben Milliarden Franken. Davon wurden drei Milliarden Franken durch Pflegeleistungen von Angehörigen erbracht.

Nicht übersehen darf man, dass eine Gesellschaft mit vielen jungen Menschen höhere Gesundheitskosten in anderen Bereichen verursacht. Von Unfällen sind zur Hauptsache jüngere Menschen betroffen. Das gilt insbesondere für Berufs- und Sportunfälle (Männer!). Frauen verunfallen häufiger im Haushalt und im Garten. 2008 gab es in der Schweiz 267 831 Berufsunfälle. Nur 60 642 davon betrafen Frauen, nur 2 845 davon Menschen über 64 Jahre. Jährlich ereignen sich in der Schweiz etwa 300 000 Sportunfälle, ein knappes Drittel davon bei Ballspielen. Junge Menschen verursachen auch mehr Verkehrsunfälle, weil sie mehr im Auto unterwegs sind und mehr Risiken eingehen. 2009 gab es in der Schweiz gut 20 000 Verkehrsunfälle mit 25 000 Verunfallten. Gemäss einer Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (Sommer, 2007) aus dem Jahre 2007 verursachten Strassenverkehrsunfälle 2003 Kosten von 6,5 Milliarden Franken, Haus- und Freizeitunfälle Kosten von 4,5 Milliarden und Sportunfälle Kosten von 2,1 Milliarden. Berücksichtigt man auch immaterielle Kosten, so betrugen die Kosten 2003 gesamtwirtschaftlich 54 Milliarden Franken.

Mit Gewissheit wird es einen Mehrbedarf sowohl für Infrastruktur (Alterssiedlungen und Pflegeplätze) als auch für Betreuungspersonal geben. Die ambulanten sozialpflegerischen Dienste müssen weiter ausgebaut werden. Stark an Bedeutung gewinnen

58 Weil die Zürcher Memory-Klinik im Krankenhaus Entlisberg überlastet war und Patienten aus anderen Kantonen nicht mehr aufgenommen werden können, wurde 1998 in der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen im Kanton Thurgau eine weitere Memory-Klinik eröffnet. Mittlerweile gibt es in der Schweiz in fast allen Kantonen Memory-Kliniken oder ähnliche Einrichtungen.

wird die geriatrische Rehabilitation. Wie sich schon jetzt abzeichnet, wird die Zahl der Plätze in Pflegeheimen und ähnlichen Institutionen weiter steigen. Die Zahl der Plätze in Alters- und Pflegeheimen in der Schweiz betrug 2007 89 908. Einer Prognose zufolge steigt sie bis 2020 auf 102 244 und 2040 auf 139 565. Entsprechend braucht es mehr Personal. «Schon bis zum Jahre 2020 muss das Pflegepersonal für die Chronischkrankenpflege verdoppelt werden, und bis zum Jahre 2040 ist sogar eine Verdreifachung notwendig» (Höpflinger & Stuckelberger, 1999, S. 166).

Eine offene Frage ist, inwieweit die Betreuungsarbeit privat geleistet und inwieweit sie kollektiv durch die Gemeinschaft organisiert bzw. kommerzialisiert wird. Der Trend geht eher in Richtung Professionalisierung und Kommerzialisierung. Insbesondere in den USA ist die Altenpflege zu einem normalen Business geworden. Weil die Familien im Durchschnitt kleiner sind, ist eine Betreuung durch Angehörige zu Hause eine immer grössere Belastung. Auch die Zahl der Verwandten hat sich vermindert. Die Männer sind gegenüber den Frauen bevorteilt: Wenn sie in den letzten Lebensjahren pflegebedürftig werden, werden sie häufig noch von ihren Frauen daheim betreut. Hochbetagte Frauen, die ihren Ehemann überlebt haben, sind hingegen meist auf eine professionelle Krankenpflege angewiesen.⁵⁹ Während die Männer durchschnittlich ein Jahr im Heim verbringen, betrug die durchschnittliche Aufenthaltszeit für Frauen im Jahr 2000 drei Jahre (Wanner, 2005, S. 117).

Allerdings ist die Betreuung alter Menschen medizinisch nicht sehr attraktiv, und finanziell schon gar nicht. Bei Alterskrankheiten kommt die Medizin, trotz enormem Aufwand mit entsprechender Kostenfolge, rasch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Das Personal in Alters- und Pflegeheimen hat in unserer Gesellschaft kein hohes Prestige (Hug, 1992, S. 61). Es handelt sich immer noch um einen typischen Frauenberuf. Wege müssten gefunden werden, um das Ansehen jener Personen zu erhöhen, die sich hauptberuflich mit der medizinischen Betreuung und der Pflege alter Menschen beschäftigen. Etappen dieses Weges sind insbesondere eine qualifizierte Ausbildung, respektierte Diplome und eine angemessene Entlohnung. Was die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze angeht, so ist der Betreuungs- und Pflegesektor sicher zukunftssträftig. Es muss aber darauf Bedacht genommen werden, dass Leistungen bedarfsgerecht angeboten und erbracht werden, und dass nicht bloss die Menge ausgeweitet, sondern vielmehr die Qualität verbessert wird. Seit 1999 hat sich in Bezug auf die Ausbildung einiges getan. So kann man in Fachhochschulen der Schweiz neu einen Bachelor und einen Master in Pflege erwerben, und in einigen Staaten ist auch

59 Klaus Müller in der Neuen Zürcher Zeitung vom 3.8.1998, S. 13.

die Promotion in Pflege möglich. Günstiger machen wird die Akademisierung des Gesundheitswesens natürlich nicht.⁶⁰ Eine neue Nische hat die Landwirtschaft entdeckt: Betreutes Wohnen auf Bauernhöfen nicht nur für junge Behinderte, sondern auch für ältere Menschen. Damit würde dem «Stöckli» neues Leben eingehaucht, nur dass Bauernfamilien nicht mehr die eigenen alten Eltern pflegen, sondern gegen Entgelt nicht verwandte ältere Menschen.

Der eigentliche Kostentreiber im Gesundheitswesen ist nicht die demographische Entwicklung, sondern der medizinisch-technische Fortschritt, der Bestand und die Qualifikation des Personals und die erhöhte Inanspruchnahme medizinischer Güter und Dienstleistungen. Eine Studie für die Jahre 1982 bis 1990 hat gezeigt, dass der Anteil der nichtdemographischen Faktoren zwischen 71 und 87 Prozent betrug. Eine Modellrechnung für die Pflegekosten bis 2040 zeigt, dass die Kosten insgesamt um 208 Prozent zunehmen. Die demographiebedingte Kostensteigerung macht aber nur 77 Prozent aus. Der Anteil der Gesundheitskosten am BIP hat sich in allen entwickelten Ländern seit 1970 fast verdoppelt. In der Schweiz betrugen sie 2009 11,4 Prozent des BIP (siehe Fussnote 41). Damit liegt die Schweiz auf dem zweiten Platz hinter den USA und vor Deutschland. Die Zahl der praktizierenden Ärzte und Zahnärzte stieg in der Schweiz von 5 550 1970 auf 15 588 im Jahr 2007. 13,5 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten 2008 im Gesundheitswesen (542 000). Ein Viertel davon waren Ausländer. 2008 gab es 318 Spitäler mit fast 40 000 Betten, 163 700 Beschäftigten und Betriebsausgaben von 19,5 Milliarden. Die «Kostenexplosion» ist irgendwo auch «Einnahmeexplosion», denn die Gesundheitskosten bedeuten auf der Einnahmeseite der Leistungserbringer Löhne, Aufträge und Gewinne.

⁶⁰ Der Spitex-Krankenpflegeverein Rorschach, den ich zwischen 2004 und 2009 präsiert habe, beschäftigte noch vor 30 Jahren Ordensschwwestern. Pro Senectute St. Gallen kämpfte darum, in der Haushaltshilfe teilzeitbeschäftigte freiwillige Helferinnen einzusetzen, die nicht notwendigerweise einen beruflichen Abschluss in diesem Bereich haben, aber natürlich viel günstiger sind.

4.5 Betreutes statt kollektives Wohnen

In der Bundesrepublik Deutschland wohnen etwa 83 Prozent der Personen über 75 in den eigenen vier Wänden. In der Schweiz leben 96 Prozent der 65- bis 79-Jährigen und noch 78 Prozent der über 80-Jährigen im eigenen Haushalt. Das Heimeintrittsalter liegt im Schnitt bei über 80. Zur Hälfte wohnen die Hochbetagten in Einpersonenhaushalten, wobei es sich überwiegend um Frauen handelt.⁶¹ Der Trend zu Single-Haushalten dürfte sich in diesem Jahrhundert verstärken, weil auch vermehrt jüngere Menschen diese Wohnform zumindest für eine gewisse Zeitspanne wählen. Schon heute sind in Städten wie Zürich oder Basel die Hälfte aller Haushalte Einzelpersonenhaushalte. Weil die Sesshaftigkeit mit dem Alter zunimmt und sich die Lebensspanne nach der Pensionierung verlängert hat, dürfte die Nachfrage nach Eigentumswohnungen zunehmen. Ein grosser Teil der hochbetagten Menschen in Einzelhaushalten muss betreut werden. Rund ein Viertel der Hochbetagten können eine Distanz von 200 Metern nicht mehr alleine gehen, ihre Wohnung nicht mehr allein verlassen oder allein Treppen steigen.⁶²

Ob mehr kleinere und Einpersonenhaushalte auch die Belegung von mehr kleinen Wohnungen bedeuten wird – ob also ältere Menschen ihre grossen Wohnungen und Häuser, die sie zur Zeit ihrer Erwerbstätigkeit belegen, behalten werden oder nicht –, wird von ihren verfügbaren Einkommen, den Mietpreisen und dem Wohnungsangebot abhängen. Noch 1980 belegte eine Person durchschnittlich 34 m² Fläche. Die durchschnittliche Wohnflächenbelegung wuchs jährlich um 0,5 m² und betrug 2000 44 m². Im Jahr 2000 gab es in der Schweiz rund 420 000 Zweitwohnungen (bei einem Gesamtwohnungsbestand von zwei Millionen). Im Durchschnitt beanspruchte schon 1997 jeder Einwohner der Schweiz 400 m² Siedlungsfläche. Der wachsende Bedarf an Wohn- und Siedlungsfläche widerspiegelt die wachsende Kaufkraft. Die gegenwärtige Tendenz spricht eher dafür, dass die Menschen in ihren grossen billigen Wohnungen und Häusern bleiben und nicht in kleine, im Verhältnis zur Wohnfläche teurere umziehen werden.⁶³ Neben der Gesundheit ist für ältere Menschen nichts so wichtig wie die vertrauten vier Wände (Hug, 1992, S. 58). Dies könnte bedeuten, dass es um das Jahr 2040, wenn die Zeit der geburtenstarken Jahrgänge abgelaufen sein wird, zu einem Angebotsüberhang an Wohnungen kommen wird. Bei Einfamilienhäusern ist

61 Dies ergibt sich daraus, dass der Ehemann gewöhnlich älter ist und eine kürzere Lebenserwartung hat. Älter werden als verheiratete Frau heisst also oft, sich auf eine längere Zeit des Alleinlebens in der letzten Lebensphase einzustellen.

62 Vgl. Brigitte Wehrli-Schindler in der Neuen Zürcher Zeitung vom 3./4. Februar 1996, S. 17.

63 Vgl. Esther Müller, Weniger Menschen – mehr Platz zum Wohnen? In: (Füglister, 1994, S. 100).

im unteren und mittleren Segment mit einer Ausweitung des Angebots zu rechnen. Sofern die älteren Menschen in naher Zukunft in ihren grossen Wohnungen bleiben, muss die Nachfrage nach mehr Wohnfläche von anderen Altersgruppen – unter anderem von Zuwanderern und Geschiedenen – durch Neubauten befriedigt werden. Vor etwa 15 Jahren war eine Sättigungstendenz bei der Nachfrage nach mehr Wohnraum feststellbar (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 76), doch war diese nur vorübergehend. Wenn alle im Jahre 2008 eingewanderten Personen – der Wanderungssaldo betrug 98 167 Personen – in einer einzigen Stadt untergebracht wären, hiesse das, dass eine Stadt wie Winterthur neu entstanden wäre. Nach der Studie «Wohnimmobilien 2008–2023» (BAK Basel Economics/Fahrländer Partner, 2008, S. 21) lag die Neuproduktion von Wohnungen 2007 mit 43 000 Einheiten über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Insgesamt erwartet BAK Basel bis 2023 einen zusätzlichen Bedarf von 260 000 Wohnungen im Eigentum.

So erstrebenswert es ist, dass betagte Menschen so lange als möglich zu Hause wohnen können: Wenn kein soziales Netz vorhanden ist, besteht bei dieser Wohnform die Gefahr von Isolation und Vereinsamung. Spitalexterne Hilfe (Spitex) ist oft eine notwendige Voraussetzung, um das Bedürfnis nach dem Wohnen zu Hause erfüllen zu können.⁶⁴ Der englische Begriff «Homecare» bildet besser ab, was gefragt ist: Pflege im häuslichen Umfeld, mit sofort abrufbaren Ressourcen, möglichst in der Nähe. Homecare genügt aber nicht, um der Gefahr der Vereinsamung zu begegnen. Unter diesem Aspekt wäre es vorteilhaft, wenn sich nicht nur junge, sondern auch alte Menschen in Wohngemeinschaften zusammenschliessen. Die Anpassungsleistungen, welche die Alten zu erbringen haben, sind dabei grösser als jene der Jungen bei der gleichen Wohnform, weil sie ihr ganzes bisheriges Leben in einer traditionellen Wohnform verbracht haben. In Göttingen (Deutschland) wurde 1994 die WG «Am Goldgraben» ins Leben gerufen. 1996 wollte das Amt für Altersheime der Stadt Zürich in den Quartieren Wipkingen und Wollishofen zwei Senioren-Wohngemeinschaften lancieren. Diesem Vorhaben war kein Erfolg beschieden. Es meldeten sich zwar viele Interessenten; den Schritt, in eine WG einzuziehen, wagte aber niemand. Im August 1998 ergriff die Unabhängige Wohnbaugenossenschaft Üetli eine neue Initiative. Sie bot drei Wohnungen für Seniorengemeinschaften in der neuen Überbauung Rütihof in Zürich Höngg an. 2003 wurde sie geschlossen. So richtig zu bewähren scheinen sich die Alten-WGs nicht. Das wird wohl auch so sein, wenn bald Generationen ins Rentenalter kommen, die aus ihrer Jugendzeit «WG-Erfahrung» mitbringen. Spätestens wenn

⁶⁴ Schweizweit betreute die Spitex 2008 mit 29 000 Helferinnen und Helfern (12'000 Vollzeitstellen entsprechend) in über 600 Organisationen 211 000 Klientinnen und Klienten. Die Ausgaben beliefen sich auf 1,3 Milliarden Franken.

jemand schwer pflegebedürftig oder dement wird, braucht es professionelle Hilfe. Andere Konzepte sind die Wohnbaugenossenschaft oder die Hausgemeinschaft, wie beispielsweise die «egeno» in Opfikon-Glattbrugg. Man wohnt im gleichen Haus, aber nicht in einer Wohngemeinschaft und zieht bei Bedarf externe Dienste bei. Das Alterszentrum Gibeleich liegt vor der Haustür. Es ist jedem Einzelnen überlassen, wie stark er die sozialen Kontakte pflegen will.⁶⁵ Dies kommt dem betreuten Wohnen (siehe unten) nahe. In Zürich Affoltern begann 2008 ein Experiment mit der «Hausgemeinschaft 55+».⁶⁶ Einzelpersonen oder Paare wohnen individuell, aber die 49 Mitglieder dieser Gemeinschaft haben sich verpflichtet, sich wöchentlich mehrere Stunden für die Gemeinschaft zu engagieren. Es gibt gemeinsame Einrichtungen wie Bibliothek, Fitnessraum und Sprudelbad. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Ähnlich funktioniert auch die Hausgemeinschaft Ruggächern in Zürich.

Sicher überholt als Wohnform im Alter ist das traditionelle Alters- und Pflegeheim. In der Schweiz wohnen wie erwähnt weniger als vier Prozent der 65- bis 79-Jährigen und weniger als ein Viertel der über 79-Jährigen in Alters- und Pflegeheimen. Die Pflegeheime werden immer mehr zu Sterbeorten, und die Nähe zum Tod ist schwer zu ertragen. Die Generationen, die in der Zeit ihres Erwerbslebens an grosszügige Wohnflächen und Weltreisen gewohnt waren, können nicht in kleine Mehrbettzimmer gesteckt und «ruhiggestellt» werden. Neue Heimkonzepte beruhen auf dem Gedanken des Dienstleistungsbetriebes, nicht mehr der Versorgungsanstalt. Auch in einem Heim ist es möglich, der Selbstbestimmung einen grossen Stellenwert einzuräumen. Dies kann die Einrichtung der Zimmer, Menüwahl, Essenszeiten oder das Halten von Haustieren betreffen. «Daheim im Heim» heisst der werbewirksame Titel einer Informationsbroschüre in Deutschland. Weil bei traditionellen Heimplätzen eher eine Überkapazität besteht, stehen Heimleitungen vermehrt im Wettbewerb um Pensionäre. Darin können sie sich behaupten, wenn sie ein gutes Dienstleistungsangebot haben. Noch vor 25 Jahren lagen im Pflegeheim alle Patienten im Bett. Heutzutage werden auch pflegebedürftige Menschen täglich aktiviert. Stärker gefragt sein dürften auch Tagesheime für Pflegebedürftige, um Menschen, die zu Hause ihre Angehörigen pflegen, zu entlasten.

Unter den alten Menschen in Europa werden immer mehr mit Migrationshintergrund sein. Im Pflegezentrum Erlenhof in Zürich gibt es eine spezielle Station, auf der «Menschen aus dem mediterranen Sprach- und Kulturraum» betreut werden. So darf einem

⁶⁵ NZZ vom 19. April 2004, S. 35.

⁶⁶ NZZ vom 26. Februar 2008, S. 50.

Italiener beispielsweise kein Café complet zum Nacht aufgetischt werden. In St. Gallen lancierte die Genossenschaft Casa Media 2010 die Idee, Alterswohnungen für südländische Migranten zu bauen. Die Associazione Aiuto Anziani (AAA) distanzierte sich aber von diesem Vorhaben. Man wolle die alten Italiener nicht isolieren und befürworte deshalb eher das Zürcher Modell: Italienischsprachige Abteilungen in bestehenden Altersheimen.

Zukunftsträchtiger als Kollektivhaushalte ist das betreute Wohnen (Assisted Living). Man wohnt in eigenen vier Wänden, und eine zusätzliche Infrastruktur bietet spezifische Leistungen eines Kollektivhaushaltes an, etwa Mahlzeiten, Waschen, Putzen, Pflege. Man zieht ein, wenn man noch rüstig ist, und braucht die Wohnsiedlung im Fall der Pflegebedürftigkeit nicht zu verlassen. Eine Variante, die mit zunehmendem Wohlstand eines Teils der Rentnerschaft an Bedeutung gewinnen dürfte, sind sog. «Seniorenresidenzen».⁶⁷ In einer solchen Residenz lebt man in eigenen vier Wänden und kann nach Bedarf die Infrastruktur der Residenz beanspruchen. Man bleibt unabhängig, ist aber für den Notfall gewappnet. Freilich ist diese Wohnform nichts für Bezüger von Ergänzungsleistungen. Der Pensionspreis in der im Oktober 1994 eröffneten Parkresidenz Meilen am Zürichsee beträgt für eine Eineinhalbzimmerwohnung 5 800 bis 6 400 Franken im Monat (Stand 2010). Eine Dreieinhalbzimmerwohnung ist für 10 200 Franken bis 16 500 Franken zu haben. Wer pflegebedürftig wird, bezahlt neben dem Pensionspreis natürlich zusätzlich die Pflegekosten. Die Parkresidenz Meilen verfügt über 47 Wohnungen und 14 Pflegezimmer.

Ein anderer neuer Trend ist «der späte Traum vom Leben im Süden»⁶⁸. Zehntausende von Rentnerinnen und Rentnern aus Mittel- und Nordeuropa haben seit den 1970er-Jahren die Costa Blanca in Spanien als gelobtes Land für ihren Lebensabend entdeckt, darunter auch Tausende Schweizerinnen und Schweizer. Mit einer AHV-Rente lässt sich in Ländern mit tieferen Lebenshaltungskosten gut leben. Neu auch in Deutschland hoch im Kurs ist Thailand, wo insbesondere die Pflegekosten tief und die Pflegenden einfühlend sind. Wer bei guter Gesundheit ist, mag sich die Pensionierung als Phase der späten Freiheit und der Erfüllung eines Lebenstraumes vorstellen, möglichst in einem Haus mit Meersicht. Besondere solidarische Aktivitäten sind damit nicht gemeint. Immerhin gibt es einen «Club Suizo Costa Blanca», der mit 650 Mitgliedern als grösste Auslandorganisation von Schweizern gilt. Ob diese Form des Ruhestandes zukunftssträchtig ist, lässt sich noch nicht sagen. «Bei den meisten Spanienrentnern

⁶⁷ Die Tertianum-Gruppe, die in der Schweiz 21 Seniorenresidenzen führt, gibt sehr ansprechende Publikationen zum Thema Leben im Alter heraus.

⁶⁸ Titel eines Artikels von Claudia Wirz in der Neuen Zürcher Zeitung vom 30. Juni 1997, S. 15.

kommt es innerhalb des ersten Jahres zu einer Depression», schreibt Claudia Wirz. Realwirtschaftlich gesehen handelt es sich bei dieser Form des Ruhestandes um eine andere Art der Beanspruchung junger Ausländer zur Bewältigung demographischer Probleme. Anstatt sie in Staaten mit einem hohen Anteil älterer Menschen zu holen, gehen die älteren zu den jüngeren Menschen und schaffen dort Arbeitsplätze im Pflege- und Betreuungswesen sowie im Immobiliensektor. In Spanien allerdings wurden viele Rentnerinnen und Rentner von den steigenden Immobilienpreisen, Löhnen und Lebenshaltungskosten eingeholt. Etliche kehren auch zurück, wenn sich chronische Krankheiten und Gebrechen bemerkbar machen. Allein aus dem Kreise des Club Suizo Costa Blanca entschieden sich 2006 über 50 Mitglieder zur Rückkehr in die Schweiz⁶⁹. Es gibt mittlerweile Reiseveranstalter, die bieten älteren Menschen die «Überwinterung» in Spanien an – eine ideale Ergänzung zur Hochsaison, um die Kapazitäten im Winter besser auszulasten (siehe S.91).

Ähnlich wie in der Schweiz zieht es in den USA gut situierte Rentnerinnen und Rentner an die Sonne, nach Arizona, Kalifornien oder Florida. In «Sun City»⁷⁰ in Arizona, einer künstlichen Stadt von 42 000 Einwohnern in der Wüste, dürfen nur Familien wohnen, in denen ein Haushaltsmitglied über 55 ist. Auf der Website werden die Vorzüge geschildert: «Seven recreation centers, 8 golf courses, 3 country clubs, 2 bowling centers, Sun Bowl, and Viewpoint Lake constitute the largest concentration of year round recreational facilities in the United States.» In Florida ist die Seniorenstadt «The Villages» mit fast 80 000 Einwohnern ein Magnet für Rentner aus den ganzen USA. Es handelt sich dabei um eine Art «Disneyworld für Ältere». Pflegeeinrichtungen und Friedhöfe bekommt man nicht zu Gesicht. Das würde zu sehr Gedanken an den Tod wecken. Es gibt 78 Restaurants, 40 beheizte Pools, 37 Golfplätze und über 1 600 Clubs. Gemeinschaft wird nicht erschaffen, sondern erkauft, wie der Soziologe Jeremy Rifkin kritisiert.⁷¹

Mittlerweile hat die Rentnerschaft der USA entdeckt, dass man den Lebensabend auch gut in Mexiko verbringen kann. «More and more Americans are moving to Mexico for the sun, the fun, and for less money», fasste CNN zusammen. Hinzu kommen Hunderttausende, die in den kalten Wintermonaten nach Mexiko flüchten. «Statt ins Altersheim zu gehen, kann man sogar seine eigene Köchin oder Krankenschwester zu erschwinglichen Löhnen anstellen.»⁷² Der ultimativ beste Ort, den Lebensabend zu verbringen, ist indessen auf einem Luxusliner, der über die Weltmeere kurvt – sofern man

69 Karl Hofer in der NZZ vom 20. Januar 2007, S. 17.

70 <http://www.suncityaz.org/>

71 NZZ vom 4. Dezember 2010, S. 11.

72 NZZ vom 12. Dezember 2005, S. 13.

über das nötige Kleingeld verfügt.⁷³ Eine Luxus-Suite für zwei Gäste kostet inklusive Mahlzeiten 2 500 bis 4 750 Dollar pro Tag. «The World Suite», die 2010 zum Verkauf stand, bietet bis zu zwölf Personen Platz.

Was die *Siedlungsstruktur* angeht, so sollte vermieden werden, dass Wohnghettos für spezifische Altersgruppen der Bevölkerung sich ausweiten oder neu entstehen. Deshalb ist es wichtig, dass in Häusern und Quartieren Angehörige verschiedener Generationen wohnen. Höchst beachtenswert ist ein «Experiment» in der Hamburger Lerchenstrasse, wo junge und alte Menschen zusammen im «Panterhaus» und in einer Hausgemeinschaft wohnen.⁷⁴ Die Hälfte der acht Mietparteien war zu Beginn unter 40, die andere Hälfte über 70 Jahre alt. Die älteren Damen der ersten Generation sind inzwischen alle gestorben. Eine reine Alten-WG in Hamburg war schon gescheitert.

Da der Drang zum Wohnen im «Grünen» ungebrochen ist, besteht die Gefahr, dass junge Familien aus den Städten wegziehen und ganze Stadtquartiere überwiegend von wenig mobilen älteren Menschen bewohnt werden. Weil ältere Stadtbewohner häufiger zum Arzt gehen als Gleichaltrige auf dem Land und das Angebot an Spezialisten in der Stadt vielfältig ist, wird wegen dieser Entwicklung mit einem zusätzlichen Kostenschub im Gesundheitswesen zu rechnen sein. In der Stadt Zürich beispielsweise wohnten 1998 29 Prozent der Kantonsbevölkerung, aber 41 Prozent der über 65-jährigen Einwohner des Kantons. 9,5 Prozent der Einwohnerschaft der Stadt Zürich war damals über 75 Jahre alt. Die Präferenzen der älteren Menschen bezüglich der Wohnortwahl im Pensionsalter haben sich indessen in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Immer mehr zieht es auf Land hinaus. Auf der anderen Seite lassen sich überdurchschnittliche gebildete, gut verdienende und kinderlose Personen ab 30 Jahren vermehrt in den Städten nieder. Auf der Website des Statistischen Amtes des Kantons Zürich kann man auf einer interaktiven Karte die Anteile der über 64-Jährigen in den Gemeinden abrufen. 2007 waren dies in der Stadt Zürich 17,7 und in Winterthur 16,4 Prozent, an der «Goldküste» aber über 20 Prozent (Zollikon 23,9, Küsnacht 22,8, Herrliberg 18,8, Meilen 20 Prozent). An der Goldküste dürfte auch der tiefe Steuerfuss eine Rolle spielen. Gerade die Infrastruktur der Vorortsgemeinden ist auf Familien, nicht auf ältere Menschen ausgerichtet. Einfamilienhausquartiere sind autogerecht konzipiert und mit dem öffentlichen Verkehr schlecht erschlossen. Die Alterung in den Städten hat sich aber auch wegen der starken Zuwanderung junger Menschen abgeschwächt. Die jüngste Einwanderung Hochqualifizierter hat die Nachfrage nach qualitativ hochstehendem Wohnraum in den Ballungszentren stark erhöht.

⁷³ <http://www.aboardtheworld.com/>

⁷⁴ Das Parlament, 1. März 1996, S. 7.

Die Landesregionen werden unterschiedlich stark von der demographischen Alterung betroffen werden. Dicht besiedelte Räume müssen mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen rechnen, dünn besiedelte Räume mit Bevölkerungsschwund bis hin zur Entsiedlung⁷⁵, ländlich periphere Räume wie das Toggenburg mit einer Abwanderung junger und einer Zuwanderung älterer Menschen mit eher geringen finanziellen Mitteln. Mit Bevölkerungsschwund und steigendem Anteil älterer Menschen werden insbesondere entlegene ländliche Gebiete konfrontiert, von wo aus kein Pendeln in Grossagglomerationen möglich ist und die über kein touristisches Potenzial verfügen. Rentnerinnen und Rentner lassen sich gerne in Tourismusregionen nieder, insbesondere in der «Sonnenstube» Tessin. Etliche von ihnen besitzen schon in der Erwerbsphase dort Wohneigentum. Heute ist der Anteil der über 64-Jährigen im Tessin einer der höchsten in der Schweiz (Tessin 20 Prozent, gesamtschweizerisch 2008 16,6 Prozent).

Auf Quartiersebene zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Bauphase und demographischer Struktur (Bundesamt für Statistik, 1997, S. 53). Stadtquartiere, die zwischen 1940 und 1955 errichtet worden sind, zählen noch relativ viele Personen der ersten Generation. In Neubauquartieren aus den 1960er-Jahren hingegen wohnen noch wenige Pensionierte. Unter dem Gesichtspunkt einer ausgewogenen altersmässigen Durchmischung von Wohnquartieren ist es besser, bestehenden Wohnraum intensiver zu nutzen und bestehende Wohnungen zu renovieren, als Land zu erschliessen und neue Wohnsiedlungen zu bauen. Ein grosses Potenzial in Zentrumsnähe bieten insbesondere brachliegende Industriegelände. Wichtig ist ein altersgerechtes Bauen. Immer mehr gefragt werden Häuser und Wohnungen mit Aufzügen, Treppenliften, Türöffnern, rollstuhlgängigen Badezimmern, Alarmsystemen, ja sogar Katzentreppen.

Wegen der demographischen Alterung kann es insbesondere in Städten zu mehr Konflikten im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln kommen. Ältere Menschen haben ein stärkeres Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit. Wenn junge Menschen und findige Geschäftsleute sich den öffentlichen Raum verstärkt aneignen, dürfte der Ruf nach mehr Polizei und mehr Überwachungskameras lauter werden.

75 Meinhard Miegel in: (Klose, 1993, S. 49).

4.6 Verkehr: Alters- und kostengerecht

Betagte Menschen sind weniger mobil, und sie sind stärker auf die öffentlichen Verkehrsmittel und sichere Fusswege angewiesen. In Stadtzentren ist der sicheren Überquerung verkehrsreicher Strassen besondere Beachtung zu schenken. Der Trend hin zu Fussgängerzonen, Tempo-30-Zonen und Wohnstrassen dient nicht nur den Kindern, er kommt auch älteren Menschen entgegen.

Es ist mit einer wachsenden Nachfrage nach komfortablen öffentlichen Verkehrsleistungen zu rechnen, die nicht zuletzt der Befriedigung von Bedürfnissen der Freizeitgestaltung dienen werden. Da die öffentlichen Verkehrsmittel, wie die privaten, die von ihnen verursachten Kosten nicht vollständig tragen – also keine Kostenwahrheit besteht –, werden die nicht kostendeckenden Preise und die steigenden Haushaltseinkommen die Mobilität erhöhen. Gerade die Schweizerischen Bundesbahnen stossen aber schon heute in Spitzenzeiten an Kapazitätsgrenzen, und der Ausbau der Infrastruktur sowie höhere Fahrplandichte steigern die Nachfrage weiter. Kostenwahrheit muss also beim privaten wie beim öffentlichen Verkehr angestrebt werden. Es mag betriebswirtschaftlich Sinn machen, die Rentnerinnen und Rentner zu den Randzeiten mit günstigen Tarifen in die öffentlichen Verkehrsmittel zu locken, um so die Fixkosten zu decken. Überholt ist aber das Konzept, der Rentnerschaft generell Vergünstigungen zu gewähren. Hier wie auch in anderen Bereichen gilt: Nicht durch Vergünstigungen⁷⁶ sollen die Rentnerinnen und Rentner «überleben» können, sondern durch ausreichende Renten und wo nötig durch Ergänzungsleistungen. Wozu sie dann diese Renten verwenden – ob für Reisen, für Wohnen oder andere Zwecke – bleibt ihnen überlassen. Ganz abgesehen davon kommen Subventionen bei einzelnen Gütern oder Dienstleistungen immer auch jenen zugute, welche sie überhaupt nicht benötigen.

Ältere Menschen haben besondere Ansprüche an Zug, Flugzeug und Bus bezüglich Sicherheit und Komfort (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 54). So sollten die Zugänge und Zustiege altersgerecht und rollstuhlgängig sein. Die Anschlüsse dürfen nicht zu knapp bemessen, die Umsteigewege nicht zu lang und zu kompliziert sein. Beschriftungen sollten gross, Billettautomaten leicht zu bedienen sein. Es ist davon auszugehen, dass auch unter den Flugpassagieren anteilmässig mehr ältere Menschen sein werden. Folglich sind auch die Flughäfen und deren Anbindung an die Transportsysteme auf dem Boden altersgerecht zu planen.

⁷⁶ Bei Jugendlichen ist die Ausgangslage anders: Hier steht das Bestreben nach Kundenbindung im Vordergrund.

Wird die demographische Entwicklung die Umweltprobleme ent- oder verschärfen? Von Thomas Straubhaar stammt das Zitat: «Toll – endlich Platz!» Zunächst hätte die Stagnation der Bevölkerung gewiss Vorteile hinsichtlich des Verzehrs von natürlichen Ressourcen, denn das rasante Bevölkerungswachstum der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat Boden, Vegetation, Tierwelt, Wasser und Luft stark beansprucht. So zieht beispielsweise eine einprozentige Bevölkerungszunahme eine Energieverbrauchs Zunahme von etwa 0,7 Prozent nach sich (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 70). Nach den neuesten Szenarien wird aber, wie oben ausgeführt, ein Bevölkerungsrückgang für Deutschland erwartet, während die Bevölkerungen Österreichs und der Schweiz weiter wachsen werden. Was die Wirtschaftsstruktur angeht, so dürfte sich die Abkehr von der Industrie und die Hinwendung zu Dienstleistungen positiv auf die Erhaltung der natürlichen Ressourcen auswirken. Positiv wirkt auch der technische Fortschritt bei den Verkehrsmitteln, der Energiegewinnung, der Energieeffizienz und der Abfallentsorgung.

4.7 Das zwiespältige Verhältnis zu Ausländern

Die Zahl der AusländerInnen in der Schweiz wird, wie gesehen, relativ bei 22 Prozent konstant bleiben, absolut aber, da die Bevölkerung weiter wächst, von 1,7 Millionen auf zwei Millionen ansteigen. Ein grosser Teil von ihnen wird hier geboren und aufgewachsen sein. Schon heute sind 22 Prozent der Ausländer in der Schweiz hier geboren. 22,8 Prozent leben seit 20 und mehr Jahren hier. Zu bezweifeln ist, dass bis 2060 die Zahl der Staatsangehörigen aus dem EWR-Raum von 1,1 auf 1,5 Millionen zunehmen wird, während sich jene aus dem Nicht-EWR-Raum von 649 000 auf 556 000 vermindert. Wie wir gesehen haben, wird das Weltbevölkerungswachstum in den kommenden 40 Jahren fast ausschliesslich in Afrika und Asien stattfinden. Aus diesen Kontinenten wird sich der Zuwanderungsdruck verstärken, während es innerhalb Europas eine verstärkte Konkurrenz um gut ausgebildete Einheimische geben wird.

Die schweizerische Einwanderungspolitik verfolgte nach 1945 das Ziel, die Migrationsströme entsprechend dem Konjunkturverlauf zu steuern. Die ausländischen Arbeitskräfte sollten sich nicht dauernd im Land aufhalten, sondern rotieren. 1970 wurde die Rotationspolitik durch eine Plafonierungspolitik abgelöst, wodurch die Zahl der dauerhaft Niedergelassenen zunahm. In der ersten Welle der Zuwanderung nach 1945 strömten vor allem Menschen aus Südeuropa in die Schweiz. In einer zweiten Welle folgten Menschen aus dem Balkan und der Türkei, und in einer dritten Welle

Menschen aus weiter entfernt liegenden Teilen der Welt. Viele Zuwanderer der ersten Welle waren sogenannte «Saisonniers». Man ging davon aus, dass die Arbeitskräfte nur «für eine Saison» in der Schweiz bleiben und das Land nachher wieder verlassen würden. Familiennachzug war deshalb nicht vorgesehen. Abgrenzung, nicht Integration war das Ziel. Die Bilanz dieser Migrationspolitik war zwiespältig, denn damit zog die Schweiz eher unqualifizierte Arbeitskräfte an. Viele der aus dem Kosovo stammenden Arbeiter in der Landwirtschaft waren gar Analphabeten. Da diese Arbeitskräfte billig waren, konnte man eine Tieflohnpolitik betreiben. Diese führte aber zu einem Produktivitätsrückstand in Branchen, die ohnehin schon «strukturschwach» waren, was sich in Rezessionsphasen durch eine hohe Arbeitslosigkeit gerade in diesen Branchen rächte.

Die heutige Migrationspolitik beruht in Bezug auf die Rekrutierung auf einem Zweikreise-Modell, das implizit in den Volksabstimmungen vom 21. Mai 2000 über die bilateralen Abkommen mit der EU und vom 24. September 2006 über das neue Ausländergesetz von den Stimmenden gebilligt worden ist. Den ersten Kreis bilden die Staaten der EU und der EFTA. Die «bilateralen Verträge I» mit der EU schliessen auch Personenfreizügigkeit mit ein, d.h. wenn Staatsangehörige eines EU- oder EFTA-Staates in der Schweiz einen Arbeitsplatz finden, können sie zuwandern (die gleiche Freizügigkeit geniessen Schweizer innerhalb der EU). Dieses Abkommen hat bereits zu einer markanten Zuwanderung vor allem hochqualifizierter Arbeitskräfte geführt. Den zweiten Kreis bilden alle übrigen Staaten. Von diesem Kreis aus ist die Zulassung zum schweizerischen Arbeitsmarkt auf qualifizierte Arbeitskräfte beschränkt. Diese Migrationspolitik hat beispielsweise für die Balkanregion zur Folge, dass Menschen aus Slowenien oder Griechenland mehr oder weniger frei zuwandern können, während es für Menschen aus Serbien, dem Kosovo oder Bosnien-Herzegowina fast unmöglich ist, eine Arbeitsbewilligung in der Schweiz zu erlangen. Weiterhin möglich bleibt der Familiennachzug.

Die Spätfolgen der Einwanderungspolitik der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts spürt man noch heute. Das durchschnittliche Bildungsniveau der Ausländer und Ausländerinnen ist tiefer als jenes der SchweizerInnen. 40 Prozent haben nur eine obligatorische Schule oder Anlehre absolviert. Viele AusländerInnen arbeiten im primären Wirtschaftssektor (Bau und Industrie), deshalb sind sie von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Sie werden seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU verdrängt von besserqualifizierten Ausländern aus dem EU-Raum. Die Arbeitslosenquote bei den Arbeitnehmern aus Ex-Jugoslawien und der Türkei lag 2007 bei zehn Prozent. Die Ausländer in der Schweiz sind immer weniger eine homogene

Gruppe. In der Hierarchie der Unternehmungen finden wir ganz zuunterst und ganz zuoberst viele Ausländerinnen und Ausländer. Das betrifft einmal die Geschäftsleitungen schweizerischer Unternehmungen, in denen ausländische Manager etwa einen Drittel stellen. In den 100 grössten Unternehmungen sind es gemäss «Schilling-report 2010» sogar 44 Prozent. Deren absolute Zahl ist jedoch bescheiden im Verhältnis zu jenen Ausländern, die in Berufen mit relativ tiefen Löhnen tätig sind (Hilfskräfte in der Landwirtschaft und der Industrie, Bauarbeiter, Reinigungspersonal, Kindermädchen, Serviceangestellte usw.). Bei den akademischen Berufen und dem oberen Kader war schon vor 15 Jahren rund ein Siebtel ausländischer Nationalität. Was bei den ausländischen Arbeitskräften fehlt, ist gewissermassen der «Mittelstand». Wenn sich in der Schweiz vermehrt Unternehmungen mit hohem Innovations- und Zukunftspotenzial ansiedeln sollen, dann kann die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften im Inland nicht gedeckt werden. Der Erfolg dieser Unternehmungen führt dann dazu, dass ein weiterer Bedarf nach qualifizierten ausländischen Arbeitskräften entsteht.

Ausländer sind im Durchschnitt jünger, Ausländerinnen haben eine höhere Fertilität. Wie bereits dargestellt worden ist, könnte die Schweiz ohne «fremdes Blut» wirtschaftlich und demographisch nicht überleben. Um den Stand der Wohnbevölkerung zu halten, wird die Einwanderung weiterhin unabdingbar sein. Mehr noch: Es sind verstärkte Anstrengungen zur besseren Integration der Ausländer notwendig, beispielsweise durch Integrationsvereinbarungen.

Viele Ausländer wandern jung ein und verlassen alt die Schweiz. Schon heute ist bei den über 40-jährigen Ausländern der Wanderungssaldo negativ. Damit wird wie erwähnt ein Teil der demographischen Probleme auf das Ausland überwälzt. Für die Schweiz ergibt sich eine Ersparnis, weil Jugend- und der Alterslastquotient sinken. Die Arbeitskräfte müssen nicht hier ausgebildet werden, und alle über die Renten hinausgehenden Leistungen im Alter müssen im Ausland erbracht werden.

Das Verhältnis der Schweizer Bevölkerung zu den dauernd im Land lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist durchaus ambivalent (zwiespältig). Auf der einen Seite braucht die schweizerische Volkswirtschaft die ausländischen Arbeitskräfte. Ein Viertel der Arbeitsleistung wird von ihnen erbracht. Ohne ausländische Ärzte und Krankenschwestern könnten beispielsweise die Spitäler in der Schweiz nicht funktionieren. Ohne Ausländerinnen und Ausländer wäre wie gesagt die Bevölkerung der Schweiz wie auch die Bevölkerung schweizerischer Nationalität schon längst geschrumpft. Auf der anderen Seite lösen Meldungen über Straftaten, Raserunfälle, häusliche Gewalt,

Jugendkriminalität, Missbräuche im Asylwesen oder Erschleichung von Sozialversicherungsleistungen durch Ausländer regelmässig Aufregung und Empörung nicht nur unter der schweizerischen Bevölkerung aus. Hinzu kommt eine dunkle Angst vor der «Überfremdung» der Schweiz und vor dem Verlust der Identität, neuerdings genährt durch die zunehmende Zahl von ausländischen Staatsangehörigen muslimischen Glaubens (301 000 im Jahr 2000). Die eigene Identität wird durch Abgrenzung gegenüber dem Fremden gefestigt. Vor allem sozial Schwächere, zunehmend aber auch Angehörige des Mittelstands, empfinden Ausländer als Konkurrenten auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Heiratsmarkt. Die neue Zuwanderung seit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU führt nicht wie früher zu einer Unterschichtung, sondern zu einer Überschichtung. Die Unterschichtung erlaubte einst Einheimischen den beruflichen und sozialen Aufstieg (vgl. Müller-Jentsch, et al., 2008). Die Akademikerquote bei den Neuzuwanderern aus West- und Nordeuropa beträgt mittlerweile fast 60 Prozent.

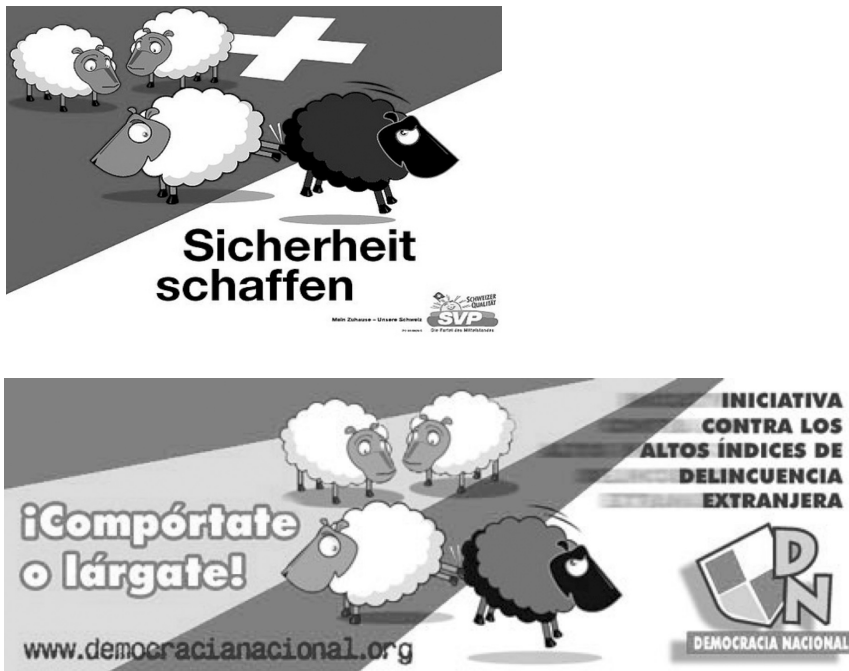
In allen Staaten Europas gab und gibt es Parteien und Bewegungen, welche die Überfremdungsängste der Menschen aufgreifen und damit Wahlerfolge erzielen. In Frankreich ist das der Front National von Jean-Marie Le Pen, in Österreich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) des verstorbenen Jörg Haider (Abspaltung 2005 zu einem «Bündnis Zukunft Österreich»), in Deutschland die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Offensive D), in Schweden die Schweden-Demokraten, in Belgien der «Vlaams Belang» (Flämische Belange) im Landesteil Flandern, in den Niederlanden die Liste des 2002 ermordeten Pim Fortuyn (LPF), in Italien die Alleanza Nazionale (AN). In Kalifornien wurde 1994 Proposition 187 von den Stimmenden angenommen, die statuierte, dass illegale Migranten keine Sozialleistungen und ihre Kinder keine Schulbildung bekommen. Diese Initiative wurde von einem Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Nichtregierungsorganisation «American Border Patrol» versteht sich als «Wachhund» sowohl gegenüber illegalen Migranten aus Mexiko wie gegenüber der Regierung. Sie verfügt nach Angaben auf ihrer Website über drei Flugzeuge zur Überwachung der Landesgrenze zu Mexiko.

Ausländerfeindliche Parolen sind in fast allen Staaten, die eine signifikante Zuwanderung haben, gang und gäbe. Die FPÖ hatte einst den Slogan «Österreicher zuerst». Im Wahlkampf für die Gemeinderatswahlen in Wien vom 10. Oktober 2010 arbeitet die FPÖ mit Slogans wie «Mehr Mut für unser Wiener Blut» und «Daham statt Islam». Seit dem 11. September 2001 hat die Wirksamkeit antiislamischer Parolen noch zugenommen. «If current patterns of immigration and Muslim residents' above-average

fertility continue, Western Europe could have 25 to 30 million Muslims by 2025» (National Intelligence Council, 2009, S. 25). Ängste vor einer «Islamisierung Europas» lösen Reflexe gegen den von der Türkei angestrebten EU-Beitritt aus. Die SVP des Bezirks Bremgarten warb bei den Grossratswahlen vom 8. März 2009 mit dem Slogan: «Maria statt Scharia!» Die steirischen Freiheitlichen (FPÖ) machten den Islam zum zentralen Thema für die Landtagswahlen vom 26. September 2010. Ein Online-Computerspiel mit dem Titel «Moschee Baba», bei dem Moscheen, Minarette und Muezzins abgeschossen werden konnten, musste aufgrund eines Gerichtsbeschlusses vom Netz genommen werden. Das Vorbild dazu dürfte wohl ein Computerspiel gewesen sein, welches die SVP im Vorfeld der Abstimmung über die Anti-Minarettinitiative gestartet hatte. Zur allgemeinen Überraschung wurde die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten von Volk und Ständen am 29. November 2009 klar mit 57,5 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Furore gemacht haben mehrere ausländer- bzw. islamfeindliche Plakate, u.a. das sog. «Schäfchenplakat» der SVP Schweiz von 2007. Es wurde von rechtsstehenden Parteien in Spanien, Italien, Tschechien und Deutschland kopiert (siehe nachstehende Abbildung).

Abbildung 32: Das Schäfchenplakat der SVP und das Imitat in Spanien



Die Schweiz erlebte, wie ausgeführt, nach dem Zweiten Weltkrieg eine starke Zuwanderung. Die politischen Reaktionen darauf erfolgten bald. 1961 wurde die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat gegründet. In Zürich wurde 1963 die «Schweizerische überparteiliche Bewegung zur Verstärkung der Volksrechte und der direkten Demokratie» – im Volksmund «Anti-Italiener Partei» genannt – ins Leben gerufen. Die Republikanische Bewegung war eine Abspaltung der NA (Nationale Aktion), die von James Schwarzenbach nach einem Streit mit der NA gegründet wurde. 1985 entstand die Autopartei, die sich später Freiheits-Partei nannte. Eine ihrer Schwerpunkte war ebenfalls die Ausländerpolitik. Aus der Nationalen Aktion sind die Schweizer Demokraten hervorgegangen, die bei den Nationalratswahlen 2003 noch ein Mandat erzielten.

Seit den 1990er-Jahren nahm sich zunehmend die Schweizerische Volkspartei (SVP) der Ausländerpolitik an, wodurch die kleineren Parteien am rechten Rand aufgesogen wurden.⁷⁷ Diese politischen Parteien reichten auch immer wieder Volksinitiativen ein, so «gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz» (Volksabstimmung vom 20.10.1974), die «IV. Überfremdungsinitiative» (Volksabstimmung vom 13.03.1977), «für eine Beschränkung der Einbürgerungen» (13.03.1977), «für die Begrenzung der Einwanderung» (04.12.1988), «für eine Regelung der Zuwanderung» (24.09.2000), «gegen Asylrechtsmissbrauch» (24.11.2002). Alle diese Initiativen wurden abgelehnt. Die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» (29.11.2009) und die Initiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (Ausschaffungsinitiative, 28.11.2010) indessen wurden angenommen.

Die bisher radikalste Volksinitiative gegen Ausländer in der Schweiz, die sog. Schwarzenbach-Initiative, wurde am 6. und 7. Juni 1970 mit 54 Prozent Nein- zu 46 Prozent Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 75 Prozent durch die Stimmenden abgelehnt. In sieben Kantonen erreichte die Initiative sogar eine Ja-Mehrheit (im Kanton Uri 63,3 Prozent). Wäre die Initiative angenommen worden, hätten etwa 300 000 Menschen ausgewiesen werden müssen. Eine Gegenreaktion auf diese Initiative war die sog. «Mitenand-Initiative», welche eine offenere Schweizer Ausländerpolitik zum Ziel hatte. Sie wurde am 4. April 1981 mit 83,8 Prozent Nein-Stimmen verworfen.

⁷⁷ Insbesondere die SVP des Kantons Zürich fällt immer wieder mit «knackigen» Inseraten gegen Ausländer auf. Vor den kantonalen Wahlen 2007 titelte sie: «Sollen also bald die Ausländer in unserem Land das Sagen haben? ... Ausländische Familien kassieren monatlich teils über 9000 Franken Sozialhilfe – mehr als die meisten Schweizer Familien verdienen.» «Deutscher Filz macht sich an der Uni und an den Spitälern breit», schrieb die Stadtzürcher SVP in einem Inserat am 19. Dezember 2009.

Neben der legalen löst insbesondere die illegale Zuwanderung und die Rückschaffung abgewiesener Asylbewerber Kontroversen aus. Die Schweizer Stimmberechtigten haben am 24. September 2006 in einer Volksabstimmung eine Verschärfung des Asylgesetzes gutgeheissen. Wenn keine Identitätspapiere vorgelegt werden, wird ein beschleunigtes Verfahren angewandt. Abgewiesene Personen erhalten keine Sozialhilfe mehr, nur noch Nothilfe. Es gibt schärfere Mittel der Durchsetzung der Wegweisung (bis 18 Monate Ausschaffungshaft, zusätzlich bis 18 Monate Durchsetzungshaft). Nachdem am 17. März 2010 am Flughafen Zürich ein 29-jähriger Nigerianer kurz vor seiner Ausschaffung an Herzversagen gestorben war, wurden die Ausschaffungsflüge vorübergehend eingestellt. Die Schweiz finanziert in Nigeria TV-Spots, welche vor der illegalen Zuwanderung nach Westeuropa warnen. Stärker von der illegalen Zuwanderung betroffen sind Meeranrainerstaaten wie Italien, Griechenland und Spanien. Auf den Kanarischen Inseln, in den Exklaven Ceuta und Melilla (in Marokko), auf Sizilien und der süditalienischen Insel Lampedusa kommen fast täglich Hunderte von Bootsflüchtlingen an. Mit Hilfe der EU⁷⁸ setzt Spanien Satelliten und Luft- und Seeüberwachung ein, um die Boote abzufangen, die aus Westafrika in Richtung der Kanarischen Inseln fahren. Italien konnte 2009 in Libyen ein Auffanglager errichten, in das es Bootsflüchtlinge sofort abschieben kann. Die Flüchtlingsströme in die EU haben sich den neuen Massnahmen angepasst und erfolgen seit 2010 zur Hauptsache über die türkisch-griechische Grenze. Von den schätzungsweise 80 000 irregulären Zuwanderern, die zwischen Januar und August 2010 die EU erreicht haben, sind rund 40 000 über die griechische Nordgrenze gekommen. Im November 2010 hat Frontex 175 Grenzschützer aus sieben EU-Mitgliedstaaten an die griechisch-türkischen Grenze entsandt.

Von der Einwanderungs- nun zur Ausländerpolitik, der Politik, die gegenüber der im Land wohnhaften ausländischen Bevölkerung betrieben wird. Soll man sie separieren, integrieren oder assimilieren? Separieren bedeutete, dass Ausländer nur in der Arbeitswelt, in der Schule und im öffentlichen Raum auf Einheimische treffen; ansonsten leben Ausländergruppen sprachlich, kulturell und religiös in Parallelwelten in eigenen Wohnquartieren. Assimilieren hiesse, dass die Ausländerinnen und Ausländer ihre eigene Identität und Kultur aufgeben und «reine Schweizer» würden. Integrieren heisst, dass sich die ausländische Bevölkerung der schweizerischen Lebensweise und den hiesigen Sitten und Gebräuchen anpasst, aber ihre eigene Identität

78 2005 wurde die Grenzschutzagentur Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen) mit Sitz in Warschau gegründet. Am 11. August 2006 begann ein Frontex-Einsatz zur Überwachung der Kanarischen Inseln.

behält. Sehr erfolgreich war die Integration der Italiener, Portugiesen und Spanier in der Schweiz, wobei die Anpassung durchaus nicht nur auf die eine Seite hin erfolgte. Die Italiener beispielsweise haben die Schweiz mit weit mehr als bloss Chianti, Espresso und Pizza vertraut gemacht, vielmehr mit der südländischen Lebensweise, der «Italianità», welche der Schweiz gutgetan und sie bereichert hat. Der Zukunftsforscher John Naisbitt hat in seinem Buch «Megatrends» (Naisbitt, 1984) aufgezeigt, dass gerade aus multikulturellen Gesellschaften wie Florida oder Kalifornien sehr viele Innovationen kommen. Offenbar erzeugt, wie schon im Kapitel «Bevölkerungsschwund bremsst die Wirtschaft» erwähnt, das Zusammentreffen verschiedener Sprachen, Kulturen und Lebensweisen ein kreatives Gemisch.

Wird der hohe und wachsende Ausländeranteil verstärkt zu politischen Reaktionen führen, wird die Ausländerfeindlichkeit zunehmen? Es darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass es in der Ausländerpolitik grosse Defizite gibt, insbesondere was die Integration und damit das Sozialverhalten der Zuwanderer der zweiten und dritten Welle sowie die Asylbewerber betrifft. Stichworte sind misslungene Sozialisation ausländischer Jugendlicher, Scheinehen, illegaler Aufenthalt, geschlossene soziale Räume ausländischer Gruppen, eine hohe Kriminalitätsrate junger Ausländer, Missbräuche bei Sozialleistungen oder Autorasereien, welche Versicherungsgesellschaften veranlasst haben, höhere Versicherungsprämie für Lenker aus «Balkannationen» zu verlangen.

4.8 Die meisten älteren Menschen «vermögen es»

Noch im 19. Jahrhundert war Alter gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Abstieg und Armut. Dies hat sich radikal geändert. In den hochentwickelten Staaten gehören heute ältere Menschen zu den Vermögendsten. Gemäss der letzten umfassenden Armutsuntersuchung (Leu, Burri, Priester, & Aregger, 1997, S. 351 ff.) erreichte das Haushaltsvermögen 1992 in der Schweiz bei den 60- bis 69-Jährigen mit einem Mittelwert von 500 000 Franken das Maximum und betrug auch bei den über 79-Jährigen mit 357 000 Franken im Durchschnitt noch immer wesentlich mehr als bei den Altersgruppen unter 50 Jahren. Der Mittelwert des Vermögens bei den Altersrentnern belief sich auf 466 000 Franken – weit mehr als in jeder Gruppe mit Erwerbsstatus. Die Abnahme des Vermögens bei den über 70-Jährigen erfolgt nicht nur wegen des Vermögensverzehr, sondern auch durch vorzeitige Weitergabe von Vermögen an die Erben oder Erbschaftsauszahlungen bei Verwitwung. Aus ordnungspolitischer Sicht ist es optimal,

wenn das Vermögen bis zum Lebensende aufgezehrt wird. Nur so kann die Chancengleichheit und damit auch der Wettbewerbs- und Leistungsgedanke langfristig konsequent durchgesetzt werden (Füglister-Wasmer & Pedergnana-Fehr, 1996, S. 149 f.).

Nachstehend eine Tabelle des Reinvermögens der natürlichen Personen in der Schweiz. Beim Reinvermögen sind die Passiven bereits abgezogen.

Tabelle 21: Reinvermögen der natürlichen Personen in der Schweiz 2005

Stufen des Reinvermögens in 1000 Fr.	Pflichtige		Reinvermögen	
	Anzahl absolut	%	in Millionen Franken	%
Total	4 607 122	100	1 164 567.4	100
0	1 205 036	26.16	–	–
1–50	1 392 413	30.22	24 400.2	2.10
51–100	483 273	10.49	35 121.7	3.02
101–200	494 719	10.74	71 349.1	6.13
201–500	572 025	12.42	183 397.4	15.75
501–1000	268 394	5.83	186 287.3	16.00
1 001–2 000	118 387	2.57	161 734.2	13.89
2 001–3 000	31 501	0.68	76 292.1	6.55
3 001–5 000	21 228	0.46	80 660.9	6.93
5 001–10 000	12 503	0.27	85 441.6	7.34
10 001 und mehr	7 642	0.17	259 882.9	22.32

In der untersten und obersten Kategorie befinden sich viele Ausländer. Dies entspricht auch der Sozialstruktur. Berücksichtigt werden muss, dass etwa die Hälfte der 300 «Superreichen» aus dem Ausland zugezogen sind und ihr Vermögen mitgebracht haben. Als reichste Person in der Schweiz gilt der IKEA-Gründer Ingvar Kamrad mit einem geschätzten Vermögen von 35 Milliarden Franken.

Zwar befindet sich ein grosser Teil des Gesamtvermögens in den Händen älterer Menschen, aber die Vermögensverteilung unter den Älteren ist sehr ungleich. zwölf Prozent der Altersrentner in der Schweiz beziehen Ergänzungsleistungen. Auf solche haben sie nur Anspruch, wenn das Vermögen unter 60 000 Franken für Ehepaare bzw.

37 500 Franken für Alleinstehende liegt. Im Kanton Zürich versteuerten 2003 die über 64-Jährigen (20 Prozent der Steuerpflichtigen) mehr als die Hälfte der Vermögen der natürlichen Personen. 22 Prozent der Mehrpersonenhaushalte, in denen der Ehemann über 64 ist, verfügen über mehr als eine Million Franken Vermögen.⁷⁹ Im Tessin, wo viele vermögende Rentnerinnen und Rentner leben, ist der Anteil der Ergänzungsleistungsbezüger der höchste aller Kantone. 2008 bezogen im Tessin 19,4 Prozent aller Rentner Ergänzungsleistungen zur AHV.

Eine im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung verfasste Studie der Universität Genf (Wanner & Gabadinho, 2008), die gestützt auf Daten der Steuerbehörden und der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) von fünf Kantonen (Aargau, Neuenburg, St. Gallen, Wallis, Zürich) erstellt wurde, kommt zum Schluss, dass die Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner in einer sehr guten ökonomischen Situation sind. Sechs Prozent indessen leben in einer prekären finanziellen Lage. Neben den Altersleistungen aus den Sozialversicherungen beziehen ein Drittel der 65- bis 69-Jährigen noch ein Erwerbseinkommen (rund 10 000 Franken pro Jahr). Ein grosser Teil der Personen im Ruhestand verfügt zudem über Einkommen aus Vermögen. Fast jedes fünfte Rentnerpaar verfügt sogar über ein Bruttovermögen von über einer Million Franken.

Die grossen Vermögen gehören relativ wenigen. Und gerade diese Reichsten haben am wenigsten Nachkommen. Die Vermögenskonzentration wird deshalb weiter zunehmen. Die höhere Lebenserwartung hat zur Folge, dass Erbmasse später verteilt wird. Die «vierte Generation» wird immer öfter von über 50-Jährigen beerbt, von Menschen also, welche die hauptsächlichen Lebensaufwendungen schon getätigt haben und zu diesem Zeitpunkt auf das Erbe existenziell gar nicht mehr angewiesen sind (Füglister-Wasmer & Pedergrana-Fehr, 1996, S. 151).⁸⁰ Nur ein Drittel des weitervererbten Vermögens von rund 30 Milliarden Franken geht an unter 50-Jährige. Erbvorbezüge und Schenkungen machen etwa einen Viertel des jährlich vererbten Vermögens aus. Als Ursache für das «Horten» von Vermögenswerten sieht die Nationalfondsstudie «Erben in der Schweiz» (Stutz, Bauer, & Schmutz, 2007) unter anderem das Risiko hoher Pflegekosten im Alter.⁸¹

⁷⁹ NZZ vom 24. Juli 2006, S. 7.

⁸⁰ Aus diesem Grund wird argumentiert, die höhere Lebenserwartung könnte das wirtschaftliche Fortkommen der nachrückenden Generationen behindern. Dieser Zusammenhang dürfte allerdings nicht neu sein, denn die Reichen hatten schon immer eine hohe durchschnittliche Lebenserwartung.

⁸¹ Es kommt freilich auch vor, dass das Vermögen weitergegeben wird, um später eintretende Pflegekosten dem Staat aufzubürden. Dies wird aber von den zuständigen Behörden nicht akzeptiert.

Die Kapitalien der dritten Säule (3a), dem freiwilligen steuerprivilegierten Sparen, betrugen 2008 bei den Banken 31 Milliarden Franken. Nicht enthalten sind jedoch Wertschriften, die im Rahmen der gebundenen Vorsorge von den Banken verwaltet und angelegt werden (Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2009, S. 222). Eine Erhebung des Bundesamtes für Sozialversicherung ergab für 1999 Guthaben bei den Banken von 20 Milliarden Franken. Über die Konti und Policen bei den Versicherungen sind bis heute keine gesamtschweizerischen Daten verfügbar.⁸² Bei dieser Geheimniskrämerei – bei den Steuerabzügen sollten die Daten ja auch erhoben werden können – muss man sich nicht wundern, dass es Spekulationen gibt, die Guthaben könnten zwei Billionen Franken betragen. Dies ist gewiss übertrieben. Nicht von der Hand zu weisen ist indessen, dass es an Finanzvermögen in der Schweiz nicht mangelt. Aber es ist auf relativ wenigen Konten konzentriert. Richtigerweise zählt das Vorsorgegeld der zweiten und dritten Säule in der Buchhaltung der Nationalbank zur Geldmenge M3, weil darüber erst im Rentenalter oder nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen (z. B. Erwerb von Wohneigentum) verfügt werden kann.

Kommt hinzu, dass insbesondere Erwerbstätige mit hohem Einkommen über die 2. Säule mehr sparen, als gesetzlich vorgeschrieben wäre. Während die Zukunft der staatlichen Sozialversicherungen finanziell nicht gesichert ist, ist im privaten Bereich ein finanzielles Potenzial vorhanden, mit dem sich die demographiebedingten Mehrausgaben ohne Weiteres decken liessen. Auch im Licht dieser Zahlen zeigt sich, dass der traditionelle Gedanke des «Generationenvertrages» überholt ist. Sollen tatsächlich bescheiden verdienende Erwerbstätige zu mehr Solidarität angehalten werden, wenn es Erwerbstätige und Nichterwerbstätige gibt, die enorme Summen geparkt haben, welche sie nie und nimmer für ihren Lebensabend benötigen?

82 In der Statistik der Schweizerischen Nationalbank werden die Ansprüche der privaten Haushalte gegenüber Versicherungen und Pensionskassen für 2008 mit 748 Milliarden Franken angegeben.

4.9 Mehr «Bohnenstangenfamilien»

Die Eltern der Babyboomers sind nun im Rentenalter oder bereits verstorben. Deshalb ist der Anteil kinderloser alter Menschen mit etwa 20 bis 25 Prozent tief. Wenn dann die Babyboomers selbst ins hohe Alter kommen, wird es weniger Kinder geben, die sich um ihre alten Eltern kümmern. Der Anteil der kinderlosen alten Personen wird zunehmen. Es wird weniger verwandtschaftliche Beziehungen geben. Die familiären und ausserfamiliären Strukturen werden sich wandeln. Es wird mehr und mehr wechselnde Paarbeziehungen im höheren Alter geben und mehr Beziehungen über Landes- und Nationalitätengrenzen hinweg.

Die Altersbetreuung innerhalb verwandtschaftlicher Beziehungen wird oft von 40- bis 62-jährigen Frauen geleistet, quasi anstelle einer Erwerbsarbeit (Bundesamt für Konjunkturfagen, 1994, S. 40). Da sich wegen der geringeren Zahl an Nachkommen und der Erhöhung der Frauenerwerbsquote dieses Angebot an unentgeltlicher Betreuung verringert, wird die kollektive Betreuungsarbeit stärker gefordert sein. Der Trend geht wie früher erwähnt in Richtung Professionalisierung und Kommerzialisierung der Altersbetreuung. Nicht die Blutsbande, sondern der Markt wird die sozialen Beziehungen zu den älteren Menschen formen.

Es wird mehr «Bohnenstangenfamilien» geben, d. h. statt in die Breite mit vielen Brüdern und Schwestern wachsen die Familien in die Höhe: Kinder – Eltern – Grosseltern – Urgrosseltern.⁸³ Kann die Höhe die schrumpfende Breite der Verwandtschaftsbeziehungen kompensieren? Wenn vier Grosseltern und ein Ehepaar ein Einzelkind betreuen (4:2:1 Familie), stellt sich die Frage, was dies für dieses Kind ohne Geschwister bedeutet. Werden egoistische, verwöhnte Kinder heranwachsen? Insbesondere in China stellt man sich diese Frage. Positiv ist, dass wegen der höheren Lebenserwartung die Beziehungen zwischen den Generationen länger erhalten bleiben.⁸⁴ Aber auf der anderen Seite fehlt den Verwandtschaftsbeziehungen eine breite Horizontale. Es wird in Zukunft mehr «Verhandlungs-» und «Patchworkfamilien» ohne klare Verantwortungs- und Unterstützungskonstellationen geben. Dies resultiert aus der hohen Scheidungszahl (im Jahr 2008 in der Schweiz fast 20 000 mit 14 000 betrof-

⁸³ Die Vorstellung, dass schon früher eine «Mehr-Generationen-Solidarität» geherrscht habe, muss man relativieren. Die Alten starben relativ früh. Die Drei-Generationen-Familie machte nur eine Minderheit von sechs Prozent aus (siehe Opaschowski, 2004).

⁸⁴ Wenn wie in Russland ein Mann im Durchschnitt nur 60 Jahre alt wird, werden die wenigsten Kinder ihren Grossvater lange haben.

fenen unmündigen Kindern), wiederholten Heiraten und der zunehmenden Zahl unehelich geborener Kinder. Auch die Zahl der Familien mit verwandtschaftlichen Beziehungen über die Landesgrenzen hinaus dürfte weiter zunehmen.

4.10 Drohen Generationenkonflikte?

Wir haben im zweiten Hauptkapitel die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur analysiert. Ein wichtiges Ergebnis war, dass bezüglich der altersmässigen Zusammensetzung der Bevölkerung ein Umbruch stattfinden wird. Die Zahl der Erwerbstätigen stagniert, die Zahl der Rentnerinnen und Rentner nimmt stark zu. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass ganz allgemein objektive Interessengegensätze zwischen Erwerbstätigen und Rentnern bestehen. Ein Konfliktpotenzial zwischen berufstätigen Beitragszahlern und Leistungsempfängern ist gegeben. Wenn in den kommenden 50 Jahren ihr zahlenmässiges Verhältnis ein anderes sein wird, werden sich die Interessengegensätze verschärfen. Für eine grosse Zahl von Erwerbstätigen war es bei hohem Wirtschaftswachstum leicht, für den Unterhalt relativ weniger Rentner zu sorgen. Doch wie wird die Situation sein, wenn gleich viel oder sogar weniger Erwerbstätige für mehr Rentner aufzukommen haben, und dies bei wenig oder gar keinem Wirtschaftswachstum? Wachsende «Opfer» der aktiven Bevölkerung könnten soziale Reaktionen auslösen (Kaufmann, 1960, S. 513).

Neben dem Bereich der sozialen Sicherungssysteme gibt es noch andere mögliche Konfliktfelder. Eines betrifft die beruflichen Aufstiegschancen. Werden die Älteren Führungspositionen länger besetzt halten? Verschlechtern sich dadurch die Aufstiegsmöglichkeiten für Jüngere? Nicht unbedingt. Die Zahl der Elitepositionen wächst nicht proportional zur Bevölkerung. Stagniert die Bevölkerung, entschärft sich der Konkurrenzkampf. Die Lebenserwartung der Elite war schon früher hoch, und es drängen weniger Junge nach. Die Dauer der Besetzung einer Position in der Elite ist das Problem, nicht das Durchschnittsalter der Elite. Wenn die Führungspositionen nicht in einem frühen Lebensalter erreicht werden, bleiben sie auch weniger lang durch dieselben Personen besetzt. Die Konkurrenz um Führungspositionen erwächst für Einheimische eher durch die neue Zuwanderung, da immer mehr Elitepositionen in der Schweiz durch Ausländerinnen und Ausländer eingenommen werden.⁸⁵

⁸⁵ Siehe den Artikel über Schweizer Eliten von Dieter Freiburghaus in (Müller-Jentsch, et al., 2008, S. 227 ff.).

Für Angehörige der Altersgruppe 40 bis 64, die keine Führungspositionen innehaben, wird sich der Druck verstärken. Wenn die Arbeitslosigkeit sowie die Globalisierung und Dynamisierung der Wirtschaft anhalten, dürften sie noch viel härter gefordert werden. Alle Behauptungen, die älteren Arbeitnehmer würden wegen der demographischen Entwicklung in Zukunft eher gebraucht werden, haben sich bisher nicht bewahrheitet, und dies zeichnet sich auch nicht ab, solange die Zuwanderung im bisherigen Umfang anhält. Die Qualifikationspyramide ist umgekehrt zum Alter: Jüngere sind in der Regel besser ausgebildet, auf dem neuesten Wissensstand und haben eher Fremdsprachenkenntnisse. Sollte es nicht genügend Arbeit für alle geben, werden die jüngeren Erwerbstätigen nachdrängen – auch aus dem Ausland. Schon in den 1930er-Jahren gab es prononcierte Forderungen, die sich möglicherweise nach dem Jahr 2020 wiederholen werden: «Die älteren Leute müssen aus dem Wirtschaftsprozess heraus, im Privat- und Staatsbetrieb» (Brüschweiler, 1940/41, S. 60). Während der Wirtschaftsdepression der 1930er-Jahre wurde gar die «Überalterung» als Ursache der Arbeitslosigkeit der Jüngeren angesehen (Kaufmann, 1960, S. 441).

Generationenkonflikte könnten sich auch im Strassenverkehr ergeben. Jüngere Autofahrer ärgern sich, wenn sie auf der Autobahn ältere Lenker nicht überholen können, die im Schneckentempo fahren (Slogan: «Senioren am Steuer – Ungeheuer»). Immer wieder liest man von Verkehrsunfällen, die von betagten Lenkern verursacht werden. Das grösste Risiko auf den Strassen stellen aber nicht ältere Menschen, sondern junge Männer dar. Die alten Menschen stehen gewöhnlich der regelmässigen medizinischen Überprüfung ihrer Fahrtüchtigkeit kritisch gegenüber. In der Schweiz müssen sich Autofahrer ab 70 Jahren alle zwei Jahre einer Überprüfung ihrer Fahrtauglichkeit beim Hausarzt stellen.

In Japan wurde eine Lösung getroffen, die in der Schweiz politisch wohl kaum durchsetzbar wäre. Wer seine Fahrprüfung abgelegt hat, klebt für ein Jahr ein Kennzeichen in Form eines grün-gelben Blattes auf sein Heck. Fahrer über 75 kleben ein Kennzeichen in den Herbstfarben Gelb und Orange auf – «ein nicht so subtiler Hinweis darauf, dass man zum alten Eisen gehört»⁸⁶.

⁸⁶ NZZ vom 22. September 2008, S. 2.

Abbildung 33: Sticker für Autofahrer ab 75 in Japan

Die Generationenkonflikte haben aber in den letzten Jahrzehnten eher abgenommen.⁸⁷ Ausserhalb der Familie und des öffentlichen Raums treffen die Generationen kaum aufeinander. Das «Nicht-zusammenleben-müssen» entlastet enorm, sagt der Soziologe François Höpflinger.⁸⁸ Auf der anderen Seite ist es dem Verständnis zwischen den Generationen förderlich, wenn es soziale Knotenpunkte gibt, die eine Begegnung der Generationen über die rein verwandtschaftlichen Beziehungen hinaus herbeiführen. Eine neue Idee ist jene des «Erzählcafés»: Ältere Menschen erzählen, wie es früher war. Im Gegenzug könnten jüngere Menschen, auch Kinder, den älteren beibringen, wie man die Möglichkeiten eines Smartphones voll ausschöpft. Es geht

⁸⁷ Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Oktober 2003 wurde die Frage gestellt: «Es wird ja zur Zeit häufig behauptet, es gebe einen tiefgreifenden Konflikt zwischen den Generationen, einen regelrechten Generationenkrieg. Haben Sie auch diesen Eindruck, oder finden Sie das übertrieben?» Nur neun Prozent hatten diesen Eindruck, 82 Prozent fanden das übertrieben (neun Prozent waren unentschieden).

⁸⁸ St. Galler Tagblatt vom 6. August 2008, S. 5.

darum, in einer angenehmen Atmosphäre eine lebendige Kommunikation zustande zu bringen.

Rein ökonomisch gesehen profitieren die Generationen voneinander, zumindest in den hochentwickelten Staaten. Gewiss wird ein Teil des Verdienstes der Erwerbstätigen an ältere Menschen umverteilt. Auf der anderen Seite verdienen viele Jüngere ihr Geld mit den älteren Menschen, in der Pflege, der medizinischen Versorgung, mit Medikamenten, Beratung, in der Immobilien- und Reisebranche. Gerade weil es in Zukunft eine noch besser situierte ältere Generation geben wird, werden jüngere Menschen wirtschaftlich profitieren, wenn diese Generation entspart, d. h. das Geld für Investitionen, Dienstleistungen und Konsum ausgibt.

Da es der älteren Generation gesundheitlich besser gehen wird, können die Grosseltern mit der Enkelbetreuung die Jungen noch stärker entlasten. Nach dem «Generationenbericht Schweiz» (Perrig-Chiello, Höpflinger, Suter, & Wanner, 2008) entspricht dies einer Arbeitsleistung von 100 Millionen Stunden pro Jahr.

4.11 Übermacht der älteren Stimmbürger?

Veränderungen in der demographischen Struktur bedeuten auch Veränderungen in der altersmässigen Zusammensetzung des Elektorats. In Bezug auf die anteilmässige Stimmkraft der Generationen wird die demographische Entwicklung noch deutlicher spürbar werden als bei der gesamten Wohnbevölkerung, weil die unter 18-Jährigen und die Ausländerinnen und Ausländer nicht stimmberechtigt sind. Es wächst also das politische Gewicht der Rentnerinnen und Rentner bei Abstimmungen und Wahlen.⁸⁹ Bei Wahlen betrifft dies das aktive wie das passive Wahlrecht. Die Kandidaten für politische Ämter und die Amtsträger werden in Zukunft wohl im Durchschnitt älter sein und möglicherweise auch länger im Amt bleiben. Das Ungleichgewicht wird weiter verschoben, indem sich die grössere Zahl älterer Stimmberechtigter und die höhere Stimm- und Wahlbeteiligung der oberen Altersgruppen kumulieren.

Die unterschiedliche Stimmbeteiligung der verschiedenen Altersgruppen soll durch vier Beispiele von eidgenössischen Volksabstimmungen illustriert werden (siehe nachstehende Tabelle). Es sind hier Abstimmungen angeführt, die schon einige Zeit zurückliegen. Neuere Abstimmungen zeigen aber das gleiche Bild.

89 «Wahlen werden künftig von Senioren entschieden», heisst es im Vorspann der SPIEGEL-Titelgeschichte 31/1989 (siehe S. 8).

Tabelle 22: Stimmbeteiligung der Altersgruppen bei vier Volksabstimmungen (Prozent)

Altersgruppe	Referendum «Revision des Asylgesetzes» (5.4.1987)	Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» (26.11.1989)	Initiative «Kleeblatt Murten/Yverdon» (1.4.1990)	Initiative «Für den Ausstieg aus der Atomenergie» (23.9.1990)
18–29	23	60	45	33
30–39	41	71	56	34
40–49	49	75	57	43
50–59	46	70	58	41
60–69	54	70	68	43
70+	47	69	62	45
Tatsächliche durchschnittliche Beteiligung	42	68,6	40 ⁹⁰	39

Quelle: VOX-Analysen der eidgenössischen Abstimmungen (Nachbefragung)

Die Beteiligung der Altersgruppe 18 bis 29 liegt konstant unter dem Durchschnitt, jene der drei Altersgruppen über 50 stets über dem Durchschnitt. Die Tendenz, die erkennbar ist, lässt sich generalisieren: Bis zum Lebensalter von 70 steigt die Stimmbeteiligung fast kontinuierlich an. Nach 75 geht sie deutlich zurück.

Was das Abstimmungsverhalten angeht, so gilt die Faustregel: Je älter der Stimmbürger, desto «beharrungswilliger» stimmt er ab, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er bei vorgeschlagenen Reformen die bewahrenden Kräfte bzw. die Regierung unterstützt. Ich zeige dies wiederum beispielhaft anhand der vier bereits erwähnten Abstimmungen.

⁹⁰ Bei Nachbefragungen zeigt sich regelmässig, dass im Durchschnitt mehr Stimmberechtigte angeben, an der Abstimmung teilgenommen zu haben, als die tatsächliche Stimmbeteiligung ausmacht. Bei dieser VOX-Analyse wurde die durch die Befragten angegebene Beteiligung offenbar nicht wie üblich gewichtet. Die tatsächliche durchschnittliche Beteiligung von 40,5 Prozent liegt deshalb beträchtlich unter der in der Umfrage deklarierten Beteiligung.

Tabelle 23: Jastimmen-Anteile nach Altersgruppen bei vier Volksabstimmungen (Prozent)

Altersgruppe	Referendum «Revision des Asylgesetzes» (5.4.1987)	Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» (26.11.1989)	Initiative «Kleeblatt Murten/Yverdon» (1.4.1990)	Initiative «Für den Ausstieg aus der Atomenergie» (23.9.1990)
18–29	46	60	50	64
30–39	58	50	39	57
40–49	75	41	29	49
50–59	69	29	38	32
60–69	76	13	31	47
70+	82	13	27	44
Tatsächlicher Jastimmen- Anteil	67	36	33	47

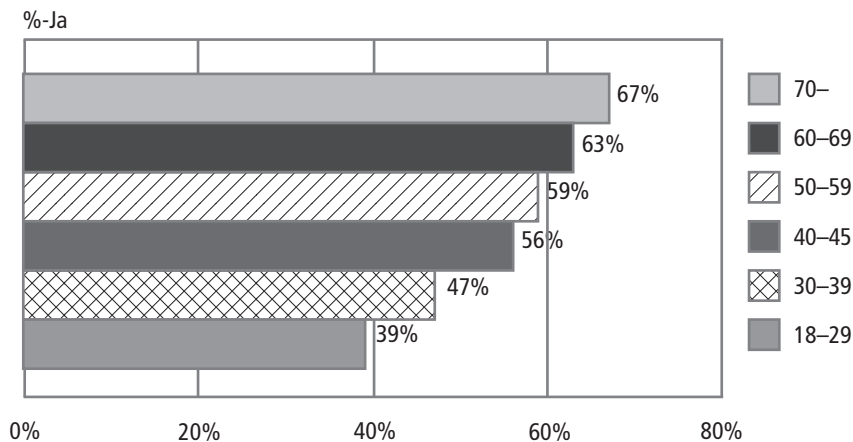
Quelle: VOX-Analysen der eidgenössischen Abstimmungen

Beim Asylgesetz handelte es sich um ein fakultatives Referendum. Ältere Stimmbürger haben die Position von Regierung und Parlament (Ja zu einer strengeren Asylgesetzgebung) stärker unterstützt als jüngere. Die drei Initiativen hatten eher eine «progressive» Stossrichtung – Abschaffung der Armee, Verzicht auf das Autobahnteilstück Murten/Yverdon, Ausstieg aus der Atomenergie – und wurden von der Parlamentsmehrheit zur Ablehnung empfohlen. Mit zunehmendem Alter nahm die Unterstützung für die Initiativen tendenziell ab.

Eine klare Unterscheidung nach Alter gab es bei der Abstimmung 8. Februar 2004 über die (angenommene) Verwahrungsinitiative⁹¹. Die 18- bis 39-Jährigen lehnten sie ab, die über 39-Jährigen stimmten ihr zu.

⁹¹ Sexual- oder Gewaltstraftäter, die als extrem gefährlich erachtet und als nicht therapierbar eingestuft werden, sollen wegen des hohen Rückfallrisikos bis ans Lebensende verwahrt werden.

Abbildung 34: Jastimmen-Anteile nach Altersgruppe bei der Verwahrungsinitiative 2004



Keinen signifikanten Unterschied hinsichtlich Alter gab es bei der Abstimmung vom 3. März 2002 über den UNO-Beitritt der Schweiz. 55 Prozent sagten Ja. In meinem berühmt-berüchtigten Aufsatz «Demographische Struktur und Volksabstimmungen» habe ich folgendes Gedankenmodell entwickelt: Angenommen, im Jahr 2040 würde nochmals über einen bestimmten Sachgegenstand abgestimmt. Sowohl Stimmverhalten wie Stimmbeteiligung der Altersgruppen blieben gleich wie bei der tatsächlichen Abstimmung, das Elektorat hätte aber altersmässig eine andere Zusammensetzung. Wie wäre dann diese Volksabstimmung ausgegangen?

Nehmen wir als konkretes Beispiel die in Tabelle 23 aufgeführte Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee». Wie würde das Abstimmungsergebnis lauten, wenn das Elektorat des Jahres 2040 darüber abgestimmt hätte, ausgehend von der Annahme, dass die Struktur des Elektorats die einzige Variable ist, die sich ändert? Da das Elektorat im Jahre 2040 im Durchschnitt älter sein wird als jenes von 1990 – das Medianalter wird von 38 auf 46 Jahre steigen –, hat die abschaffungswillige jüngere Stimmbürgerschaft weniger Gewicht.

Tabelle 24: Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» (Abstimmung vom 26.11.1989), Beteiligung und Stimmverhalten nach Altersgruppen

Altersgruppe	Elektorat absolut	Stimm- beteiligung in Prozent	Stimmende	Jastimmen- Anteil in Prozent	Ja- Stimmende
18–29	1009.5	60	605.70	60	363.42
30–39	818.2	71	580.92	50	290.46
40–49	800.3	75	600.23	41	246.09
50–59	620.6	70	434.42	29	125.98
60–69	573.3	70	401.31	13	52.17
70+	654.8	69	451.81	13	58.74
Total	4476.7		3074.39		1136.86
Tatsächliches Ergebnis in Prozent		68.68		36.98	

(Elektorat und Stimmende in Tausend)

Tabelle 24 zeigt zunächst die Daten der tatsächlichen Abstimmung im Jahr 1989. Knapp 37 Prozent der Stimmenden haben die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» gutgeheissen. Die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen hat mehrheitlich klar zugestimmt, die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen zur Hälfte. Eine klare Ablehnung von 87 Prozent zeigt sich bei den beiden obersten Altersgruppen.

Tabelle 25 gibt das Ergebnis einer Projektion wieder, wenn man die Daten der altersmässigen Zusammensetzung des Elektorats des Jahres 2040 einsetzt.⁹²

⁹² Diese Daten beruhen auf den Bevölkerungsszenarien aus dem Jahr 1992.

Tabelle 25: Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee», Projektion für das Jahr 2040, gemäss Szenario «Stabilisierung» von 1992

Altersgruppe	Elektorat absolut	Stimm- beteiligung in Prozent	Stimmende	Jastimmen- Anteil in Prozent	Ja- Stimmende
18–29	766.3	60	459.78	60	275.87
30–39	668.1	71	474.35	50	237.18
40–49	758.7	75	569.03	41	233.30
50–59	750.7	70	525.49	29	152.39
60–69	706.6	70	494.62	13	64.30
70+	1257.8	69	867.88	13	112.82
Total	4908.2		3391.15		1075.86
Ergebnis (Projektion) in Prozent		69.09		31.73	

(Elektorat und Stimmende in Tausend)

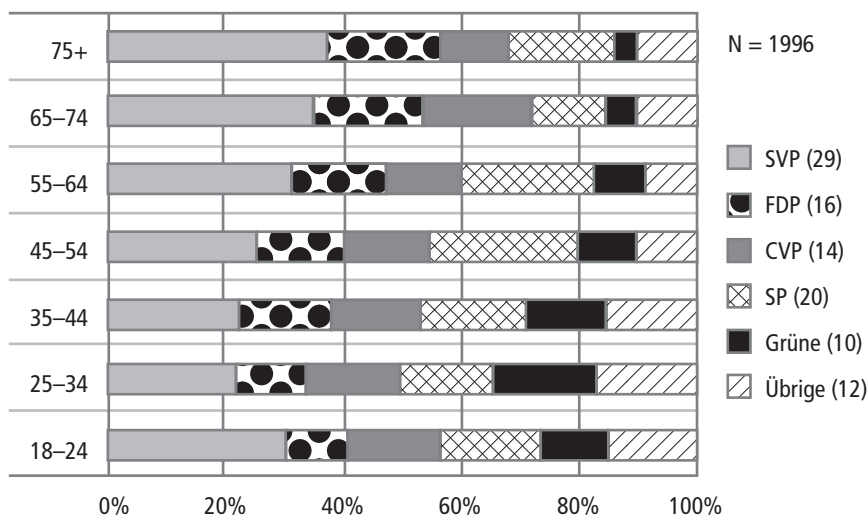
Wir sehen, wie sich die zahlenmässige Stärke der einzelnen Altersgruppen verändert hat. Die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen umfasst nahezu eine Viertelmillion weniger Stimmberechtigte. Die Gruppe der über 70-Jährigen ist um fast 600 000 gewachsen. Weil die älteren Stimmberechtigten einen tieferen Jastimmen-Anteil aufweisen, ist damit zu rechnen, dass die Initiative stärker verworfen wird. Dies lässt sich nun quantifizieren. Hätte das Elektorat des Jahres 2040 über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» abgestimmt, dann hätte – unter der Annahme gleichen Stimmverhaltens und gleicher Stimmbeteiligung – ein Jastimmen-Anteil von 31,7 Prozent (statt 37 Prozent) resultiert.

Sofern sich dieses Ergebnis verallgemeinern lässt, lautet die Schlussfolgerung aus diesem Gedankenexperiment: Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Ergebnisse von Volksabstimmungen sind eher gering – wenn sich das Stimmverhalten nicht drastisch ändert.

Werfen wir nach den Abstimmungen noch einen Blick auf die Wahlen. Noch vor zwanzig Jahren galt die ältere Stimmbürgerschaft als Wählerpotenzial der linken Parteien, was auch die Bedeutung des Themas soziale Sicherheit bei den älteren Stimmberechtigten widerspiegelte. Dies hat sich mittlerweile geändert. Eine relative Mehrheit der älteren Menschen bevorzugt die bürgerlichen Parteien, insbesondere die SVP. Nicht

mehr soziale Sicherheit, sondern Themen wie Kriminalität, Asyl, Ausländer und Sicherheit im öffentlichen Raum beschäftigen die älteren Menschen prioritär. Untenstehende Abbildung zeigt die Parteipräferenzen der Altersgruppe bei einer Befragung nach den Schweizer Nationalratswahlen 2007 (Lutz, 2008, S. 15).

Abbildung 35: Alter und Wahlentscheid bei den Nationalratswahlen 2007



Lesebeispiel: Von allen Wählenden haben insgesamt 29 Prozent SVP gewählt. Bei den über 74-Jährigen waren es 37 Prozent. Aber auch bei der jüngsten Wählergruppe liegt die SVP mit 30 Prozent an der Spitze. N gibt die Zahl der Befragten an.

Werden wegen der demographischen Alterung die Bildungsausgaben unter Druck geraten, weil die zunehmende Zahl älterer Stimmbürger einen grösseren Einfluss auf die staatlichen Budgets hat? «Schon für die jüngste Vergangenheit kann man auf der Basis einer Paneluntersuchung der Bildungsausgaben aller 26 Kantone zwischen 1990 und 2002 nachweisen, dass ein Ansteigen des sich im Ruhestand befindlichen Bevölkerungsteils einen stark negativen Einfluss auf die Bildungsausgaben ausübt.»⁹³ Diesen Befund würde ich bezweifeln. Auch ältere Stimmberechtigte stimmen auf kommunaler und kantonaler Ebene grossen Investitionen in die Bildung zu.

⁹³ Stefan Wolter in der NZZ vom 8. Oktober 2005, S. 16.

4.12 Gerontokratie (Herrschaft der Alten)?

Trotz des eher überraschenden Ergebnisses des oben durchgeführten Gedankenexperimentes ist die Frage nicht vom Tisch, ob in einer im Durchschnitt «älteren Gesellschaft» die Gefahr einer «Gerontokratie», einer Herrschaft der Alten, droht. Diese Fragestellung beschäftigt Menschen, Medien und Wissenschaft. Was spricht dafür, was dagegen, dass es zu einer Gerontokratie kommen wird?

Dafür: Es kann durch die Stagnation der Bevölkerung und den wachsenden Anteil älterer Menschen eine «Mentalität der Eingesessenen» entstehen, bei der die Furcht, das Erreichte zu verlieren, grösser ist als die Hoffnung, Neues hinzuzuerwerben (Kaufmann, 1960, S. 497). Zu dieser Mentalität gehört auch eine Vorliebe für die Werte «Ruhe und Ordnung». Wenn man davon ausgeht, dass auch Stimmbürger ihre persönlichen Interessen vertreten, dann haben ältere Menschen bei ihren Entscheidungen einen kürzeren Zeithorizont.⁹⁴ Bevölkerungsstagnation kann zur sozialen Erstarrung führen, weil es weniger hinzukommende Kräfte gibt, die sich einen Platz in der Gesellschaft erkämpfen wollen und müssen. Drängen keine Kräfte nach, müssen sich auch die Eingesessenen weniger anstrengen. Nicht nur Mentalitätsunterschiede, auch objektive Interessengegensätze zwischen den Generationen werden aufgrund der knapper werdenden Ressourcen klarer hervortreten, womit die Gefahr von Generationenkonflikten steigt. In dieser Ausmarchung haben die älteren Menschen rein zahlenmässig die besseren Karten. Sie können ihr Stimmgewicht einsetzen, um ihre Forderungen durchzusetzen bzw. am Bestehenden festzuhalten. Dies kann zu schwerwiegenden Generationenkonflikten führen.⁹⁵ Nicht bei allen, aber bei manchen Abstimmungsgegenständen zeigt sich schon heute, dass die älteren Generationen «konservativer» – eher auf Beharrung als auf Veränderung bedacht – stimmen als die jüngeren. Politische Parteien und Populisten werden in diesem Potenzial auf Stimmenfang gehen. Es kann zu einer «neuen Mehrheit für die Alten» (Siegmund, 1995, S. 129) kommen. Die demographische Entwicklung kann also ein Einfallstor für Populisten werden (die aber selbst jung sein können). Das wäre dann nicht Herrschaft der Alten, sondern Herrschaft dank der Stimmen der Alten.

Gegen die Herausbildung einer Gerontokratie spricht: Wenn es Wirtschaft und Gesellschaft gelingt, mit der voranschreitenden Globalisierung und Dynamisierung Schritt

⁹⁴ Ein solches «rationales Verhalten» bei politischen Entscheiden kann freilich empirisch nicht belegt werden.

⁹⁵ Stellen wir uns einen Verein vor, in dem die Mehrheit der Mitglieder über 60 ist. An den Mitgliederversammlungen würden die unter 60-Jährigen regelmässig von den älteren Mitgliedern überstimmt. Wie würden die jüngeren reagieren? Vermutlich würden sie einen eigenen Verein gründen.

zu halten, dann wird die Gesellschaft insgesamt eher veränderungswillig sein. Alte Menschen werden in einem fortschrittlichen Kollektiv ebenfalls fortschrittlicher sein. Auch in der Schweiz verlieren Berufsgruppen, die eher zum Beharren tendieren, an Gewicht, etwa Landwirte und kleine Gewerbetreibende. Darüber hinaus hat auch in diesen Berufsgruppen ein Umdenken in Richtung Öffnung und mehr Wettbewerb begonnen. Es ist auch durchaus so, dass die älteren Generationen lernfähig sind und ein allmählicher Wandel ihrer Anschauungen möglich ist, wie jüngste UNIVOX-Umfragen belegen. In einer weniger konservativen Gesellschaft wiederum ist der Einfluss der Älteren geringer. Alte müssen beruflich nicht mehr vorwärtskommen, sie sind nicht mehr karrieresüchtig (Hug, 1992, S. 14). Im Alter sind soziale Beziehungen schwerer zu knüpfen; das weniger dichte soziale Beziehungsnetz vermindert den Einfluss der älteren Menschen auf die ganze Gesellschaft. Die Interessen älterer Menschen sind schlecht organisierbar, weil man sie quasi zu Hause abholen muss und dies nicht, wie bei einer Gewerkschaft, am Arbeitsplatz geschehen kann.

Eine wirksame Interessenvertretung braucht Einigkeit im Innern, Ressourcen für die Verbandsbildung und die politische Einflussnahme sowie eine starke Führung mit einem Beziehungsnetz. In allen diesen Belangen sind die älteren Menschen im Nachteil. Ohne Verankerung im Erwerbsleben ist auch das Beziehungsnetz weniger dicht. Ohne die Ressourcen des Erwerbslebens fehlen die Mittel, um wirksam Lobbying betreiben zu können, denn Lobbying ist ein Tauschgeschäft, und in diesem haben ältere Menschen weniger anzubieten: Informationen, Netzwerke, politische Unterstützung, Geld, Medienpräsenz, Wählerstimmen. Erwerbstätige in Führungspositionen verfügen von ihrer beruflichen Tätigkeit her über diese Ressourcen. Aber woher sollen Nichterwerbstätige die Ressourcen nehmen (ausser Geld)? Hinzu kommt, dass es nicht nur wichtig ist, wie viele Menschen ein Interesse vertreten, sondern auch mit welcher Intensität und inneren Geschlossenheit sie es tun. Jüngere Menschen wenden auch medienwirksame nichtinstitutionelle Formen politischer Partizipation an (Streiks, Besetzungen, Demonstrationen, Proteste). Solche Formen stehen älteren Menschen eher fern.

Ältere Menschen stimmen im Einzelfall durchaus im gleichen Ausmass wie andere Altersgruppen zukunftsgerichteten Projekten zu, wie Abstimmungsanalysen ergeben haben. Dies war zum Beispiel bei den Abstimmungen über den EWR 1992 oder die NEAT 1992 und 1998 der Fall. Bei diesen Beispielen sahen sie über den eigenen Zeit-horizont hinaus. Gerade beim Abstimmungsentscheid über den EWR haben viele ältere Stimmberechtigte ihren Enkeln zuliebe ein Ja in die Urne gelegt.

Genauso wie die Angehörigen der Gruppe «Jugend» unterscheiden sich auch die Angehörigen der «älteren Generationen». Die älteren Menschen sind zwar in Bezug auf das Merkmal «Alter» gleich, ansonsten aber keine homogene Gruppe mit gleichen Interessen. Ihr Stimmverhalten wird deshalb nie genau gleich sein, weil eben das Alter nur eine Determinante für politisches Verhalten ist und sich durch die Gesellschaft noch andere Konfliktlinien als das Alter ziehen, etwa die Stellung im Beruf, das Geschlecht, der Bildungsgrad, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das Eigentum, die Konfession, die Wohnregion. Während etwa in den USA die «American Association for Retired Persons» eine politische Kraft darstellt, ist das politische Gewicht der Organisationen der älteren Menschen in der Schweiz gering. Ein Grund dafür ist die innere Zerstrittenheit (Hug, 1992, S. 58; Puenzieux, 1997). Richtigerweise wird im Bericht des Perspektivstabes der Bundesverwaltung darauf hingewiesen, «dass nicht demographische Faktoren einen wesentlich grösseren Einfluss auf Denkweise, Einstellungen und Abstimmungsverhalten haben» (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 115). Anzumerken ist freilich, dass man bei der Ausarbeitung von Szenarien über Abstimmungsverhalten und Abstimmungsergebnisse nicht allein auf momentanes Stimmverhalten abstellen darf. Käme es zu einem Machtkampf an der Urne, ist das tatsächliche Stimmenpotenzial entscheidend.⁹⁶ Sollte in 30 Jahren eine Situation eintreten, in der die Konfliktlinie «Alter» alle anderen überlagern würde, dann verfügten die älteren Stimmberechtigten über ein Potenzial, gegen das die jüngeren nicht ankommen könnten. Zu beachten ist, dass ein Generationenkonflikt zwar nicht offen ausbrechen mag, dass aber die Glut des Konflikts weiterschwelt und sich ausbreitet. Der Generationenkonflikt wird dann zwar von keiner Seite zugegeben (Kaufmann, 1960, S. 440), aber ein bestehender Konflikt ist dann tatsächlich durch die Generationenzugehörigkeit in bedeutendem Masse mitbedingt. Es braucht in einer solchen Situation nur ein aufwühlendes Ereignis, und die Glut entfacht einen Flächenbrand.

Sollten in Zukunft die älteren Generationen vermehrt ihr Stimmgewicht kompakt und nur im Eigeninteresse in die Waagschale legen, so würde die Konfliktintensität steigen. Dies würde die jüngeren Generationen mobilisieren, und ihre Stimm- und Wahlbeteiligung, ja ihr politisches Engagement generell, dürfte zunehmen. Es kommt nie nur auf die Zahl der Köpfe an, die ein bestimmtes politisches Interesse vertreten, sondern auch auf die Intensität und Entschlossenheit, mit der sie dies tun.

⁹⁶ Die Situation ist ähnlich wie in den Beziehungen zwischen zwei ungleich mächtigen Staaten. Eine Phase des Friedens kann nicht massgebend sein für die Einschätzung der potenziellen Bedrohung des schwachen Staates. Entscheidend ist vielmehr das tatsächliche militärische Potenzial des starken Staates.

In Polen und Tschechien gab es in den 1990er-Jahren «Rentnerparteien», die sich an nationalen Wahlen beteiligt haben. Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Tschechien vom 21. Juni 1998 war der Rentnerpartei in Meinungsumfragen ein Wähleranteil von über zehn Prozent vorausgesagt worden. Tatsächlich erreichte sie dann nur drei Prozent. Die Schwesterpartei in Polen erlitt im September 1997 ein ähnliches Schicksal. Offenbar hatten viele Wählerinnen und Wähler, die in Meinungsumfragen eine Rentnerpartei eine gute Idee fanden, bei der Stimmabgabe Bedenken, ob sie eine Partei unterstützen sollten, die einseitig auf Forderungen für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe ausgerichtet ist.⁹⁷ Ein ähnliches Schicksal erlitt in Deutschland zu Beginn der 1990er-Jahre die aus den Grauen Panthern hervorgegangene Partei «Die Grauen». Selbst bei Wählern ab 60 fand sie keine grosse Unterstützung. Bei den Nationalratswahlen 1991 waren die «Grauen Panther» im Kanton Zürich mit einer eigenen Liste angetreten, allerdings ohne Wahlerfolg. Wenn solches Wählerverhalten auf die Zukunft übertragen werden könnte, dann brauchte man sich in der Tat keine Sorgen zu machen über den geballten Einsatz des politischen Gewichts der Rentnerschaft. Die Umstände, die in 20 Jahren herrschen werden, sind jedoch kaum voraussehbar. Auch Rentnerparteien werden sich überlegen müssen, was sie zur Lösung von Problemen beitragen können, und nicht nur, was für Forderungen sie vertreten. Ähnlich kurzlebige Erscheinungen dürften auf Seiten junger Menschen Parteien wie die Piratenpartei oder «Internetparteien» sein.

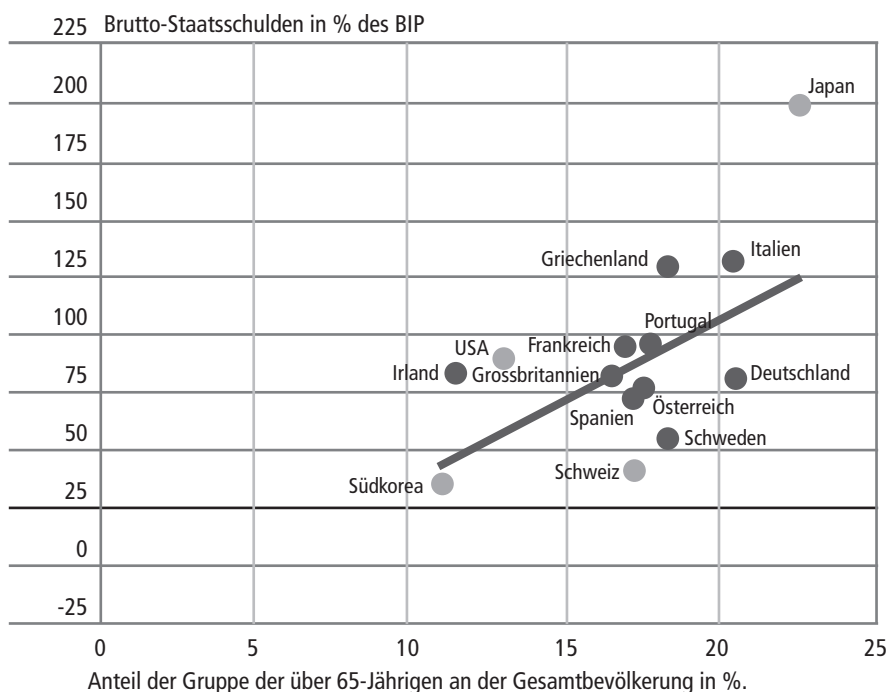
4.13 Schuldenlast und demographische Herausforderung

Im Oktober 2006 warnte die EU-Kommission vor einer «Renten-Zeitbombe». Wegen der zu erwartenden öffentlichen Mehrausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege drohten sechs Mitgliedstaaten bis 2050 eine öffentliche Verschuldung auf fast 200 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Damals war die schon im Jahr darauf folgende Finanzkrise nicht absehbar. Das Problem hat sich dadurch verschärft: Die Staatsschulden sind stark gewachsen, und wegen der demographischen Alterung drohen zusätzliche Schulden. Japan hat wie erwähnt schon heute Staatsschulden, die doppelt so hoch sind wie die jährliche Wirtschaftsleistung. In Griechenland und Italien betragen sie mehr als 100 Prozent des BIP. Wie sollen die hochverschuldeten Staaten in den kommenden Jahrzehnten einerseits die Staatsschuld abbauen und andererseits die Mehrkosten der demographischen Entwicklung schultern?

⁹⁷ Vgl. NZZ vom 22. Juni 1998, S. 1.

Wegen der hohen Verschuldung müssen die Staaten auch immer mehr für Schuldzinsen ausgeben (in Japan fast ein Viertel der Steuereinnahmen). Ausserdem steigt die Furcht vor dem Staatsbankrott, bei dessen Eintreten natürlich auch die Sozialversicherungen in Mitleidenschaft gezogen würden. Nicholas Eberstadt und Hans Groth fordern mit Blick auf die zunehmende Schuldenlast in den entwickelten Staaten einen «demographischen Stresstest».⁹⁸ Vor zwei Jahrzehnten habe es keine klare Korrelation zwischen Altersprofil eines Staates und der Staatsverschuldung gegeben. Heute aber sehr wohl. «... jeder Prozentpunkt, um den die über 65-Jährigen in einer Gesellschaft zunehmen, löst bei der auf das BIP bezogenen Staatsverschuldung einen Anstieg von ungefähr 7 Prozentpunkten aus.»

Abbildung 36: Zusammenhang von Staatsverschuldung und Anteil der über 65-Jährigen



Quelle: NZZ

⁹⁸ NZZ vom 4. September 2010, S. 33.

Wie die Autoren selbst schreiben, handelt es sich hier um eine Korrelation, was nicht mit Kausalität verwechselt werden darf. Man kann ja kaum behaupten, dass die hohe Verschuldung Griechenlands durch die demographische Alterung verursacht worden ist. Hauptursache für den «Verschuldungsschub» nach 2008 war die Finanzkrise und deren Bekämpfung. Zudem ist die Zahl der Fälle viel zu gering, als dass daraus ein «Gesetz» abgeleitet werden könnte. Sicher würde man auch bei der Analyse vieler «junger Staaten» ebenfalls auf eine hohe und wachsende Verschuldung stossen. In Palästina beispielsweise macht die internationale Budgethilfe 94 Prozent der öffentlichen Ausgaben aus, und auch Kosovo und Bosnien-Herzegowina würden ohne internationale Unterstützung finanziell nicht überleben. Ein «demographischer Stresstest» mit nur einem Szenario brächte ebenso wenig wie bei den Banken, weil die Ergebnisse von den getroffenen Annahmen abhängen. Der im Juli 2010 von der EU publizierte Banken-Liquiditäts-Stresstest war wohl eher «ein PR-Instrument zur Beruhigung der Märkte»⁹⁹, denn fast alle Banken, auch die irischen, hatten ihn bestanden. Irland musste sich wenige Monate danach unter den «Schutzschirm» der EU begeben. Richtig ist indessen, dass bei der demographischen Entwicklung, anders als bei Finanzkrisen, eine lange Vorwarnzeit besteht, die man nutzen muss.

Ein neues Konzept ist jenes der «impliziten Staatsschuld». Hier werden staatliche Leistungsversprechen für die Zukunft aufgerechnet, insbesondere bei den Sozialversicherungen. Nach einer «Generationenbilanz» hätte Deutschland eine implizite Staatsschuld von 250 Prozent des BIP.¹⁰⁰ Die Schweiz steht sehr gut da, mit einem Vermögen von -155 Prozent des BIP. In den USA beträgt die implizite Staatsschuld sogar 567 Prozent des BIP. Was ist von diesem Konzept zu halten? Nicht sehr viel. Die Rechtsordnung kann geändert werden. Ausserdem müsste man korrekterweise bei einer Generationenbilanz auch berücksichtigen, was die gegenwärtige Generation den zukünftigen an Infrastruktur, Realvermögen und Know-how hinterlässt und wie die Generationenbilanz auf privater Ebene aussieht. Auf die Mikroebene übertragen könnte man von einer «impliziten Elternschuld» sprechen, wenn ein Kind geboren wird. Es wird viel Vermögen vererbt, d.h. auf nachfolgende Generationen übertragen.¹⁰¹ Die expliziten Staatsschulden hingegen müssen zurückbezahlt werden. Die Schuldenlast kann sich aber durch Inflation vermindern. Viel schlimmer ist es, wenn eine Generation den künftigen die Last von ausgetragenen Kriegen weitergibt, denn hier geht es um viel mehr als finanzielle Einbussen.

99 Neue Zürcher Zeitung, 26. November 2010, S. 25

100 So die «Stiftung Marktwirtschaft». Siehe <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de>

101 Im Jahr 2000 waren es in der Schweiz 28,5 Milliarden Franken, freilich sehr ungleich verteilt (siehe S. 138).

Betrachtet man in der Schweiz Staat, Sozialversicherungen und private Haushalte zusammen, so besteht keine Schuldenlast, sondern ein Vermögen. Rund ein Drittel des gesamten privaten Finanzvermögens der Schweiz ist im Ausland investiert – darunter auch beträchtliche Teile des Sozialversicherungsvermögens. Die sozialstaatliche Sicherung wird also auch davon abhängen, ob diese Kapitalien sicher sind und die erwarteten Erträge generieren. Ein Staat, der die demographischen und andere Probleme durch Verschuldung «löst», überwälzt finanzielle Lasten auf künftige Generationen. Richtigerweise sagt man, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. In der Schweiz werden zwar nur wenig finanzielle Lasten auf die Zukunft überwälzt, aber gleichwohl leben heutige Generationen auf Kosten künftiger. So lange der Zuwanderungsstrom fließt, ist das wie ein Perpetuum mobile, das die Wirtschaft in Gang und die Staatfinanzen im Lot hält. Der Preis, den das Land dafür zahlt, besteht in einem anhaltenden kräftigen Bevölkerungswachstum und als Folge davon im Verzehr unvermehrbarer Ressourcen, in der Zersiedelung des Landes und einem zu grossen ökologischen Fussabdruck (siehe dazu das Kapitel Umwelt). Der Preis ist umso höher, je qualifizierter und wohlhabender die Zuwanderer sind, denn die damit verbundenen hohen Löhne und Vermögen bedeuten auch, dass diese Menschen einen hohen Konsum haben. Schon heute gehört die Schweiz – von der Landesfläche von gut 41 000 km² sind bloss etwa 18 000 zur Besiedelung geeignet – zu den am dichtesten bevölkerten Staaten in Europa. Wenn die Zuwanderung in gleichem Tempo wie seit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU weitergeht, wächst die Bevölkerung der Schweiz alle zehn Jahre um fast eine Million. Das hiesse: 2060 könnten zwölf Millionen Menschen in der Schweiz leben. Weil eine intakte Landschaft ein wichtiger Grund für die Wohnsitznahme ist, würde die Attraktivität der Schweiz sinken, die Wanderungsströme können sich umkehren. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass politische Entscheide getroffen werden, welche das beschriebene Problem frühzeitig angehen. Denn damit verbunden wäre eine Abschwächung des Wohlstandszuwachses. Allerdings profitieren schon heute die Zuwanderer selbst am meisten von diesem Wohlstandszuwachs, während Einheimische mit höheren Mieten und Bodenpreisen konfrontiert werden. Gewiss könnten auf dem Boden der Schweiz 20 Millionen Menschen leben (in Singapur leben auf 710 km² 4,8 Millionen Menschen), solange es möglich ist, die lebensnotwendigen Güter, Rohstoffe und Energie zu importieren. Aber irgendwann wird die Zuwanderung zum Stillstand kommen. Die Generation, die es trifft, dürfte es nicht leicht haben.

4.14 Junge arme gegen reiche alte Nationen?

Werfen wir noch einen Blick auf die Konsequenzen der weltweiten demographischen Entwicklung, wie wir sie in Kapitel 2.6 skizziert haben. Die Veränderung der demographischen Grössenverhältnisse bezüglich Kontinenten, Nationen, Rassen und Konfessionen bis 2050 wird die Wanderungsströme zwischen Staaten und Kontinenten verändern. Das wirtschaftliche und demographische Ungleichgewicht zwischen armen und reichen Staaten wird sich weiter akzentuieren. Staaten mit hohem Bevölkerungswachstum sind gewöhnlich Auswanderungsländer. Wird es zu einem Sturm vom armen und «jungen» Süden auf den reichen und «alten» Norden kommen? Schon in den 1990er-Jahren wollten schätzungsweise 80 bis 100 Millionen Menschen aus wirtschaftlichen Gründen die Dritte Welt verlassen.¹⁰² Hinzu kommen jene Menschen, die wegen Verfolgung, kriegereischer Ereignisse, Naturkatastrophen oder dem Klimawandel aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Was sich auf nationaler Ebene zwischen Altersgruppen abzeichnet, könnte sich auf der Weltebene zwischen Teilen der Welt abspielen: Ein Konflikt zwischen durchschnittlich «jungen» (gleichzeitig armen) und durchschnittlich «alten» (gleichzeitig reichen) Gesellschaften. Es ergeben sich aber auch Chancen und Interessenharmonien, weil die älteren Menschen in den reichen Gesellschaften junge Menschen für die Erbringung von Dienstleistungen brauchen werden. Denn egal, wie stark einige Staaten bevölkerungsmässig zu schrumpfen drohen: Menschen, um die Lücken zu füllen, gibt es in den kommenden 40 Jahren weltweit genug. Aber die Menschen werden sich freiwillig nur in jene Gebiete begeben, in denen sie sich ein besseres Leben erhoffen. Eine «alte Gesellschaft» erfüllt diese Voraussetzung nur, wenn sie auch «reich» ist.

Ob die Verschiebungen in der zahlenmässigen Stärke der Bevölkerung auch zu Verschiebungen der politischen und wirtschaftlichen Macht von Staaten und Weltregionen führen wird, wie Peterson vermutet (Peterson, 1999, S. 188), ist eine andere Frage. Mehr Menschen allein bedeuten nicht mehr Macht.¹⁰³ Ganz im Gegenteil: Die Macht kann sogar schwinden, wenn das Erwirtschaftete auf mehr Köpfe verteilt werden muss. Solange die Entwicklungsländer nicht industrialisiert sind und somit ihre Wirtschaftskraft weit geringer ist, haben sie keine politische Macht. Wenn sie industrialisiert werden und das Pro-Kopf-Einkommen steigt, wird vermutlich die Fertilität weiter sinken. Es gibt

¹⁰² Neue Zürcher Zeitung, 20. Juli 1993, S. 25.

¹⁰³ Das wurde etwa im Sechstagekrieg von 1967 deutlich vor Augen geführt. Israel besiegte die Armeen von Ägypten, Syrien und Jordanien.

nicht nur Interessengegensätze zwischen «armen» und «reichen» Nationen. Reiche, alte Nationen brauchen junge Menschen, arme junge Nationen haben sie.

Eine gerade nach dem 11. September 2001 wieder heftig diskutierte Frage ist, ob es aufgrund der demographischen Verschiebungen zwischen den Kulturkreisen zu einem «Kampf der Kulturen» kommen werde (siehe Huntington, 1998). Nach dem Ende des Kalten Krieges sei die wichtigste Unterscheidung zwischen den Völkern nicht mehr ideologischer, politischer oder ökonomischer, sondern kultureller Art. Huntington argumentiert, dass die muslimische Population viel schneller wächst als die Population des westlichen Kulturkreises. Nach damaligen Schätzungen waren 1980 18 Prozent der Weltbevölkerung muslimisch, 2025 werden es 31 Prozent sein. Die muslimische Population ist jung. «Junge Menschen sind Protagonisten von Protest, Instabilität und Revolution» (Huntington, 1998, S. 182). «Grössere Populationen benötigen mehr Ressourcen, und daher tendieren Menschen aus Gesellschaften mit dichter und/oder rasch wachsender Bevölkerung dazu, sich auszubreiten, Territorium zu besetzen und Druck auf andere, demographisch weniger dynamische Völker auszuüben» (Huntington, 1998, S. 187). Eine bemerkenswerte Zunahme des prozentualen Anteils von Jugendlichen in westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts fiel mit dem «Zeitalter der demokratischen Revolution» zusammen. Der Anteil der Jugendlichen stieg nach 1920 wieder an und lieferte faschistischen und anderen extremistischen Bewegungen ihr Rekrutierungspotenzial. Vier Jahrzehnte später machte die Generation des Baby-Booms nach dem Zweiten Weltkrieg in den Demonstrationen und Protesten der sechziger Jahre politisch von sich reden (siehe Huntington, 1998, S. 182). Die Meister der demographischen Invasion waren die Europäer des 19. Jahrhunderts. Der Export von Menschen war die wichtigste Dimension beim Aufstieg Europas. «Die Bevölkerungsexplosion in muslimischen Gesellschaften und das riesige Reservoir an oft beschäftigungslosen jungen Männern zwischen 15 und 30 sind eine natürliche Quelle der Instabilität und der Gewalt innerhalb des Islam wie gegen Nichtmuslime» (Huntington, 1998, S. 433).

Huntington sieht als eine der Ursachen der Kriege im früheren Jugoslawien die Störung des demographischen Gleichgewichts (Huntington, 1998, S. 425). «Die komplizierten Prozesse, die zu interkulturellen Kriegen im früheren Jugoslawien führten, hatten viele Ursachen und Ausgangspunkte. Der wichtigste Einzelfaktor hinter diesen Konflikten war wahrscheinlich die demographische Verschiebung, die im Kosovo vor sich ging.» Die kosovo-albanische Fertilität war eine der höchsten in Europa; die serbische lag tief. Die Kämpfe zwischen Serben und Kroaten indessen lassen sich nicht demographisch begründen.

Noch radikaler in seinen Überlegungen ist Gunnar Heinsohn (Heinsohn, 2003). Seine These ist: Wo es zu viele junge Männer gibt, wird getötet, sei es staatlich oder nicht-staatlich organisiert. Das ist insbesondere in Staaten mit einem «Youth Bulge» der Fall, mit einer Bevölkerung, in denen die 15- bis 24-Jährigen mindestens 20 Prozent ausmachen. Die meisten dieser jungen Menschen, insbesondere die Männer, sind ohne Karrierechance und deshalb wütend. Auf der Mikroebene, innerhalb der Familien, kommt es zu Spannungen, wenn mehr als ein Sohn vorhanden ist. In Gesellschaften mit überzähligen jungen Männern besteht die grosse Gefahr, dass diese jungen, wütenden und chancenlosen Zweit-, Dritt- und Viertsöhne (der erste, älteste Sohn ist durch Erbfolge abgesichert) ihre Perspektive anderswo suchen und es zu blutigen Expansionen und zur Schaffung und Zerstörung von Gebietsherrschaften kommt. Auf der Makroebene erweist sich somit der Youth Bulge als Quelle von Instabilität und Gewalt, sowohl innerhalb wie ausserhalb der Landesgrenzen. Die Religion ist dabei Rechtfertigung, nicht Ursache der Gewalt. Die politische Führung kann es sich leisten, junge Männer in Konflikten und Kriegen risikoreich einzusetzen.¹⁰⁴ Auch Gesellschaften wie China und Indien, die einen grossen Überschuss an Männern haben, könnten sich leichter zu einem Kriegsgang entscheiden (siehe Hudson & Boer, 2004). Junge Männer, die keine Frau finden, wären auch für Extremisten und Terrorgruppen ein Rekrutierungspotenzial.

Ganz anders in hochentwickelten Staaten mit tiefer Fertilität. «Die weniger entwickelte Welt wird von den Strategen überdies dadurch im Vorteil gesehen, dass fast jeder Junge in der Ersten Welt der einzige Sohn oder gar das einzige Kind ist, so dass die Angst um sein Überleben jeden nichtzivilen Einsatz so gut wie unmöglich macht. ... Sein Aufwachsen ist durch Einfühlung und Hilfestellung gekennzeichnet. Die Friss-oder-stirb-Erziehung ist in der Ersten Welt weitgehend verschwunden. Hingegen könnten die Familien der Dritten Welt einen oder gar mehrere Söhne verlieren und immer noch weiter funktionieren. ...» (Heinsohn, 2003, S. 15 f.)

In den USA beträgt der «Children Bulge» (0- bis 14-Jährige, aus denen später der Youth Bulge wird) nach den Angaben von Heinsohn 59 von 285 Millionen, in den Industrieländern insgesamt 215 von 1 200 Millionen. In den Entwicklungsländern (ohne China) beträgt der Youth Bulge 1 400 von 3 800 Millionen. «Dreihundert von insgesamt neunhundert Millionen jungen Männern aus der Dritten Welt werden in den kommenden fünfzehn Jahren entschlossen ausserhalb ihrer Heimat um Positionen kämpfen müssen» (Heinsohn, 2003, S. 13). Diese stammen nicht aus verarmten Milieus, und die tie-

¹⁰⁴ Das war in Europa im Ersten Weltkrieg so. Allein die Schlacht bei Verdun 1916 kostete 1,2 Mio. Soldaten das Leben. Heinsohn weist darauf hin, dass die Fertilität in Europa von 1500 bis 1914 so hoch war wie heute in Afrika.

fere Ursache ist nicht der Mangel an Nahrung. «Getötet wird für Status und Macht.» Ziemlich düster ist der vorletzte Satz des Buches von Heinsohn: «...dass im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts noch ganz andere Verluste anstehen könnten als im gesamten Jahrhundert davor» (S. 161). Immerhin schiebt er nach: «Dass ein solcher Satz Unrecht behalten will, versteht sich von selbst.» Auf den Seiten 60 bis 71 präsentiert Heinsohn eine Liste mit 124 Staaten, in denen es im Jahr 2003 mindestens 650 000 Kinder unter 15 Jahren gab, und fügt in einer Kommentarspalte Konflikte, Kriege, Bürgerkriege, Vertreibungen und Völkermord an. Die erste Welt kann es sich nicht leisten, ihre wenigen Söhne in die Dritte Welt zu senden, um diese Konflikte einzudämmen. «Schon bei »nur« 1000 eigenen Gefallenen – zum Teil einzige Söhne – dürfen Mütter als Mahnwachen vor dem Weissen Haus aufziehen» (Heinsohn, 2003, S. 16).

Was ist von Heinsohns Überlegungen und Prognosen zu halten? In einer Studie wurde versucht, den Zusammenhang zwischen Youth Bulge und Krieg quantitativ zu erfassen. Das Fazit: «Der Jugendanteil einer Gesellschaft ist ein demografischer Stressfaktor, der zum Ausbruch von Gewalt beitragen kann, wenn der Staat seinen Menschen keine wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Statistisch lässt sich ein solcher Zusammenhang zwar nachweisen, unklar bleibt jedoch, ob ein »youth bulge« lediglich Ausdruck des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes ist, welcher Kriege begünstigt» (Kröhnert, 2004, S. 20). Eine andere Kritik bezieht sich auf den »sarkastischen Ton« der Ausführungen Heinsohns. Als Variable nicht berücksichtigt wurde von Heinsohn der Typus des politischen Systems. In rechtsstaatlichen Demokratien ist es kaum möglich, junge Männer als »Kanonenfutter« zu missbrauchen oder ethnische Gruppen aufeinanderzuhetzen. In autoritären Systemen aber sehr wohl. Sicher aber sind Titel und Untertitel des Buches von Heinsohn irreführend. »Weltmacht« wird man nicht, indem man Söhne im Krieg verheizt. 2008 publizierte der NIC (National Intelligence Council), eine mit strategischen Fragen befasste US-Regierungsorganisation, eine Studie mit dem Titel »Global Trends 2025: A Transformed World«. Demnach wird die relative Macht der USA bis 2025 abnehmen. Ein Machtzuwachs wird vorausgesagt für China, Indien, Indonesien, Iran, die Türkei und nichtstaatliche Akteure wie Unternehmungen, ethnisch und religiös bestimmte Gruppen und kriminelle Netze. Prägende Variablen bis 2025 werden sein: die Rohstoffpreise, der Klimawandel, demographische Veränderungen und militärische Technik. »The current youth bulges in the Maghreb states, Turkey, Lebanon, and Iran will diminish rapidly but those in the West Bank/Gaza, Iraq, Yemen, Saudi Arabia and adjacent Afghanistan and Pakistan will persist through 2025. Unless employment conditions change dramatically, youth in weak

states will continue to go elsewhere – externalizing volatility and violence» (National Intelligence Council, 2009, S. 22). «Europe will continue to attract migrants from younger, less developed, and faster growing African and Asian regions nearby. However, other emerging centers of industrialization – China and southern India and possibly Turkey and Iran – could attract some of this labor migration as growth among their working-age populations slows and wages rise» (National Intelligence Council, 2009, S. 23). Sofern die Migrantenströme nicht durch staatliche Restriktionen behindert sind, werden sie auch weiterhin in die ökonomisch attraktivsten Staaten fließen. Ein solcher könnte in Zukunft auch China sein, zumindest in Relation zu asiatischen, lateinamerikanischen oder afrikanischen Staaten. Die Zuwanderung aus Afrika hat in China bereits eingesetzt. Die Prognosen der UN rechnen indessen, wie oben gesehen, mit einer jährlichen Nettoabwanderung aus China von 309 000.

5 Mögliche Politiken

5.1 Probleme angehen, nicht umgehen

Führen wir unser Gedankenexperiment weiter. Nehmen wir an, die Bevölkerung werde sich in Grösse und Zusammensetzung so entwickeln wie in den Szenarien berechnet, und nehmen wir weiter an, die im vorigen Kapitel geschilderten Konsequenzen werden eintreten bzw. zumindest dann eintreten, wenn keine Gegenmassnahmen ergriffen werden. Die nächste Frage ist deshalb: Was können wir tun, um die Entwicklung in eine Bahn zu lenken, in der unerwünschte Folgen vermieden werden? Welche Politiken sollen wir verfolgen?

Den ersten Schritt für die Zukunftsbewältigung haben wir getan: Die Entwicklung und deren mögliche Folgen analysiert. Nun kommt es darauf an, vorausschauend Politik zu betreiben, die Probleme zu erkennen, Handlungsoptionen zu überlegen und die richtigen Massnahmen zur Problembewältigung einzuleiten. Darüber hinaus sind alle irreversiblen Entscheide von grosser Tragweite, die unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung ohnehin anstehen, auf ihre Demographieverträglichkeit hin zu überprüfen. In der Stadtverwaltung Bielefeld gibt es im Dezernat des Oberbürgermeisters seit dem 1. April 2004 eine Projektbeauftragte für die demographische Entwicklungsplanung. «Die Aufgabe der Projektbeauftragten besteht darin, Entwicklungen und Probleme des demographischen Wandels im Hinblick auf die Auswirkungen auf Bielefeld zu untersuchen und Vorschläge zur «Umsteuerung» zu entwickeln.»¹⁰⁵

Panik oder Angstmache sind freilich fehl am Platz. Die Alarmglocke braucht man heute nicht zu ziehen. Unverantwortlich wäre es jedoch, die Hände in den Schoss zu legen, einfach abzuwarten und darauf zu vertrauen, dass Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt wie mit Geisterhand alle Probleme von selbst lösen. Wir müssen die Probleme angehen, nicht umgehen. Falls wir sie heute umgehen, wird sich das später rächen, denn sie würden uns dereinst als viel grössere Brocken den Weg versperren.

Die Gefahr, dass man die demographischen Probleme einfach vor sich herschiebt, ist freilich gross. Politikerinnen und Politiker haben keinen Anreiz, sich mit den Problemen des Jahres 2020 zu befassen, wenn sie auf den Wahlerfolg im Jahr 2011 angewiesen sind.¹⁰⁶ Was bringt es ihm, wenn er sich zwar für die Interessen der Zukunft

¹⁰⁵ http://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/demo/mo/

¹⁰⁶ Der frühere Schweizer Innenminister Pascal Couchepin brachte das Rentenalter 67 in die politische Diskussion ein. Prompt wurde ihm vorgeworfen, das habe seiner Partei bei den Parlamentswahlen 2003 Stimmen gekostet. Im August 2010 ging die Spitze der SPD auf Distanz zur sukzessiven Einführung der Rente mit 67, die sie in der Grossen Koalition noch mitgetragen hatte.

einsetzt, aber die politische Macht verliert?¹⁰⁷ Es ist im Übrigen im politischen Leben eines Staates, eines Unternehmens oder eines Spitzenpolitikers oft nicht anders als im Privatleben: Man ist so sehr mit der Bewältigung der drängenden Probleme der Gegenwart beschäftigt, dass man sich nicht auch noch um die Zukunft kümmern kann. Wie das Individuum steckt der Staat manchmal in der Krise. Probleme werden erst dann angegangen, wenn die Krise viele Menschen erfasst hat und der Handlungsdruck genügend gross geworden ist. Nach 2007 waren die politischen Energien auf die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise konzentriert; die demographischen Probleme traten in den Hintergrund, obwohl natürlich wie erwähnt ein Zusammenhang zwischen abzutragender Staatsschuld und zu erwartenden demographiebedingten Kosten besteht.

Vorweg: Ein Patentrezept, um die demographische Herausforderung zu meistern, gibt es nicht, weder auf der individuellen noch auf der kollektiven Ebene. Es gibt auch keine für alle alten Menschen allgemein gültigen Problemlösungen. Eine Summe vieler kleiner Massnahmen wird erforderlich sein. Es wäre auch falsch, den Rechenschieber zum Hauptwerkzeug für die Bewältigung der Zukunft zu erklären. Es geht nicht allein um eine Neuverteilung von Lasten und Begünstigungen, es geht auch um eine neue Geisteshaltung zum Problem des Alters, des Alterns und der Lebensphasen überhaupt und um einen optimalen Einsatz der in der Bevölkerung vorhandenen Ressourcen. Das Bild des Alters von heute stimmt nicht mehr und muss korrigiert werden, und die traditionelle Dreiteilung des Lebens in Ausbildung, Erwerbsarbeit und Ruhestand muss aufgebrochen, die Übergänge müssen fließender werden. Menschen altern heute langsamer, sind länger gesund, soziokulturell jünger und länger leistungsfähig.¹⁰⁸ Dem ist bei der Ansetzung und Ausgestaltung der Phasen der Erwerbstätigkeit und des Ruhestandes Rechnung zu tragen. Im heute noch vorhandenen Potenzial der Menschen im sog. «Ruhestand» ist ein «Joker» versteckt, der entscheidend sein kann bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme. Diese Ressourcen gilt es zu erschliessen.

Die Gliederung dieses Hauptkapitels erfolgt nicht nach dem Raster von Kapitel 4. Der Kern der Ausführungen wird den Optionen bei der Sozialversicherungspolitik gewidmet sein. Dieser Bereich ist mit allen anderen eng verknüpft. Daneben behandle ich die Politikbereiche Bevölkerung, Migration, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Familie, Ausländer, Alter und Bewusstsein.

¹⁰⁷ Ähnlich kurzfristiges Denken herrschte auch in der Finanzbranche vor. Wenn die Boni eines Managers allein vom kommenden Jahres- oder gar Quartalsabschluss abhängen, wird er einen kurzen Zeithorizont haben.

¹⁰⁸ «Ein heute 40- oder 50-Jähriger ist seinem ganzen Wesen nach wesentlich jugendlicher, als er es in der Generation unserer Grossväter war.» Dieses Zitat stammt nicht etwa aus dem Jahre 2011, sondern aus dem Jahr 1937 (Renggli, 1937, S. 180). Heute könnte man diese Aussage auf die 60- bis 70-Jährigen übertragen. Dies wird durch Vergleichsdaten aus Genf/Wallis 1979–1994 bestätigt (vgl. Lalive d'Epinay, 1997).

5.2 Bevölkerungspolitik mittels Steigerung der Fertilität, Zuwanderung, Vertreibung und Völkermord

Bevölkerungswachstum kann erreicht werden entweder durch Steigerung der Fertilität der einheimischen Frauen oder durch einen Zustrom von AusländerInnen. Zur ersten Option. Eingriffe des Staates in das Fortpflanzungsverhalten sind äusserst delikat. Demokratische Staaten betreiben keine «aktive Bevölkerungspolitik», wie sie in der Geschichte immer wieder vorgekommen ist. Aus machtpolitischen Gründen haben Staaten immer wieder versucht, die Fertilität zu fördern. Benito Mussolini wollte Italiens Bevölkerung stark vermehren. Er führte eine Junggesellensteuer ein und zahlte Geburten- und Heiratsprämien. Das grösste «Experiment» der jüngeren Geschichte war wohl die Bevölkerungspolitik von Ceausescu in Rumänien zwischen 1966 und 1989. Abtreibung war verboten, Verhütungsmittel waren kaum erhältlich. In dieser Zeit wuchs Rumäniens Bevölkerung um drei Millionen auf insgesamt 23 Millionen. Es gab schätzungsweise zwei Millionen unerwünschte Kinder. Etliche von ihnen demonstrierten 1989 gegen Ceausescu und trugen zu seinem Sturz bei. Seit 1990 ging die Bevölkerung Rumäniens um zwei Millionen zurück. Bevölkerungspolitik kann aber auch betrieben werden durch Ansiedlung, Zuwanderung, Vertreibung, Völkermord oder – wie in China – die Beschränkung der Kinderzahl. In der Bibel, im 2. Buch Mose, ist von Israels Bedrückung in Ägypten die Rede. Ein neuer König befahl, alle Söhne der israelitischen Untertanen nach der Geburt zu töten, weil sich die Israeliten trotz der Unterdrückung rasch vermehrten und der König befürchtete, die Untertanen könnten sich im Falle eines Krieges auf die Seite der Feinde schlagen. Die Beispiele der Vernichtung Karthagos durch Rom, der Eroberung der Neuen Welt, der Roten Khmer in Kambodscha und von Ruanda 1994 zeigen, dass Völkermord ein immer wiederkehrendes Phänomen der Weltgeschichte war (dazu Kiernan, 2009). Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 kam es in Europa zu gewaltigen Vertreibungen, Umsiedlungen, Deportationen und Flüchtlingsströmen. Zwischen sieben und elf Millionen Zwangsarbeiter wurden nach Deutschland geschafft und dort genötigt, die Kriegsproduktion aufrechtzuerhalten. Gemäss dem 1941 erstellten «Generalplan Ost» sollten 30 Millionen Menschen nach Sibirien geschafft werden (Rudolf & Oswald, 2006, S. 340). Hier blieb es bei Plänen. Die Sowjetunion deportierte etwa zwei Millionen Polen nach Sibirien. Vor Kriegsende flohen mehrere Millionen Deutsche aus Ostpreussen, Pommern und Schlesien vor der Roten Armee in Richtung Westen (siehe die folgende Abbildung). Nach Kriegsende gab es etwa 40 Millionen entwurzelte Menschen.

Abbildung 37: Umsiedlungen und Vertreibungen in Europa 1940 bis 1949



Quelle: Perthes Atlas Geschichte, S.341

Auch ohne Zwangsmassnahmen kann ein Staat Bevölkerungspolitik betreiben, indem er die Rahmenbedingungen für die Mutterschaft und die Familie verbessert und/oder eine liberale Zuwanderungspolitik verfolgt. Massnahmen zur Erhöhung der Fertilität greifen freilich sehr langsam. Mehr Babys würden zwar die wirtschaftliche Nachfrage erhöhen, es stiegen aber für den Staat auch die Kosten für die Kleinkinderbetreuung und die Ausbildung. Bis diese Knaben und Mädchen voll erwerbstätig wären, vergingen mehr als 20 Jahre. Beispiele wie Frankreich oder die skandinavischen Staaten zeigen, dass sich die Fertilität mit geeigneten Massnahmen wie Mutter-/Vaterschaftsurlaub, Kleinkinderbetreuung, Tagesschulen usw. steigern lässt. Insbesondere muss die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufskarriere verbessert werden (siehe Kapitel 5.4.2.2).

Wie steht es mit der zweiten Option, (noch) mehr junge Menschen ins Land zu lassen?¹⁰⁹ Die Zuwanderung hochqualifizierter junger Menschen verursacht keine Ausbildungskosten mehr, sondern verschafft vielmehr durch die Erwerbstätigkeit sogleich den Sozialversicherungen Mehreinnahmen. Wäre dies die Patentlösung? Nun, eine Patentlösung wäre es nicht, aber immerhin eine «Lösung», die in der Schweiz und anderen hochentwickelten Staaten schon seit mehr als einem halben Jahrhundert wirkt. Es war dies nicht das Resultat einer bewussten Politik mit dem Ziel des Wachstums der Bevölkerung und der Ausgewogenheit des Altersaufbaus der Bevölkerung. Es hat sich, durch wirtschaftliche Triebkräfte, einfach so ergeben! Über Jahrzehnte hat die Einwanderung in der Schweiz gewissermassen als demographisches «Wundermittel» gewirkt. Sie führte zu Bevölkerungswachstum, was die Wirtschaft anregte. Sie brachte junge Arbeitskräfte ins Land, was sich günstig auf die Sozialversicherung auswirkte. Negative Folgen gab es freilich auch. Unter dem Schutz von Kartellen und geschlossenen Märkten bildeten sich dank verfügbarer billiger ausländischer Arbeitskräfte Wirtschaftsstrukturen heraus, die heute im Umfeld der Globalisierung und Marktöffnung international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Das Saisonnierstatut war wirtschaftlich und demographisch falsch; die Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften schuf keinen Anreiz für Innovationen. Ein schmerzhafter Umstrukturierungsprozess ist die Folge. Der Fehler, hauptsächlich unqualifizierte Arbeitskräfte ins Land zu holen, darf nicht erneut gemacht werden.¹¹⁰ Problematisch wäre es allerdings auch, gewissermassen ein Saisonnierstatut für hochqualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen, junge, gut ausgebildete Männer ins Land zu holen und die Frauen, Kinder und Alten

¹⁰⁹ Im Hinblick auf die Sicherung der Sozialwerke wird diese Option auch in Kapitel 5.4.2.2 behandelt.

¹¹⁰ Eine weitere Spätfolge des Saisonnierstatuts war, dass in den 1990er-Jahren viele Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien in der Schweiz Zuflucht suchten. Sie bevorzugten verständlicherweise jenes Land, in dem sich bereits eine grosse Zahl Verwandter und Landsleute befand.

in den Heimatländern zurückzulassen. Eher eine Option ist, junge Familien einwandern zu lassen. Die Kinder nehmen rasch die hiesigen Dialekte an.

Auch in den kommenden 50 Jahren werden junge Ausländerinnen und Ausländer dazu beitragen, dass die Wohnbevölkerung der Schweiz stabil bleibt oder wächst, dass die Fertilität nicht weiter zurückgeht und dass sich die demographischen Probleme nicht weiter verschärfen. Viele von ihnen werden mit der Zeit in die Schweizer Gesellschaft und den Staat integriert, werden das Schweizer Bürgerrecht erwerben und zwei Dekaden nach ihrer Einbürgerung darüber nachdenken, welche Migrationspolitik für die Schweiz die beste sei ... Voraussetzung dafür, dass die Schweiz für qualifizierte junge Menschen im Ausland attraktiv bleibt, sind freilich ein hohes Wohlstandsniveau und intakte Wohn- und Arbeitsbedingungen. Eine «alternde» und schrumpfende Gesellschaft ist für junge Menschen aber kaum attraktiv, und so sind die hochentwickelten Staaten gut beraten, die Einwanderung zwar dosiert, aber kontinuierlich zuzulassen.¹¹¹

Es ist gezeigt worden, dass die Schweiz bislang ihre demographischen Probleme durch Zuwanderung gelöst hat. Es fragt sich indessen, ob die Zuwanderung in die Schweiz im bisherigen Umfang und mit der bisherigen Zwei-Kreise-Politik zukunftsfähig ist. Eine Schrumpfung der Bevölkerung zu verhindern ist sicher sinnvoll. Ein starkes Bevölkerungswachstum über die Zuwanderung weiterhin zuzulassen kann sich aber als kritisch erweisen. Wohl kaum in Frage kommt eine Einwanderung in einem Umfang, der ein Bevölkerungswachstum wie in den 1960er- und 1970er-Jahren zur Folge haben würde. Schon heute hat die Schweiz in Westeuropa neben den Kleinststaaten Luxemburg und Liechtenstein den höchsten Ausländeranteil. Dabei kommt es nicht nur auf die Zahl der Menschen an, sondern auf ihren Ressourcenverbrauch. Und da die neue Zuwanderung in der Tendenz Erwerbstätige mit hohen Einkommen ins Land bringt, setzt das die Umwelt einer immer höheren Belastung aus, was wiederum die Lebensqualität vermindert (siehe Kapitel Umwelt).

Wenn qualifizierte Arbeitskräfte rekrutiert werden müssen, dann sollte dies auch weiterhin in Europa geschehen. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU erleichtert dies, hat aber auch zur Folge, dass der Zustrom administrativ nicht mehr begrenzt werden kann. Gleichwohl sollte qualifizierten Arbeitskräften in Entwicklungsländern kein Anreiz zur Zuwanderung gegeben werden; sie werden in ihrem Land dringender

¹¹¹ So verfuhr man auch im antiken Rom. Im wohlhabenden Machtzentrum der westlichen Welt stieg die Lebenserwartung und die Fertilität nahm ab. Der Limes diente auch der Limitierung der Zuwanderung von «Barbaren». Hilfstruppensoldaten (Auxilien) erhielten nach 25 Jahren Dienst das römische Bürgerrecht und konnten eine Familie gründen.

gebraucht. Freilich darf man sich nicht in der Illusion wiegen, qualifizierte Arbeitskräfte könnten in den kommenden Dekaden ohne Probleme im europäischen Ausland rekrutiert werden (Perspektivstab der Bundesverwaltung, 1996, S. 91). Auch in anderen hochentwickelten Staaten wird es in Zukunft wohl einen Mangel an diesen Arbeitskräften geben. Ein Hinweis auf den Wettbewerb um hochqualifizierte Berufsleute gibt auch die Qualifikation der Auslandschweizer: Wie erwähnt befinden sich zehn Prozent der Schweizer Akademiker im Ausland. In Deutschland spürt man schon einen auswanderungsbedingten Mangel an Fachkräften. Es ist eher damit zu rechnen, dass die unkontrollierte Zuwanderung weiter zunehmen wird, auch jene von weniger qualifizierten Personen. Aber selbst wenn diese Personen qualifiziert sind, verhindern sprachliche Barrieren oft eine Berufstätigkeit im erlernten Beruf.

Die Politiker dieses Jahrhunderts werden verstärktem Druck sowohl nach einer «Öffnung» der Grenzen wie auch nach einer «Abschottung» ausgesetzt sein. Die «Überfremdung» ist in der Schweiz ein Dauerbrenner (siehe Kapitel 4.7).

Sollte die «dosierte Einwanderung» aus politischen Gründen dereinst nicht mehr möglich sein, wird man die Stagnation bzw. Schrumpfung der Bevölkerung in Kauf nehmen müssen, verbunden mit einem vorübergehend noch schnelleren Anwachsen des Anteils älterer Menschen.

Wie eigene Migrationspolitik auch gestaltet werden wird: An der Tatsache, dass unsere Zukunft mit der Zukunft der Menschen in der Dritten Welt verknüpft ist, kommen wir nicht vorbei. Es liegt in unserem eigenen Interesse, im Rahmen unserer Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten zur Linderung der weltweiten Bevölkerungsprobleme. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne in einem Land in Wohlstand und Frieden leben, wenn Menschen in anderen Staaten um ihre Existenz kämpfen. Nur wenn es anderen Menschen auch gut geht, können wir uns unseres Wohlstandes und Wohlbefindens sicher sein. Dies gilt für Menschen wie für Staaten.

5.3 Umgang mit den im Land lebenden Ausländern

Die Ausländerpolitik ist wie erwähnt jene Politik, die man gegenüber den im Land lebenden Ausländern betreibt (S. 135).

Was kann man gegen Überfremdungsängste und Ausländerfeindlichkeit tun? Zunächst ist es unabdingbar, dass die Ausländer die Sprache des Landesteiles beherrschen, in dem sie sich aufhalten. Sodann versteht es sich, dass die sich in der Schweiz aufhaltenden Ausländer die Rechtsordnung respektieren müssen. Dabei sollten sie sich zur besseren Integration auch an sog. «ungeschriebene Gesetze» halten, beispielsweise dass man an einem Sonntag keine Wäsche im Freien aufhängt. Die Herausbildung reiner «Ausländerquartiere» und «Ausländerschulen» muss vermieden werden, denn sobald dies geschieht, wird die Separation verschärft. Gerade hier aufgewachsene junge Ausländerinnen und Ausländer brauchen eine Lebensperspektive, und diese hängt stark zusammen mit ihrer Ausbildung. Viele ausländische Jugendliche und junge Erwachsene sind schlecht ausgebildet, und die Arbeitslosenrate ist hoch. Wenn sich ausländische Jugendliche zurückgesetzt und perspektivlos fühlen, entlädt sich die Frustration in Aggression. Ein alarmierendes Beispiel dafür waren die Jugendunruhen in Frankreich im November/Dezember 2005, an denen hauptsächlich ausländische Jugendliche beteiligt waren.

Sehr viel mehr muss deshalb investiert werden in die Ausbildung der im Land aufwachsenden ausländischen Kinder und Jugendlichen. Es wurde erwähnt, dass der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die eine Lehre machen oder eine höhere Schule besuchen, sehr viel tiefer ist als der Anteil der schweizerischen Jugendlichen. 20 Prozent der 18- bis 24-jährigen Ausländerinnen und Ausländer verfügen über keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss (gegenüber fünf Prozent in der Bevölkerung schweizerischer Nationalität).¹¹² Ursache dafür kann kaum sein, dass die ausländischen Jugendlichen im Durchschnitt weniger intelligent sind. Sie haben vielmehr nicht das gleiche Umfeld. Ein sehr guter neuer Vorschlag ist die individuelle Begleitung junger Menschen durch «Mentoring und Coaching» durch eine familienexterne Person, um eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu finden. Ein «Coach» schweizerischer Nationalität, der eine Kaderposition in Staat oder Wirtschaft innehat, verfügt über ein ganz anderes Beziehungsnetz als ein Vater aus dem Kosovo, der als Bauarbeiter tätig ist. Solches «Coaching» könnte man auf die gesamte Realschulausbildung ausweiten.

¹¹² Auf der anderen Seite wird der Anteil der Zuwanderer mit einem tertiären Bildungsabschluss immer höher (Kohli, et al., 2010, S. 40).

Zwei Botschaften müssen vermittelt werden. 1) Die jungen Menschen werden nicht allein gelassen mit ihren Problemen. 2) Jene, die sich anstrengen, können in der schweizerischen Gesellschaft viel erreichen und werden auf Wunsch auch eingebürgert. Prominente Beispiele von (ehemaligen) Ausländern (mittlerweile Schweizer) gibt es genügend.

Gerade in Bezug auf ausländische Jugendliche besteht eine potenzielle Win-win-Situation: Wird den Jugendlichen eine bessere Ausbildung mitgegeben und damit eine bessere Lebensperspektive, so werden sie sich bezüglich Verhalten, Sprachkenntnissen und Ausbildungsstand den schweizerischen Jugendlichen anpassen und zu hochqualifizierten Berufsleuten werden. Die schweizerische Gesellschaft und Wirtschaft erspart sich dadurch, hochqualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Kulturkreisen rekrutieren zu müssen. Und diese jungen Menschen verfügen über das, was es in der globalisierten Wirtschaft immer mehr braucht: Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz. Damit stärken sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Angst vor «Überfremdung» braucht in diesem Fall niemand zu haben, denn die Integrationskraft der Schweizer Gesellschaft ist hoch, und eine Bereicherung durch Elemente wie der erwähnten «Italianità» macht sie noch vitaler. So könnten sich die hier aufwachsenden ausländischen Jugendlichen als ganz grosser Joker der Schweiz erweisen.

Es wird stärker ins öffentliche Bewusstsein dringen, dass die Schweiz auf die Ausländer angewiesen ist. Zudem werden sich vermehrt beruflich Hochqualifizierte in der Schweiz niederlassen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Angehörige anderer Nationen in der Schweiz nach einer gewissen Zeitspanne, in der ihnen Skepsis und Ablehnung der Einheimischen entgegenschlägt, mit steigender Akzeptanz rechnen können. Dies traf etwa auf die Italiener und Spanier zu, die noch in den 1960er-Jahren ein ähnliches «Image» hatten wie heute die Ex-Jugoslawen. Die Tamilen sind heute, nach anfänglichen Turbulenzen, geschätzte Arbeitskräfte. Offenbar bedarf es bei grösseren Gruppen einer zweiten Generation von Ausländern, die in unserem Land aufgewachsen ist, bis diese völlig akzeptiert werden. Die schweizerische Gesellschaft hat ihre grosse Integrationsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ihre Grundwerte sind durch die Ausländer nicht gefährdet.

5.4 Sozialversicherungspolitik

5.4.1 Was kann man tun?

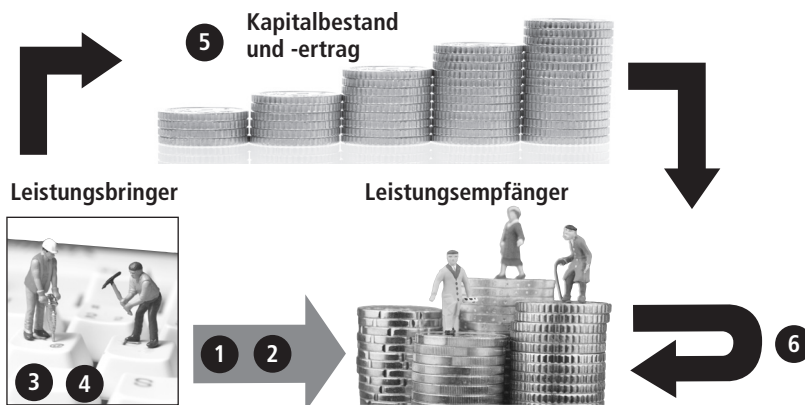
Wir wissen um die Probleme, die wegen der demographischen Entwicklung auf die Sozialversicherungssysteme zukommen. Handlungsbedarf ist in allen politischen Lagern unbestritten. Doch wo ansetzen, was tun?

Stellt man allein auf die Erwerbstätigen – und späteren Rentner – ab, so gibt es im Prinzip drei Möglichkeiten (OECD, 1997, S. 7), um die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu sichern:

1. Die Phase der Erwerbsarbeit wird verlängert.
2. Die Produktivität während der Phase der Erwerbsarbeit wird verbessert.
3. Die Sparquote während der Phase der Erwerbsarbeit wird erhöht.

Man kann die Optionen noch etwas ausdifferenzieren, indem man das Verhältnis von Leistungserbringern, Leistungsempfängern und Kapitalbestand betrachtet.

Abbildung 38: Das Verhältnis von Leistungserbringern, Leistungsempfängern und Kapitalbestand



- 1) Wenn die Zahl der Leistungsempfänger steigt und sich das Lohnvolumen gleich bleibt, wird zum Ausgleich der Strom der Leistungen geschmälert.
- 2) Der Transferstrom wird verbreitert. Den Leistungserbringern werden mehr Abgaben auferlegt. Bei stagnierender Wirtschaft heisst dies, dass ihr verfügbares Einkommen sinkt.
- 3) Der Übertritt vom Leistungserbringer zum Leistungsempfänger wird zeitlich hinausgeschoben. Dadurch entstehen mehr Einnahmen und weniger Ausgaben.

- 3) und 4) Wenn die Leistungserbringer ihre Produktivität verbessern und tatsächlich auch mehr und/oder besser bzw. kostengünstiger produziert werden kann, können sie mehr abgeben, ohne selbst Einbussen zu erleiden.
- 5) Der Kapitalbestand wird erhöht. Der stärkere Strom der Kapitalerträge erlaubt eine Verminderung des Transfers von den Leistungserbringern zu den Leistungsempfängern.
- 6) Wirtschaftlich starke Leistungsempfänger bezahlen mehr Steuern und Abgaben und entlasten so die Leistungserbringer. Dies ist heute bereits der Fall, weil Leistungsempfänger auch direkte und indirekte Steuern bezahlen.

Bezieht man nicht nur die Erwerbstätigen, sondern sämtliche Bevölkerungsgruppen mit ein, so gibt es auf der Finanzierungs- oder der Leistungsseite ein ganzes Bündel von Massnahmen, mit denen man die Optionen umsetzen kann (vgl. die folgende Tabelle). Auf der Finanzierungsseite kann man versuchen, (a) neue Finanzierungsquellen zu erschliessen bzw. (b) bestehende reichlicher fliessen zu lassen, nämlich durch Erhöhung der Beitragssätze, Vergrößerung des Kreises der Beitragszahler oder durch eine Steigerung der Realeinkommen. Auf der Leistungsseite bestehen die Optionen, die Leistungen zu konsolidieren, auszubauen, zu kürzen oder anders zu verteilen bzw. anders zu erbringen. Diese Massnahmen möchte ich im Folgenden einzeln diskutieren.

Tabelle 26: Handlungsmöglichkeiten bei den Sozialversicherungen

Finanzierungsseite	Leistungsseite
◆ Neue Finanzierungsquellen	◆ Leistungen konsolidieren
◆ Bestehende Finanzierungsquellen reichlicher fliessen lassen	• Nur noch Anpassung an die Teuerung • Kein weiterer Ausbau der Sozialversicherungen
1. Erhöhung der Beitragssätze	
2. Vergrößerung des Kreises der Beitragszahler	◆ Leistungen ausbauen (z.B. Mutterschaftsversicherung 2005)
• Steigerung der Fertilität • Erhöhung der Frauenerwerbsquote • Zuzug von jungen Ausländern • Erhöhung des Rentenalters • Abbau der Arbeitslosigkeit	◆ Leistungen kürzen
	• Kreis der Leistungsempfänger reduzieren • Erhöhung des Rentenalters
3. Reale Einkommenszuwächse	◆ Andere Verteilung vorhandener Mittel
• Wirtschaftswachstum • Produktivitätssteigerung	◆ Andere Erbringung von Leistungen
	• Abkehr von der Monetarisierung • andere Trägerschaft
	◆ Abkoppelung von der Erwerbsarbeit

5.4.2 Finanzierungsseite

5.4.2.1 Neue Finanzierungsquellen

Die bestehenden und möglichen neuen Finanzierungsquellen wurden im Bericht von 1996 der interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDA FiSo) sehr gut systematisiert und aufgelistet. In der nachstehenden Tabelle sind die möglichen neuen Quellen kursiv geschrieben.

Tabelle 27: Finanzierungsquellen für die soziale Sicherung

Entstehung	Verwendung	Verteilung
Gesamte Wertschöpfung: • Wertschöpfungsabgabe	Konsum allgemein: • Mehrwertsteuer	Einkommen allgemein (plus Faktoreinkommen aus dem Ausland): • Einkommenssteuer • Allgemeine Sozialabgabe • Einkommensunabhängige Beiträge
Einzelne Produktionsinputs: • <i>Erwerbseinkommensprozente</i> (Abgabe auf dem Faktor Arbeit) • <i>Maschinenbeitrag</i> (Abgabe auf dem Faktor Realkapital) • <i>Energiesteuer</i> (Abgabe auf Vorleistung Energie) • <i>Finanztransaktionssteuer</i>	Konsum einzelner Produkte: • Besteuerung von Genussmitteln (Tabak, Alkohol) • Energiesteuer • Spielbankenabgabe	Sondereinkommen: Erbschaftssteuer
Ausserhalb der Stromgrösse des Bruttoinlandprodukts: Vermögensbesteuerung		

in Anlehnung an IDA FiSo (1996, S.92)

Bei der bestehenden Hauptquelle Erwerbseinkommensprozente gibt es politische und ökonomische Reizschwellen, die nicht überschritten werden können, ohne massive Widerstände bzw. Ausweichverhalten hervorzurufen.¹¹³ Die Belastung der Erwerbseinkommen entzieht nicht nur den Erwerbstätigen einen Teil ihres verfügbaren Einkom-

¹¹³ Eine absolute Reizschwelle lässt sich freilich nicht angeben. Zusätzliche Belastungen werden wohl dann hingenommen, wenn die Realeinkommen gleichwohl wachsen und die Akzeptanz des Gesamtsystems intakt bleibt. – In Tschechien beträgt die Gesamthöhe der Sozialabgaben (ohne Unfallversicherung) 45 Prozent des Bruttoverdienstes, wovon seit Januar 2009 die Arbeitgeber 34 Prozent zu übernehmen haben.

mens, sie verteuert auch den Produktionsfaktor Arbeit und schafft damit Zwänge zur Ersetzung von Arbeit durch Kapital oder zur Verlagerung der Arbeit ins Ausland. Eine wichtige strategische Neuausrichtung scheint heute weitgehend unbestritten: Beiträge, aber auch Leistungen, dürfen in Zukunft nicht mehr allein an die Erwerbsarbeit gekoppelt werden. Es müssen neue Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden, die nicht auf die Erwerbsarbeit abstellen. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits getan. Mit der Mehrwertsteuervorlage, die in der Volksabstimmung vom 28. November 1993 gutgeheissen worden ist, wurde dem Bund die Kompetenz eingeräumt, im Bedarfsfall die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zu erhöhen und die Mehreinnahmen zur Finanzierung der AHV heranzuziehen. Von dieser Kompetenz hat der Bund ab 1999 Gebrauch gemacht. 2011 wurde die Mehrwertsteuer zur Finanzierung der Invalidenversicherung befristet um 0,4 Prozent erhöht (siehe Fussnote 54).

Weitere mögliche Finanzierungsquellen lassen sich aus obiger Tabelle ersehen. Auf der Entstehungs- oder Verwendungsseite könnte man – nach einer Idee von Hans-Christoph Binswanger – eine Energiesteuer erheben, deren Erträge zumindest teilweise in die Sozialversicherungen fließen würden. Damit würde man den Faktor Energie und nicht den Faktor Arbeit verteuern und einen verstärkten Anreiz schaffen, Energie «wegzurationalisieren», was im Gegensatz zur Wegrationalisierung der Arbeit durchaus erwünscht wäre. Eine Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!» wurde am 2. Dezember 2001 mit 77 Prozent Nein-Stimmen verworfen.

Berücksichtigt man, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz ungleicher geworden ist (Leu, et al., 1997, S. 345), so ist auch eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen in Betracht zu ziehen. Insbesondere geprüft werden muss eine Besteuerung der Börsengewinne, die 1997 erstmals die Höhe aller Arbeitnehmereinkommen übertroffen hatten. Die Erträge einer Börsen-Transaktionssteuer, die im Zusammenhang mit der Nachbearbeitung der Finanzkrise zur Diskussion steht, könnte auch zur Finanzierung der Sozialversicherungen herangezogen werden. Der «staatlichen Armut» steht in der Schweiz ein «privater Reichtum» einer anteilmässig kleinen Gruppe von Haushalten gegenüber¹¹⁴. Gemäss einer Statistik der Schweizerischen Nationalbank verfügten die privaten Haushalte in der Schweiz 2008 über ein Reinvermögen (d. h. abzüglich der Schulden) von 2,4 Billionen Franken. Das Finanzvermögen betrug 1,9 Billionen. Darin sind die

¹¹⁴ Im Anschluss an eine Vorlesung an der Universität St. Gallen, in der ich diese Zahlen genannt hatte, kam eine Studentin zu mir und meinte, eine Finanzierungslücke von zehn Milliarden bei den Sozialversicherungssystemen sei doch kein Problem, da genug Geld vorhanden sei. Politisch mag diese Aussage naiv tönen, sachlich ist sie aber durchaus richtig.

Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen von 748 Milliarden Franken eingeschlossen. Das Immobilienvermögen belief sich auf 1,3 Billionen.

Weitere Optionen¹¹⁵ wären eine Erbschafts- und Schenkungssteuer zugunsten der AHV, eine allgemeine Sozialabgabe oder die Verwendung von Erträgen aus der Vermögensbewirtschaftung der Nationalbank. Der Trend bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer ging in der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten in den Kantonen aber genau in die umgekehrte Richtung.¹¹⁶ Die meisten Kantone haben sie für direkte Nachkommen abgeschafft, um vermögende Steuerzahler anzulocken. Ein hübsches Argument gegen zu hohe Erbschaftssteuern lautet: Das würde zu einer Vernachlässigung der intergenerativen Beziehungen innerhalb von Familien führen...

Es gibt noch einen weiteren Grund, weshalb bei der Finanzierung der Sozialversicherungen Erwerbseinkommensprozente nicht länger den Hauptpfeiler bilden sollten: Ältere Menschen gehören nicht mehr zu den Hauptbetroffenen der Armut in der Schweiz.¹¹⁷ Zwar ist durchaus richtig, dass unter den Einkommensschwachen der Schweiz viele ältere Menschen sind, und das Sozialversicherungssystem sollte gezielt diesen Ärmsten helfen. Genau diese Funktion erfüllt das System der Ergänzungsleistungen. Es vermindert sehr wirksam die Armut bei den Betagten. 2009 bezogen 164 000 der 1,9 Millionen AHV-Rentnerinnen und -Rentner Ergänzungsleistungen. Politisch richtig war, bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen den Freibetrag beim Vermögen von 30 000 auf 37 500 Franken für Alleinstehende und von 40 000 auf 60 000 Franken für Paare anzuheben. Während die gut situierten Rentner ihr Vermögen vermehren können, wird es bei Ergänzungsleistungsbezüglern derart vermindert, dass die Betroffenen befürchten, dass nicht einmal ihre finanziellen Verpflichtungen nach dem Ableben gedeckt werden können. Mit völlig leeren Händen möchte niemand von der Welt gehen.

Der Anteil der älteren Menschen unter der Armutsbevölkerung hat also abgenommen. Heute ist die Armutsquote vor allem bei den Alleinerziehenden und unter 40-Jährigen hoch. 2006 gehörte gemäss Bundesamt für Statistik ein Drittel der Armutsbevölkerung der Schweiz zur Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen. 43 Prozent waren Aus-

115 Vgl. (Strahm, 1997, S. 309 ff.), wo alle Optionen ausführlich diskutiert werden. Siehe auch (Füglister-Wasmer & Pedergnana-Fehr, 1996, S. 149 ff.).

116 Der gleiche Trend zeigte sich in den USA. Einzelne Betroffene stellten sich diesem allerdings entgegen. 2001 schalteten 120 Superreiche ein ganzseitiges Inserat zur Beibehaltung der Erbschaftssteuer. Warren Buffett wurde wie folgt zitiert: Man könne doch nicht «ein Leben lang eine Art Sozialhilfe kassieren, nur weil man der richtigen Gebärmutter entschlüpft ist».

117 Schon eine Armutsstudie mit Daten von 1992 kam zum Schluss, dass «insbesondere AHV-Rentner unterdurchschnittlich von Armut betroffen» sind (Leu, et al., 1997, S. 169).

länder. Auch Erwerbstätige sind darunter, die sog. «Working Poor»¹¹⁸. 2007 zählten in der Schweiz 147 000 Personen oder 4,4 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 20 und 59 Jahre zu den Working Poor. Die Working-Poor-Quote betrug 2007 bei den Allein-erziehenden 9,9 Prozent. Ein Blick auf die heutige Einkommens- und Vermögensverteilung zeigt, dass es unter den Erwerbstätigen viele Arme und unter den alten Menschen viele Reiche gibt. Es sollte deshalb die strategische Neuausrichtung erfolgen, dass in Zukunft an die Seite der Solidarität zwischen Alt und Jung vermehrt die Solidarität unter den Älteren selbst, nämlich unter wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen älteren Personen, tritt¹¹⁹. Man muss nochmals erwähnen, dass die Vermögensverteilung unter den Rentnerinnen und Rentnern sehr ungleich ist, ungleicher als unter den Erwerbstätigen. Es gibt eine wachsende Gruppe, welche über ein beträchtliches Vermögen verfügt (siehe Kapitel 4.8). Ein Transfer von wirtschaftlich schwachen Erwerbstätigen zu wirtschaftlich starken älteren Nichterwerbstätigen macht wenig Sinn. Der Transfer sollte schwergewichtig zwischen den wirtschaftlich Leistungsfähigen und den wirtschaftlich Schwachen stattfinden, ungeachtet dessen, ob sie alt oder jung, erwerbstätig oder nichterwerbstätig sind. Setzt man bei den Finanzierungsquellen auch beim Konsum und beim Vermögen an, so sorgt man dafür, dass ältere Personen mit hohem Lebensaufwand und hohem Vermögen mehr zur Finanzierung der Sozialversicherung beitragen.

5.1.2.2 *Bestehende Finanzierungsquellen reichlicher fliessen lassen*

1990 wurde davon ausgegangen, dass die Erwerbsbevölkerung bereits ab 2010 zurückgeht. Dies ist nicht eingetreten. Sie hat vielmehr um etwa eine halbe Million zugenommen und wird bis 2060 ungefähr konstant bei 4,5 Millionen bleiben. Der Kreis der Beitragszahler bleibt also gleich gross. Eine Ausweitung wäre durch folgende Massnahmen möglich: a) Steigerung der Fertilität, b) Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, c) verstärkte Zuwanderung von Ausländern im erwerbsfähigen Alter, d) Heraufsetzung des Rentenalters, f) Abbau der Arbeitslosigkeit¹²⁰. Diese Massnahmen sollen kurz diskutiert werden.

118 Der englische Begriff «Working Poor» trifft sehr gut die Lebenslage dieser Menschen. Obwohl sie erwerbstätig sind, reicht ihr Einkommen zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht aus. Die statistische Definition ist relativ kompliziert. Als Working Poor wird gezählt, wer Einkünfte unter der statistischen Armutsgrenze hat, mindestens eine Stunde pro Woche arbeitet und in einem Haushalt lebt, der mindestens über ein volles Erwerbspensum verfügt (d. h. alle Haushaltsmitglieder arbeiten zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche).

119 Eine Möglichkeit wäre ein duales Alterssicherungssystem, wie es Marco Caluori vorschlägt (in: Füglistaler 1994, S. 39 ff.). Es bestünde aus einer einkommensunabhängigen, beitragsfinanzierten Versicherungsrente und einer einkommensabhängigen, durch eine negative Einkommenssteuer für AltersrentnerInnen finanzierten Zusatzrente.

120 Es wurde schon erwähnt, dass auch Arbeitslose zur Erwerbsbevölkerung zählen. Beitragszahlende sind diese aber nicht, vielmehr beziehen sie Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Arbeitslose stellen aber ein Potenzial dar, das aktiviert werden kann.

Wie erwähnt worden ist, stellt die tiefe Fertilität eine Hauptursache der unausgewogenen demographischen Entwicklung dar. Ein Ansatz zur Lösung des Problems liegt deshalb in der Familienpolitik. Ziel wäre es, mit einer Fertilität von 210 Kindern pro 100 Frauen die Schweizer Bevölkerung längerfristig ungefähr konstant zu halten. Hinsichtlich einer Vergrößerung der Zahl der Beitragszahler würde eine höhere Fertilität, wie bereits erwähnt, freilich erst mit einer Verzögerung von 20 bis 30 Jahren wirksam werden.

Eine eigentliche «Bevölkerungspolitik» kommt, wie in Kapitel 5.2 erwähnt, nicht in Frage, da sie unseren Wertvorstellungen nicht entspräche und auch politisch nicht tragfähig wäre. Der Staat hat im Schlafzimmer nichts zu suchen, sagt man zu Recht. Jede Frau und jedes Paar sollen selbst entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen und wie viele.¹²¹ «Massnahmen, die auf eine direkte Beeinflussung der Geburtenentwicklung abzielen, sind nach Auffassung der Regierung mit den Rechten des Einzelnen und der menschlichen Würde unvereinbar», schrieb der schweizerische Bundesrat in seinem Bericht zuhanden der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 (Priester, 1994, S. 41). Dem ist zuzustimmen. Staat und Gesellschaft können aber das Umfeld für Mütter, Kinder und Paare verbessern. So gesehen ist jede Politik auch Bevölkerungspolitik (Buttler, 1992, S. 193). Heute gilt, vereinfacht gesagt: Die Kosten für Kinder sind privatisiert, die Kosten für Altersrenten verstaatlicht. «Dieser Umstand gilt als ein wesentlicher Grund dafür, dass es in den hochentwickelten Ländern so wenig Kinder gibt» (Buttler, 1992, S. 143).

Zu Recht wollen sich Frauen heute auch beruflich verwirklichen. Der Kinderwunsch steht damit oft in Konflikt. Wenn die Mutterschaft gefördert werden soll, dann muss das Umfeld für erwerbstätige Mütter und Väter verbessert werden, damit Berufsarbeit und Kindererziehung kombiniert werden können. Die Einführung einer Mutterschaftsversicherung 2005 gehörte auch dazu. Die Arbeitgeber sind gefordert, was die Schaffung geeigneter Arbeitsbedingungen angeht, etwa durch flexible Arbeitszeitgestaltung. Es sollten mehr Teilzeitarbeitsstellen und Job-Sharing-Möglichkeiten auch für höhere berufliche Positionen geschaffen werden. Weitere Erfordernisse sind die gleichmässige Aufteilung der Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den (Ehe-)Partnern sowie ein Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung und die Errichtung von Tageschulen.

Mit solchen Massnahmen würde man gleichzeitig die Erwerbsquote der Frauen erhöhen und damit den Kreis der Beitragszahler vergrössern. In der Tat hat die Erwerbs-

¹²¹ Rein ökonomisch gesehen müsste der Staat vor allem dafür sorgen, dass «produktive» Elternpaare mehr Kinder haben, da solche Kinder dem Staat später mehr bringen als sie kosten.

quote der Frauen in der Schweiz noch nicht den Stand in den skandinavischen Staaten erreicht. Die in den Szenarien des Bundesamtes für Statistik zugrunde gelegte Erhöhung des Anteils der Frauen an der Erwerbsbevölkerung bis 2060 – in Vollzeitäquivalenten von 38,3 auf 41,3 – wird zur Ausweitung des Kreises der Beitragszahlenden beitragen. Die sukzessive Erhöhung der Frauenerwerbsquote¹²² wird sich positiv auf der Einnahmeseite der Sozialversicherungen auswirken, aber natürlich auch neue Ausgaben zur Folge haben.

Wäre eine noch stärkere Zuwanderung von Ausländern im erwerbsfähigen Alter¹²³ das Patentrezept zur Ausweitung des Kreises der Beitragszahler? Wie bereits ausgeführt: Kurzfristig und dosiert ja, langfristig und anhaltend aber nicht. Auch die Ausländer sind ja dem Alterungsprozess unterworfen. Die Altersstruktur der heute in der Schweiz lebenden AusländerInnen ist aber ausgeglichener als jene der Schweizer. Sie sind im Durchschnitt jünger, und sie haben mehr Kinder (siehe Kapitel 2.3.4). Vermehrte Einbürgerungen von hier geborenen Ausländern hätten zwar keinen Einfluss auf den Kreis der Beitragszahler, würden aber das Elektorat verjüngen. Die Schweiz muss, wie jedes hochentwickelte Land, zudem nicht bloss auf das Alter der Einwanderer achten, sondern auch auf deren berufliche Qualifikation. Das Land kann nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn es über ausgezeichnete Köpfe verfügt. Hochqualifizierte Berufsleute beziehen höhere Löhne und tragen pro Kopf mehr zur Finanzierung der Sozialversicherungen bei. Auf der anderen Seite erlauben diese höheren Löhne auch eine stärkere Beanspruchung der natürlichen Ressourcen, etwa durch Eigenheim, Zweitwohnung, hohe Mobilität, hohen Energieverbrauch (siehe Kapitel 5.8 und 4.13). Sobald der Strom der Zuwanderer versiegt, werden auch Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zurückgehen.

Ein kleines Land wie die Schweiz kann die weltweiten Migrationsströme nicht beeinflussen. Als hochentwickeltes und reiches Land wird sie vermehrt internationale Solidarität üben müssen, um dazu beizutragen, einen Ansturm aus den vielen armen auf die relativ wenigen reichen Staaten zu verhindern. Aus globaler Perspektive mag es absurd erscheinen, im eigenen Staat die Fertilität zu fördern, anstatt mitzuhelfen, die Überpopulation in der Dritten Welt durch offene Grenzen zu lindern. Wohl hat die

122 Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, und immer mehr arbeiten Teilzeit. Zwischen 2004 und 2009 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen um zehn Prozent auf fast zwei Millionen zugenommen. 2009 arbeiteten 57,2 Prozent aller Frauen Teilzeit (1980 waren es 35,1 Prozent, 1990 43,6 Prozent). 87 Prozent der Frauen arbeiteten 2009 im tertiären Sektor.

123 Die EU-Staaten werden vor ähnlichen Problemen stehen. Die EU könnte ihre Bevölkerungsprobleme entschärfen, indem sie die Türkei als Mitglied aufnähme und sich damit ein riesiges Arbeitskräftepotenzial erschliessen würde. Gemäss Prognosen der UNO wird die junge Bevölkerung der Türkei von 75 Millionen auf 97 Millionen im Jahr 2050 anwachsen.

Schweiz in den vergangenen hundert Jahren bewiesen, dass sie eine beträchtliche Anzahl Ausländer aufnehmen kann, ohne ihre Identität und Eigenheit als kleines Volk zu verlieren. Gleichwohl dürfte eine unbeschränkte Zuwanderung von Menschen aus anderen Kontinenten für einen Kleinstaat kaum eine realistische Option sein. Zudem hat kein hochentwickeltes Land Interesse an einem Zustrom von wenig qualifizierten Arbeitskräften. Hier gilt es allerdings weiterzudenken und in Rechnung zu stellen, dass die Kinder dieser Ausländer durchaus hochqualifizierte Berufsleute werden können, sofern ihnen die entsprechenden Bildungschancen zuteil werden.

Eine Heraufsetzung des Rentenalters würde den Kreis der Beitragszahler erhöhen und gleichzeitig den Kreis der Leistungsempfänger vermindern. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit hat eine solche Massnahme allerdings ihre Tücken, weil schon heute viele Arbeitnehmer vor dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Statt in der Rechnung der Altersversicherung schlagen sie dann in der Rechnung der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung oder der Sozialhilfe zu Buche. Somit generiert man unter dem Strich weder mehr Einnahmen noch kann man die Ausgaben senken. Wer tatsächlich bis zum höheren Rentenalter arbeitet, hält natürlich seine Stelle länger besetzt und schmälert somit die Chancen jüngerer Arbeitnehmer bei der Stellensuche. Frühere Berechnungen haben ergeben, dass ein generelles AHV-Alter 67 zusätzlich 71 000 Stellen erfordern würde.¹²⁴ Bei Vollbeschäftigung könnte eine Erhöhung des Angebots an Arbeit durchaus sinnvoll sein. Dann würde man auch das Ziel der Entlastung der Sozialwerke erreichen. Besser als eine generelle Erhöhung des Rentenalters wäre wohl eine selektive: Das Rentenalter sollte nach Eintrittsalter in die Erwerbstätigkeit, Art der Erwerbstätigkeit und Verdienst abgestuft sein. Für einen gesunden Lehrer beispielsweise dürfte es physisch und psychisch kein Problem sein, bis 67 zu arbeiten. Für einen Bauarbeiter hingegen schon. Wer die Erwerbstätigkeit aufgrund einer langen Ausbildung erst später aufnimmt, arbeitet am Schluss des Erwerbslebens länger. Auch das allmähliche Übergleiten in den Ruhestand sollte gefördert werden. Man ist dann zum Beispiel mit 60 nicht mehr Geschäftsleitungsmitglied, aber berät teilszeitlich Geschäftsleitungen. Prüfwert ist das Stafettenmodell: Man steigt gleitend aus dem Erwerbslebens aus und übergibt stufenweise an jemanden, der gleitend einsteigt. Noch fehlt es aber an Arbeitszeit- und Sozialversicherungsmodellen, die gerecht, praktikabel und akzeptiert sind.

Schliesslich würde die Beseitigung der Arbeitslosigkeit – 2009 waren 146 000 Menschen arbeitslos, unter Einbezug der versteckten Arbeitslosigkeit wohl eher 200 000 –

¹²⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 13. Dezember 1995, S. 13.

zu zusätzlichen Beitragszahlern führen und gleichzeitig Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe einsparen. Ganz beseitigen wird man die Arbeitslosigkeit aber kaum je können. Nach jeder Wirtschaftskrise steigen die Anforderungen an die Erwerbstätigen, und schlecht Qualifizierte werden aus dem normalen Arbeitsmarkt aussortiert.

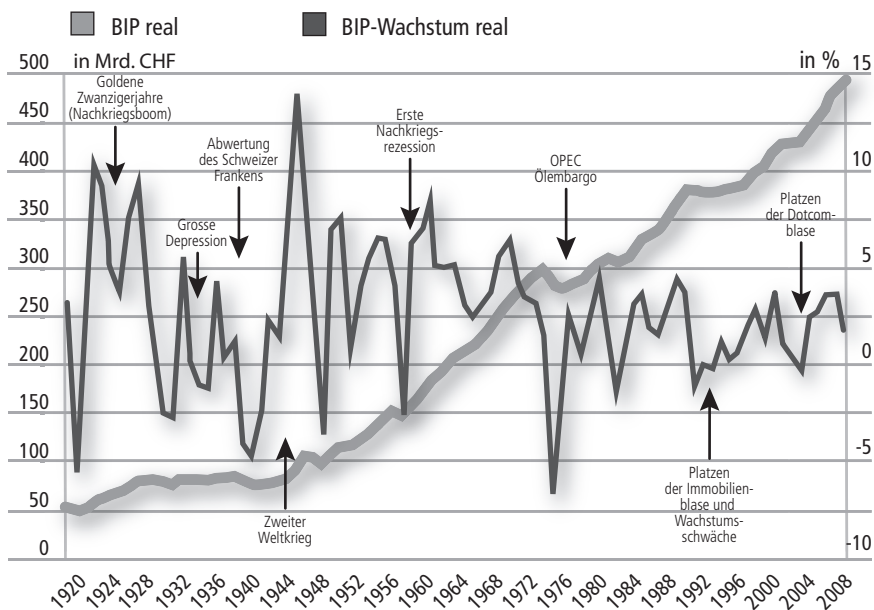
Die Einnahmen der Sozialversicherungen hängen nicht nur von der Zahl der Erwerbstätigen, sondern auch mit der Höhe der Löhne zusammen. Je nach dem, was für Wachstumsraten zugrunde gelegt werden, fallen die Prognosen für die Sozialversicherungen rosig oder katastrophal aus. Das erwähnte Basisszenario von Wechsler/Savioz ging von einer Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität von jährlich 1,6 Prozent aus.¹²⁵ Das Referenzszenario der IDA FiSo rechnete mit einem Wachstum des BIP von 1,3 Prozent bis 2010 und von 0,5 Prozent zwischen 2010 und 2025. Das Grundszenario des Bundesrates kalkulierte mit einer realen Lohnzuwachsrate von 1 Prozent ab 2010 (siehe Tabelle 19: Annahmen über demografische und wirtschaftliche Entwicklung ab 2010). Im Gleichschritt mit dem BIP steigen das Lohnvolumen¹²⁶ und die Beitragszahlungen. Das setzt freilich voraus, dass die Zunahme der Arbeitsproduktivität in Form von Lohnerhöhungen an die Erwerbstätigen weitergegeben wird. Erfolgen keine realen Lohnerhöhungen, so verschärfen sich die Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungen. Fallen sie höher aus als angenommen, bedeutet das eine Entspannung. «Real ist die Menge der in der Schweiz produzierten Güter und Dienstleistungen demnach heute [2008] mehr als neunmal höher als vor 90 Jahren» (Zürcher, 2010, S. 11). Real ist das BIP von 1920 bis 2008 im Durchschnitt jährlich um 2,5 Prozent gewachsen. Pro Kopf waren es aber «nur» 1,8 Prozent, denn die Bevölkerung nahm von 3,8 auf 7,7 Millionen zu.

Wenn der wirtschaftliche Kuchen auch in den kommenden Jahrzehnten grösser wird, können sowohl die Mehrleistungen für die Sozialversicherungen erbracht wie auch ein Wohlstandszuwachs für die Erwerbstätigen erzielt werden. Bleibt der Kuchen gleich gross oder schrumpft er gar und müssen gleichwohl die Sozialleistungen nach bisherigen Standards gewährt werden, kann es zu Verteilungskämpfen kommen. Aus heutiger Sicht spricht nichts gegen die Annahme, dass die Wirtschaftsleistung in 50 Jahren wesentlich höher sein wird als heute. Die weitere Frage ist, wie und auf wie

125 Das Bruttoinlandprodukt (BIP) stieg im Zeitraum von 1994 bis 2010 um jährlich 1,9 und im Zeitraum von 2012 bis 2040 um jährlich 1,4 Prozent. Die höhere Zuwachsrate im ersten Zeitraum ergibt sich aus der höheren Zahl der Erwerbstätigen (Wechsler/Savioz 1993, 119). Tatsächlich betrug das BIP-Wachstum von 1973 bis 2008 durchschnittlich jährlich 1,5 Prozent.

126 Gemäss den Szenarien der IDA FiSo steigt die AHV-Lohnsumme von 224 Milliarden 1995 auf 272 Milliarden im Jahr 2010. Tatsächlich betrug die AHV-Lohnsumme 2009 329 Milliarden Franken.

Abbildung 39: Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz 1920 bis 2008



© Die Volkswirtschaft

viele Köpfe diese Wirtschaftsleistung verteilt sein wird. Wenn das Sozialversicherungssystem intakt bleibt, werden auch die Einnahmen quasi automatisch reichlicher sprudeln.

Eine Wirtschaft, die vermehrt Leistungen für Nichterwerbstätige erbringen soll, muss Produkte herstellen und Dienstleistungen erbringen, die sich im verschärften internationalen Wettbewerb behaupten können. Allein schon deshalb muss die Arbeitsproduktivität weiter erhöht, d.h. mit weniger Arbeitskräften gleich viel oder gar mehr produziert werden. Das wiederum ist nur möglich, wenn die Schweiz in der Bildung wie in der Forschung und Entwicklung international an der Spitze mithalten kann. Dies allein sichert die Innovationskraft. Hier zu sparen wäre auf längere Frist verhängnisvoll. Um innovativ zu bleiben, darf die Schweiz nicht schwergewichtig auf den Finanzsektor setzen. Gewiss gibt es auch «innovative» Finanzprodukte und -strategien; die eigentlichen Innovationen erfolgen aber realwirtschaftlich im Industrie- und Dienstleistungssektor.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität steht jedoch in Konflikt mit dem Ziel der Ausweitung des Kreises der Beitragszahler, denn Produktivitätsfortschritt bedeutet oft

auch Arbeitsplatzabbau. Ausserdem stellt sich die bereits aufgeworfene Frage, ob die Risiko- und Innovationsbereitschaft einer im Durchschnitt älteren Gesellschaft abnehmen und sich damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verschlechtern wird.

Noch mehr als bisher sollten zur Sicherung der finanziellen Basis der Sozialversicherungen «konditionale Beschlüsse» getroffen werden («falls, dann ...»). Bei der Schweizer Arbeitslosenversicherung zum Beispiel ist dies der Fall: Wenn die Schulden 2,5 Prozent der versicherten Lohnsumme erreichen, ist der Bundesrat verpflichtet, die Lohnabzüge zu erhöhen.¹²⁷ Die meisten politischen Akteure sehen ein, dass ein Sozialversicherungshaushalt nicht auf die Dauer Schulden machen kann. Wenn es aber darum geht, die Schulden tatsächlich abzubauen, wollen alle Beteiligten die Steuer- oder Abgabenlast auf andere überwälzen oder Leistungskürzungen bei der eigenen Klientele verhindern. Der politische Widerstand ist daher geringer, wenn man einen Schuldenabbaumechanismus beschliesst, bevor die Situation eintritt. Das gilt nicht nur für den Widerstand beim Beschluss, sondern auch bei der Umsetzung. Da der Mechanismus aufgrund der Konditionalität automatisch spielt, kann man auch nicht einen bestimmten Akteur für die Erhöhung der Steuern oder Abgaben verantwortlich machen.

5.4.3 Leistungsseite

Zu prüfen sind folgende Optionen (vgl. Tabelle 26: Handlungsmöglichkeiten bei den Sozialversicherungen):

- Konsolidierung der heutigen Leistungen
- Leistungsausbau
- Leistungskürzungen
- Andere Erbringung von Leistungen und neue Trägerschaften

Zur *Konsolidierung*: Die erwähnten Szenarien gehen davon aus, dass in Zukunft zumindest das heutige Leistungsniveau beibehalten wird. Das Basisszenario von Wechsler / Savioz rechnete damit, dass das bestehende System des «Mischindex»¹²⁸ weitergeführt wird. Demnach würden die Renten jährlich real um ein Prozent erhöht.

¹²⁷ Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG), Art. 90c, Absatz 1: «Erreicht der Schuldenstand des Ausgleichsfonds Ende Jahr 2,5 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme, so muss der Bundesrat innert einem Jahr eine Gesetzesrevision für eine Neuregelung der Finanzierung vorlegen. Er erhöht vorgängig den Beitragssatz nach Artikel 3 Absatz 2 um höchstens 0,5 Lohnprozente und den beitragspflichtigen Lohn um maximal das Zweieinhalbfache des versicherten Verdienstes.»

¹²⁸ Das arithmetische Mittel aus der Lohn- und der Preissteigerung ergibt die Anpassung der AHV-Renten.

Ferner rechnet das Szenario mit einer medizinisch-technischen Mengenausweitung. Würde man die Renten nur noch der Teuerung anpassen, ergäbe sich eine Minderbelastung.

Eine strategische Ausrichtung der Konsolidierung scheint mir angebracht zu sein: Bevor man allgemein die sozialstaatlichen Leistungen der ohnehin gut situierten Erwerbstätigen oder Rentner weiter ausbaut, sollte gezielt jenen Menschen geholfen werden, die heute zur Armutsbevölkerung zählen, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie nichterwerbstätig oder erwerbstätig sind (Moeckli, 1988, S. 93).

Leistungsausbau: Gewiss wird es auch in Zukunft Forderungen nach Leistungserhöhungen und nach einem Ausbau der Sozialversicherungen geben, so nach dem Ausbau der Mutterschaftsversicherung oder nach einer Pflegeversicherung.

Seit 1945 hatte der Bund den Auftrag, «auf dem Wege der Gesetzgebung die Mutterschaftsversicherung einzurichten» (Artikel 34^{quinquies} der Bundesverfassung von 1874). Zwar wurden gewisse Kosten der Mutterschaft durch die Krankenversicherung gedeckt, und das Arbeitsvertragsrecht enthält Schutzbestimmungen über die Mutterschaft; seinem Verfassungsauftrag ist der Bundesgesetzgeber indessen erst 2005 in vollem Umfang nachgekommen. 1980 wurde eine Volksinitiative «Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» eingereicht. Sie wurde in der Volksabstimmung vom 2. Dezember 1984 verworfen, und das gleiche Schicksal war Vorlagen des Parlaments in den Volksabstimmungen vom 6. Dezember 1987 und 13. Juni 1999 beschieden. «Ohne Rücksicht auf ein echtes Bedürfnis berieselt die Giesskanne alle Mütter», schrieb der damalige Ständerat Hans Letsch in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 10. Juni 1987. Eine tragfähige Lösung kam schliesslich 2004 zustande, indem man die Vorlage eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs in die Revision des Erwerbsersatzgesetzes einbettete. Die Stimmenden sagten am 26. September 2004 Ja.

Die Einführung einer Pflegeversicherung ist in der Schweiz kein Thema.¹²⁹ Dabei gibt es auch für gut situierte alte Menschen ein Armutsrisiko, und das heisst Pflegebedürftigkeit. Dies dürfte, wie erwähnt, mit ein Grund für die Sparneigung älterer Menschen sein. Die Leistungen der verschiedenen Sozialversicherungen reichen zur Deckung der Kosten für Langzeitpflege nicht aus. «Da schmelzen die Ersparnisse vieler Jahre oft innert weniger Monate dahin.»¹³⁰ Erst wenn die Armutsgrenze erreicht ist,

¹²⁹ In Deutschland wurde nach längeren politischen Auseinandersetzungen 1995 eine Pflegeversicherung geschaffen. Um die Finanzierung über Lohnprozente bei den Arbeitgebern abzufedern, wurde die originelle politische Lösung getroffen, einen Feiertag zu streichen.

¹³⁰ Walter Schmid und Michael Hohn in der Neuen Zürcher Zeitung vom 9./10. Mai 1998, S. 83. Ein weiteres grosses Armutsrisiko ist gemäss den Autoren die Scheidung.

übernehmen in der Schweiz die Ergänzungsleistungen zur AHV die Funktion einer Pflegeversicherung. Darüber hinaus greift die Hilflosenentschädigung.¹³¹ Mit dem Inkrafttreten der neuen Pflegefinanzierung am 1. Januar 2011 werden schwer pflegebedürftige Menschen finanziell entlastet, während Heimbewohner, welche keine Pflege benötigen, mehr aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Im neuen Artikel 25 a des Bundesgesetz vom über die Krankenversicherung heisst es: «Der versicherten Person dürfen von den nicht von Sozialversicherungen gedeckten Pflegekosten höchstens 20 Prozent des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrages überwält werden. Die Kantone regeln die Restfinanzierung.»

Ich halte das System der Ergänzungsleistungen für eine bessere Lösung als eine allgemeine Pflegeversicherung, denn bei einer Versicherung würden im Bedarfsfall alle Begünstigten unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen die gleichen Leistungen erhalten. Es ergäbe sich wiederum die Situation, dass wirtschaftlich schwache Erwerbstätige die Leistungen für wirtschaftlich starke Pflegebedürftige mitfinanzieren würden. Anders wäre die Situation, wenn die Finanzierung einer Pflegeversicherung ausschliesslich durch die Rentner erfolgen würde. Wenn man schon «für das Alter» spart, dann scheint es logisch, im Bedarfsfall auf diese Ersparnisse zuzugreifen, denn genau für diesen Fall hat man ja gespart. Ängste braucht in der Schweiz niemand zu haben: Ein Pflegeplatz ist auch nach dem Aufbrauchen der Ersparnisse gewährleistet. Das garantiert Artikel 12 der Bundesverfassung.¹³²

Leistungsabbau und Selbstvorsorge: In der Diskussion stehen auch Leistungskürzungen der staatlichen Sozialversicherung, gekoppelt mit einer Verstärkung der individuellen Selbstvorsorge. Der Schweizerische Gewerbeverband fordert eine Schuldenbremse im Sozialversicherungsbereich. Generell steigende Kosten würden automatisch zu «Leistungskorrekturen» führen.¹³³ In der Öffentlichkeit deklariert man auch Leistungsabbau lieber als «Konsolidierung», denn politisch beliebt macht man sich mit solchen Ideen gewöhnlich nicht. Die direkte Demokratie der Schweiz hat bewirkt, dass das Land bezüglich der Errichtung der Sozialversicherungen ein Nachzügler war. Nun hat die direkte Demokratie die Wirkung, dass Abbaumassnahmen nur sehr schwer durchzusetzen sind.

¹³¹ Als hilflos gilt eine Person, die für alltägliche Lebensverrichtungen dauernd auf die Hilfe Dritter angewiesen ist.

¹³² «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.»

¹³³ Hans-Ulrich Bigler in der NZZ vom 26. Mai 2010 (Sonderbeilage, S. 9). – Dies könnte man machen bei Menschen, die Handlungsoptionen haben. Bei hochaltrigen oder invaliden Menschen ist dies aber nicht der Fall. Kürzungen bei Versicherungsleistungen würden einfach zu Erhöhungen bei der Sozialhilfe oder den Ergänzungsleistungen führen.

Wer es sich leisten kann, sorgt im Rahmen der zweiten und der dritten Säule – steuerprivilegiert – privat vor, zumal dann, wenn befürchtet wird, das staatliche Sozialversicherungssystem könne dereinst die versprochenen Leistungen nicht erbringen. Wer in der Lage ist, die zweite und dritte Säule zu äufnen, wird einen Leistungsabbau bei der ersten Säule eher verkraften. Das Problem aber ist, dass Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt sind, und dass viele Menschen, deren Einkommen gerade zur Bestreitung der Lebenskosten reicht, gar nicht in der Lage sind, selbst vorzusorgen.

Ein weiterer Grund, weshalb im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge heute weit mehr gespart wird als im obligatorischen, sind die Steuerersparnisse, die insbesondere gut Verdienende erzielen können.¹³⁴ Hier ein Rechenbeispiel aus der Ausgabe 72, August 2010, des VZ Vermögenszentrums Zürich:

Tabelle 28: Steuerersparnis bei überobligatorischen Beiträgen an die berufliche Vorsorge

So rentieren freiwillige Einzahlungen in die Pensionskasse

Ausgangslage: Ein 55-Jähriger zahlt zusätzlich zu den reglementarischen Beiträgen bis zur Pensionierung freiwillig 70'000 Fr. pro Jahr in die PK ein.

Steuereffekt bei der Einzahlung	Jährliche Einzahlung	70'000 Fr.	
	Steuerersparnis pro Jahr ¹	–24'500 Fr.	
	Effektiv eingesetztes Kapital	45'500 Fr.	
Steuerfreier Kapitalaufbau	Anzahl Jahre der Einzahlungen	10	Nettorendite auf dem eingesetzten Kapital: 9,4%
	Verzinsung der Einzahlungen	2,5%	
	Kapital nach 10 Jahren	784'000 Fr.	
Steuern bei der Kapitalauszahlung	Einmaliger Steuerbetrag ²	78'400 Fr.	
	Kapital nach Steuern	705'600 Fr.	

1 Annahme: Grenzsteuersatz 35%.

2 Annahme: 10%

Geraten wird auch zu einem Wohnortswechsel, wenn man das Altersguthaben als Kapital bezieht, denn je nach Kanton fallen unterschiedlich hohe Steuern an. Wer im Ausland wohnt, zahlt bei Kapitalbezug eine Quellensteuer. In diesem Fall lohnt es sich, das Guthaben zu einer Freizügigkeitsstiftung mit Sitz in einem Kanton mit niedriger

¹³⁴ Hier wird deutlich, dass man die in der Statistik ausgewiesenen «steigenden Sozialeinnahmen» genau unter die Lupe sehen muss. Richtigerweise werden die überobligatorischen Beiträge bei den Prognosen des Bundesrates nicht berücksichtigt.

Quellensteuer zu transferieren. Solche Modelle kommen natürlich für Normalverdiener nicht in Frage. Die Steuerersparnis schlägt sich auf der Seite des Staates in happigen Steuerausfällen nieder. Schon die gebundene Selbstvorsorge der Säule 3a hat gemäss der schweizerischen Sozialversicherungsstatistik für Bund, Kantone und Gemeinden «Steuerausfälle in Milliardenhöhe zur Folge» (Bundesamt für Sozialversicherungen, 2009, S. 220). 2007 betrugen die Eintrittseinlagen der Arbeitnehmer (ohne Freizügigkeitsleistungen) 4,3 Milliarden Franken.¹³⁵

Wenn die Sozialversicherungsleistungen – die unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Begünstigten ausbezahlt werden – nicht ausreichen, müssen ergänzend bedürfnisabhängige Leistungen ausgerichtet werden. Dies ist genau das System der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV in der Schweiz. Die Kombination einer staatlichen Grundversicherung für alle mit ergänzenden Leistungen für Bedürftige entspricht einem Trend in Westeuropa. Die staatlichen Sozialtransfers werden stärker am Bedarf ausgerichtet, um die Effektivität der eingesetzten Mittel zu verbessern. Ein Rückbau des Sozialstaates wird wohl in keinem westeuropäischen Land erfolgen, wohl aber ein Umbau in Richtung verstärkter Selbstvorsorge und vermehrter bedarfsge-rechter Leistungen. Ein Spezialfall ist Griechenland nach dem abgewendeten Staatsbankrott 2010. Die «Solidaritätsabgabe» auf Renten in Griechenland von 7 bis 9 Prozent gilt erst für Renten ab 1 400 Euro. Die Kürzung der monatlichen staatlichen Mindestrente um 10 Prozent von € 400 auf € 360 wurde zurückgenommen.

Für die Schweiz wäre es eine Option, die berufliche Vorsorge fakultativ zu betreiben und dafür die AHV-Renten substanziell anzuheben. Die obligatorische berufliche Vorsorge sollte man in die AHV überführen.¹³⁶ Die Durchführungskosten einer solchen Lösung wären geringer als beim heutigen System, und profitieren würden insbesondere Erwerbstätige mit tiefen Einkommen. Im Grunde hat man die freiwillige berufliche Vorsorge mit dem überobligatorischen Teil schon heute. Vom Umfang her ist sie sogar bedeutender als die obligatorische. Ein weiterer Vorteil dieser Lösung wäre, dass die Ergänzungsleistungen viel geringer ausfallen würden.

Politisch gesehen sind zwei Dinge auseinanderzuhalten. Es muss entschieden werden, welches der *Umfang* der sozialstaatlichen Leistungen sein soll. Laufend gilt es darüber hinaus zu überprüfen, ob die *Organisation* der staatlichen Aktivitäten und die Kom-

¹³⁵ Aufgrund von Missbräuchen hat der Gesetzgeber 2001 reagiert und den Einkauf in die berufliche Vorsorge eingeschränkt. Namentlich Einkaufsbeträge von mehreren Millionen, wie das von Percy Barnevik, ehemaliger ABB-Chef, praktiziert worden war (148 Millionen Franken!), sollten unterbunden werden («Lex Barnevik»).

Ab dem 1. Januar 2006 wurden die versicherten Löhne auf 774'000 Franken begrenzt.

¹³⁶ Das hat der ehemalige Präsident des AHV-Ausgleichsfonds, Ulrich Grete, vorgeschlagen. Siehe NZZ vom 10. Dezember 2007, S. 9.

bination und Koordination mit privater Vorsorge optimal ist. Das erste ist eher ein makroökonomisches Problem, das zweite ein mikroökonomisches (Barr, 1998, S. 412). Zu überlegen ist, ob die Funktionen der sozialen Sicherung nicht durch andere, nicht-staatliche Träger erfüllt werden können. Bei den meisten der bisher diskutierten Massnahmen ist der Staat Träger, Vermittler, Finanzierer oder Regler von Leistungen, und zur Hauptsache handelt es sich um monetäre Leistungen. Was gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit Selbsthilfe und genossenschaftlichen Organisationsformen begonnen hatte, wurde zunehmend dem Staat überantwortet und monetarisiert. Der typische Dreischritt war dabei: Private Organisation, staatliche Subventionierung der privaten Organisation, staatliche Organisation. Dies war aufgrund des sozialen Wandels wohl unvermeidbar; allerdings ist dabei die persönliche Selbst- und Mitverantwortung zu stark zurückgedrängt worden. «Eigentlich ist es paradox: Je grösser der Wohlstand des Landes wird, desto mehr versichert man sich; je mehr Risiken man eigentlich selbst tragen könnte, desto weniger tut man es.»¹³⁷ Die Selbstverantwortung sollte in Zukunft nicht an die Stelle, aber neben die Verantwortung des Staates gestellt werden. Nach der Selbstverantwortung kommt nicht gleich der Staat, sondern die Mitverantwortung. Die fortschreitende Monetarisierung sozialstaatlicher Leistungen sollte gebremst und die persönliche, sozial verantwortliche Leistung für sich selbst und für andere stärker betont werden (Füglister-Wasmer & Pedernana-Fehr, 1996, S. 133).

Die Kombination von Sozialversicherung und Selbstvorsorge ist in der Schweiz in der Alters- und Krankenversicherung bereits gegeben. Die Frage ist, ob man der Selbstvorsorge wieder jenes Gewicht beimessen kann, die sie früher einmal gehabt hatte, denn der Trend der vergangenen Jahrzehnte ging in Richtung staatliche Vorsorge. Gegensteuer soll beispielsweise die Idee der «Big Society» (als Kontrast zu «Big Government») des 2010 gewählten britischen Premierministers David Cameron geben. Das Ziel ist «to take power away from politicians and give it to people». Kooperativen, Genossenschaften, wohltätige Organisationen und Sozialfirmen sollen Auftrieb erhalten. Kritiker werfen ihm vor, damit nur die Kürzungen im Staatshaushalt kaschieren zu wollen.

Eine Massnahme, die schon Füglister und Pedernana (Füglister-Wasmer & Pedernana-Fehr, 1996, S. 133) in die Diskussion eingebracht haben, ist der Gemeinschaftsdienst («community service»). Ihm liegt der Gedanke zugrunde, dass sich viele Probleme mit Geld allein nicht lösen lassen. Füglister und Pedernana schlagen vor,

¹³⁷ Peter Hasler in der NZZ vom 18. März 2004, S. 17.

dass alle Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren während mindestens 500 Tagen soziale Leistungen im Dienst der Gemeinschaft erbringen. Dieser Dienst muss persönlich geleistet werden, kann also nicht durch eine Ersatzabgabe abgegolten werden wie beispielsweise bei der Feuerwehrpflicht. Teilweise angerechnet wird Betreuungsarbeit. Der Gemeinschaftsdienst muss nicht «am Stück» geleistet werden; tage- oder wochenweiser Einsatz ist möglich. Der materielle Nutzen eines solchen Gemeinschaftsdienstes dürfte sich auf mehrere Milliarden Franken pro Jahr belaufen. Als noch wertvoller veranschlagen Füglistaler und Pederngana aber den immateriellen Nutzen, der in gewinnbringenden Erfahrungen, der Stärkung der sozialen Kompetenz und der Schaffung einer sozialverantwortlichen Gesellschaft besteht.

Die Vorstellung von Horst Opaschowski, dass sich spontan und ohne staatliches Zutun Senioren-Dienstleistungen, Senioren-Patenschaften, Senioren-Handwerker-Kompanien oder Helfer-Börsen bilden werden, ist wohl etwas zu idealistisch. Gemeinschaftsdienst müsste wohl staatlich geordnet werden und nicht notwendigerweise unentgeltlich sein. Er könnte in Form von Gutscheinen dokumentiert werden. Wer Dienste leistet, erwirbt sich mit diesen Gutscheinen das Recht, im Bedarfsfall selbst Leistungen in gleichem Umfang zu beanspruchen. Ein Gutscheinsystem¹³⁸ würde gewiss die Gedanken der Solidarität und des Gesellschaftsvertrages stärken, denn Solidarität beschränkt sich dann nicht auf das Monetäre. Es wird nicht auf Franken und Rappen abgerechnet; es wird vielmehr in einer konkreten menschlichen Beziehung erlebbar, dass physisch und psychisch zurückkommt, was gegeben wurde. Auch denkbar wäre, Gemeinschaftsdienst als rentenbildend anzuerkennen, ähnlich wie dies durch Betreuungs- und Erziehungsgutschriften im Rahmen der AHV geschieht. In Deutschland wurde bereits 1994 ein Schritt in diese Richtung getan. Nach dem Pflegeversicherungsgesetz entrichten die Pflegekassen und private Versicherungsunternehmen Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung für in der Hauspflege tätige Personen, die regelmässig nicht mehr als dreissig Stunden wöchentlich erwerbstätig sind.

Die Sozialversicherungen sind heute auf der Finanzierungs- wie der Leistungsseite zur Hauptsache auf die Erwerbstätigen ausgerichtet. Nicht nur die Finanzierung, auch die Leistungen der Sozialversicherungssysteme müssen in Zukunft stärker von der Erwerbsarbeit abgekoppelt werden (vgl. Moeckli, 1988, S. 95 f.). Viel zu stark stellt das gegenwärtige System auf ununterbrochene Erwerbsarbeit ab. Der Versicherungs-

¹³⁸ Die heutigen technischen Möglichkeiten der Datenerfassung und -speicherung würden ein papierloses System nahelegen. Wie bei der «Cumuluskarte» des Schweizer Grossverteilers Migros bekäme man Punkte auf ein persönliches Konto gutgeschrieben. Diese könnte man später einlösen.

schutz für Unfall, Krankheit und Alter hängt ganz oder teilweise von der Erwerbsarbeit ab. Dies benachteiligt nicht nur Arbeitslose und Hausfrauen, sondern auch Teilerwerbstätige. Beispielsweise ist in der Schweiz ein Jahreslohn unter 20 880 Franken in der beruflichen Vorsorge (2. Säule) nicht versichert. Nicht durch Ab- oder Ausbau, sondern durch Umbau muss sich das soziale Sicherungssystem an die gewandelten Lebensformen der Gegenwart und Zukunft anpassen.¹³⁹

5.5 Schluss mit dem altersselektiven Personalmanagement

Wie die historische Erfahrung zeigt, kann eine wachsende, konkurrenzfähige Wirtschaft höhere Sozialausgaben ohne Weiteres verkraften. Voraussetzung für Wachstum auch in Zukunft ist es, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft ständig zu verbessern. Im Zug der Globalisierung ist dies ohnehin voll im Gang, freilich um den Preis von Arbeitslosigkeit und vermehrter Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Es wäre für den Wirtschaftsstandort Schweiz aber verhängnisvoll, die Politik der Öffnung der Märkte nicht fortzuführen. Eine offene, hochentwickelte Volkswirtschaft braucht hochqualifizierte Arbeitskräfte. Vorrangig sollten diese bereitgestellt werden durch ein gut ausgebautes, qualitativ hochstehendes Bildungs- und Weiterbildungssystem und erst in zweiter Linie durch die Zuwanderung.

Die anhaltend tiefe Fertilität führt dazu, dass die Zahl der jüngeren Erwerbstätigen sowie die Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückgehen und nur durch Einwanderung kompensiert werden kann. Ohne markante Zuwanderung müsste der Strukturwandel zu einem guten Teil von den Erwerbstätigen im mittleren und höheren Alter bewältigt werden. Dies hätte indessen den Vorteil, dass ein Phänomen verschwinden würde, mit dem ältere Arbeitnehmer nicht nur in rezessiven Zeiten konfrontiert werden: die Diskriminierung bei der Stellensuche. In Stelleninseraten findet man heute unter dem Anforderungsprofil meist Vorgaben bezüglich des Lebensalters. Bewerbungen von Personen über 40 Jahre sind dabei kaum mehr erwünscht. Personenfreizügigkeit macht die Selektion jüngerer ausländischer Arbeitnehmer leicht, die zudem einen «Mutationsgewinn» bringen, weil jüngere Arbeitnehmer lohnmassig gewöhnlich tiefer eingestuft sind und weniger Lohnnebenkosten verursachen. «Früher oder später wird die kaufkräftige Generation der über 50-jährigen ... ein übertriebenes altersselektives

¹³⁹ Vgl. Walter Schmid und Michael Hohn in der Neuen Zürcher Zeitung vom 9./10. Mai 1998, S. 83.

Personalmanagement genauso anprangern wie ein geschlechtsselektives. Und diese Generation allenfalls zu gezielten Aktionen und Boykotts aufrufen.»¹⁴⁰ Ganz einfach wird dies nicht sein, denn die Führungskräfte, die für ein altersselektives Personalmanagement verantwortlich sind, sind oft selbst über 50 Jahre alt... Sie nehmen für sich selbst bedenkenlos in Anspruch, was sie anderen älteren Arbeitnehmern nicht zutrauen.

Gegen die Einstellung von älteren Arbeitnehmern werden meist zwei Gründe vorgebracht. Der erste betrifft ihre Leistungsfähigkeit, der zweite die höheren Lohnkosten. Der erste Grund mag für schwere körperliche Arbeiten zutreffen. In anderen Bereichen können ältere Arbeitnehmer abnehmende physische Leistungsfähigkeit durch ihre Erfahrung, Zuverlässigkeit, Ausgeglichenheit, Sozialkompetenz und Unternehmensidentifikation mehr als kompensieren, sofern sie sich auch darum bemühen, bezüglich des Fachwissens stets auf dem neuesten Stand zu bleiben. Zutreffend sind die Argumente bezüglich der höheren Lohn- und Sozialkosten. Ältere Arbeitnehmer haben oft eine «Anciennitätsrente». Insbesondere beim Staat ist es so, dass vor der Pensionierung die Lohn- und Lohnnebenkosten am höchsten sind. Dabei ist es nicht die Lebensspanne zwischen 55 und 65, während der für den Arbeitnehmer die höchsten Lebenskosten anfallen, sondern die Lebensspanne, während der er für Kinder aufzukommen hat. Ich bin der Meinung, dass die «Lohnkurve» geändert werden müsste. Diese Kurve sollte in einem Alter von etwa 55 ihren Kulminationspunkt erreichen. Auch die weit verbreitete überobligatorische Vorsorge über die zweite Säule ist abzubauen. Ältere Arbeitnehmer hätten dann bezüglich der Lohn- und Lohnnebenkosten bei der Einstellung einen Wettbewerbsvorteil.

Eine rückläufige Zahl bei den Erwerbstätigen führt allerdings nicht automatisch zu Vollbeschäftigung und Arbeitskräfteknappheit, weil in einzelnen Branchen durch den Produktivitätsfortschritt auch ständig Arbeitsplätze verloren gehen. Volkswirtschaftlich und auf längere Sicht gesehen kann Produktivitätsfortschritt auch neue Arbeitsplätze schaffen. Diese neuen Stellen werden freilich nicht von jenen eingenommen, welche früher ihre Stelle verloren haben. Eine allgemeine Verknappung der Arbeitskräfte in den kommenden Jahrzehnten könnte ein Anstieg der Reallöhne zur Folge haben, was die Schweiz für ausländische Arbeitskräfte noch attraktiver machen würde.

¹⁴⁰ Peter Gross in der Neuen Zürcher Zeitung vom 22./23. Oktober 1994, S. 17.

Vollbeschäftigung ist eher möglich, wenn die Arbeit insgesamt anders verteilt wird. Einmal anders verteilt unter den Erwerbstätigen, zum andern anders verteilt im Verlauf des Lebens jedes Einzelnen. Wir müssen wegkommen von der Doktrin, dass die Phase der Jugend zugleich die Phase der Bildung und Ausbildung, die Phase des Erwachsenseins die Phase der Erwerbstätigkeit und die Phase des Rentnerseins die Phase der Untätigkeit ist (Bundesamt für Konjunkturfragen, 1994, S. 20). Vielmehr soll es möglich sein, in allen Lebensphasen Bildung, Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit zu kombinieren. Die Aktivitäten während der Lebensphasen sollen harmonisch ineinandergreifen. Erwerbsarbeit soll regelmässig durch Ausbildung, Ausbildung durch Praxis unterbrochen werden. Heute betrachten wir es ja als durchaus wünschenswert, wenn Auszubildende im Laufe ihres Studiums während einer bestimmten Zeit in der Praxis tätig sind. Besonders wertvoll ist ein Auslandsaufenthalt. In vielen Ausbildungsgängen ist ein solches Praktikum sogar vorgeschrieben.

Sicher falsch wäre es, sich auf das generelle Heraufsetzen des Rentenalters zu konzentrieren. Die Lebensarbeitszeit könnte aber durchaus erhöht werden, wenn dies in Kombination mit anderen Massnahmen geschieht. Wie wir gesehen haben, ist die Lebensarbeitszeit in den vergangenen 20 Jahren absolut und anteilmässig verkürzt worden (siehe S. 43). Zu den flankierenden Massnahmen bei einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit gehört die Flexibilisierung der Arbeitszeit über längere Zeiträume, die sowohl einen «sanften», schrittweisen Einstieg ins Erwerbsleben wie auch einen stufenweisen Rückzug ermöglichen würde. Auf Bauernhöfen und in kleinen Familienbetrieben war dies schon immer möglich. Flexibilisierung bedeutet auch, dass im Verlauf des Arbeitslebens viel mehr Wahlmöglichkeiten bestehen zwischen Erwerbsarbeit, Ausbildung und Freizeit. Auf die Summe der Erwerbsarbeit, nicht auf die einzelnen Summanden, kommt es an.¹⁴¹ Wenn Teilzeitarbeit für alle Generationen zu einer Selbstverständlichkeit wird, werden ein stufenweiser Abbau des Arbeitspensums und die Abgabe von Linienverantwortung in der Phase vor dem Eintritt ins Rentenalter auch nicht als Makel empfunden.

Mit einer Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit liesse sich ein Privileg, das heute insbesondere Wissenschaftlern und dem künftigen Kader grosser Unternehmungen zukommt, auf weitere Gruppen übertragen: der Auslandsaufenthalt. So können beispielsweise Doktoranden mit einem Stipendium des Schweizerischen Nationalfonds

¹⁴¹ Im August 1998 hatte der Zürcher Regierungsrat beschlossen, die Lebensarbeitszeit mit Zeitkonten und die Jahresarbeitszeit als weitere Arbeitszeitmodelle anzubieten. Praktisch geschah dies durch eine Herabsetzung des entlöhnten Wochenstundenanteils um zwei bis maximal acht Stunden pro Woche. Die Entlöhnung für die vorgeleistete Arbeit erfolgt erst im Zeitpunkt der Kompensation. Dieses Modell eignet sich sowohl für eine individuelle vorzeitige Pensionierung wie für den Bezug von Langzeiturlauben. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 11. August 1998, S. 43.

ein Jahr im Ausland an ihrer Dissertation arbeiten. Alle Erwerbstätigen, so meine Idee, sollten die Möglichkeit haben, ein Jahr lang von ihrem Arbeitsplatz dispensiert zu werden, um im Ausland zu arbeiten oder zu reisen. Während dieser Zeit stünde ihnen die Möglichkeit offen, ein Einkommen im Umfang einer vollen AHV-Rente zu beantragen. Die ausfallende Arbeitszeit und die Prämienzahlungen könnten sie nach Erreichen des ordentlichen Pensionsalters nachholen. Haben sie während des Auslandsaufenthaltes eine Rente beansprucht, erfolgen die ordentlichen Rentenzahlungen erst ein Jahr nach Erreichen des offiziellen AHV-Alters¹⁴². Eine solche Regelung wäre nutzbringend sowohl für die Wirtschaft wie auch für den Staat und den einzelnen. Die Wirtschaft würde von den während des Auslandsaufenthaltes erworbenen Sprachkenntnissen und Kontakten profitieren. Dem Staat wäre geholfen, weil hautnahe Erfahrungen mit anderen politischen Systemen die eigenen staatlichen Probleme in einem anderen Licht erscheinen lassen. Den Erwerbstätigen eröffnen sich in jungen Jahren auf Reisen Optionen, die sie im Pensionsalter nicht mehr haben, selbst wenn sie dereinst über Zeit und Geld verfügen würden. Wieso soll man die «grosse Freizeit» auf das letzte Viertel des Lebens aufschieben, wenn man wegen des alternden Körpers vielleicht in seinen Möglichkeiten eingeschränkt ist?

Sollte es in den kommenden 50 Jahren zu einer Verknappung bei den Arbeitskräften kommen, so wäre es besser, eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote (v. a. der verheirateten Frauen) anzustreben, anstatt die Lücke vornehmlich durch ausländische Arbeitskräfte zu schliessen. Insbesondere die Erwerbsquote der gut ausgebildeten Frauen ist zu erhöhen. Wie bereits erwähnt, ist es hochqualifizierten Frauen zu erleichtern, Mutterschaft und berufliche Karriere zu kombinieren. Ein Beispiel geben die nordischen Staaten, in denen sich trotz hoher Frauenerwerbsquote die Fertilität stabilisiert und erhöht hat.

Die Aufrechterhaltung einer modernen, innovativen Volkswirtschaft ist auch mit im Durchschnitt älteren Erwerbstätigen ohne Weiteres möglich, vorausgesetzt dass sich diese Erwerbstätigen ständig weiterbilden und beruflich und örtlich flexibel bleiben. Die Älteren sollten jene Tätigkeiten übernehmen, die sie mit annähernd gleicher Produktivität wie die jungen Arbeitskräfte ausüben können. In den Unternehmungen sollten gezielt altersgemischte Teams gebildet werden, in denen die spezifischen Fähigkeiten der Generationen einander ergänzen können.

¹⁴² Näher zu prüfen wäre, welches Einkommen im Jahr nach Erreichen des Rentenalters für die AHV/IV-Prämie massgebend wäre.

5.6 Kinder ausländischer Familien fördern

Wie bereits erwähnt worden ist, liegt ein Ansatz zur Steigerung der Fertilität in der Familienpolitik. In den kommenden 50 Jahren werden nicht nur Arbeitskräfte fehlen, sondern auch Kinder. Mit einer traditionellen Familienpolitik ist es aber nicht getan, weil die Verhältnisse sich gewandelt haben (siehe Stutz, 2004).¹⁴³ In zwei Dritteln aller Haushalte in der Schweiz leben keine Kinder. Zwei von zehn Frauen bleiben kinderlos. Jedes fünfte Kind ist ein Einzelkind. Jede dritte Familie hat einen «Migrationshintergrund». Einelternfamilien machen rund fünf Prozent aller Haushalte aus. 2008 wurden fast 20'000 Ehen geschieden.

Die Grösse einer Durchschnittsfamilie wird weiter schrumpfen, die «Normalfamilie» mit verheirateten Partnern und mehreren gemeinsamen Kindern wird immer mehr vom Regel- zum Ausnahmefall (siehe Kapitel 4.9, Mehr «Bohnenstangenfamilien»). Die Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern werden vielfältiger. Anteilsmässig mehr Kinder werden aufwachsen mit nur einem Elternteil oder mit einem Partner eines Elternteils, der nicht leibliche(r) Mutter/Vater ist. In kinderarmen, stagnierenden und alternden Gesellschaften dürften Ehe und Familie einen weiteren Bedeutungsverlust erleiden (Meinhard Miegel in: Klose, 1993, S. 49). Das Beziehungsumfeld für die Kinder wird komplexer.

Die Familienförderung kann ökonomischer und rechtlicher Art sein: Familienzulagen, Steuerentlastungen, bedarfsbezogene Leistungen, Mutterschaftsversicherung, Stipendien. Sozialökologische Unterstützung besteht in Kinderbetreuung, Horten, in einem guten Schulumfeld, einer familienfreundlichen Arbeitswelt sowie geeignetem Wohnraum und -umfeld. Beistand auf der Mikroebene ist pädagogischer (Beratung, Mediation) oder eingreifender Art (Kinderschutz, Wegweisung, Heimeinweisung).

Staat und Wirtschaft sollten nicht nur das Umfeld für die konventionellen Familien verbessern, sondern auch das Umfeld für alternative Formen des Zusammenlebens Erwachsener mit Kindern. Insbesondere ist die Kombination Mutterschaft/Berufarbeit zu verbessern, und alleinerziehende Mütter sind gezielt zu unterstützen. Dazu gehören Tagesschulen, in denen Schulkinder auch verpflegt werden. Zu fördern ist auch eine Betreuung der Kinder durch die Grosseltern.

¹⁴³ Der Familienbericht von 2004 definiert Familie als eine «primär in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern begründete soziale Gruppe eigener Art, die als solche gesellschaftlich anerkannt ist». In der Steuerpolitik indessen ging man noch lange vom Merkmal «verheiratet» aus und privilegierte solche Paare, auch wenn keine Kinder vorhanden waren. Der Ansatzpunkt der steuerlichen Privilegierung muss bei den Kindern liegen, nicht beim Zivilstand.

Ein besonderes Augenmerk muss auf die Kinder ausländischer Familien gerichtet werden. In ihrer grossen Mehrzahl gehören die Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz immer noch zu den mittleren und unteren Schichten. 40 Prozent haben wie erwähnt nur die obligatorische Grundschule oder eine Anlehre absolviert. Ihre Kinder haben deswegen schlechtere Bildungs- und Aufstiegschancen. Die sog. «Bildungsvererbung» – je höher die Bildung der Eltern, desto höher das Bildungsniveau der Kinder – muss gerade beim ausländischen Bevölkerungsteil korrigiert werden. Die schweizerische Gesellschaft und die schweizerische Wirtschaft müssen daran interessiert sein, diese Kinder bestmöglich auszubilden. Die Wahrscheinlichkeit, dass hier geborene ausländische Kinder dereinst den Schweizer Pass erwerben werden, ist sehr hoch. Es macht bestimmt mehr Sinn, hier geborene und integrierte Ausländer zu hochqualifizierten Berufsleuten und später Schweizern zu machen, als Ausländer in unser Land zu holen, die ihre Jugend in ihrem Heimatstaat verbracht haben und es somit schwerer haben, sich in unsere Gesellschaft einzufügen. Vor 15 Jahren wie heute treffen wir in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sport auf viele herausragende Menschen, deren Vornamen oder Namen auf ausländische Wurzeln hindeuten: Valon Behrami¹⁴⁴, Ciriaco Sforza, Kubilay Türkyilmaz, Martina Hingis, Nicolas Hayek, Jana Caniga, Katja Stauber, Donghua Li, Gilbert Gress, Ota Sik, Dorle Vallender....¹⁴⁵ Die Schweiz kann froh sein, diese «Leistungsträger» in ihren Reihen zu haben. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass es immer wieder Ausländer waren, welche neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Innovationen ins Land brachten (siehe S. 89). In der wachsenden Zahl hier geborener ausländischer Kinder liegt ein ganz grosses Potenzial, das es zu erschliessen gilt (siehe auch Kapitel 4.7).

5.7 Solidarität auch zwischen älteren Menschen

Für Rentner gilt stärker als für andere Altersgruppen, dass die Lebenslage und das persönliche Wohlbefinden von den finanziellen Verhältnissen abhängen (Levy, 2009). Sie können ihre Situation nicht mehr grundlegend verändern. Die Gleichung «alt = arm» indessen stimmt schon lange nicht mehr. Wohl trifft es zu, dass ein Teil der Rentnerinnen und Rentner zur Armutsbevölkerung zu zählen ist; die Mehrheit ist aber

144 Die aus dem Kosovo stammende und seit 1991 in Stabio wohnende Familie Behrami bekam 1998 einen Brief: «Sie müssen das Land innert dreier Monate verlassen.» Daraufhin wurde die Familie von einer Welle der Solidarität erfasst. 2'000 Unterschriften kamen im Tessin zusammen. Erfolgreich wurde der Verbleib der Familie gefordert. Aus dem fussballspielenden Bub Valon wurde später ein Schweizer Nationalspieler.

145 Ich masse mir gewiss nicht an, mich in diese Reihe zu stellen, bestätige aber an dieser Stelle gerne die Vermutung der Leserin/des Lesers, dass sich aus meinem Vornamen «Silvano» auf italienische Wurzeln schliessen lässt. Meine Mutter kam nach dem Zweiten Weltkrieg als «Fremdarbeiterin» in die Schweiz.

materiell ausreichend abgesichert, und eine Minderheit gehört gar zum reichsten Bevölkerungsteil. Die Einkommens- und Vermögensverteilung unter den Rentnern ist ungleicher als jene unter den anderen Altersgruppen. Das System der Ergänzungsleistungen garantiert allen AHV- und IV-Berechtigten zumindest eine existenzsichernde Rente. Im Durchschnitt ist in den vergangenen 50 Jahren der Wohlstand der rentenberechtigten Bevölkerung markant gestiegen. Man kann sogar sagen: Noch nie ging es dem ältesten Teil der Bevölkerung so gut wie heute.¹⁴⁶ Stellt man auf Befragungsdaten des Schweizer Haushalts-Panel ab, so sind Paare über 65 die zufriedenste Bevölkerungsgruppe. Auf einer Skala von 0 = «gar nicht zufrieden» bis 10 «vollumfänglich zufrieden» stuften sich 2006 80 Prozent bei 8 bis 10 ein, während es bei der Gruppe der Alleinerziehenden nur 43 Prozent waren.

Die Rentner sind freilich hinsichtlich ihrer Lebenslage alles andere als eine homogene Gruppe. Es gibt nicht nur beträchtliche Unterschiede, was die wirtschaftlichen Verhältnisse angeht, sondern insbesondere auch hinsichtlich des Gesundheitszustandes und des individuellen Wohlbefindens. Aus den unterschiedlichen Lebenslagen ergeben sich unterschiedliche Interessen, was die Bündelung und Vertretung von einheitlichen «Rentnerinteressen» schwierig macht.

Bisher ging man davon aus, dass die wirtschaftlich und physisch leistungsfähigeren jüngeren Generationen für die wirtschaftlich schwachen und physisch kaum mehr leistungsfähigen älteren Generationen aufkommen sollten. Diese Voraussetzung ist indessen heute nicht mehr gegeben. Ein Teil der Rentnerschaft verfügt über beträchtliche Vermögen, und insbesondere die «jungen Alten» sind körperlich und geistig durchaus leistungsfähig. Der ehemalige Astronaut und Senator John Glenn, der am 20. Februar 1962 in einer winzigen Raumkapsel als erster Amerikaner die Erde umkreiste, flog am 29. Oktober 1998 im Alter von 77 Jahren mit der Raumfähre «Discovery» zum zweiten Mal ins All. Er machte damit etwas vor, von dem andere Menschen im gleichen Alter nur träumen und verbreitet damit wirkungsvoll die Botschaft, dass es möglich ist, in höherem Alter eine beachtliche Leistung zu erbringen. Er wurde damals zu einem Idol seiner Altersgenossen. Eigentlich braucht es zwei Alterspolitiken: Eine für die «jungen», noch leistungsfähigen alten Menschen, und eine für die pflegebedürftigen hochaltrigen Menschen.¹⁴⁷

146 Dies gilt nicht nur für die Rentnerschaft, sondern auch für die jungen Menschen. Die heutige Generation der jungen Menschen hat viel mehr Chancen, den erstrebten Bildungsabschluss zu erreichen oder im Ausland zu arbeiten oder zu studieren, als jede junge Generation vor ihr.

147 Salopp kann man sogar drei Gruppen machen: Go-Go's, Slow-Go's und No-Go's.

Aus der zwar unterschiedlichen, aber durchaus gegebenen wirtschaftlichen und physischen Leistungsfähigkeit älterer Menschen ergibt sich das Postulat, dass Solidarität eben nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch innerhalb der Generationen gefordert ist (siehe Kapitel «Der neue Gesellschaftsvertrag»). Genauso wie in der Gesamtbevölkerung muss innerhalb der Rentnerschaft einer Spaltung in eine wohlhabende und in eine verarmende Gruppe entgegengewirkt werden. Wenn die wirtschaftlichen Transfers ausschliesslich von den Erwerbstätigen zu den Rentnern laufen, wird sich diese Spaltung noch verstärken. Die Leistungserstellung und die Leistungsbeanspruchung müssen neu verteilt werden nach den Kriterien der Leistungsfähigkeit und der Bedürftigkeit, weniger nach dem Kriterium Alter.

Konkret lässt sich daraus das Postulat ableiten, dass die gutsituierten Rentner finanziell zur Sicherung der Transferzahlungen an wirtschaftlich schwache Rentner beitragen sollten. Ansatzweise ist dies heute bereits der Fall, weil die Renten auch mit allgemeinen Haushaltsmitteln, der Mehrwertsteuer, der Spielbankenabgabe, der Tabaksteuer usw. finanziert werden. Überhaupt wirkt das heutige AHV-System – im Gegensatz zur zweiten Säule – stark umverteilend. Es wäre nicht verfehlt, die Mehrwertsteuer noch stärker als bisher zur Finanzierung der AHV heranzuziehen. Rentner mit hohem Konsum tragen so zur Finanzierung ihrer eigenen Rente bei. Eine andere bereits erwähnte Option wäre eine Energiesteuer.

Wünschenswert wäre eine verstärkte Einbindung der Rentner nicht nur nach dem Kriterium der wirtschaftlichen, sondern auch nach dem Kriterium der physischen und psychischen Leistungsfähigkeit. «Jüngere Rentner» könnten sich vermehrt in der Betreuungsarbeit engagieren, sei es bei der Betreuung von Kindern, Kranken, Behinderten oder anderen Rentnern. Es könnte sich dabei natürlich nicht um Vollzeitjobs handeln, sondern es ginge um einen teilzeitlichen und phasenweisen Einsatz. Ich würde diesen nicht als eine Last betrachten, die den Rentnern nach einem langen Arbeitsleben auferlegt wird. Ich sehe einen solchen Einsatz vielmehr als eine Chance – ein Angebot, kein Zwang. Bei einer Umfrage, die das Institut für Demoskopie in Allensbach 1994 durchführte, gaben 77 Prozent der Rentner an, nicht weiter aktiv zu sein, das heisst einer regelmässigen Tätigkeit nachzugehen oder irgendein Amt auszuüben. Viele fühlten sich, gerade an Sonntagen, einsam. Der Einbezug in sinnvolle Arbeit und in ein Team würde sie mit anderen Menschen und Institutionen zusammenführen. Eine neue Aufgabe und das Lernen neuer Fertigkeiten dienen auch der Persönlichkeitsentwicklung, die mit dem Eintritt ins Rentenalter keineswegs abgeschlossen ist. Die Rentner wissen aus der Erfahrung ihres Berufslebens, wie wichtig die Arbeit für die sozialen Kontakte und das soziale Beziehungsnetz ist. Die Betreuungsarbeit würde den Rentnern jene Anerkennung ver-

schaffen, die sie seit dem Eintritt in den Ruhestand vermissen. Für diese Dienstleistungen wären neue Formen der Entschädigungen zu entwickeln wie Gutscheine, Zeittausch, Sozialzeit, Steuerabzüge (vgl. S.189).

Eine neue Solidarität ist auch unter älteren Menschen global zwischen Süd und Nord vonnöten. Auch im ärmeren Süden steigt die Zahl älterer Menschen, wenngleich sie wegen der höheren Fertilität in diesen Regionen anteilmässig einen kleineren Teil der Bevölkerung ausmachen. Diese älteren Menschen können aber ihren Lebensunterhalt nicht, wie im reichen Norden, mit Transferzahlungen bestreiten, weil es kaum Sozialversicherungssysteme gibt. Sie sind nicht mehr mobil und können kriegesischen Ereignissen, Naturkatastrophen und wirtschaftlichen Niedergängen, die sich in ihrer Wohnregion ereignen, kaum ausweichen. Es wäre eine lohnende und befriedigende Arbeit für ältere Menschen im Norden, sich verstärkt um ihre Altersgenossen im Süden zu kümmern.

Gerade ältere Menschen können einen wertvollen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten. Sie sind keinen Karrierezwängen mehr unterworfen und verfügen neben der Ressource Fachwissen über die Ressourcen Zeit und Geduld. In Bonn wurde 1983 der SES, der Senior-Expertenservice, eine Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit für das Ausland, ins Leben gerufen.¹⁴⁸ Ihm gehören mehr als 8 400 Fachleute im Ruhestand an, darunter zwölf Prozent Frauen. Der SES leistete 2009 1 596 Einsätze in 79 Ländern – davon 340 in Deutschland. Senioren-Experten mit grossem Fachwissen leisten Entwicklungszusammenarbeit vor allem im technischen und kaufmännischen Bereich sowie in der Weiterbildung. Finanziert wird der SES aus Spenden und Sachleistungen der Wirtschaft sowie Zuschüssen der Bundesregierung und der EU.

Aufmerksamkeit verdient auch das von Studierenden der Universität St. Gallen lancierte Projekt «Berufserfahrung.CH», das zum Ziel hat, «eine Brücke zwischen Menschen über 50 Jahren und Unternehmen zu schlagen». Auf der Website www.berufserfahrung.ch heisst es: «Wir sind der Überzeugung, dass gerade ältere Menschen eine sehr grosse Erfahrung im Beruf und im Leben ganz allgemein vorzuweisen haben, was bei der Arbeit sehr wertvoll sein kann. Es wäre schade und sinnlos, wenn all das Know-how und die Erfahrung der älteren Menschen der Wirtschaft nicht mehr zugänglich sind. Zudem sind gerade pensionierte Arbeitskräfte sehr flexibel und in Teilzeit gut einsetzbar.» Arbeitgeber und Stellensuchende können auf der Website ihre Angebote eintragen.

¹⁴⁸ Vgl. die Zeitschrift «Das Parlament», 1. März 1996, S. 7.

5.8 Umwelt: Leben auf Kosten späterer Generationen

Die Schweiz ist schon heute mit 189 Einwohnern pro Quadratkilometer dicht bevölkert. Darüber hinaus muss man berücksichtigen, dass etwa ein Drittel der Fläche alpinen Gebiet und nicht bewohnbar ist (vgl. Kapitel 4.13). Je mehr Menschen in der Schweiz leben, desto stärker werden die natürlichen Ressourcen beansprucht. Wie bereits erwähnt, hängt die Beanspruchung der Ressourcen nicht nur von der Zahl der Menschen ab, sondern auch von ihren Aktivitäten, ihrer Kaufkraft und dem Preis der Nutzung der Ressourcen. Höhere Einkommen vergrössern den Spielraum, auch was den «Konsum» der Natur angeht, insbesondere dann, wenn die Preise für Umweltgüter verzerrt sind.¹⁴⁹ Wir haben oben festgehalten, dass höhere Einkommen sowohl die Belegung von mehr Wohnraum wie auch vermehrtes Reisen ermöglichen. Die Forderung nach Kostenwahrheit und Abgeltung der externen Kosten gilt deshalb nicht allein für den Verkehr, sondern für Umweltgüter generell.

Wie wir gesehen haben, gibt es in der Schweiz bereits 420 000 Zweitwohnungen. Nicht nur die Nachfrage nach Ferienwohnungen, auch jene nach einer Zweitwohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes ist gestiegen. In Genf und Zürich lebt in zwei von fünf Wohnungen jeweils nur eine Person. «Die Singles residieren in Wohnungen mit vier oder mehr Zimmern – in den einst typischen Familienwohnungen also.»¹⁵⁰ Die typische Ferienwohnung in Tourismusgebieten steht an 300 Tagen im Jahr leer. Zur Zersiedelung gehören auch die immer stärker ausgebauten Infrastruktur, wachsende Pendlerströme, der Verlust von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen und monotone Siedlungsstrukturen. Die Trennung von Arbeit, Wohnen und Freizeit treibt die Zersiedelung weiter voran. 30 Prozent der Haushalte verfügen über zwei oder mehr Autos. Nach Daten des Mikrozensus 2005 nimmt die Jahresmobilität pro Person und Jahr im In- und Ausland proportional zum Haushaltseinkommen zu.

Die neue Zuwanderung ist für die Umwelt nicht positiv, denn hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügen über hohe Einkommen, was eine hohe Nachfrage nach Wohnraum, Verkehrsleistungen, Energie, Freizeitangeboten und Reisen nach sich zieht. Zweitwohnung und Zweitauto, Jacht und Pferde – das kann man sich leisten. Demgegenüber hatten die Menschen der ersten und zweiten Zuwanderungswelle aus Südeuropa, dem Westbalkan und der Türkei einen bescheidenen Umweltkonsum. Sie beanspruchten nicht nur geringe Wohnflächen pro Kopf, sondern sandten auch noch

¹⁴⁹ «Die Übernutzung der Umwelt ist eine Folge von fehlenden oder verzerrten Preisen für Umweltgüter.»

Pascal Burkard, *Schrumpft sich die Schweiz sauber?* In: (Füglister, 1994, S. 125).

¹⁵⁰ NZZ vom 31. März 2008, S. SB 3

einen Teil ihrer Einkünfte in ihre Heimatländer. Im «Albisetti-Haus» im St. Galler Stadtteil St. Fiden lebten vor dem Ersten Weltkrieg bis zu 70 Italienerinnen und Italiener auf engstem Raum zusammen.

Abbildung 40: Das «Albisetti-Haus» in St. Gallen St. Fiden



Die Zersiedelung der Schweiz hat bereits besorgniserregende Ausmasse angenommen. Das neu gestartete nationale Forschungsprogramm «Neue urbane Qualität» (NFP 65) soll das Problem analysieren und Lösungsvorschläge unterbreiten. In einer Medienmitteilung heisst es: «Es zeichnet sich ab, dass die Menschen enger zusammenleben werden – allerdings ohne auf die hohe Lebensqualität verzichten zu müssen.» Die erste Aussage ist richtig. Wer über ein hohes Einkommen verfügt, wird allerdings kaum in einem Hochhaus leben wollen, sondern ein freistehendes Haus bevorzugen. Politisch ist eine Bremsung der Zersiedelung nur sehr schwer durchzubringen, denn natürlich wird damit in der Immobilien- und der Baubranche viel Geld verdient, und die Gemeinden überbieten sich wechselseitig, um «gute Steuerzahler» anzulocken. Dafür werden auch Parzellen auf Bergkuppen und an Seeufern freigegeben. Der Kanton Obwalden wollte 2009 sogar eine «Sonderzone für Reiche» schaffen. Amtlich hiessen diese «Zonen mit hoher Wohnqualität von kantonalem Interesse sowie von Arbeitsgebieten von kantonalem Interesse». Niederlassen hätte sich nur dürfen, wer viel Steuern zahlt oder Arbeitsplätze schafft. Die Stimmenden haben am 29. November 2009 den entsprechenden Nachtrag zum Baugesetz allerdings überraschend deutlich abgelehnt.

Die neue Zuwanderung stellt umweltpolitisch eine echte Herausforderung dar. Je mehr hochqualifizierte bzw. vermögende Zuwanderer in die Schweiz kommen, desto besser ist das für die Volkswirtschaft und das Wirtschaftswachstum. Je stärker aber die verfügbaren Einkommen ansteigen, desto mehr Boden und Umweltgüter werden beansprucht. Schon heute hat die Lebensqualität in vielen Städten und Landschaften durch die ungezügelte Bebauung gelitten. Dies bedeutet, dass der Siedlungsdruck auf noch «unberührte Gebiete» weiter zunimmt, bis schliesslich nirgendwo mehr attraktives Bauland zu finden sein wird.

Ich gelange zum Schluss, dass die Stabilisierung der Bevölkerungszahl für die Umwelt positive Auswirkungen hätte. Diese treten aber, falls die verfügbaren Einkommen weiter steigen, nur dann ein, wenn es für den Gebrauch und Verzehr von Umweltgütern Kostenwahrheit und Limiten gibt. Der Boden kann aber kein vollkommener Markt sein, weil das Angebot absolut begrenzt ist und auch das Mehrangebot an Bauland nur durch politische Entscheide, also Umzonungen, zustande kommen kann. Die gepriesene «Bürgernähe» auf Gemeinde- und Kantonsebene hat eben auch zur Folge, dass Einzelinteressen gegenüber den Gesamtinteressen Oberhand gewinnen können. Eine stärkere Zentralisierung bei der Raumplanung und den Bewilligungskompetenzen ist dringend geboten. Es ist nicht bloss negativ, wenn über Umzonungs- und Baugesuche von Personen entschieden wird, welche keine dauerhaften sozialen Beziehungen zu den Gesuchstellern pflegen.

Unter dem «ökologischen Fussabdruck» versteht man eine Art «Ressourcenbuchhaltung», die aufzeigt, inwieweit der Mensch die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Umwelt ausschöpft. Er misst den Verbrauch an natürliche Ressourcen wie fossile Energien, Holz oder Ackerland und rechnet ihn in produktive Flächeneinheiten (globale Hektaren) um. «Der ökologische Fussabdruck in der Schweiz misst derzeit 4,7 globale Hektaren pro Person. Die Biokapazität unseres Landes beträgt indes bloss 1,6 globale Hektaren pro Kopf. Somit ist der Fussabdruck in der Schweiz fast dreimal so gross wie die Biokapazität» (Bundesamt für Raumentwicklung, 2006, S. 6). Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch. Der Bedarf an Acker-, Wald- und Weideflächen macht einen Viertel des gesamten Fussabdrucks aus. Ökologisch gesehen lebt die Schweiz – wie die anderen hochentwickelten Staaten auch – auf Kosten künftiger Generationen und jener Erdteile, die einen kleineren ökologischen Fussabdruck haben.

5.9 Minderheitenschutz für Jüngere?

Wie gezeigt worden ist, werden ältere Menschen einen immer grösseren Teil des Elektorats ausmachen. Gleichzeitig werden sie einen grösseren Teil des wirtschaftlichen Kuchens beanspruchen, und sie können diesem Anspruch notfalls mit ihrem politischen Gewicht auch Geltung verschaffen. Und jene, die den Kuchen herstellen, werden voraussichtlich zahlenmässig etwas weniger sein. Es ist eine offene Frage, ob es deswegen zu Generationenkonflikten kommen wird. Droht eine «Gerontokratie» (Herrschaft der Alten; siehe Kapitel 4.12), eventuell in Kombination mit einer «Plutokratie» (Herrschaft des Geldes)?

Zurzeit ist es keineswegs so, dass die Rentnerschaft eine politische Macht darstellt. Gegenwärtig vertreten die älteren Menschen ihre Interessen zu wenig entschlossen, zu wenig geschlossen und zu wenig wirksam. In Parlamenten und den Vorständen von Spitzenverbänden sind Rentnerinnen und Rentner kaum vertreten. Ich bin der Meinung, sie sollten in Parlamenten Einsitz nehmen. Vorzugsweise sollten ihre Vertreter aber nicht Politiker sein, die bereits seit Jahrzehnten in den Räten sitzen, sondern Personen, die nach der Pensionierung neu in die Politik einsteigen. Eine Amtszeitbeschränkung ist deshalb einer Altersbeschränkung für politische Ämter vorzuziehen.

In der Privatwirtschaft droht allenfalls dort eine Gerontokratie, wo der Unternehmer (der Patron) zugleich Eigentümer ist und den Zeitpunkt für den Abgang verpasst hat. Aber dies ist kein neues Phänomen. Die angestellten Führungskräfte indessen werden tendenziell jünger und sind im Durchschnitt 40 Jahre alt. In den 100 grössten Schweizer Unternehmungen betrug das Durchschnittsalter der CEOs gemäss «Schilling-report» 51 Jahre. Das mag damit zu tun haben, dass sie ihren Job heutzutage viel schneller wieder los sind.

Die meisten politischen Parteien realisieren noch viel zu wenig, dass die über 50-Jährigen das grösste Stimmenreservoir bilden. Die 50- bis 70-Jährigen zeichnen sich zudem in der Regel durch die höchste Stimm- und Wahlbeteiligung aller Altersgruppen aus. Wer Wahlen und Abstimmungen in Zukunft gewinnen möchte, wird nicht umhin kommen, die Interessen älterer Menschen stärker zu berücksichtigen. Das politische Potenzial der älteren Menschen fällt in der direkten Demokratie der Schweiz viel stärker in die Waagschale als in der rein repräsentativen Demokratie, weil in der direkten Demokratie Interessen über Sachabstimmungen gebündelt und ganz spezifische Forderungen an der Urne direkt durchgesetzt werden können. Populisten werden sich dies zunutze machen.

Falls in Zukunft bei Verteilungskonflikten wegen eines einheitlichen Stimmverhaltens die älteren Generationen die jüngeren Generationen an der Urne regelmässig überstimmen würden, ergäben sich in der Tat tiefgreifende Generationenkonflikte. Es wäre dann zu überlegen, ob vorübergehend eine Art Minderheitenschutz für Jüngere eingeführt werden müsste. Dieser könnte nach dem Vorbild bestehender Schutzvorkehrungen für sprachliche, konfessionelle, territoriale oder geschlechtliche Minderheiten ausgestaltet sein.¹⁵¹

Mit steigendem Lebensalter nimmt die Bereitschaft zu direkten politischen Aktionen wie Demonstrationen, Streiks, Besetzungen usw. ab. Ein Generationenkonflikt würde wohl zu höherer politischer Partizipation der jüngeren Bevölkerungsgruppen führen, die sie nicht nur an der Urne ausüben würden, sondern auch in direkten Aktionen, bei denen sie gegenüber den Älteren einen Wettbewerbsvorteil haben. Es steht kaum zu befürchten, dass ältere Menschen militant werden. Bei jüngeren kann dies sehr wohl der Fall sein. Die Bereitschaft zu Gewalttaten ist, rein statistisch gesehen, bei jungen Männern am höchsten.

Eine Option wäre, durch vermehrte Einbürgerungen von Ausländern das Durchschnittsalter des Elektorats herabzusetzen. Nicht nur in der Schweiz, auch in Deutschland wurde das sog. Elternstimmrecht diskutiert. Demnach können Eltern für ihre minderjährigen Kinder zusätzliche Stimmen abgeben.

In der direkten Demokratie der Schweiz wären indessen alle institutionellen Massnahmen zugunsten der Jüngeren ohne Zustimmung der älteren Generationen – die ja dereinst die relative Mehrheit der Stimmbürgerschaft stellen werden – nicht durchsetzbar.

Die von mir entwickelte Option, den Jüngeren durch eine altersmässige Gewichtung der Stimmen bei Abstimmungen und Wahlen mehr Einfluss zu verschaffen, hat im Sommer 1993 in der deutschschweizerischen Öffentlichkeit hitzige Diskussionen ausgelöst. Dabei wurde die Debatte leider ohne Bezug auf die Voraussetzung – das Vorhandensein tiefgreifender Generationenkonflikte, die durch Abstimmungsergebnisse verstärkt werden – geführt.

Ein Abweichen vom fundamentalen Prinzip «Ein Mensch – eine Stimme» käme nur als letzter Ausweg in Frage. Es müsste eine Situation eintreten, wo man es gegen andere wichtige Prinzipien abwägen müsste, zum Beispiel den sozialen und politischen Frieden in unserem Land, ja die Existenz der Schweiz überhaupt.

¹⁵¹ Einige Ideen habe ich in meinem Aufsatz «Demographische Struktur und Volksabstimmungen» (1994) entwickelt.

Es ist beizufügen, dass das Prinzip «Ein Mensch – eine Stimme» auch heute nicht unbeschränkt gilt. Dies zeigt ein Blick auf die Zahl der in unserem Land lebenden Menschen und die Zahl der Stimmberechtigten. Es gibt in der Schweiz 7,9 Millionen Einwohner, aber nur fünf Millionen Stimmberechtigte. 2,8 Millionen Menschen sind also nicht stimmberechtigt, entweder weil sie das 18. Altersjahr noch nicht erreicht haben oder weil sie keine Schweizer Bürger sind. Zuwenig bewusst ist uns ferner, dass in der Schweiz die Stimmengewichtung auf kollektiver Ebene etwas Gängiges ist. Bei der Ermittlung des Ständemehrs¹⁵² hat ein Innerrhödler das 38-fache Gewicht eines Zürchers. Im Ständerat haben alle Kantone, ungeachtet ihrer Grösse, das gleiche Gewicht. Mit dem Verhältniswahlrecht, das in der Schweiz seit 1919 gilt, werden die Wahlchancen der kleinen Parteien gegenüber den grossen verbessert. Im Bundesrat, im Bundesgericht und in anderen Bundesbehörden werden den Tessinern und den Westschweizern, gewissermassen als «ungeschriebenes Verfassungsrecht», Quoten zugestanden. Implizite Quotenregelungen gelten auch für Frauen.

Der Unterschied der bestehenden Stimmengewichtung zur altersmässigen Gewichtung besteht nur darin, dass diese neue Gewichtung vor der Stimmabgabe erfolgt, während bisherige Methoden die Stimmen erst nach der Stimmabgabe bei der Auszählung und der Ermittlung des Ergebnisses gewichten. Ganz allgemein gilt die Gleichheit der Stimmen bei Wahlen nur in Bezug auf die Zählwertgleichheit: Jede Stimme zählt bei der Abgabe gleich viel. In Bezug auf den Erfolg einer Stimme – bei der Umsetzung von Stimmen in Mandate – bestehen, abhängig vom Wahlrecht, Ungleichheiten. Jedes Wahlrecht muss auf irgendeine Weise Stimmen in Mandate transferieren. So ist bei Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht eine Stimme für einen Kandidaten einer kleinen Partei gewöhnlich erfolglos.

Die Mehrheit bestimmt – die Minderheit fügt sich! Das ist, zumindest für die Schweiz, ein recht verkürztes Demokratieverständnis. Demokratie heisst auch Rücksichtnahme auf Minderheiten und das Akzeptieren rechtsstaatlicher Schranken. Und die Eidgenossenschaft würde nicht existieren, wenn es nicht ein Prinzip des Staatsverständnisses gewesen wäre, auf Minderheiten Rücksicht zu nehmen und sie nicht einfach zu überfahren. Ob wir dereinst eine Art Minderheitenschutz für Jüngere brauchen, kann nicht gesagt werden. Es muss aber zumindest ein entsprechendes Szenario durchgedacht werden, gerade um die Stabilität des politischen Systems zu sichern.

¹⁵² Damit eine Verfassungsänderung gültig ist, braucht es in der Schweiz nicht nur eine Mehrheit der Stimmdenden, sondern auch eine Mehrheit der Kantone.

5.10 Sich der Lebenslage anderer Altersgruppen bewusst sein

«Was den Alten Angst gemacht hat, kann für die Jungen unwirklich werden; was die Alten mühsam erkämpfen mussten, ist für die Jungen selbstverständlich geworden, was die Sorgen und Nöte oder auch die Begeisterung der Jugend hervorruft, haben die Alten möglicherweise nie erfahren, und es bleibt ihnen deshalb uneinfühlbar» (Levy, 2009, S. 66).

Übertragen auf die demographische Entwicklung könnte man dieses Zitat so deuten, dass sich subjektiv für jede Generation und jede soziale Gruppe die demographische Herausforderung anders stellt. Es ist ausserordentlich bedeutsam, dass sich die einzelnen Generationen und sozialen Gruppen in die Lage der jeweils anderen hineinversetzen und einfühlen können. Dies nennt man Empathie. Man muss die Sorgen der Menschen in der letzten Phase des Lebens¹⁵³ verstehen, aber auch die Bedenken der Erwerbstätigen. Versetzen wir uns in einen Ausländer hinein, der aus einer unerträglichen Situation in seinem Heimatland flieht und in der Schweiz sein wirtschaftliches Glück sucht, aber auch in einen schlecht qualifizierten Schweizer, der in ihm den Konkurrenten um Arbeitsplatz und Wohnung sieht.

Jede und jeder ist gefordert, über seine eigene Lebenssituation hinaus zu sehen und jene der anderen zu betrachten. Und alle sind gefordert, nicht nur auf die heutige Situation abzustellen, sondern auch die Zukunftsperspektiven einzubeziehen. Und die Botschaft, die ich für alle bezüglich der Zukunft habe, ist einfach und positiv: Die demographische Herausforderung ist bewältigbar, und sie ist eine Chance.

Mit dem neuen Begriff «Bewusstseinspolitik» bezeichne ich einen Politikbereich, bei dem es darum geht, Probleme und deren Lösungen einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen. Gerade im Bereich der Demographie ist dies dringend geboten. Es ist nicht zuletzt auch Aufgabe der politischen Akteure, das Problembewusstsein zu schärfen und damit die Grundlage zu legen für die Akzeptanz von präventiven Massnahmen.

¹⁵³ Der 1921 geborene Schriftsteller Kurt Marti antwortete in einem Radiointerview auf die Frage, was ihn am stärksten beschäftige, nicht «die Gesundheitsversorgung», sondern «ein würdiges Sterben».

5.11 Finanz- und realwirtschaftliche Betrachtungsweise

Im formellen Sektor der Volkswirtschaft hat jede Aktivität zwei Seiten: eine realwirtschaftliche und eine finanzwirtschaftliche. Güter und Dienstleistungen werden verkauft, dafür wird Geld eingenommen. Geld wird ausgegeben, dafür werden Güter und Dienstleistungen erworben. Der Güter- und Dienstleistungsstrom entspricht also dem Geldstrom. Kapital kann als gespeicherte Arbeit bzw. als Rechtsanspruch auf Güter und Dienstleistungen gesehen werden. Damit dieser Anspruch geltend gemacht werden kann, muss es natürlich jemanden geben, der diesen Anspruch akzeptiert und die gewünschten Güter und Dienstleistungen bereitstellen kann. Übertragen wir die finanz- und die realwirtschaftliche Betrachtungsweise auf die Altersversicherung.

Tabelle 29: Finanz- und realwirtschaftliche Betrachtungsweise

	finanzwirtschaftlich	realwirtschaftlich
Vorsorgeart	Nominell (Geld)	Real (Unterkunft, Nahrung, Gesundheit)
Fragestellung	Wird das Geld reichen?	Werden die notwendigen Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden können?
Mechanismus	Heute sparen – morgen entsparen	Heute produzieren – heute konsumieren
Welche Inputs braucht es?	Geld	Produktionsfaktoren: Arbeit, Ressourcen, Finanz- und Realkapital, Wissen und Können
Verteilung	Wer zahlt, wer bekommt wie viel?	Wer bekommt was?
Risiken	Inflation, Zinsentwicklung	Zu wenig Wirtschaftswachstum oder Humankapital

Schon im Kapitel über die Perspektiven des Sozialstaates habe ich Gerhard Mackenroth angesprochen (vgl. Fussnote 43). Wenn wir die sozialstaatliche Sicherung finanzwirtschaftlich betrachten, so verzichtet ein Versicherter heute (er spart), dafür kann er morgen konsumieren (und entspart). Das funktioniert, so lange nicht alle zur gleichen Zeit dasselbe tun. Was für den Einzelnen gilt, stimmt nicht für das Kollektiv. Real-

wirtschaftlich stellt sich die Situation anders dar. Man kann Kapital durch die Zeit bewegen, aber nur beschränkt Ressourcen für den Konsum. Was heute konsumiert wird, muss in der Regel heute produziert werden. Oder wie Gerhard Mackenroth es formuliert hat: «Aller Sozialaufwand muss letztlich immer aus der laufenden Periode gedeckt werden.» Es kann in jeder Periode nur das verzehrt werden, was produziert wird. Das ist die sog. Mackenroth-These (Mackenroth, 1953, S. 417). Diese Gleichung ist für die kapitallose Wirtschaft tautologisch. Eine Deckung des Güter- und Dienstleistungsbedarfs aus dem Ausland ist nur beschränkt möglich. Auch die Lagerhaltung hat Grenzen. Man kann nicht heute medizinische Geräte für das Jahr 2030 bunkern.

Solche Überlegungen sehen die Ersparnisse einer ganzen Generation analog zu denen eines einzelnen Individuums: So wie eine einzelne Bürgerin oder ein einzelner Bürger sparen und damit für die eigene Zukunft vorsorgen kann, so könne dies, so wird unterstellt, auch eine ganze Generation. Auf diesen «ökologischen Fehlschluss», wie man ihn methodisch heute benennen würde, da hier das Verhalten eines Einzelnen in unzulässiger Weise auf eine Gesamtheit übertragen wird, hat David Ricardo bereits 1817 hingewiesen. Der Grund, weshalb diese Analogie nicht zulässig ist, liegt darin, dass in einer Gesellschaft – im Prinzip – in jeder Periode (in jedem Jahr) nur das konsumiert werden kann, was auch produziert wird. Alles, was die Rentner konsumieren, muss daher von der erwerbstätigen Bevölkerung erwirtschaftet werden, und zwar völlig unabhängig davon, wie die Finanzierung der Altersvorsorge geregelt ist. ... Nach dem oben Gesagten scheint es fraglich zu sein, inwieweit eine Stärkung des Kapitaldeckungs- auf Kosten des Umlageverfahrens die Finanzierungsproblematik der Altersvorsorge entschärfen könnte. Schliesslich betrifft der Unterschied zwischen dem Kapitaldeckungs- und dem Umlageverfahren sehr viel weniger die Umverteilung zwischen als vielmehr jene innerhalb der Generationen.

Jahresbericht 2005 der Kommission für Konjunkturfragen, S. 40 f. (Kommission für Konjunkturfragen, 2005)

Das Kapitaldeckungsverfahren bietet realwirtschaftlich nicht die gleiche Sicherheit wie das Umlageverfahren, denn das Umlageverfahren beruht auf realwirtschaftlichen Vorgängen: Aktuell Erwerbstätige geben einen Teil ihres Lohnes ab, und das eingesammelte Geld wird ohne grosse Zeitverzögerung und Zwischenlagerung an Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Beim Kapitaldeckungsverfahren wird das Geld auf individuellen Konten geparkt und angelegt, aber niemand weiss, was man mit dem Geld in 40 Jahren erwerben können. Bei dieser «Vorsorge» lauern zwei Gefahren: Angespartes Kapital ist später nicht mehr viel wert bzw. Kapitalerträge sinken im Laufe des Ansparens; oder die Realwirtschaft vermag später die durch das Entsparen indu-

zierte Nachfrage nicht zu decken. Dann besteht ein Nachfrageüberhang, Inflation ist die Folge. Der Sozialstaat wird nicht an der Börse gesichert. Es nützt gar nichts, im Jahr 2030 über immense Kapitalien zu verfügen, wenn nicht auch realwirtschaftlich die Ressourcen bestehen, um die benötigten Güter zu produzieren und Dienstleistungen zu erbringen. Realwirtschaftlich betrachtet ist die Alters«vorsorge» eben keine Vorsorge, sondern eine Versorgung zu einem gegebenen Zeitpunkt. Die ganze Diskussion über Umverteilungswirkungen bei zu hohen oder zu tiefen Umwandlungssätzen oder Mindestzinssätzen oder über Deckungsgrade von Pensionskassen ist deshalb ziemlich theoretisch. Niemals muss eine Pensionskasse alle Ansprüche innert eines Jahres befriedigen, und niemand kann wissen, was für realwirtschaftliche Ansprüche man mit dem angesparten Geld in 40 Jahren hat. Die Verteilung von Dienstleistungen und Gütern bei hoher Geldentwertung ist dann ohnehin eine politische Frage.

Wenn man die demographische Herausforderung realwirtschaftlich unter dem Aspekt der erforderlichen Arbeitskräfte betrachtet, so muss man konstatieren, dass es grosse Reserven gibt. Das sind einmal die Arbeitslosen, die in Europa fast einen Zehntel der Erwerbsbevölkerung ausmachen. In Staaten auf dem Westbalkan sind es bis zu 50 Prozent. Dann besteht bei den «Jungsenioren» ein grosses Potenzial, das im Bedarfsfall aktiviert werden könnte¹⁵⁴, und schliesslich ist weltweit gesehen in den kommenden 50 Jahre ein genügend grosses Rekrutierungspotenzial vorhanden.

Der Fokus richtet sich aber vornehmlich auf die finanzwirtschaftliche Vorsorge. Das ist auch ein gutes Geschäft, insbesondere bei der beruflichen Vorsorge in der Schweiz. Die Lebensversicherer haben in den 2000er-Jahren eine Eigenkapitalrendite von 13 bis 18 Prozent erzielt. Die für 2008 ausgewiesenen Verwaltungs- und Durchführungskosten der beruflichen Vorsorge von 2,5 Milliarden Franken muss man mit Vorsicht geniessen, denn man weiss nicht genau, was beim Kapitalertrag von 16,5 Milliarden bereits abgezogen wurde. Ein gewisses Misstrauen war für viele Stimmberechtigte ein Motiv, bei der Abstimmung über die Senkung des Umwandlungssatzes am 7. März 2010 mit Nein zu stimmen. Zwischen die oft schlecht informierten Versicherten und die Pensionsfondsmanager sollte ein unabhängiges Zwischenorgan treten, welches die Anlagestrategie festlegt und die Manager kontrolliert.

Die Versicherungswirtschaft propagiert natürlich das private Vorsorgespargen, weil auf die staatliche Vorsorge kein Verlass mehr sei. Die Finanzkrise ab 2007 hat indessen

¹⁵⁴ Schon (Mackenroth, 1953, S. 462 f.) argumentierte: «Die Steigerung der mittleren Lebenserwartung hat auch eine ganz erhebliche Steigerung der mittleren Leistungsdauer mit sich gebracht, die die zusätzlichen Pensionsjahre aufwiegen. ... Die durchschnittliche gehobene Leistungsfähigkeit liesse sich auch für die Lösung des Sozialversicherungproblems fruchtbar machen.»

vor Augen geführt, dass auch das Parkieren von Kapitalien bei Privatgesellschaften Risiken hat.

Kriegerische Ereignisse oder globale Wirtschafts- und Währungskrisen können das Kapital auf einen Schlag vernichten oder die Anlage des Kapitals verunmöglichen. 1923 und 1948 ging in Deutschland fast der ganze Kapitalstock verloren. Wer in Deutschland persönliche Erfahrung mit Hyperinflation und Kriegen gemacht hat, ist zu recht skeptisch gegenüber Finanzanlagen.¹⁵⁵ Ein eigenes Heim oder eine eigene Wohnung ist Realkapital und bietet mehr Sicherheit gegenüber Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Im Zweiten Weltkrieg wurde auch viel Human- und Realkapital zerstört. Aber in den Köpfen der Menschen war ausreichend Wissenskapital vorhanden, um die Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen.

«Modernes stoffwertloses Geld ist eine Rechtsbeziehung und gleich verletzlich wie jeder andere Rechtsanspruch.»¹⁵⁶ Es braucht potenzielle Tauschpartner, die glauben, diesen Rechtsanspruch geltend machen zu können, und einen Staat, der diese Rechtsansprüche garantiert. Das gilt so auch für die in der Altersversicherung angesparten Kapitalien. Der Staat kann aber selbst bankrott gehen, und Rechtsansprüche im Ausland können durch die Änderung der politischen Verhältnisse oder politische Entscheide zunichte gemacht werden. Nach der russischen Revolution wurden sämtliche Auslandsschulden des Russischen Reiches nicht mehr bedient. Die USA sperrten 1940 die schweizerischen Goldvorräte in den USA. Auslandsinvestitionen und Guthaben im Ausland sind also immer mit beträchtlichen Risiken verbunden. Aber ein Staat kann mit der Notenpresse auch Rechtsansprüche herstellen, hinter denen keine realwirtschaftliche Deckung steckt. So hatte Hitler seine Kriegszüge mit der Notenpresse, ja sogar mit massenhafter Fälschung des britischen Pfunds finanziert. Die finanziellen Verluste hatten dann die Bevölkerung und andere Staaten nach dem Krieg zu tragen. Inflation erhält zwar die Rechtsansprüche aufrecht, aber die Gläubiger bekommen nicht mehr den gleichen Gegenwert.¹⁵⁷

In Simbabwe gab es 2009 einen 500 Millionen-Dollar-Schein. Mittlerweile hat Simbabwe die eigene Währung aufgegeben und den Dollar eingeführt. Argentinien war 1991 gezwungen, den Peso an den Dollar zu binden. Das beendete zwar die Hyperin-

¹⁵⁵ Oder man hält sich an das Sprichwort: «Spare in der Schweiz, dann hast du in der Not.»

¹⁵⁶ Jörg Baumberger in der NZZ vom 26. Februar 2008, S. 27.

¹⁵⁷ Es gibt auch die These, dass die demographische Alterung zu einer Deflation führen werde. Wenn viele Erwerbstätige bzw. Rentner das Gefühl haben, für ihren Ruhestand bzw. ihre Pflegebedürftigkeit zusätzlich sparen zu müssen, drückt das auf die Nachfrage. Ein solches Szenario halte ich für eher unwahrscheinlich. Die «Nachfrage» nach Gesundheitsleistungen z.B. wird weiter steigen und kann nur zum Teil selbst bestimmt werden.

Abbildung 41: Banknote «Fünf Milliarden Mark» (Deutschland 1923)

flation. Die Gläubiger des Landes verloren aber bis heute rund 70 Prozent ihres Geldes. Um Zins- und Kapitaldienste zu leisten, hatte die Regierung die privaten Sparkapitalien der Altersvorsorge verstaatlicht und auf Währungsreserven der Notenbank zurückgegriffen.¹⁵⁸

Im Dezember 2010 hat das ungarische Parlament ein neues Rentengesetz beschlossen, welches die seit 1998 bestehende private Säule des Altersversicherungssystems de facto verstaatlicht. Die angesparten 10,7 Milliarden Euro sollen zur Reduktion des Defizits der staatlichen Rentenversicherung und zur Reduktion der Staatsverschuldung eingesetzt werden. Ähnliches geschah im gleichen Jahr bereits in Irland. Aus dem National Pension Reserve Fund, der 25 Milliarden Euro umfasste, wurden 3,5 Milliarden zur Rettung von Banken abgezweigt und weitere zehn Milliarden für den Kauf von irischen Bankaktien.

China scheint begriffen zu haben, dass der Ankauf von ausländischen Staatspapieren hohe Risiken birgt. Vermehrt werden deshalb Realien gekauft, nämlich Bergbauminen, Ackerland, Unternehmungen sowie Lieferzusagen von Öl. In Afrika baut China die Infrastruktur aus und bewirkt so vermutlich mehr als die westlichen Staaten mit ihren Transferzahlungen. Natürlich birgt auch dieser Weg das Risiko, die Investitionen im Fall von politischen Umbrüchen zu verlieren. Aber zumindest das Risiko der Geldentwertung ist nicht vorhanden.

¹⁵⁸ Siehe NZZ vom 14. August 2010, S. 31.

6 Mögliche Chancen

6.1 Zwei Szenarien: «Horror» oder «Chance»?

Die demographische Herausforderung birgt – wie jede Entwicklung – Chancen und Gefahren zugleich. Jede vernünftige Politik wird die Chancen ergreifen und die Gefahren möglichst minimieren. Damit die Chancen wahrgenommen werden können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Es handelt sich dabei weniger um wirtschaftliche als um mentale Voraussetzungen. Malen wir zunächst in einem knappen «Horrorszenario» aus, was eintreten könnte, wenn diese Voraussetzungen nicht vorhanden sind, und skizzieren wir anschliessend ein Szenario, bei dem dies der Fall ist.

Ein «Horrorszenario»: Angenommen, die Stagnation der Bevölkerung geht in den kommenden 50 Jahren einher mit einer anhaltenden Stagnation der Wirtschaft. Unabhängig vom Gang der Wirtschaft nimmt der Bedarf an Mitteln für die Sozialversicherung gewaltig zu. Neue Finanzierungsquellen müssen erschlossen werden. Es sind die Erwerbstätigen, welche diese Mittel in Form von höheren Steuern oder Sozialabgaben aufzubringen haben. Politisch regt sich Widerstand dagegen, der aber aussichtslos ist, weil jüngere Erwerbstätige gegen das politische Gewicht von 2,5 Millionen Rentnerinnen und Rentnern in einer direkten Demokratie nicht ankommen können. Da die Zahl der Erwerbstätigen weiter schrumpft, verteilt sich die Last auf immer weniger Köpfe. Es kommt zu Konflikten zwischen den Generationen. Die Älteren sind nicht bereit, auf Leistungen zu verzichten oder untereinander Solidarität zu üben. Viele jüngere Erwerbstätige tauchen ab in die Schattenwirtschaft, um Sozialabgaben auszuweichen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verschlechtert sich, weil es in einer durchschnittlich älteren Bevölkerung an Innovationen und Risikobereitschaft mangelt. Eine Tendenz zur «Gerontokratie» zeichnet sich ab. Es tauchen Forderungen nach einem politischen «Minderheitenschutz» für Jüngere auf. Wie die kleinen und welschen Kantone durch das Ständemehr, wie die kleinen Parteien durch das Verhältniswahlrecht, wie die Frauen durch Quotenregelungen, so sollen auch die jüngeren Generationen durch ein «Generationenmehr» bei Volksabstimmungen vor der Übermacht der älteren Generationen geschützt werden. Der Graben zwischen Alt und Jung wird immer tiefer. In einem Lager verschanzt sich die wachsende Zahl älterer Menschen mit ihren soliden Renten, ihren Vermögen und ihrer Stimmkraft.¹⁵⁹ Im anderen Lager rüsten sich die Erwerbstätigen, die einer immer drückender werdenden

¹⁵⁹ Im Extremfall könnten die Rentner sogar junge «Söldner» aus der Dritten Welt rekrutieren, um die Erwerbstätigen zu disziplinieren.

Arbeits- und Steuerlast und regelmässigen Abstimmungsniederlagen Widerstand entgegensetzen.

Ein Alternativszenario: Am einfachsten kann man es sich machen, wenn man die Annahme trifft, die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts sei durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum gesegnet. Aus den bestehenden Einnahmequellen würden dann quasi automatisch die nötigen Geldmittel hervorsprudeln. Jede politische Diskussion wäre überflüssig bzw. könnte als Panikmache abgetan werden. So elegant können wir kaum zur Tagesordnung übergehen. Gehen wir bei unserem Alternativszenario, wie beim «Horrorszenario», davon aus, dass Bevölkerung und Wirtschaft stagnieren. Was variiert wird, ist die Reaktion der Gesellschaft auf die demographische Herausforderung. Wir können von einer anderen Reaktion ausgehen, weil es nicht nur auf das quantitative Verhältnis der Altersgruppen der Gesellschaft ankommt, sondern auch auf die mentale Einstellung der Generationen. Die Ausgangssituation ist also ungefähr die gleiche wie beim «Horrorszenario», aber die mentale Einstellung zur demographischen Herausforderung und ihrer Bewältigung ist anders. Die Akteure reagieren anders. Die Rentnerinnen und Rentner verharren nicht einfach auf ihrem Besitzstand und spielen ihr politisches Gewicht aus, sondern helfen selbst aktiv mit, die Herausforderung zu bewältigen. Dazu gehört elementar, dass Solidarität nicht nur zwischen Jungen und Alten herrscht, sondern zwischen Starken und Schwachen, unabhängig vom Lebensalter. Der «Generationenvertrag» wird abgelöst durch einen neuen «Gesellschaftsvertrag» (dazu Kapitel 6.9). Die Solidarität spielt auch unter den Älteren, was zunächst finanzielle Solidarität heisst, beispielsweise Abgaben der wohlhabenden Rentner zur Finanzierung der Sozialversicherung über die Mehrwertsteuer. Solidarität wird auch durch Taten unterlegt, so durch die Übernahme von Betreuungs- und Pflegeaufgaben durch «junge Alte». Wer Leistungen erbringt, erwirbt zugleich eine Art «Gutschein», welcher im Bedarfsfall selbst einen Anspruch auf Leistungen verschafft. Durch solidarisches Handeln der Alten und der Jungen gelingt es, die demographische Herausforderung trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu meistern, und sogar die Zufriedenheit der älteren Generation zu erhöhen.

6.2 Die Chancen der Herausforderung packen

Nachdem ich die demographische Entwicklung, die möglichen Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt habe, komme ich zu einer weiteren wichtigen Voraussetzung für das Alternativ- oder Chancenszenario: das Anpacken der Heraus-

forderung als Chance. Die Probleme, die auf uns zukommen, sind ohne Zweifel enorm. Sie sind einzigartig in der Menschheitsgeschichte und für die Staaten Europas. Wir sollten aber deswegen nicht den Kopf verlieren. Unsere Zukunft hängt nicht allein von der demographischen Entwicklung ab. Wir sind ihr nicht hilflos ausgeliefert, sondern können sie gestalten. Noch haben wir eine lange Vorlaufszeit. Falsch wäre es, die Probleme zu verdrängen und sie in einer fatalistischen Haltung auf uns zukommen zu lassen. Wir sollten die Probleme vielmehr anpacken und schon jetzt breit diskutieren – was ja auch der Fall ist. In Deutschland beispielsweise hat der Bundestag schon 1995 eine Enquete-Kommission «Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik» ins Leben gerufen. Deren Vorsitzender, Arne Fuhrmann, hat richtig gesagt: «Es gibt keine falsche Bevölkerungsentwicklung. Es gibt nur falsche Politik».¹⁶⁰ An der Universität St. Gallen gibt es seit 2005 das «World Demographic & Ageing Forum» und den «World Ageing & Generations Congress».

Jeder Wandel, so bedrohlich er zu Beginn auch scheinen mag, birgt auch Chancen. Und ich behaupte, das die Probleme bewältigbar sind, ja sogar gerade für die ältere Generation Chancen auf die Freisetzung vorhandener Energien, die Anwendung der brachliegenden Fähigkeiten, die Stärkung der Solidarität untereinander, kurz: auf ein sinnerfülltes Leben birgt.

6.3 Der Sozialstaat wirkt wirtschaftlich und sozial stabilisierend

Die jüngste Wirtschaftskrise hat es wiederum gezeigt: Der Sozialstaat wirkte stabilisierend, weil er Arbeitslose aufgefangen hat, für eine konstant hohe Beschäftigung im Gesundheitswesen sorgte und einem grossen Teil der Bevölkerung Transfereinkommen ausbezahlte, was wiederum für eine konstante Nachfrage sorgte. Dieser Teil des Wirtschaftskreislaufs war weitgehend unabhängig von den Aussenwirtschaftsbeziehungen. Der Sozialstaat wird auch in Zukunft vielen Erwerbstätigen einen Job und vielen Menschen ein sicheres Einkommen verschaffen. Wenn die Menschen darauf vertrauen können, dass Jobs und Einkommen längerfristig sicher sind, werden sie auch konsumieren und investieren. Von der Konsumseite her hat der Sozialstaat eine wichtige konjunkturstabilisierende Funktion. 94 Rappen eines «Rentnerfrankens» gehen in den Konsum. Insgesamt sorgt der Sozialstaat also für eine Glättung der kon-

¹⁶⁰ Arne Fuhrmann in: Das Parlament, 1. März 1996, S. 3.

junkturrellen Schwankungen, denn in Phasen der Hochkonjunktur erfolgt die Anpassung sozialstaatlicher Leistungen erst mit Verzögerung. Der Sozialstaat hilft auch, die Anpassungslasten des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses abzufedern und erhöht die soziale Akzeptanz von Strukturwandlungsprozessen. Er lässt Verlierer der Globalisierung der Wirtschaft nicht allein.

Nicht nur im Gesundheitswesen, auch mit der Anlage der beträchtlichen Kapitalien der Alterssicherung verdienen viele Menschen ihr Geld. Hinzu kommt die ganze Administration des Sozialstaates. Es wurde erwähnt (S. 106), dass die Verwaltungs- und Durchführungskosten 2007 fast 7,5 Milliarden Franken ausmachten. Anzunehmen, solche Kosten würden nicht anfallen, wenn jeder für sich selbst vorsorgen würde, wäre falsch. Volkswirtschaftlich gesehen würde in der Summe die individuelle Selbst-administrierung wohl teurer zu stehen kommen, ganz abgesehen davon, dass der Staat jene Menschen auffangen müsste, die dieser Aufgabe nicht nachkommen wollen oder können.

Der Sozialstaat wirkt aber auch gesellschaftlich stabilisierend. In seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision meinte der Bundesrat: «Das Schweizerische System der sozialen Sicherheit fördert die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität und leistet einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Frieden in der Schweiz. Durch die soziale Sicherheit können Benachteiligungen von sozialen Gruppen in einem gewissen Grad ausgeglichen werden» (Bundesrat, 2000, S. 15). Der Bundesrat führte weiter aus, das System der sozialen Sicherheit sei ein wichtiger Standortvorteil für die schweizerische Wirtschaft. Der Sozialstaat erlaube «eine höhere berufliche Mobilität und auch das Eingehen höherer beruflicher Risiken» (Bundesrat, 2000, S. 14). Risiken können auf ein sehr grosses Kollektiv verteilt werden. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre existierte in der Schweiz noch kein ausgebauter Sozialstaat. In Not geratene Menschen waren weitgehend auf sich selbst gestellt. Entsprechend heftig waren die sozialen Konflikte. Schon am Ende des Ersten Weltkrieges hatte die Streikwelle einen Höhepunkt erlebt: Den Landesstreik vom November 1918. Eine der Forderungen war damals eine staatliche Alters- und Invalidenversicherung. Gegen streikende Arbeiter wurde bis 1918 regelmässig die Armee eingesetzt.

Der Sozialstaat spart also auch ganz wesentlich «soziale Kosten», die entstehen, wenn soziale Konflikte mit hoher Intensität ausgetragen werden. Er trägt dazu bei, «Sozialkapital» zu bilden, nämlich Vertrauen der Menschen in die Gesellschaft, den Staat und die soziale Umgebung. Dazu gehört die Überzeugung, im Bedarfsfall nicht alleine dazustehen, sondern auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen zu können. Die Kehr-

seite davon ist, dass ein ausgebauter Sozialstaat auch Anreize bietet, sozialstaatliche Leistungen missbräuchlich zu beziehen.

6.4 Die Alten des 21. Jahrhunderts sind anders

Was die Rentnergenerationen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts angeht, so lautet meine These, dass sich diese hinsichtlich Bildungsniveau, Gesundheitszustand, Kompetenz, Aktivität, Vermögensverhältnisse und Werthaltungen von jenen der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheiden werden. Es hat unter den älteren Generationen eine «soziokulturelle Verjüngung» stattgefunden. Es wird zur Bewältigung der demographischen Herausforderung ausschlaggebend sein, die Kenntnisse, Fähigkeiten und Ressourcen der älteren Generation in Zukunft besser zu nutzen.

Der Trend, dass jede folgende Generation über ein höheres Bildungsniveau verfügen wird, setzt sich fort. Heute haben rund ein Drittel der Nachkommen einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern. Noch vor zehn Jahren hatte die Hälfte der Rentnerinnen «nur» einen obligatorischen Schulabschluss, während es bei den Frauen zwischen 25 und 34 Jahren lediglich 18 Prozent waren. Heute ist der Anteil der Personen, die eine Tertiärausbildung (Universität, Fachhochschule, eidgenössischer Fachausweis) abschliessen, doppelt so hoch wie vor 50 Jahren. Der Anteil der Personen im Alter von 25 bis 64 mit Teriärabschluss dürfte von 35 Prozent 2009 bis 2045 auf nahezu 60 Prozent steigen (siehe Kapitel 2.3.5). Empirisch zeigt sich, dass die Zugangsmöglichkeit zu einer höheren Ausbildung stark vom Bildungsstand der Eltern beeinflusst wird. Verfügen diese im Durchschnitt über eine höhere Ausbildung, wird es später mehr junge Menschen geben, die eine Ausbildung auf gleicher Stufe absolvieren.

Beim Eintritt ins Pensionsalter wird die Mehrheit noch fast einen Drittel des Lebens vor sich haben. Die meisten Menschen sind mit 65 weniger «ausgebrannt» als früher, sie haben noch mehr als zehn Jahre, die sie bei einigermaßen guter Gesundheit verbringen können. Die durchschnittliche behinderungsfreie Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren beträgt bei Männern rund zwölf Jahre und bei Frauen nahezu 15 Jahre. Es besteht eine «biographische Spanne zwischen dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und dem Beginn körperlicher oder geistiger Hinfälligkeit».¹⁶¹ Aufgrund der längeren Lebenserwartung ist der «Lebensabend» zu einem langen Lebensabschnitt geworden. Man kann diesen Abschnitt in die Phasen Neuorientierung (55 bis 69

¹⁶¹ Franz-Xaver Kaufmann in der NZZ vom 25. September 2006, S. 25.

Jahre), Konsolidierung (70 bis 79 Jahre) und Alter (80 Jahre und mehr) einteilen.¹⁶² Jung-Senioren sind eine neue Generation. Alt sein entspricht nicht mehr der Figur des armen, traurigen, einsamen Alten. Viele werden über gesicherte Renteneinkommen und ein ansehnliches Vermögen verfügen. Auf der andern Seite ist die Vermögensverteilung unter der Rentnerschaft, wie erwähnt, sehr ungleich. Rentnerinnen und Rentner des 21. Jahrhunderts werden in ihren Werthaltungen nicht mehr durch die Kriegsjahre geprägt sein. Es wird interessant sein zu sehen, auf welche Weise die «68er-Generation» ihre Werte mit ins Alter nimmt.¹⁶³

Entspräche es wirklich einem Bedürfnis dieser «neuen Alten», «inaktiv» zu sein, auch wenn man noch neugierig und vital ist? Ich denke nicht. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als es in der Schweiz noch keine staatlichen Altersrenten und mithin auch kein Renteneintrittsalter gab, arbeiteten die meisten Menschen ganz selbstverständlich bis ans Lebensende oder bis zur Arbeitsunfähigkeit.¹⁶⁴ Jene, die nicht durch ein Vermögen oder familiäre Beziehungen abgesichert waren, hatten auch gar keine Alternative, denn eine Altersversicherung gab es ja nicht. Ältere Menschen brauchen nicht Beschäftigungstherapie, sondern Beschäftigung. Alter muss mehr mit Aktivität und Produktivität in Verbindung gebracht werden, weniger mit Rückzug und «Feierabend». Die Glücksforschung zeigt, dass Wohlbefinden eher durch Aktivität als durch dumpfe Passivität und «Ruhe» erreicht wird, und dass Glücksgefühl nicht vom Alter abhängig ist. Es geht nicht darum, die ältere Generation wiederum Leistungszwängen zu unterwerfen, vielmehr darum, die Freude an der freiwilligen Tat zu wecken.

Ermutigend ist, dass schon heute in der Schweiz 21 Prozent der Wohnbevölkerung informelle unbezahlte Arbeiten ausführen. Sie betreuen und pflegen Kinder, Verwandte und Bekannte. 24 Prozent der Wohnbevölkerung der Schweiz haben mindestens eine unbezahlte, ehrenamtliche oder freiwillige Tätigkeit in einem Verein, einer Institution oder Organisation. Während sich Männer zur Hauptsache im institutionellen Bereich engagieren, sind Frauen eher auf der Mikroebene im Kreis von Verwandten und Bekannten freiwillig tätig. Nach einem Bericht aus dem Jahr 2004 werden jährlich 741 Millionen Arbeitsstunden Freiwilligenarbeit geleistet. «Würden alle

¹⁶² Vgl. Das Parlament, 1. März 1996, S. 8.

¹⁶³ Grossmütter und Grossväter vergnügen sich heute auf Open-Air-Veranstaltungen, auf denen die gealterten Ikonen «ihrer Zeit» auftreten: Mick Jagger, Status Quo, Queen, Paul McCartney, Joe Cocker, Bee Gees. Die 1958 geborene Madonna hüpfte auf der Bühne herum wie ein Teenager. Um sich von ihren Eltern und Grosseltern abzugrenzen, interessieren sich junge Menschen wieder für Volksmusik...

¹⁶⁴ Noch 1930 waren in der Schweiz 75 Prozent der Männer im Alter zwischen 65 und 69 Jahren berufstätig. Bei den über 70-Jährigen waren es noch 52 Prozent. 8,3 Prozent der männlichen Bevölkerung waren damals über 64 Jahre alt. Unter den männlichen Berufstätigen waren 1930 5,6 Prozent über 64 Jahre alt. Vgl. (Renggli, 1937, S. 183).

für die Freiwilligenarbeit geleisteten Arbeitsstunden entlohnt, entspräche dies einem Geldwert von 19,4 Milliarden Franken im entsprechenden Jahr» (Münzel & Bundesamt für Statistik, 2004, S. 28). Die Freiwilligenarbeit im institutionellen Bereich wird vor allem von 40- bis 54-Jährigen geleistet, während im informellen Bereich auch viele Rentnerinnen und Rentner tätig sind. Im institutionellen Bereich gäbe es für ältere Menschen also noch Raum, sich stärker zu engagieren.

Den meisten Freiwilligen ist durchaus bewusst, dass ihnen ihre Arbeit persönlichen Nutzen stiftet: Anerkennung, Kontakte, Training von Fähigkeiten und Kenntnissen, das Gefühl, gebraucht zu werden. Die Hoffnung ist berechtigt, dass Menschen, die im Alter vor der Pensionierung freiwillige Arbeit geleistet haben, dies auch nach der Pensionierung tun werden. Herausfordernd wird sein, vermehrt die Männer zu Arbeit im informellen Bereich zu motivieren, und die Arbeit der Freiwilligen mit jenen der qualifizierten Erwerbstätigen zu koordinieren. Die Arbeitslast im informellen Sektor darf nicht zur Hauptsache auf den Schultern der 40- bis 60-jährigen Frauen liegen. Gerade sie geraten leicht in eine «Sandwich-Position», wenn sie sich als Grossmütter um die Kinder ihrer Kinder kümmern, um die betagten Eltern und möglicherweise noch um einen älteren Ehemann. Die Tendenz könnte sein, dass künftig 60- bis 79-jährige Menschen Hochbetagte begleiten.

Wenn ein grosser Teil der älteren Generation aktiv und aufgeschlossen für Neues bleibt und die jüngeren Generationen in ihrem Drang nach Neuem und Innovationen nicht bremst, wird das Anwachsen des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nicht zwangsläufig eine geistige «Überalterung» zur Folge haben. Der Soziologe Peter Gross sieht in der demographischen Entwicklung die Chance für eine friedliche Gesellschaft, einen Übergang vom stürmischen, jung-dynamischen Zustand der Gesellschaft in einen Zustand der Gelassenheit, Erfahrungheit und Geruhsamkeit. Ein Blick in die Statistik der Straftäter bestätigt diese These. 2008 wurden in der Schweiz 91'271 Erwachsene wegen Verbrechen oder Vergehen verurteilt. Nur 5,5 Prozent davon waren älter als 64. Allerdings steigt wie in Japan (S. 68) die Zahl der älteren Straftäter, so dass mittlerweile in Gefängnissen spezielle Seniorenabteilungen eingerichtet wurden. In Singen (Hohentwiel) gibt es den einzigen «Seniorenknast» in Deutschland mit einer Kapazität von 50 Haftplätzen.

Eine gemeinsame mentale Haltung der Generationen zur demographischen Herausforderung ist notwendig. Ansonsten sollte man vor Wertkonflikten zwischen den Generationen keine allzu grosse Angst haben. Sie sind bis zu einem gewissen Grad ganz «normal», unabhängig von der bestehenden demographischen Struktur. Jede

Generation ist durch bestimmte Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Werte geprägt und nimmt sie mit ins Alter. Die heutigen Älteren unterscheiden sich von früheren Generationen der Älteren, und die Alten von morgen werden anders sein als die Alten von heute.¹⁶⁵ Bei den Jungen ist dies nicht anders. Generationen teilen miteinander historische Erfahrungen. Ob man zum Beispiel Krieg und damit Mangel erlebt hat oder nur Wohlstand kennt, prägt Einstellung und Werthaltung. Diese Werte werden mit ins Alter genommen, und es ist daher selbstverständlich, dass verschiedene Generationen unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was richtig und wichtig ist. Entscheidend ist, dass man diese Wertkonflikte und ihre Ursachen transparent macht und diskutiert.

6.5 Chancen für Unternehmer und Arbeitnehmer

Wir haben festgestellt: Die Mehrheit der alten Menschen wird in Zukunft wirtschaftlich gut bis sehr gut situiert sein, und sie ist nicht daran interessiert, einen geruhsamen Lebensabend in einem Heim zu verbringen. Man möchte das Leben geniessen, kann dies aber nicht mehr auf gleich einfache Weise tun wie junge Menschen. Man ist deshalb bereit, etwas mehr Geld auszugeben für schöne Wohnungen, exklusive Produkte, gutes Essen, stressfreie Reisen, fürsorgliche Betreuung usw. Der riesige Markt mit den kaufkraftmässig üppig ausgestatteten Seniorinnen und Senioren ist eröffnet. In fast allen Bereichen bieten sich Chancen, wenn man bei Produkten und Dienstleistungen einen echten Mehrwert für die ältere Generation schaffen kann. Dabei muss man berücksichtigen, dass die alten Menschen Zeit haben, sich zu informieren, und auch persönliche Beratung schätzen. Auch Ältere probieren durchaus einmal etwas Neues aus, vor allem wenn sie mit der Qualität eines Produktes nicht mehr zufrieden sind (Gassmann Et Reepmeyer, 2006). Wie schon erwähnt (Kapitel 4.2) sollten Produkte altersgerecht sein, nicht aber direkt alte Menschen ansprechen. «.. ein junger Mann würde nie ein Auto kaufen, das für einen alten Mann entworfen wurde – aber ein alter Mann wird dies ebenso wenig tun».¹⁶⁶ «Custom-made» (massgefertigt) heisst das neue Schlagwort für altersgerechtes Design und stilvolles Altwerden.

Gassmann und Reepmeyer (2006) formulieren folgende Produkteanforderungen: Ver-

¹⁶⁵ Generell ist zu differenzieren zwischen altersspezifischen Unterschieden zu einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb einer Gesellschaft und Unterschieden zwischen älteren Generationen zu verschiedenen Zeitpunkten.

¹⁶⁶ Oliver Gassmann im «St. Galler Tagblatt» vom 26. September 2006, S. 2.

packung, Website o. Ä. in gut lesbarer Schriftgrösse und hoher Auflösung; Preis transparent, Preisetiketten leicht lesbar; Verzicht auf aggressive optische Effekte, keine Hintergrundmusik, da sie Hörgeräte stören kann; qualitativ einwandfreie, verständliche Bedienungshinweise; gute Erreichbarkeit der Verkaufsstellen; aufmerksames Verkaufspersonal; gute Ergonomie bei Tastaturen bzw. Bedienführung; schlichte Ausführung der Steuerungselemente, z. B. Fernbedienungen; deutliche Warnhinweise für Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen. Die Basler Kantonalbank hat 1997 eine Seniorenberatung eingeführt. Ehemalige Bankmitarbeiter stehen gleichaltrigen Kunden als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Printmedien sollten gerade bei älteren Menschen Marktpflege betreiben, denn sie sind Printmediennutzer par excellence. Allerdings nutzen sie mehr und mehr auch die elektronischen Medien. Die auflagenstärkste Zeitschrift weltweit ist das Magazin der AARP, der American Association of Retired Persons. Alle zwei Monate erscheint sie mit einer Auflage von 23 Millionen.

Mit der Änderung der Bevölkerungsstruktur ergibt sich auch in der Nahrungsmittelbranche eine neue Nachfrage. Einerseits nimmt die Zahl der älteren Menschen zu, andererseits die Menschen aus anderen Kulturen, die sich an ganz bestimmte Nahrungsmittel gewöhnt haben bzw. religiöse Normen befolgen wollen. Das betrifft zum Beispiel Fleisch, das nach islamischen Speisevorschriften hergestellt ist (Halal-Fleisch). Da Schächten in der Schweiz verboten ist – übrigens 1893 mit einer gegen die Juden gerichteten Volksinitiative eingeführt –, hat man sich in der muslimischen Gemeinschaft auf den Kompromiss geeinigt, dass das Fleisch von einem Moslem geschlachtet wird, der während der Tötung den Namen Allahs anruft. Auch Grossverteiler bieten mittlerweile Halal-Fleisch an. Ein Signet mit einem durchgestrichenen Schwein auf Fleischpackungen wird schon lange verwendet.

Wenn Unternehmungen mehr verkaufen, brauchen sie auch Arbeitskräfte. Tendenziell mehr Arbeitskräfte wird es im Gesundheitswesen, im öffentlichen Verkehr, in der Reisebranche (siehe S. 91), im Tagestourismus, im Beratungswesen, in der Finanzbranche, in der Sicherheitsbranche und in der IT-Branche brauchen. Auch um Verpasstes nachzuholen, ist die ältere Generation bereit, erhebliche Summen auszugeben (siehe (Gassmann & Reepmeyer, 2006)). Der «Markt für Unabhängigkeit» dürfte boomen. Es werden alle Hilfsmittel gefragt sein, die es alten Menschen erlauben, so lange als möglich nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Der Markt für «Anti-Aging» ist ebenfalls vielversprechend.

6.6 Ran ans Internet

Heutigen und künftigen Rentnergenerationen bieten sich Kommunikationsmöglichkeiten, die früher nicht zur Verfügung gestanden haben: Mobiltelefone und das Internet. Schon in der ersten Auflage des Buches 1999 war ich davon überzeugt, dass das Internet auch für die ältere Generation grosse Chancen bereithält. Senioren verfügen über eine Ressource, die bei Erwerbstätigen äusserst knapp ist, nämlich Zeit. Sie haben Zeit, im Internet zu surfen, sich an sozialen Netzwerken wie Facebook, Xing oder Twitter zu beteiligen, Websites zu erstellen und zu pflegen, und die Mehrheit verfügt auch über die finanziellen Mittel zur Anschaffung der Hardware und Bestreitung der Betriebskosten. Neue Möglichkeiten, die das Internet bietet, sind Partnersuche, Online-Käufe, Informationen über Produkte, Software, Krankheiten und Medikamente, medizinische Beratung (bis hin zur ersten Diagnose). Für die Kontaktknüpfung und die Kontaktpflege eignen sich E-Mail, soziale Netzwerke und SMS hervorragend. Das geht schnell, ist billig und unkompliziert. Eine E-Mail hat man viel rascher geschrieben als einen Brief, und man muss sie nicht frankieren, nicht in einen Umschlag stecken und nicht zum Briefkasten tragen. Die Potenziale des Internet-Shoppings durch Senioren sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Gerade Senioren werden es zu schätzen wissen, wenn sie ihren Einkaufskorb in aller Ruhe zu Hause zusammenstellen können und innert kürzester Frist alles nach Hause geliefert wird. Online-Beratung wird ebenfalls gefragt sein. Viele Senioren werden vermutlich ein neues Hobby entdecken: Die Beteiligung an elektronischen Tauschbörsen wie Ebay und Ricardo.

Die Senioren sollten darauf Bedacht nehmen, dass sie das Internet nicht bloss nutzen, sondern auch mitgestalten. Wie bei den Schülern gilt die Devise, dass man im Internet nicht nur konsumieren, sondern auch produzieren sollte. Gerade übers Netz könnten die Senioren ihre speziellen geistigen Fähigkeiten zum Nutzen anderer anwenden, ohne dass sie örtlich mobil zu sein brauchen.

In den USA gibt es seit längerer Zeit ein Seniorennetzwerk.¹⁶⁷ Ihm angeschlossen sind sog. «Learning Centers» im ganzen Land. Seit 1986 wurden über eine Million ältere Erwachsene mit Computer und Internet vertraut gemacht. In den Niederlanden haben Seniorenwebs grossen Erfolg. In Europa gibt es seit 1995 ein Netzwerk, das sich die Weiterbildung älterer Menschen zum Ziel gesetzt hat.¹⁶⁸ Es ist der Zusammenschluss

¹⁶⁷ <http://www.seniornet.org>

¹⁶⁸ <http://www.uni-ulm.de/LiLL> (LiLL steht für «Learning in Later Life»)

von Universitäten des dritten Lebensalters und anderen Einrichtungen aus 15 Staaten. Auch in der Schweiz wurde im Mai 1998 ein Seniorenweb¹⁶⁹ lanciert, eine dreisprachige, interaktive Internetplattform für die Generation 50plus. Getragen wird es von einer Stiftung. Das Seniorweb stiess gleich nach der Aufschaltung auf enormes Interesse. Für Einführungskurse der Migros zum Internet für Senioren gab es innerhalb von drei Tagen rund 300 Anmeldungen. In den neu gegründeten «Computerias»¹⁷⁰ (eine Wortverbindung aus *Computer* und *Cafeteria*) werden persönliche Gemeinschaft und «Online-Gemeinschaft» kombiniert erlebbar. Auf dem Blog <http://www.careguide.ch/> kann man sich über den Lebensabend im Ausland informieren und Erfahrungen austauschen.

Das bekannte Suchverzeichnis «Yahoo» führt seit Beginn des Jahres 1999 eigens eine Seniorsite.¹⁷¹ Kategorien dort sind z. B. «Altersdiskriminierung», «Geriatric», «Gesundheit», «Sport», «Seniorenvereine». Im Jahr der älteren Menschen 1999 hatte auch Microsoft ein entsprechendes Angebot bereitgestellt. 2009 unterstützte Microsoft SeniorNet mit einer Spende in Form von Software im Wert von 1,5 Millionen Dollar. Ohne Zweifel wird die Handhabung des Computers und des Internets in Zukunft noch einfacher werden, und anfängliche Schwellenängste verfliegen rasch, wenn man sich einmal aufs «Surfbrett» begeben hat. Künftige ältere Generationen werden sich ohnehin die Kenntnisse zum Umgang mit dem Computer und dem Internet schon im Erwachsenenalter angeeignet haben. Die Hersteller von Hard- und Software nehmen heute schon auf die zunehmende ältere Kundschaft Rücksicht: Keine Minigeräte, grosse Schriften oder zumindest Möglichkeit zur Vergrösserung, einfache Installation und Menüführung. Die Option, sich Texte vorlesen zu lassen (Sprachausgabe), ist für Sehbehinderte eine grosse Hilfe.

6.7 Die ältere Generation wird gebraucht

Unsere Gesellschaft wird in diesem Jahrhundert auf ältere Menschen angewiesen sein. In einer Gesellschaft, in der es anteilmässig sehr viele junge Menschen gibt, braucht man die älteren Menschen zur Produktion nicht. Aber man wird sehr wohl auf sie angewiesen sein in einer Gesellschaft, in der es anteilmässig immer weniger junge Erwerbstätige geben wird. «Ältere Menschen sind ein wichtiger und wertvoller Bestandteil der Humanressourcen einer Gesellschaft» (Priester, 1993, S. 84). Die Fähigkeiten, die mit zunehmendem Alter wachsen – wie Arbeitserfahrung, Urteilsvermögen,

¹⁶⁹ <http://www.seniorweb.ch>

¹⁷⁰ <http://www.computerias.ch>

¹⁷¹ <http://www.seniors.yahoo.com>

Erfassung von Sinnzusammenhängen, Ausgeglichenheit, Sozialkompetenz (Schmid, 1994, S. 13) – müssen in Zukunft besser genutzt werden. In Japan beispielsweise hat man schon vor zehn Jahren eingesehen, dass man um eine Verlängerung der Erwerbstätigkeit im Alter nicht herumkommt. Man spricht dort auch nicht von «Überalterung», sondern von einer «Gesellschaft des langen Lebens». ¹⁷² An diese Formulierung war der Untertitel meines Buches von 1999 angelehnt.

Wie bereits erwähnt, braucht man die älteren Menschen nicht zur Teilnahme am Erwerbsprozess und zum Engagement in der Freiwilligenarbeit zu zwingen. Man muss die Anreize richtig setzen. Die Einbindung älterer Menschen in die formelle und informelle Wirtschaft wird die Rolle und das Image dieser Bevölkerungsgruppe aufwerten, und dank den Kontakten und der Kooperation, welche sich durch den Arbeitsprozess ergeben, wird auch das gegenseitige Verständnis zwischen den Generationen gestärkt. «Die Menschen werden nicht mit 62 alt, sondern drei Jahre vor der Pensionierung», hat der Freiburger Ökonom Rainer Eichenberger sehr gut formuliert. Dann nämlich, wenn sie sich unnütz fühlen und sich mental schon aufs «Altenteil» begeben. «Indeed, the available evidence shows that the more active older people are, the better the quality of life they enjoy.» ¹⁷³

Wenn es anteilmässig mehr ältere Menschen innerhalb einer Gesellschaft gibt, so hat dies zwar in einigen Bereichen finanzielle Mehrbelastungen zur Folge, wie etwa im Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen. Die heutige ältere Generation ist im Allgemeinen bescheiden und zurückhaltend – das wird sich ändern. Die Anspruchshaltung und das Selbstbewusstsein werden entsprechende Auswirkungen auf die Gesundheitskosten und die Sozialversicherungen haben. ¹⁷⁴

Auf der anderen Seite ergeben sich aber durchaus auch Einsparungen für die Gesamtgesellschaft, weil ältere Menschen beispielsweise weniger mobil und weniger straffällig sind als der Durchschnitt der Bevölkerung. Eine im Durchschnitt ältere Gesellschaft verzehrt wohl weniger natürliche Ressourcen, was für die Umwelt vorteilhaft ist.

¹⁷² Hans Wolfgang Brachinger und Sara Carnazzi in der Neuen Zürcher Zeitung vom 28./29. März 1998, S. 29.

¹⁷³ (OECD 1998).

¹⁷⁴ Ein neueres Phänomen ist, dass Rentner sich ihr Pensionskassenguthaben auszahlen lassen, dieses (im Ausland) verjubeln und dann bei den Sozialversicherungsanstalten anklopfen: «Ergänzungsleistungen bitte!»

6.8 Die gemeinsamen Ziele

Die demographische Herausforderung ist auch eine Chance für die Stärkung der Solidarität und die Bewusstseinsbildung für die auf uns zukommenden Probleme in der ganzen Gesellschaft. In Zeiten des Wirtschaftswachstums und des rasanten Bevölkerungswachstums wird, wie erwähnt, die Solidarität gar nie auf die Probe gestellt. Bei der Altersversicherung konnte jeder Generation problemlos mehr ausbezahlt werden, als sie eingezahlt hatte.¹⁷⁵ Insbesondere die «Depressionsgeneration» der 1930er-Jahre hatte es, demographisch gesehen, relativ gut, weil sowohl die vorgängige als auch die nachfolgende Generation erheblich grösser waren als sie. Der geburtenstarken «Boomgeneration» fällt es relativ leicht, mit ihren Beiträgen die Renten der geburtenschwachen «Depressionsgeneration» zu finanzieren.

Es wird wieder stärker ins Bewusstsein rücken, dass die Gesellschaft als Ganzes, unabhängig von der Position und vom Alter ihrer Mitglieder, Ziele hat, die es in gemeinsamen Anstrengungen anzustreben gilt. Es braucht einen Konsens unter allen Generationen darüber, in Richtung welcher Ziele sich die Gesellschaft entwickeln soll. Gemeinsam zu verfolgende Ziele sind:

- Eine Gesellschaft lang lebender Menschen ist erstrebenswert.
- Jedermann soll, unabhängig vom Alter, ein Leben ohne materielle Not führen können.
- Starke sind solidarisch mit den Schwachen.
- Geleistete und empfangene Solidarität sollen sich im Laufe eines Lebens ausgleichen.
- Die Wirtschaft muss international wettbewerbsfähig bleiben.
- Die natürlichen Lebensgrundlagen sind zu erhalten.
- Solidarität mit benachteiligten Regionen der Welt ist auch in unserem Interesse.

Was die Bewusstseinsbildung angeht, so ist insbesondere unter den Generationen das gegenseitige Verständnis zu wecken. Jeder ist gefordert, die Beziehungen unter den Generationen durch persönliche Kontakte zu pflegen und zu verbessern. Wenn man jung ist, denkt man kaum an das Alter, und wenn man alt ist, kann man sich kaum mehr in junge Menschen einfühlen. Die Älteren sollten sich an die Jugend zurückerinnern, die Jüngeren an das Alter denken. Das momentane Lebensalter ist ja weder

¹⁷⁵ In den USA war schon Mitte der 1990er-Jahre offen davon die Rede, dass die «Social Security» für die ältere Generation bisher ein glänzendes Geschäft war. Jeder Rentner konnte damit rechnen, aus der Altersversicherung mehr zu erhalten, als er einbezahlt hatte. Dies könnte sich bald ändern, wurde damals schon befürchtet. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 18. Januar 1994, S. 31.

ein Verdienst noch eine Schande. Der einzelne ist dafür nicht verantwortlich. Ältere waren einmal jung – Junge werden einmal alt. Eine Gesellschaft lang lebender Menschen ist im Interesse der Alten wie der Jungen. In welcher Lebensphase man sich auch momentan befindet, man muss sich ins Bewusstsein rücken, dass man auch einmal in einer früheren stand oder späteren stehen wird, und dass man in der jeweiligen Lebensphase auf die Solidarität der anderen angewiesen war, einmal mehr, einmal weniger. Auf die Solidarität innerhalb der Familie und Verwandtschaft, aber auch auf die Solidarität innerhalb der Gesellschaft insgesamt. Dass sich aber die Summe an empfangener und geübter Solidarität im Laufe eines Menschenlebens ausgleicht. Wir sind von Mitmenschen besonders abhängig, wenn wir ganz jung, krank und wenn wir ganz alt sind. Der Mensch ist ein soziales Wesen, d.h. alleine nicht überlebensfähig. Sehr schön kommt dies in einem Sprichwort des südafrikanischen Volkes der Xhosa zum Ausdruck: «Ein Mensch ist ein Mensch nur mit anderen und durch andere Menschen.» Wer Solidarität übt, wenn er stark ist, dem wird Solidarität zuteilwerden, wenn er schwach ist; das ist der Grundgedanke des Sozialstaates.

Die Sozialversicherungen sind ein grosses Werk unserer Gesellschaft und unseres Staates. Sie funktionieren aber nicht, wenn jeder nur noch auf die Leistungsseite schaut – was bekomme ich? – und keiner auf die Finanzierungsseite: Was trage ich bei? Die Probleme, die auf uns zukommen, sind zu bewältigen, wenn jeder nicht nur sich selbst, sondern auch das Ganze im Blickfeld hat, und wenn gemeinsam eine leistungsfähige Wirtschaft erhalten und gestärkt wird. Erhalten und gestärkt werden müssen auch der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft und die kollektive Problemlösungsfähigkeit. Wie geht eine Gesellschaft mit grossen Herausforderungen um? Rückt sie näher zusammen und wird solidarischer oder fährt jeder die Elfenbogen aus und nimmt soziale Verteilungskämpfe in Kauf? Da niemand wirklich um die Existenz kämpft, ist ein Rückfall in den Sozialdarwinismus – nur die Fittesten überleben¹⁷⁶ – nicht zu befürchten. In einer Gesellschaft, die von Solidarität und Ausgleich geprägt ist, lebt es sich besser und länger. «Es ist also nicht ihr absoluter Wohlstand, sondern die gleichmässige Verteilung der Güter, die Menschen ein langes Leben beschert» (Klein, 2002, S. 264).

¹⁷⁶ Es wird berichtet, dass gewisse Nomadenvölker (Inuit, Aborigines) Alte und Reiseunfähige zurückliessen.

6.9 Der neue Gesellschaftsvertrag

Der sog. «Generationenvertrag» ist ein Gedankenmodell, das von der Fiktion ausgeht, die jüngeren Generationen hätten mit den älteren einen Vertrag abgeschlossen. Demnach üben die jüngeren Solidarität mit den älteren, in der Erwartung, dass ihnen dereinst dieselbe Solidarität von den nachrückenden Generationen zuteil wird, die sie selbst gegenüber den vorausgehenden Generationen praktiziert haben.¹⁷⁷ Nicht ausdrücklich erwähnt, aber implizit eingeschlossen in den Generationenvertrag sind Säuglinge und Kinder.

Ein solcher Generationenvertrag auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wurde natürlich nie abgeschlossen. Er mag auf der Mikroebene zur Zeit der Grossfamilie noch gelebte Wirklichkeit gewesen sein¹⁷⁸, ist es aber nicht mehr in der Zeit der umfassenden staatlichen Sozialversicherungssysteme. Die junge Generation, welche Vertragspartei wäre, ginge damit auch ein beträchtliches Risiko ein, denn sie würde sich zu Leistungen verpflichten, ohne die Gewissheit zu haben, dass sich die nachrückenden Generationen ebenfalls an den Vertrag halten werden. Noch nicht vertragsfähige Personen können ja nicht durch einen Vertrag gebunden werden. Die beteiligte ältere Generation würde beim ersten Abschluss eines «Generationenvertrages» sicher ein gutes Geschäft machen, wird ihr doch Solidarität zuteil, ohne dass sie selbst jemals solche Verpflichtungen übernommen hat. Ganz ähnlich ist es bei der Einführung einer Altersversicherung, wo die sog. Eintrittsgeneration bevorteilt wird.

Der Generationenvertrag – den es, wie gesagt, nie gegeben hat – ist überholt und muss abgelöst werden durch einen allgemeinen Gesellschaftsvertrag.¹⁷⁹ Dieser Gesellschaftsvertrag ist zwar ebenfalls eine Fiktion, hat aber den Vorteil, dass es sich um einen «Vertrag» handelt, der alle Lebensbereiche und alle Lebensphasen abdeckt, nicht nur das Verhältnis Alt – Jung. Dem Gesellschaftsvertrag liegt eine Art Versicherungsgedanke zugrunde. Alle wirtschaftlich leistungsfähigen Gesellschaftsmitglieder bezahlen eine Prämie. Wer sich in einer Lebenssituation befindet, die er selbst nicht

177 Man könnte vom Standpunkt der jungen Generationen aus statt eine vorwärts- auch eine rückwärtsgerichtete Perspektive einnehmen: Die jüngere Generation gibt der älteren etwas von dem zurück, was sie erhalten hat: Versorgung, Erziehung, Fürsorge, staatliche Leistungen und Infrastruktur.

178 «Allenfalls ein alter Gotthelf-Film in schwarz und weiss gewährt uns noch einen Blick auf die Idylle von gestern: Wenn die harte Arbeit für den Ätti und das Grosi zu schwer werden, räumen sie das Bauernhaus für die nächste Generation. Und ziehen mit den Gebrechen eines harten Lebens in Haus und Hof nebenan ins Stöckli – im Wissen, bis ins hohe Alter versorgt und gepflegt zu werden» (Netzwerks Ökonomie des Bundesamts für Sozialversicherung (BSV), 2003, Vorwort). Der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung in der Schweiz betrug 1900 31 Prozent; 2003 belief er sich noch auf 2,8 Prozent. Eine Rückkehr zu den Zeiten Gotthelfs wird es nicht geben. Das soziale Netz kann in modernen Gesellschaften nicht ohne den Staat funktionieren.

179 Dieser Gedanke wurde mittlerweile in zahlreichen Publikationen erwähnt. Ich habe ihn bereits 1994 in die Diskussion eingebracht.

bewältigen kann, der wird durch Prämiegelder sowie Sach- und Dienstleistungen unterstützt. Beim Gesellschaftsvertrag handelt es sich allerdings nicht um eine Versicherung, die Marktgesetzen folgt. Wäre dies der Fall, dann würden sofort «Teilgesellschaftsverträge» mit niedrigen Prämien abgeschlossen, an denen nur sog. «gute Risiken» beteiligt sind. Der Gesellschaftsvertrag deckt die gesamte Lebensspanne eines Menschen von der Geburt bis zum Tod ab. Wer ihn einmal «unterzeichnet» hat, kann nicht nach Belieben ein- und austreten, um Prämien zu sparen. Ein Sozialversicherungssystem ist kein Fiaker, den man besteigen kann, wenn's einem schlecht geht, und wieder verlassen kann, wenn's einem gut geht.

In diesem Modell des Gesellschaftsvertrages ist die Höhe der Prämie von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängig. Es ergibt sich, dass niemand, der dieses Kriterium erfüllt, von der Bezahlung einer Prämie dispensiert ist. Nicht das Lebensalter ist entscheidend für die Zahlungspflicht, sondern die Lebenssituation. Wirtschaftlich starke Rentner müssten also Prämien bezahlen.

Mein Gedanke des neuen Gesellschaftsvertrages ist angelehnt an Ideen, die John Rawls 1971 in seiner «Theorie der Gerechtigkeit» formuliert hat (Rawls, 1975). In einem «fiktiven Urzustand», in dem niemand seine soziale Position, sein Geschlecht, sein Alter oder seinen Gesundheitszustand kennt («Schleier des Nichtwissens»), beschliessen die Menschen Regeln für ihr Zusammenleben. Würden die Menschen in diesem Urzustand einen Solidaritätspakt abschliessen? Gewiss schon, denn niemand weiss ja, ob er dereinst auf Solidarität angewiesen sein wird oder nicht. Würden sie eine Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung einführen? Würden sie die Gleichheit der Menschen, der Nationalitäten und der Geschlechter statuieren? Bestimmt! Sie kämen aber auch überein, Missbräuche verhindern zu wollen.

Dieser Gesellschaftsvertrag ist, wie der Generationenvertrag, nur eine gedankliche Konstruktion. Er enthält aber alle Elemente, die für eine erfolgreiche Bewältigung der demographischen Herausforderung nötig sind: Gleichheit, Solidarität der Vertragsparteien, soziale Sicherheit in allen Lebensphasen, Bemessung der zu erbringenden Prämien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Bemessung der erhaltenen Leistungen nach Lebenssituation.

Die ökonomischen Voraussetzungen und Ressourcen zur Meisterung der demographischen Herausforderung sind in der Schweiz vorhanden. Es wird in den kommenden zehn Jahren darum gehen, die mentalen Voraussetzungen zu schaffen! Wenn dies gelingt, können wir angstfrei jener Zeit entgegensehen, in der die «Babyboomers» zu Rentnerinnen und Rentner und in einer späteren Phase zu Pflegebedürftigen werden.

6.10 Ein Kollaps droht nicht

Die Schweiz hat das real- und finanzwirtschaftliche Potenzial, um die demographische Herausforderung der kommenden vier Jahrzehnte zu bewältigen. Ein Kollaps der Sozialversicherungen droht nicht. Niemand in der Schweiz muss befürchten, im Alter ohne Wohnung, Nahrung, Betreuung oder Gesundheitsversorgung zu sein. Nötig sind Konsolidierung der Leistungen und neue Einnahmequellen. Ansetzen muss man beim finanz- und beim realwirtschaftlichen Kreislauf. Die jüngeren Menschen werden die Leistungen erbringen müssen, sollten aber nicht ausschliesslich dafür bezahlen.

Es genügt nicht, möglichst viel Geld beiseite zu legen. Vielmehr muss man dafür Sorge tragen, dass auch in den kommenden 40 Jahren jenes Humankapital vorhanden ist, das es braucht, um die Schweiz wettbewerbs- und innovationsfähig zu halten. Das umfasst nicht nur das Humankapital der Erwerbstätigen, sondern auch jenes der Rentnerinnen und Rentner.

Die Strategie für die Sozialversicherungspolitik der kommenden 20 Jahre muss lauten:

- 1) Erhalt der realwirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.
- 2) Ein breit abgestützter Kompromiss, ein ausgewogenes Paket von Leistungsverbesserungen, -plafonierungen und Mehreinnahmen.
- 3) Gezielt den Schwächsten helfen, bevor man das allgemeine Leistungsniveau anhebt.
- 4) Die Erwerbsarbeit darf nicht weiter mit Abgaben belastet werden.
- 5) Mehr Solidarität zwischen finanziell gut und weniger gut situierten Rentnern.

Auf einen Zeitungsartikel mit dem Titel «Keine Angst – die AHV ist sicher» bekam ich 2005 ein Schreiben eines Herrn Bissegger, Jahrgang 1921. Darin hiess es: «Ein ähnliches Problem liegt mir ebenso auf dem «Magen» wie das der AHV. Es ist das die m.ER. unsägliche Aufbauschung unserer Staats-Schulden. Ich stelle dazu folgende Behauptung auf, hier ganz rudimentär: Unter Berücksichtigung der Lohnsumme von ca. Fr. 3 000 pro Jahr und der Bevölkerung von ca. 4 Millionen und den heutigen von ca. Fr. 60 000 und ca. 6 Millionen Einwohner sind die Staatsschulden heute mindestens nicht höher als 1945.» Dieser Mann hatte Recht! Und das hat mich zu einer weiteren Überlegung geführt: Wie überstand die Schweiz den Zweiten Weltkrieg? Indem sie alle ihre Ressourcen mobilisierte und getragen war von Einigkeit und Solidarität. Ist aber ein Volk, das in Kriegszeiten enorme Ressourcen für die Landesverteidigung aufwenden konnte und einen Grossteil der erwerbsfähigen Männer in Uniformen steckte, nicht in der Lage, die demographische Herausforderung zu meistern? Welches war

bzw. ist die grössere Herausforderung: Die Bewältigung des Krieges oder der demographischen Entwicklung?¹⁸⁰

Noch fehlt der Reformdruck, die demographische Herausforderung entschlossen anzugehen. Ein Blick in die Geschichte zeigt indessen, dass Staaten und Völker in aussergewöhnlichen Situationen auch zu aussergewöhnlichen Leistungen fähig sind. In einer hochentwickelten und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft ist die Bewältigung der demographischen Herausforderung mehr eine Frage des politischen Willens als der ökonomischen Machbarkeit. Die Kriegslasten hinterliessen 1945 einen Schuldenberg von 8,5 Milliarden Franken, das waren damals 71 Prozent des Volkseinkommens. 1950 betrugen die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden 280 Prozent des Bruttoinlandprodukts. 2007 beliefen sie sich auf 44 Prozent. Als sich Anfang der 1990er-Jahre die Kosten für die Arbeitslosenversicherung innert fünf Jahren verzehnfachten, war es unter anderem mit einem dringlichen Bundesbeschluss politisch mehrheitsfähig, die Abgaben für diese Versicherung von 0,4 (1990) auf 3,0 Prozent des Lohnes zu erhöhen.¹⁸¹

Es sei aber nicht verschwiegen, dass bezüglich Staatsschulden und finanzieller Vorsorge nur wenige Staaten in der gleich komfortablen Lage sind wie die Schweiz. Aber auch die anderen hochentwickelten Staaten verfügen über eine intakte Infrastruktur, viel wertvolles Humankapital, wettbewerbsfähige Volkswirtschaften und demokratische politische Systeme. Mag sein, dass auf der finanzwirtschaftlichen Seite Gläubiger ihr Kapital verlieren werden (und Schuldner ihre Last los sein werden). Das realwirtschaftliche Potenzial wird aber nach wie vor vorhanden sein. Die wirklich grosse demographische Herausforderung wird sich mit Verzögerung in der Dritten Welt stellen, und die Erste Welt wird sich ihr nicht entziehen können. Für die Schweiz wird die Alarmglocke klingeln, wenn die Zuwanderung ausbleibt oder gestoppt werden muss und die Bevölkerung nicht mehr wächst oder gar schrumpft.

180 Die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte schrieb am 4. November 1946: «Das schweizerische Volkseinkommen wird auf rund 12 Milliarden Franken geschätzt. Dem stehen heute 8,5 Milliarden Schulden gegenüber, die in der nächsten Zeit noch anwachsen werden. Diese grosse Schuld muss nicht nur verzinst, sondern auch sukzessive abgetragen werden. Die Kriegszeit zwang uns im Interesse der Erhaltung unserer Unabhängigkeit und der Ernährung unseres Volkes unbesehen zu den grössten Opfern. Lange Überlegungen über die finanzielle Tragweite der Beschlüsse, die rasch gefasst werden mussten, konnten nicht gemacht werden. Das Gebot der Stunde hiess handeln, auch wenn das finanzielle Gleichgewicht gestört wurde.»

181 Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz war im Winter 1991/92 sprunghaft angestiegen. Ab dem 1. Januar 1993 wurde der Gesamtbeitragssatz von 0,4 auf 2,0 Lohnprozente heraufgesetzt. Ein erneuter Rückgang des Kapitalkontos um 2,4 Milliarden konnte aber nicht verhindert werden. Auch 1994 war ein Defizit von 2,2 Milliarden Franken zu verzeichnen. Mit einem dringlichen Bundesbeschluss wurde der ALV-Beitragssatz per 1. Januar 1995 nochmals heraufgesetzt, auf 3,0 Prozent.

7 Zusammenfassende Thesen

Ich fasse zum Schluss meine Ausführungen in Thesenform zusammen, wobei ich hinsichtlich der Gliederung dieser Arbeit folge.

7.1 Thesen zur Analyse

In den hochentwickelten Staaten findet ein demographischer Umbruch statt, der einmalig ist in der Menschheitsgeschichte: die Stagnation oder Schrumpfung der Bevölkerung bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils älterer Menschen.

Die Schweiz ist in einer Phase des beschleunigten Umbruchs der Altersstruktur, der gleichzeitig von unten (tiefe Fertilität) wie von oben (Rückgang der Sterblichkeit) erfolgt. Das Verhältnis «Menschen im Rentenalter» zu «Menschen im Erwerbsalter» wird sich drastisch «verschlechtern».

Im Jahr 2060 könnten zwölf Prozent der Bevölkerung der Schweiz über 79 Jahre alt sein.

Der Bevölkerungszuwachs bis ins Jahr 2060 beruht ausschliesslich auf der weiterhin markanten Zuwanderung. Die ausländische Wohnbevölkerung ist im Durchschnitt jünger, und die ausländischen Frauen haben eine höhere Fertilität. Dies wirkt sich positiv auf die Bevölkerungszahl und den altersmässigen Aufbau der Bevölkerung aus.

Die weltweite Entwicklung ist gegenläufig zur europäischen. Das Bevölkerungswachstum hält vorerst an, ist aber auf Asien und Afrika konzentriert. Es wird weltweit zu einer Verschiebung in den Grössenverhältnissen der Völker kommen. Das Problem des wachsenden Anteils älterer Menschen wird sich in den Entwicklungsländern mit zeitlicher Verzögerung aber auch stellen.

Demographische Prognosen sind keine Prophezeiungen, sondern Resultate von Modellen, die auf bestimmten Annahmen beruhen müssen, insbesondere über die Fertilität, die Lebenserwartung und die Migration. Die meisten Prognosen sind falsch. Ein arabisches Sprichwort sagt: Willst Du Allah erheitern, dann erzähle ihm von der Zukunft. Da niemand die Zukunft genau voraussagen kann, ist es im Zweifelsfall besser, von optimistischen Annahmen auszugehen, da pessimistische Prognosen das Verhalten negativ beeinflussen können.

7.2 Thesen zu den möglichen Auswirkungen

Die Erwerbsbevölkerung der Schweiz wird dank der anhaltenden Zuwanderung bei etwa 4,5 Millionen verharren.

Die gleiche Zahl von Beschäftigten wird für mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. Ab dem Jahr 2026, wenn die Babyboomers in die Phase der Hochaltrigkeit kommen, werden sich grössere Probleme für die Sozialversicherungen ergeben.

Die Zukunft der staatlichen Sozialversicherungen ist nach den geltenden institutionellen Regeln finanziell nicht gesichert. Im privaten Sektor ist indessen ein finanzielles Potenzial vorhanden, mit dem sich die demographiebedingten Mehrausgaben ohne Weiteres decken liessen. Die wichtigere Frage ist, ob das realwirtschaftliche Potenzial gegeben sein wird.

Es werden vermehrt altersgerechte Produkte und Dienstleistungen nachgefragt werden.

Die Kapazitäten im Gesundheits- und Betreuungswesen werden weiter erhöht werden müssen.

Es besteht die Gefahr einer siedlungsmässigen Segregation (Absonderung) der verschiedenen Altersgruppen der Bevölkerung. Daraus kann eine regional unausgewogene Altersverteilung der Bevölkerung resultieren.

Die Umweltprobleme werden sich auch bei stagnierender Bevölkerung nicht entschärfen, wenn die verfügbaren Einkommen weiter steigen. Die Zersiedelung des Landes wird weiter fortschreiten.

Die Schweiz wird auf qualifizierte ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein. Die Grundwerte der Schweiz sind deswegen nicht gefährdet. Hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem EU/EFTA-Raum haben aber einen viel höheren «Umweltkonsum», als es die wenig qualifizierten Arbeitskräfte aus Südeuropa und dem Westbalkan hatten.

Die Vermögensverteilung wird noch ungleicher werden.

Die objektiven Interessengegensätze zwischen den Generationen werden sich wegen der knapper werdenden Ressourcen akzentuieren. Generationenkonflikte sind möglich, aber unwahrscheinlich. Die Gefahr einer Gerontokratie besteht nicht.

Eine kollektive Mentalitätsänderung in Richtung einer konservativen Gesellschaft ist nicht zu befürchten.

Wenn sich die heutigen Länder der Dritten Welt wirtschaftlich entwickeln und ebenfalls in das Stadium einer Gesellschaft mit tiefer Fertilität und hoher Lebenserwartung eintreten, dann werden sich für sie gegen Ende des 21. und im 22. Jahrhundert ähnliche Probleme stellen wie in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts für die Industrieländer.

Wenn diese Dritte Welt aber selbst die dritte Phase der demographischen Entwicklung erreicht – Rückgang der Fertilität unter das Ersatzniveau von 2,1, Zunahme des Anteils der älteren Menschen –, dann gibt es für sie keine «Vierte Welt», aus der sie arbeitsfähige Menschen für die Erbringung von Dienstleistungen rekrutieren könnten. Die Bewältigung der demographischen Probleme wird dadurch viel schwieriger. Es droht die Gefahr, dass sich ausweglose Situationen in Gewalt und Kriegen entladen.

7.3 Thesen zu den möglichen Politiken

Vorausdenken, Einstellung

Die Konsequenzen der demographischen Entwicklung müssen vorausgedacht werden. Es sollte über einen Zeitraum von zehn Jahren geplant und wenn möglich im Voraus entschieden werden. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung der Sozialversicherungen, wo «konditionale Beschlüsse» getroffen werden könnten («falls, dann ...»).

Alle wichtigen irreversiblen politischen Entscheide müssen auf ihre Demographieverträglichkeit hin geprüft werden.

Unverantwortlich wäre es, die Hände in den Schoss zu legen, einfach abzuwarten und darauf zu vertrauen, dass Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt wie mit Geisterhand alle Probleme von selbst lösen.

Eine Patentlösung («quick-fix») wird es nicht geben. Es müssen eine Vielzahl von einzelnen Massnahmen in verschiedenen Politikbereichen ergriffen werden.

Bewusstseinsbildung für die Probleme, die auf uns zukommen, ist schon heute notwendig.

Sozialversicherung

Bei steigendem Wohlstand nimmt das Sicherheitsbedürfnis weiter zu.

Beiträge an die Sozialversicherung, aber auch Leistungen, dürfen in Zukunft nicht mehr zur Hauptsache an die Erwerbsarbeit gekoppelt werden.

Lohnabzüge dürfen nicht länger den Hauptpfeiler der Finanzierung der Sozialversicherungen bilden.

Kapitaleinkommen, Vermögen und Konsum sollten verstärkt zur Finanzierung der Sozialversicherung herangezogen werden.

Im privaten Sektor besteht ein ausreichendes finanzielles Leistungspotenzial zur Deckung der demographiebedingten Mehraufwendungen.

Nicht durch Ab- oder Ausbau, sondern durch Umbau muss sich das soziale Sicherungssystem an die gewandelten Lebensformen der Gegenwart und Zukunft anpassen.

Bevor man die Sozialleistungen allgemein für die gut situierten Rentner oder Erwerbstätigen verbessert, sollte gezielt jenen geholfen werden, die heute zur Armutsbevölkerung zählen.

Politisch braucht es bezüglich der notwendigen Leistungsverbesserungen, -plafonierungen und Mehreinnahmen einen breit abgestützten Kompromiss.

Die soziale Sicherung ist zunehmend dem Staat überantwortet worden. Dabei ist die persönliche Selbst- und Mitverantwortung zu stark zurückgedrängt worden. Diese sollte in Zukunft nicht an die Stelle, aber neben die Verantwortung des Staates gestellt werden.

Unterstützungsmassnahmen haben sich vermehrt am Bedürfnis und nicht am Lebensalter zu orientieren.

Lasten und Begünstigungen sollten neu verteilt werden nach den Kriterien der Leistungsfähigkeit und der Bedürftigkeit, weniger nach dem Kriterium Alter.

Nichtmonetäre Leistungen müssen stärker genutzt werden. Diese werden durch Gutscheine entgolten.

Ein Transfer von wirtschaftlich schwachen Erwerbstätigen zu wirtschaftlich starken Nichterwerbstätigen macht wenig Sinn.

Nach der Selbstverantwortung kommt nicht der Staat, sondern die Mitverantwortung.

Solidarität ist nicht nur *zwischen* den Generationen, sondern auch *innerhalb* der Generationen gefordert.

«Jung hilft Alt» – diese Formel wird in Zukunft ergänzt werden müssen durch «der Starke hilft dem Schwachen».

Wer Solidarität übt, wenn er stark ist, dem wird Solidarität zuteilwerden, wenn er schwach ist; das ist der Grundgedanke.

Es ist wichtig, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates zu erhalten. Sonst findet ein Ausweichen in die private Vorsorge statt. Wenn in den kommenden 30 Jahren von der Erwerbsbevölkerung und der Rentnerschaft übermässig gespart wird, schwächt dies die Nachfrage und damit die Realwirtschaft.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die Schweizer Wirtschaft muss wettbewerbs- und innovationsfähig bleiben.

Die Dreiteilung des Lebens in Ausbildung, Erwerbsarbeit und Ruhestand ist überholt. Die Übergänge müssen fließend werden. Die Sozialversicherungen müssen entsprechend ausgestaltet sein.

Es ist wegzukommen von der Doktrin, dass die Phase der Jugend zugleich die Phase der Bildung und Ausbildung, die Phase des Erwachsenseins die Phase der Erwerbstätigkeit und die Phase des Rentnerseins die Phase der Untätigkeit ist.

Flexibilisierung bedeutet auch, dass im Verlauf des Arbeitslebens viel mehr Wahlmöglichkeiten bestehen zwischen Erwerbsarbeit, Ausbildung und Freizeit.

Familie und Ausländer

Die Schweiz war für ihre wirtschaftliche Prosperität schon im 20. Jahrhundert auf die hier lebenden und neu zuziehenden Ausländer angewiesen; sie wird es im 21. Jahrhundert noch viel stärker sein.

In der wachsenden Zahl hier geborener ausländischer Kinder liegt ein ganz grosses Potenzial, das es zu erschliessen gilt!

Die Älteren

Das Potenzial der älteren Menschen, insbesondere der 65- bis 75-Jährigen, wird in Zukunft besser zu nutzen sein.

Alter soll nicht mehr mit Rückzug und Feierabend gleichgesetzt werden, sondern mit Aktivität und Produktivität.

Die Solidarität innerhalb der älteren Generation ist zu verstärken.

Stärkere Mitverantwortung führt letztlich zu mehr Zufriedenheit.

Moderne Kommunikationsmittel bieten für Senioren grosse Chancen.

Welt

Solidarität unter den Älteren ist weltweit notwendig.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne in einem Land in Wohlstand und Frieden leben, wenn Menschen in anderen Staaten um ihre Existenz kämpfen. Nur wenn es anderen Menschen auch gut geht, können wir uns unseres Wohlergehens sicher sein. Dies gilt für Menschen wie für Staaten

7.4 Thesen zu den Chancen

Die Alten

Die Alten des 21. Jahrhunderts werden anders sein. Was die Rentnergenerationen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts angeht, so werden sich diese hinsichtlich Bildungsniveau, Gesundheitszustand, Kompetenz, Aktivität, Vermögensverhältnisse und Werthaltungen von jenen der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheiden.

Die Alten sind nicht bloss Last, sondern auch Kapital.

Unsere Gesellschaft wird in diesem Jahrhundert auf ältere Menschen angewiesen sein.

Jung-Senioren sind eine neue Generation.

In der Schweiz muss auch in diesem Jahrhundert niemand befürchten, im Alter ohne die existenznotwendigen Mittel ein elendes Dasein zu fristen.

Wie die jungen Generationen nie gleich sind, so unterscheiden sich auch ältere Generationen.

Das gegenseitige Verständnis zwischen den Generationen ist zu fördern.

Ältere Menschen brauchen nicht Beschäftigungstherapie, sondern Beschäftigung.

Mental

In welcher Lebensphase man sich auch momentan befindet, man muss sich ins Bewusstsein rücken, dass man auch einmal in einer früheren stand oder späteren stehen wird, und dass man in der jeweiligen Lebensphase auf die Solidarität der anderen angewiesen war, einmal stärker, einmal schwächer.

Der Generationenvertrag – den es nie gegeben hat – ist überholt und muss abgelöst werden durch einen allgemeinen Gesellschaftsvertrag. Er deckt die ganze Lebensspanne eines Menschen von der Geburt bis zum Tod ab.

Die demographische Herausforderung ist eine Chance zur Revitalisierung der Solidarität.

Ziele

Gemeinsam anzustrebende Ziele sind:

- Eine Gesellschaft lang lebender Menschen ist erstrebenswert.
- Jedermann soll, unabhängig vom Alter, ein Leben ohne materielle Not führen können.
- Starke sind solidarisch mit den Schwachen.
- Geleistete und empfangene Solidarität sollen sich im Laufe eines Lebens ausgleichen.
- Die Wirtschaft muss international wettbewerbsfähig bleiben.
- Die natürlichen Lebensgrundlagen sind zu erhalten.
- Solidarität mit benachteiligten Regionen der Welt ist auch in unserem Interesse.

Es darf keine À-la-carte-Versicherung geben, wo man je nach aktueller Lebenssituation auswählen kann oder muss. Massgebend ist vielmehr die gesamte Lebensspanne.

Die Ressourcen zur Lösung der demographischen Probleme sind vorhanden. Auf deren Nutzung und Verteilung und die Einstellung kommt es an.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abbildung 1: Spiegel-Titel 31/1989: Kampf der Generationen	8
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der Schweiz seit 1900 und Prognose bis 2060	27
Abbildung 3: Absolutes und relatives Wachstum der Bevölkerung der Schweiz 1899 bis 2009	28
Abbildung 4: Fertilität in der Schweiz 1876 bis 2008	30
Abbildung 5: Die klassische Bevölkerungspyramide	31
Abbildung 6: Baumförmiger Bevölkerungsaufbau	32
Abbildung 7: Altersaufbau der Schweizer Bevölkerung 1900 und 2008	32
Abbildung 8: Bevölkerungsentwicklung der Schweiz bis 2060	35
Abbildung 9: Der Altersaufbau der Bevölkerung der Schweiz 2008 und 2060 .	38
Abbildung 10: Anteile der Altersgruppen an der Schweizer Bevölkerung 1900 bis 2060	40
Abbildung 11: Altersquotient in der Schweiz 1900 bis 2060 (ab 2010 Szenario A-00-2010)	41
Abbildung 12: Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-jährigen Erwerbspersonen 1991 bis 2060	44
Abbildung 13: Erwerb des Schweizer Bürgerrechts	46
Abbildung 14: Ein- und Auswanderung der ausländischen Wohnbevölkerung 2007 nach Alter	47
Abbildung 15: Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz 1996 bis 2060 ...	50
Abbildung 16: Altersaufbau in Deutschland 2008 und 2060	52
Abbildung 17: Bevölkerungsaufbau Österreichs 2008, 2030 und 2050	55
Abbildung 18: Wanderungsbilanz Österreichs 1961 bis 2050	56
Abbildung 19: Die Entwicklung der Weltbevölkerung 1650 bis 2050	57
Abbildung 20: Bevölkerungswachstum/-schrumpfung 2010 bis 2060 in EU-Staaten und in der Schweiz	64
Abbildung 21: Vier-Phasen Modell der demographischen Transition	70

Abbildung 22: Bevölkerungsprognose 1935 für Deutschland bis 1990	75
Abbildung 23: Prognose von 1935 für die Anteile der Rassen in Europa bis 1960	76
Abbildung 24: Darstellung der Gesamtausgaben der Sozialversicherungen bis 2040 (Wechsler/Savioz)	100
Abbildung 25: Die Prognose für die Sozialausgaben von Wechsel/Savioz 1993 (Szenario Kontinuität)	101
Abbildung 26: Sozialausgaben 1995 bis 2025 nach Modell IDA FiSo (1996) ...	102
Abbildung 27: Sozialeinnahmen, Sozialausgaben und Sozialleistungen in der Schweiz 1950–2008	106
Abbildung 28: AHV-Finanzhaushalt bis 2030 gemäss Prognose des Bundesamtes für Sozialversicherungen 2009	107
Abbildung 29: Entwicklung der Soziallastquote der obligatorischen Sozialversicherungen 1990 bis 2030	110
Abbildung 30: Finanzierungsbedarf der Sozialversicherungen 2000 bis 2030 ..	111
Abbildung 31: Krankheitskosten 2007 in der Schweiz nach Altersgruppen	117
Abbildung 32: Das Schäfchenplakat der SVP und das Imitat in Spanien	133
Abbildung 33: Sticker für Autofahrer ab 75 in Japan	143
Abbildung 34: Jastimmen-Anteile nach Altersgruppe bei der Verwahrungsinitiative 2004	147
Abbildung 35: Alter und Wahlentscheid bei den Nationalratswahlen 2007	150
Abbildung 36: Zusammenhang von Staatsverschuldung und Anteil der über 65-Jährigen	155
Abbildung 37: Umsiedlungen und Vertreibungen in Europa 1940 bis 1949	166
Abbildung 38: Das Verhältnis von Leistungserbringern, Leistungsempfängern und Kapitalbestand	172
Abbildung 39: Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz 1920 bis 2008	182
Abbildung 40: Das «Albisetti-Haus» in St. Gallen St. Fiden	200
Abbildung 41: Banknote «Fünf Milliarden Mark» (Deutschland 1923)	210

Tabellen

Tabelle 1: Hypothesen des mittleren Szenarios A-00-2010 für die Schweiz ...	26
Tabelle 2: Drei Szenarien der Entwicklung der Schweizer Wohnbevölkerung bis 2060	35
Tabelle 3: Demographische Daten Schweiz 2010 und 2050	36
Tabelle 4: Altersgruppen in der Schweizer Bevölkerung 1900 - 2060	39
Tabelle 5: Definition des Altersquotienten	41
Tabelle 6: Schweizerischer Bevölkerungsteil 2007/2008 (ohne Ausländer) ...	46
Tabelle 7: Demographische Daten Deutschland	51
Tabelle 8: Demographische Daten Österreich	54
Tabelle 9: Die Weltbevölkerung 1950 bis 2050 nach Daten und Prognosen der UNO	58
Tabelle 10: Fertilität 1970 bis 2050 nach Daten und Prognosen der UNO	60
Tabelle 11: Die Veränderung der demographischen Variablen im Transitionsprozess	69
Tabelle 12: Die Phasen des demographischen Alterungsprozesses	71
Tabelle 13: Bevölkerungsprognosen von 1938 für die Schweiz und tatsächliche Entwicklung	77
Tabelle 14: Übersicht über die Folgewirkungen der Bevölkerungsentwicklung ..	82
Tabelle 15: Zweige der schweizerischen Sozialversicherung	94/95
Tabelle 16: Gegenüberstellung der Prognosemodelle Wechsler/Savioz und IDA FiSo	103
Tabelle 17: Gesamtausgaben für soziale Sicherheit in der Schweiz 2005 bis 2007	104
Tabelle 18: Gesamteinnahmen für soziale Sicherheit in der Schweiz 2006/2007	105
Tabelle 19: Annahmen über demografische und wirtschaftliche Entwicklung ab 2010	108
Tabelle 20: Finanzierungsbedarf der obligatorischen Teile der Sozialversicherungen	109
Tabelle 21: Reinvermögen der natürlichen Personen in der Schweiz 2005	137

Tabelle 22: Stimmbeteiligung der Altersgruppen bei vier Volksabstimmungen (Prozent)	145
Tabelle 23: Jastimmen-Anteile nach Altersgruppen bei vier Volksabstimmungen (Prozent)	146
Tabelle 24: Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» (Abstimmung vom 26.11.1989), Beteiligung und Stimmverhalten nach Altersgruppen	148
Tabelle 25: Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee», Projektion für das Jahr 2040, gemäss Szenario «Stabilisierung» von 1992	149
Tabelle 26: Handlungsmöglichkeiten bei den Sozialversicherungen	173
Tabelle 27: Finanzierungsquellen für die soziale Sicherung	174
Tabelle 28: Steuerersparnis bei überobligatorischen Beiträgen an die berufliche Vorsorge	186
Tabelle 29: Finanz- und realwirtschaftliche Betrachtungsweise	206

Abkürzungsverzeichnis

ALV	Arbeitslosenversicherung
EU	Europäische Union
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum (2010 Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein)
MwSt	Mehrwertsteuer
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

Literaturverzeichnis

- Artho, Sigrid. (1996). *Auswirkungen der Überalterung im Tourismus. Alter als Chance für die Reiseveranstalter* (Vol. Bd. 29). Bern <etc.>: Haupt.
- BAK Basel Economics/Fahrländer Partner. (2008). *Wohnimmobilien 2008–2023*. Basel.
- Barr, N. A. (1998). *The economics of the welfare state* (3rd ed.). Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Blanc, Olivier. (1995). *Die Bevölkerung der Schweiz. Struktur und räumliche Dynamik*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Brüschweiler, Carl. (1940/41). Vorherrschaft der Alten? Ein Beitrag zum Überalterungsproblem. In Neue Helvetische Gesellschaft (Ed.), *Die Schweiz, ein nationales Jahrbuch* (11. und 12. Jahrgang, S. 59–80). Erlenbach-Zürich.
- Bundesamt für Konjunkturfragen. (1994). *Mitteilungsblatt für Konjunkturfragen, Sonderheft Strukturberichterstattung*. Bern.
- Bundesamt für Raumentwicklung. (2006). *Der ökologische Fussabdruck der Schweiz. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Sozialversicherungen. (2009). *Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2009*. Bern.
- Bundesamt für Statistik. (1996). *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 1995–2050*. Bern.
- Bundesamt für Statistik. (1997). *Strukturatlas der Schweiz*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Bundesrat, Schweizerischer. (2000). *Botschaft über die 11. Revision der Alters- und Hinterlassenenversicherung und die mittelfristige Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung*. Bern.
- Bundesrat, Schweizerischer. (2006). *Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote vom 17. März 2006*. Bern.
- Buttler, Günter. (1992). *Der gefährdete Wohlstand. Deutschlands Wirtschaft braucht die Einwanderer*. Frankfurt a.M.: Fischer.

- Carnegie, Dale. (1994). *Sorge dich nicht, lebe!* ([68. Aufl.]). Bern [etc.]: Scherz.
- Füglister-Wasmer, Peter, & Pedernana-Fehr, Maurice. (1996). *Vision einer sozialen Schweiz. Zum Umbau der Sozialpolitik*. Bern: Paul Haupt.
- Füglister, Peter (Ed.). (1994). *Hilfe! Die Schweiz schrumpft. Die demographische Entwicklung in der Schweiz und ihre Folgen*. Zürich: Orell Füssli.
- Gassmann, Oliver, & Reepmeyer, Gerrit. (2006). *Wachstumsmarkt Alter. Innovationen für die Zielgruppe 50 +*. München: Hanser.
- Gaube, Gundula. (1994). Senioren. Chancen und Konsequenzen für das Marketing. *Marketing Journal*, 3, S. 212–218.
- Gilliand, Pierre. (1994). *La sécurité sociale en Suisse: De l'utilisation abusive des projections à l'horizon ... 2040. Réplique à l'étude Wechsler-Savioz*. Lausanne.
- Hansen, Alwin. (1939). Economic Progress and Declining Population Growth. *The American Economic Review* (March).
- Heinsohn, Gunnar. (2003). *Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen*. Zürich: Orell Füssli.
- Höpflinger, François, & Stuckelberger, Astrid. (1999). *Demographische Alterung und individuelles Altern*. Zürich: Seismo.
- Hudson, Valerie M., & Boer, Andrea M. Den. (2004). *Bare branches. The security implications of Asia's surplus male population*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Hug, Heiner. (1992). *Die Alten kommen. Auf dem Sprung zur Macht*. Zürich [etc.]: Orell Füssli.
- Huntington, Samuel P. (1998). *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (5. Aufl.). München: Europa Verlag.
- Interdepartementale Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo). (1996). *Bericht über die Finanzperspektiven der Sozialversicherungen*. Bern.
- International Labour Organization (Ed.). (2010). *World Social Security Report 2010/11. Providing coverage in times of crisis and beyond*. Geneva.

- Kaufmann, Franz Xaver. (1960). *Die Überalterung. Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses*. Zürich und St. Gallen: Polygraphischer Verlag.
- Kiernan, Ben. (2009). *Erde und Blut. Völkermord und Vernichtung von der Antike bis heute*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Klein, Stefan. (2002). *Die Glücksformel oder Wie die guten Gefühle entstehen* (4. Aufl.). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Klose, Hans-Ulrich (Ed.). (1993). *Altern hat Zukunft. Bevölkerungsentwicklung und dynamische Wirtschaft*. Opladen: Westdt. Verl.
- Kohli, Raymond, Bläuer Herrmann, Anouk, & Babel, Jacques. (2010). *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060*. Neuchâtel: Office Fédéral de la Statistique.
- Kommission für Konjunkturfragen. (2005). Jahresbericht 2005. *Wirtschaftliche Auswirkungen einer alternden Bevölkerung*. Bern.
- Kröhnert, Steffen. (2004). *Jugend und Kriegsgefahr. Welchen Einfluss haben demografische Veränderungen auf die Entstehung von Konflikten?* Berlin.
- Kröhnert, Steffen, Klingholz, Reiner, & Medicus, Franziska. (2006). *Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Daten, Fakten, Analysen*. München: Dt. Taschenbuch-Verl.
- Lalive d'Epinay, Christian u.a. (1997). Un bilan de santé de la population âgée. Comparaison entre deux régions de Suisse et analyse des changements sur quinze ans (1979–1994). *Cahiers médico-sociaux*, 41, 109–131.
- Lampart, Daniel, & Mattmann, Michael. (2010). *AHV bleibt stabil. SGB-Finanzierungsszenarien für die AHV*. Dossier Nr. 76 des SBG. Bern.
- Leu, Robert E., Burri, Stefan, Priester, Tom, & Aregger, Peter. (1997). *Lebensqualität und Armut in der Schweiz* (2., überarb. Aufl.). Bern: Haupt.
- Levy, René. (2009). *Die schweizerische Sozialstruktur*. Zürich: Rüegger.
- Lutz, Georg. (2008). *Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Lausanne: Selects – FORS.
- Mackenroth, Gerhard. (1953). *Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*. Berlin: Springer.

- Meadows, Dennis L. (1972). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Moeckli, Silvano. (1988). *Der schweizerische Sozialstaat. Sozialgeschichte, Sozialphilosophie, Sozialpolitik*. Bern: Haupt.
- Müller-Jentsch, Daniel, Haug, Werner, & Avenir Suisse. (2008). *Die neue Zuwanderung. Die Schweiz zwischen Brain-gain und Überfremdungsangst*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Münzel, Guido, & Bundesamt für Statistik. (2004). *Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz*. Neuchâtel: Office Fédéral de la Statistique OFS.
- Naisbitt, John. (1984). *Megatrends. 10 new directions transforming our lives* (13. ed.). New York, N.Y.: Warner Books.
- National Intelligence Council. (2009). *Global trends 2025. A transformed world*. Washington: National Intelligence Council.
- Netzwerks Ökonomie des Bundesamts für Sozialversicherung (BSV). (2003). *Pflegefinanzierung und Pflegebedarf: Schätzung der zukünftigen Entwicklung*. Bern.
- OECD. (1997). *Ageing in OECD Countries: A Status Report*. Paris: OECD.
- Opaschowski, Horst W. (2004). *Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft*. Darmstadt: Primus-Verlag.
- Perrig-Chiello, Pasqualina, Höpflinger, François, Suter, Christian, & Wanner, Philippe. (2008). *Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz; Synthesebericht des Nationalen Forschungsprogramms 52 «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen in einer sich wandelnden Gesellschaft»*. Zürich: Seismo-Verl.
- Perspektivstab der Bundesverwaltung. (1996). *Herausforderung Bevölkerungswandel. Perspektiven für die Schweiz*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Peterson, Peter G. (1999). *Gray Dawn. How the Coming Age Wave Will Transform America – and the World*. New York: Times Books.
- Priester, Tom. (1993). *Bevölkerungsprobleme in Europa. Ergebnisse und Dokumente der Europäischen Bevölkerungskonferenz 1993 in Genf*. Bern: Bundesamt für Statistik.

- Priester, Tom. (1994). *Bevölkerung und Entwicklung. Bericht der Schweiz zur Weltbevölkerungskonferenz 1994*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Puenzieux, Dominique. (1997). *Bewegt ins Alter. Das Engagement von Altengruppierungen*. Zürich: Seismo Verlag.
- Rawls, John. (1975). *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Renggli, P. (1937). *Die wirtschaftliche Auswirkung der Überalterung. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft*, 74. Jahrgang, S. 171–183.
- Rudolf, Hans Ulrich, & Oswalt, Vadim. (2006). *Perthes Atlas Geschichte*. Gotha; Stuttgart: Klett-Perthes.
- Schmid, Hans. (1994). *Der vorzeitige Altersrücktritt. Möglichkeiten und Grenzen*. Bern: Haupt.
- Schweizerische Bankgesellschaft. (1993). *Soziale Sicherung in der Schweiz. Finanzielle Perspektiven und Szenarien bis 2040*. Zürich: Schweizerische Bankgesellschaft.
- Siegmund, Jan. (1995). *Bevölkerungsrückgang, Alterung und Technischer Fortschritt*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Sommer, Heini. (2007). *Volkswirtschaftliche Kosten der Nichtberufsunfälle in der Schweiz. Strassenverkehr, Sport, Haus und Freizeit*. Bern: Beratungsstelle für Unfallverhütung BfU.
- Strahm, Rudolf H. (1997). *Arbeit und Sozialstaat sind zu retten. Analysen und Grafiken zur schweizerischen Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung*. Zürich: Werd.
- Stutz, Heidi. (2004). *Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik*. Bern: BBL/EDMZ.
- Stutz, Heidi, Bauer, Tobias, & Schmutz, Susanne. (2007). *Erben in der Schweiz. Eine Familiensache mit volkswirtschaftlichen Folgen*. Zürich: Rüegger.
- United Nations. (2009). *World Population Prospects. The 2008 Revision. Highlights*. New York: United Nations.
- United Nations Development Programme. (2009). *Barrieren überwinden. Migration und menschliche Entwicklung*. Bonn: UNO-Verlag.
- United Nations Population Fund. (2006). *The state of world population. A Passage to Hope: Women and International Migration*. New York, N.Y.: UNFPA.

- Wanner, Philippe. (2005). *Alter und Generationen. Das Leben in der Schweiz ab 50 Jahren*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Wanner, Philippe, & Gabadinho, Alexis. (2008). *Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand*. Genf: Université de Genève.
- Wechsler, Martin, & Savioz, Marcel. (1993). *Soziale Sicherheit nach 2000. Finanzielle Perspektiven und Szenarien für die Schweiz*. Chur/Zürich: Rüegger.
- Zürcher, Boris. (2010). *Das Wachstum der Schweizer Volkswirtschaft seit 1920. Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik 1/2-2010*, S.9–13.